



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Zwischen Dialog und Räumung
Medienberichterstattung über die Jugend- und
Hausbesetzungsbewegung in Wien Anfang der 1980er-Jahre

verfasst von | submitted by

Valerie Laura Limbach BA BEd

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 665

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Interdisziplinäres Masterstudium Zeitgeschichte und
Medien

Betreut von | Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eigner

Danksagung

Diese Arbeit wäre ohne die liebevolle Unterstützung und den inspirierenden Rat vieler Menschen nicht entstanden.

Zunächst möchte ich mich bei Herrn Professor Eigner für seine professionelle Begleitung und sein Engagement bedanken. Seine Expertise, sein offenes Ohr und seine Geduld waren eine unschätzbare Stütze auf meinem Weg.

Ein besonderer Dank gilt meinem geliebtem Partner Thomas. Deine Geduld, Unterstützung und Ermutigung waren während dieses Projekts unglaublich wertvoll und haben mir sehr viel Kraft gegeben. Auch meinen wunderbaren Freund:innen Viktoria, Linda, Peli, Elisabeth, Moritz, Regina, Christian, Almut und Flo möchte ich von Herzen danken. Eure Freundschaft, euer Verständnis und eure aufmunternden Worte waren stets wohltuend und bereichernd und gaben mir immer wieder neue Energie.

Ich bin sehr dankbar für die hilfreiche Beratung und Unterstützung durch die Österreichische Nationalbibliothek sowie dem Archiv der sozialen Bewegungen – Wien. Ebenso möchte ich mich beim Archiv der Wiener Punkbewegung für wertvolle Impulse und Anregungen bedanken, die meine Arbeit bereichert haben.

Schließlich gilt mein tiefster Dank meiner Familie, meiner Mama und meinen Schwestern Nora und Magda. Ich konnte stets auf eure bedingungslose Unterstützung zählen, die mich bestärkt und mir Zuversicht gegeben hat.

Ohne euch alle wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen. Von ganzem Herzen: Danke!

Abstract

Abstract in deutscher Sprache

Diese Arbeit analysiert die Berichterstattung der österreichischen Tageszeitungen Die Presse, Arbeiter-Zeitung und Kronen Zeitung über die Jugend- und Hausbesetzungsszene im Jahr 1981. Ziel der Untersuchung ist es, die Rahmung (Framing) und Bewertung dieser Bewegungen durch die Medien zu rekonstruieren sowie deren Beitrag zur Konstruktion politischer Narrative sowie zur Aufrechterhaltung hegemonialer Strukturen zu untersuchen. Im Fokus stehen dabei die Demonstration vom 1. März 1981 in Wien, und die darauffolgende Berichterstattung über die Jugendbewegung und Hausbesetzungen im Jahr 1981 sowie über die Übergabe des autonomen Jugend-, Kultur- und Kommunikationszentrums GAGA (Gassergasse). Mithilfe qualitativer Inhaltsanalyse wurden 220 Artikel ausgewertet, um spezifische Darstellungsweisen der Zeitungen zu identifizieren und in ihren jeweiligen Kontext einzuordnen. Die Jugend- und Hausbesetzungsszene wird als Ausdruck einer städtischen sozialen Bewegung verstanden, die auf ungelöste soziale und ökonomische Widersprüche in der Stadt reagierte und mehr Teilhabe am städtischen Raum sowie dezentrale Demokratie forderte. Die Analyse zeigt, dass die Berichterstattung zunächst durch Kriminalisierung, Skandalisierung und eine marginale Berücksichtigung der Beweggründe der Demonstrierenden geprägt war. Im weiteren Verlauf des Jahres erfolgte eine differenziertere Darstellung, die auch spezifische Problemfelder der Jugend adressierte. Politisch reagierte die in der Stadt Wien und Bund regierende Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) mit Dialogbereitschaft und der Integration von Forderungen, beispielsweise durch die Übergabe der GAGA. Diese wurde jedoch bereits im Jahr 1983 aufgrund verschiedener Probleme und Anrainer:innenbeschwerden geschlossen. Während die Arbeiter-Zeitung als Parteimedien die Bemühungen der SPÖ affirmativ begleitete, zeigten konservative Medien eine kritische Haltung und integrierten oppositionelle Stimmen. Die Kronen Zeitung fokussierte sich auf sensationalistische Aspekte und vereinfachte komplexe Zusammenhänge. Trotz der marginalisierten Perspektiven der Aktivist:innen kann die Berichterstattung über Hausbesetzungen als relativ erfolgreich gewertet werden, da sie eine Diskussion über Wohnsituation und Stadtentwicklung anregte. Im Sinne einer Hegemonie-Stabilisierung nach Gramsci wurden protestbewegliche Anliegen teilweise integriert oder symbolisch anerkannt, um den gesellschaftlichen Konsens zu festigen.

Abstract in English

This master's thesis examines the representation of youth and squatter movements in 1981 in three Austrian daily newspapers: *Die Presse*, *Arbeiter-Zeitung*, and *Kronen Zeitung*. The study aims to reconstruct how these movements were framed and evaluated by the media, and to analyse how journalistic discourse contributed to the construction of political narratives and the reproduction of hegemonic structures. The analysis focuses particularly on the demonstration in Vienna on 1 March 1981, subsequent reporting on youth and squatter movements, and the handover of the autonomous youth, culture, and communication centre GAGA (Gassergasse). A total of 220 newspaper articles were examined through qualitative content analysis to identify distinct modes of representation and to contextualise them within broader socio-political discourses. The youth and squatter scenes are conceptualised as forms of urban social movements that articulated responses to unresolved social and economic contradictions, calling for greater participation in urban space and for decentralised democratic structures. The findings indicate that early coverage was dominated by narratives of criminalisation and scandalisation, with limited engagement with the protesters' motives. Over the course of the year, however, reporting became somewhat more differentiated, increasingly addressing specific social issues affecting young people. Politically, both the City of Vienna and the federal government, each led at that time by the Social Democratic Party of Austria (SPÖ), responded by initiating dialogue and partially accommodating protest demands, exemplified by the establishment of the GAGA centre. Nevertheless, the centre was closed in 1983 following internal conflicts and complaints from local residents. While the party-affiliated *Arbeiter-Zeitung* largely endorsed the Social Democratic administration's policies, the conservative newspaper *Die Presse* adopted a more critical stance, giving space to opposition voices. The *Kronen Zeitung*, in contrast, foregrounded sensationalist elements and frequently reduced complex issues to simplified narratives. Despite the marginalisation of activist perspectives, media coverage of squatting can be regarded as relatively effective in stimulating public debate on housing conditions and urban development. In line with Gramsci's concept of hegemonic stabilisation, the concerns of protest movements were partially integrated or symbolically acknowledged, thereby contributing to the consolidation of social consensus.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	I
Abstract	II
Abstract in deutscher Sprache	II
Abstract in English	III
Inhaltsverzeichnis	IV
1. Einleitung	1
2. Kontext	7
2.1. Internationale Entwicklungen	7
2.2. Stadt Wien	10
2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien	23
3. Definition und Verortung von sozialen Bewegungen	36
3.1. Städtische soziale Bewegungen	38
4. Bedeutung der Medien	45
4.1. Relevanz der medialen Berichterstattung	45
4.2. Bedeutung der Öffentlichkeit für soziale Bewegungen	49
4.3. Medienlandschaft Österreich	53
5. Methode	60
5.1. Allgemeine Grundlagen	60
5.2. Methodische Anwendung	61
6. Auswertung	66
6.1. Jugendbewegung im Vorfeld der Demonstration am 1. März 1981	66
6.2. Demonstration vom 1. März 1981	68
6.3. Internationaler Kontext	78
6.4. Jugendbewegung im Jahr 1981	80
6.5. Hausbesetzungen	93
6.6. Gassergasse	107

6.7. Stimmen im Diskurs.....	130
7. Conclusio.....	145
8. Abkürzungsverzeichnis	151
9. Abbildungsverzeichnis	153
Literaturverzeichnis.....	154
Quellen	154

1. Einleitung

In dieser Masterarbeit wird untersucht, wie österreichische Zeitungen über die Jugend- und Hausbesetzungsszene im Jahr 1981 sowie die Räumung des autonomen Jugendzentrums GAGA (Gassergasse) im Jahr 1983 berichteten und welche politischen sowie gesellschaftlichen Narrative zu städtischen Protesten sich in diesen medialen Darstellungen widerspiegeln. In den 1970er-Jahren, im Anschluss an die Bewegungen der 1960er-Jahre, entstand in vielen westlichen Städten eine Welle städtischer Mobilisierungen. Diese Bewegungen reagierten auf die Krise des Fordismus¹ und konzentrierten sich auf die „reproduktive Sphäre“ und den „kollektiven Konsum“. Sie stellten Qualität und Verfügbarkeit öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen in den Mittelpunkt ihrer Kämpfe und forderten mehr Mitbestimmung.² In Wien, einer Stadt geprägt durch die Tradition des sozialen Wohnbaus seit dem „Roten Wien“ der 1920er-Jahre, hatte diese Bewegung spezifische Ausprägungen.³

In Wien gab es bereits in den 1960er-Jahren vermehrt Kritik an einer rein funktionalistischen und autoritären Stadtplanung. Hinzu kam, dass die Politik der „sanften“ Stadterneuerung der 1970er-Jahre zwar als Ziel hatte, sozial nachhaltig zu sanieren, dies allerdings langfristig zu negativen Verdrängungseffekten und Gentrifizierung führte.⁴ Diese Entwicklungen provozierten lokale Proteste und Hausbesetzungen, die sich insbesondere in den späten 1970er- und frühen 1980er-Jahren manifestierten. Die Bewegung in Wien artikulierte ihre Kritik vor allem in den Bereichen Wohn-, Jugend- und Kulturpolitik und forderte neue Freiräume für Selbstverwirklichung.⁵ Die Wiener Kommunalpolitik wurde aufgrund des direkten Ausschlusses von Stadtbewohner:innen von Entscheidungsfindungen der Stadtplanung kritisiert, auch wenn die Stadt wohlfahrtstaatlich ausgerichtet war.⁶

¹ Margit Mayer, Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Andrej Holm, Dirk Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung (Hamburg 2011) S. 53–77, hier 55, 56.

² Ebenda, S. 56.

³ Christoph Reinprecht, Kommunale Strategien für bezahlbaren Wohnraum: Das Wiener Modell oder die Entzauberung einer Legende. In: Barbara Schöning, Justin Kadi, Sebastian Schipper (Hg.), Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur (Bielefeld 2017) S. 213–230, hier S. 217.

⁴ Ebenda, S. 219.

⁵ Andreas Suttner, "Beton brennt". Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er Jahre (Wien/Berlin 2011), S. 230–234.

⁶ Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, "Für alle". Eigenarten von Hausbesetzungen und Kämpfen um selbstverwaltete Kulturzentren in Wien. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 16–21, hier S. 18–20.

Nachdem die Stadt Wien zunächst mit Verzögerungstaktiken und einer harten Linie auf die Besetzungsbewegungen reagiert hatte, kam es insbesondere nach einer Großdemonstration am 1. März 1981 und mehreren Hausbesetzungen zu einem Strategiewechsel. Infolgedessen entschied sich die von der SPÖ regierte Stadtverwaltung für eine entgegenkommendere Haltung.⁷ Nach der Großdemonstration wurde unter anderem ein Haus in der Gassergasse übergeben (GAGA), das im Juni 1983 unter anderem aufgrund von Anrainer:innenprotesten gewaltsam geräumt wurde.⁸

Durch öffentliche Wahrnehmung können solche Proteste und soziale Bewegungen gesellschaftlich relevant werden und Einfluss auf politische Entscheidungen erlangen.⁹ Den Medien kommt dabei aufgrund ihrer Selektions- und Rahmungsmöglichkeiten eine spezielle Funktion zu. Die Art und Weise, wie Protest gerahmt und interpretiert wird, beeinflusst maßgeblich die Wahrnehmung und Weiterverbreitung des Protests sowie seiner Forderungen. Was in den Medien als wichtig oder als Mehrheitsmeinung dargestellt wird, prägt daher nicht nur die Rezeption durch das Publikum, sondern beeinflusst auch politische Diskussionen und Entscheidungsprozesse. Die medialen Rahmen setzen somit die Grenzen, innerhalb derer soziale Bewegungen, Proteste und seine Akteur:innen bewertet werden.¹⁰

Im Folgenden werden zentrale Werke und Forschungsperspektiven vorgestellt, die relevante Erkenntnisse und konzeptionelle Zugänge für die Analyse urbaner Protestbewegungen, insbesondere im Kontext Wiens, liefern. Zunächst wird dabei das Gebiet zu (städtischen) sozialen Bewegungen abgehandelt sowie das der Stadtgeschichte Wiens und der sozialen Bewegung in Wien in den 1970er- und 1980er-Jahren. Anschließend wird die relevante Literatur zur medialen Öffentlichkeit speziell in Österreich und zur Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse dargelegt.

Die Forschung zu sozialen Bewegungen und insbesondere zu städtischen sozialen Bewegungen hat eine lange Tradition und entwickelte sich besonders in den 1970er-Jahren, als Reaktion auf Bewegungen in der Zeit der Krise des Fordismus, die nach und während der 68er-Bewegung aufkamen, unter anderem die Friedens-, Ökologie-, Frauen- und Lesben- sowie

⁷ Suttner, "Beton brennt", S. 242–251.

⁸ Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012), S. 19–21.

⁹ Henriette Schade, Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft. Kommunikation als Schlüsselkonzept einer Rahmentheorie sozialer Bewegungen (Wiesbaden 2018), 104, 235, 236, 244.

¹⁰ Sarah Ertl, Protest als Ereignis. Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation (Bielefeld 2015), S. 12.

Schwulenbewegungen.¹¹ Wichtige theoretische Grundlagen wurden dabei von Henri Lefebvre und Manuel Castells gelegt. Lefebvres Konzept des „Rechts auf die Stadt“ sowie Castells’ Modell der „städtischen sozialen Bewegungen“ bieten wesentliche Ansätze zur Analyse von städtischen Protestbewegungen und deren Einfluss auf Stadtentwicklung und Machtverhältnisse.¹² Auf dieser Grundlage entstand in den 1970er-Jahren eine marxistisch orientierte kritische Stadtforschung, die sowohl die kapitalistischen Widersprüche in Städten als auch Praktiken und Konsumgewohnheiten urbaner Protestbewegungen untersuchte.¹³ Es gibt daher eine umfangreiche Forschungsliteratur zum Thema städtische soziale Bewegungen, die sich aus verschiedenen Disziplinen speist, die die Bedeutung und das Konzept des Urbanen unterschiedlich bewerten.¹⁴ Auch in den Geschichtswissenschaften stellen soziale Bewegungen ein wichtiges Forschungsfeld dar.¹⁵

Die Stadtgeschichte und Sozialgeschichte Wiens sind gut dokumentiert, insbesondere im Hinblick auf die sozioökonomische Entwicklung der Stadt. So bietet beispielsweise der Band „Sozialgeschichte Wiens 1740–2020“¹⁶ umfassende Einblicke in die Sozialgeschichte Wiens. Diese Werke liefern einen notwendigen Hintergrund, um die städtischen Rahmenbedingungen zu verstehen, unter denen soziale Bewegungen und Hausbesetzungen in dieser Zeit entstanden. Weitere wichtige Werke auf diesem Gebiet sind das Werk „Wien im 20. Jahrhundert“ von Siegfried Mattl¹⁷ und „Wien: Geschichte einer Stadt. 3, Von 1790 bis zur Gegenwart“, herausgegeben von Peter Csendes und Ferdinand Opll¹⁸. Zur Geschichte der Wiener Stadtplanung ist das Werk „Pläne für Wien. Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945 bis 2005“¹⁹ von Gottfried Pirhofer und Kurt Stimmer ein zentraler Anhaltspunkt.

¹¹ Sarah Thomsen, *Bildung in Protestbewegungen. Empirische Phasentypiken und normativitäts- und bildungstheoretische Reflexionen* (Wiesbaden 2019), S. 24.

¹² Andrej Holm, *Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. Zur gesellschaftlichen Reichweite lokaler Proteste*. In: Norbert Gestring, Renate Ruhne, Jan Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen* (Wiesbaden 2014) S. 43–62.

¹³ David Scheller, *Demokratisierung der Postdemokratie. Städtische soziale Bewegungen in Berlin und New York City* (Bielefeld 2019), S. 26–28.

¹⁴ Margit Mayer, *Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen*. In: Norbert Gestring, Renate Ruhne, Jan Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen* (Wiesbaden 2014) S. 25–42, hier S. 25–40.

¹⁵ Jürgen Mittag, Helke Stadland (Hg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft* (Essen 2014).

¹⁶ Andreas Weigl, Peter Eigner, Ernst Gerhard Eder, *Sozialgeschichte Wiens 1740–2010 : soziale und ökonomische Ungleichheiten, Wanderungsbewegungen, Hof, Bürokratie, Schule, Theater* (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

¹⁷ Siegfried Mattl, *Wien im 20. Jahrhundert* (Wien 2000).

¹⁸ Peter Csendes, Ferdinand Opll (Hg.), *Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3. Von 1790 bis zur Gegenwart* (Wien u.a. 2006).

¹⁹ Gottfried Pirhofer, Kurt Stimmer, *Pläne für Wien. Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945 bis 2005* (Wien 2007).

Die spezifische Forschung zu sozialen Bewegungen in Wien, insbesondere zu den Hausbesetzungen, ist begrenzt, aber es gibt wichtige Arbeiten, die als Grundlage dienen können. Robert Foltins Werk „Und wir bewegen uns doch“ (2004)²⁰ bietet eine umfassende Analyse der sozialen Bewegungen in Österreich seit den 1960er-Jahren und geht dabei auch auf stadtpolitische Proteste und Hausbesetzungen ein. Vom gleichen Autor gibt es auch jüngere Artikel zum Thema.²¹ Ein zentrales Werk für die Wiener Jugend- und Hausbesetzungsbewegung ist Andreas Suttners „Beton brennt“ (2011), das den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Kontext der 1980er-Jahre beleuchtet und die Reaktionen der Stadtregierung sowie der Öffentlichkeit dokumentiert.²² Darüber hinaus bietet der Sammelband zur gleichnamigen Ausstellung im Wien Museum „Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern“²³ von Martina Nußbaumer und Michael Werner Schwarz (2012) einen Überblick über die Kämpfe um städtische Freiräume seit den 1970er-Jahren und beleuchtet dabei auch die spezifischen Konflikte in Wien. Einzelstudien, wie die von Peter Lachnit (1985) zur Wiener Gemeindeverwaltung und deren Umgang mit der Jugend- und Alternativszene²⁴, liefern weitere wichtige Einblicke in die offiziellen Reaktionen auf diese Bewegungen.

In der wissenschaftlichen Diskussion zur politischen Öffentlichkeit und der Bedeutung der Massenmedien existieren unterschiedliche theoretische Ansätze. In dieser Arbeit wird primär auf das Konzept der Hegemonie von Antonio Gramsci und Jürgen Habermas' Konzept der politischen Öffentlichkeit Bezug genommen. Ersteres betont, dass mithilfe von in der Öffentlichkeit erzeugtem Konsens Herrschaft gesichert wird,²⁵ während zweiteres besagt, dass die öffentliche Meinung maßgeblich durch die Massenmedien geprägt wird²⁶. Gleichzeitig wird auch Kritik an Habermas' Ansatz berücksichtigt, wie sie beispielsweise von Nancy Fraser formuliert wurde. Fraser anerkennt zwar die Relevanz von Habermas' Theorie, kritisiert jedoch deren Vernachlässigung sozialer Ungleichheiten. Sie argumentiert, dass Habermas eine

²⁰ Robert Foltin, *Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich* (Wien 2004), S. 93–96.

²¹ Robert Foltin, *Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012*. In: Bart van der Steen, Ask Katzeff, Leendert van Hoogenhuijze (Hg.), *The city is ours. Squatting and autonomous movements in Europe from the 1970s to the present* (Oakland 2014) S. 255–277; ders., *Vienna in March 1981. A 'Puzzling Demonstration' and Its Consequences*. In: Knud Andresen, Bart van der Steen (Hg.), *A European Youth Revolt: European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s* (London 2016) S. 41–52.

²² Suttner, „Beton brennt“, 10, 11.

²³ Nußbaumer/Schwarz/Wien Museum Karlsplatz (Hrsg.), *Besetzt!*

²⁴ Peter Lachnit, *Zwischen Geldhahn und Gummiknüppel. Die Wiener Gemeindeverwaltung und die Jugend- und Alternativszene*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften* (1985) S. 467–480.

²⁵ Mario Candeias, *Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen*. In: Andreas Merkers, Victor Rego Diaz (Hg.), *Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis* (Hamburg 2007) S. 15–32.

²⁶ Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* (Frankfurt am Main 1990).

exklusive, bürgerliche Öffentlichkeit beschreibt, die Frauen und andere marginalisierte Gruppen aus dem Diskurs ausschließt.²⁷ Im Hinblick auf die Bedeutung der journalistischen Inszenierung und Bewertung von sozialen Bewegungen und Protestbewegungen gibt es bereits umfassende Werke. Zu nennen sind etwa die Werke „Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen“ von Friedhelm Neidhart (1994),²⁸ „Protest als Ereignis“ von Sarah Ertl (2015)²⁹ und „Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft“ von Henriette Schade (2018)³⁰.

Zur österreichischen Mediengeschichte bieten der zweite Band der von Matthias Karmasin und Christian Oggolder herausgegebenen „Österreichischen Mediengeschichte: Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute)“ (2019) wichtige Einblicke, insbesondere durch einen Artikel von Andy Kaltenbrunner zur Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945,³¹ beziehungsweise auch das von Hans Heinz Fabris und Fritz Hausjell herausgegebene Werk „Die Vierte Macht. Zur Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945“ (1991)³². Weitere zentrale Werke im Zusammenhang sind der von Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell und Peter Pelinka herausgegebene Sammelband „Zeitungs-Los. Essays zu Pressepolitik und -konzentrationen in Österreich“ (1992)³³ und „Presse in Österreich“ (1990) von Hans Pürer (1990). Spezifische Literatur zur Berichterstattung über soziale Bewegungen in Österreich, insbesondere zu den Ereignissen in Wien Anfang der 1980er-Jahre, ist allerdings bislang nicht vorhanden.

Zur Methode der Qualitativen Inhaltsanalyse boten vor allem Werke von Philipp Mayring³⁴ sowie von Udo Kuckartz und Stefan Rädiker³⁵ Anhaltspunkte. Zudem wurde auch das von Nina

²⁷ Nancy Fraser, Rethinking the Public Sphere. In: Social text 8 (1990).

²⁸ Friedhelm Neidhardt, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft, H. 34 (1994) S. 7–41.

²⁹ Ertl, Protest als Ereignis.

³⁰ Schade, Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft.

³¹ Andy Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 175–197.

³² Hans Heinz Fabris, Fritz Hausjell (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991).

³³ Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell, Peter Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los. Essays zu Pressepolitik und -konzentration in Österreich (Salzburg 1992).

³⁴ Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim/Basel 2015); Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Lothar Mikos, Claudia Wegener (Hg.), Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch (Konstanz/München 2017) S. 494–503; Philipp Mayring, Thomas Fenzl, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 691–706.

³⁵ Udo Kuckartz, Stefan Rädiker, Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz (Weinheim/Basel 2024); Stefan Rädiker, Udo Kuckartz, Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA. Text, Audio und Video (Wiesbaden 2019).

Baur und Jörg Blasius herausgegebene „Handbuch: Methoden der empirischen Sozialforschung“ (2022) herangezogen.³⁶

Die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit lautet: Wie berichteten österreichische Zeitungen 1981 über die Jugend- und Hausbesetzungsbewegung in Österreich? Um diese Frage zu beantworten, wird sie in mehrere Teilfragen unterteilt:

- Wie berichteten die Zeitungen über die 1. März-Demonstration und über Hausbesetzungen im Jahr 1981? Wie beschrieben die Zeitungen diese, die Protestierenden und deren Motive und welche Bewertungen lassen sich daraus ableiten?
- Wie berichteten die Zeitungen über die Jugendbewegung allgemein, welche Erklärungsansätze kamen zum Tragen und welche politischen Strategien und Maßnahmen erhielten in der Berichterstattung Raum?
- Wie berichteten die Zeitungen im Jahr ihrer Eröffnung 1981 und im Jahr ihrer Schließung 1983 über die GAGA? Wie beschrieben und charakterisierten sie dabei die GAGA, deren Aktivist:innen sowie Auseinandersetzungen rund um die GAGA?
- Welche Stimmen prägten den Diskurs in den Zeitungen rund um die Berichterstattung zum Thema Jugend- und Hausbesetzungsszene in Österreich?

Es zeigen sich darüber hinaus auch übergeordnete Fragestellungen: Welche politischen sowie gesellschaftlichen Narrative zu städtischen Protesten lassen sich aus der Berichterstattung ableiten? Inwiefern wird in der Berichterstattung den Protesten Legitimität zu- oder aberkannt? Inwiefern trägt die Berichterstattung zur vorherrschenden Hegemonie bei?

Ein zentraler Fokus liegt dabei auf der Frage, wie diese Ereignisse in den verschiedenen Zeitungen dargestellt wurden, und ob signifikante Unterschiede zwischen den Zeitungen und den Protestereignissen zu erkennen sind. Ein weiterer wichtiger Analyseaspekt betrifft die Wiedergabe von Perspektiven verschiedener Akteur:innen im Zusammenhang mit den genannten Ereignissen.

Das Untersuchungsmaterial besteht aus 220 Zeitungsartikeln aus den Jahren 1981 und 1983, die sich auf die Bewegung in Wien, Proteste, Hausbesetzungen sowie Übergabe und Räumung der Häuser beziehen. Für die Analyse wurden Zeitungen mit unterschiedlichen politischen Hintergründen ausgewählt: die sozialdemokratische Tageszeitung *Arbeiter-Zeitung*, die bürgerlich-liberale Tageszeitung *Die Presse* und das Boulevardmedium *Kronen Zeitung*. Diese

³⁶ Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022).

Auswahl ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der Berichterstattung, da die politischen Hintergründe der Zeitungen unterschiedliche Narrative und Bewertungen der Ereignisse erwarten lassen. Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring wird als zentrale Methode genutzt, um die Berichterstattung in österreichischen Zeitungen zu untersuchen. Diese Methode erlaubt eine systematische und intersubjektiv nachvollziehbare Auswertung von Medieninhalten und geht über die reine Inhaltsbewertung hinaus, indem sie auch formale Aspekte, Textkontexte und latente Bedeutungen berücksichtigt.³⁷

Nach einer Einführung in den historischen Kontext (Kapitel 2 Kontext), der sowohl internationale Trends als auch spezifische Gegebenheiten Wiens beleuchtet, wird eine theoretische Definition und Verortung städtischer sozialer Bewegungen skizziert (Kapitel 3 Definition und Verortung von sozialen Bewegungen). Ein zentraler Schwerpunkt liegt anschließend auf der Relevanz der medialen Berichterstattung, insbesondere für soziale Bewegungen, wobei auch die österreichische Medienlandschaft und die gewählten Zeitungen eine Kontextualisierung erfahren (Kapitel 4 Bedeutung der Medien). Das methodische Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse wird im nächsten Kapitel erläutert (Kapitel 5 Methode). Die Ergebnisse der Auswertung werden anschließend anhand von zentralen Themenbereichen präsentiert, beginnend mit der Jugendbewegung im Vorfeld und während der Demonstration am 1. März 1981 (Kapitel 6.1. Jugendbewegung im Vorfeld der Demonstration am 1. März 1981 und Kapitel 6.2. Demonstration vom 1. März 1981), über die Einbettung in den internationalen Kontext (Kapitel 6.3. Internationaler Kontext), die Jugendbewegung allgemein (Kapitel 6.4. Jugendbewegung im Jahr 1981) sowie die Hausbesetzungen im weiteren Verlauf des Jahres 1981 (Kapitel 6.5. Hausbesetzungen) und der Eröffnung und Schließung der GAGA (Kapitel 6.6. Gassergasse) bis hin zur Betrachtung der Repräsentanz verschiedener Perspektiven in den Zeitungen (Kapitel 6.7. Stimmen im Diskurs). Abschließend werden in der Conclusio die Ergebnisse zusammenfassend dargelegt (Kapitel 7 Conclusio).

2. Kontext

2.1. Internationale Entwicklungen

In den 1970er-Jahren zeigte sich nach Jahrzehnten eines anhaltenden Wirtschaftswachstums vielfach in Westeuropa eine Krise des Produktions- und Regulationssystems, also von Massenproduktion und Massenkonsum in einem Nationalstaat. In der darauffolgenden

³⁷ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mikos, Wegener (Hg.), Qualitative Medienforschung, S. 494.

postfordistischen Ära konnten neoliberale Ideen dominieren, wodurch es zu Privatisierung und Liberalisierung sowie zu einem Bröckeln sozialstaatlicher Sicherungen kam.³⁸

Schon zuvor hatte es in den 1960er-Jahren einen Startpunkt für gesellschaftliche Proteste gegeben. Bis in die 1990er-Jahre entstanden daraus verschiedene Protestformen und soziale Bewegungen. Dazu zählt zunächst die Studierenden- und Bürgerrechtsbewegung ab den späten 1960er-Jahren.³⁹ Die internationale Studierendenbewegung protestierte gegen die Nachkriegsordnung des Kalten Kriegs und das damit einhergehende Wettrüsten.⁴⁰ Weitere zentrale Bewegungen waren die zweite Frauenbewegung Ende der 1960er-Jahre sowie die Umwelt-, Antiatomkraft-, Friedens- und Alternativbewegungen in den 1970er-Jahren. In diesem Kontext äußerten in den 1970er-Jahren und um das Jahr 1980 auch Jugend- und Hausbesetzungsbewegungen Kritik. In diesen Bewegungen wurde der Fordismus und die damit einhergehende vorherrschende Produktionsweise, Regierungsform, Lebensgestaltung und Normen kritisiert und infrage gestellt.⁴¹ Zudem stellten sie oft eine Reaktion auf die ersten Krisenerscheinungen des Fordismus dar. Häufig stand dabei der Kampf um Wohnraum, Mieten, gegen Sanierungsprogramme und für eine lebenswerte Stadt im Mittelpunkt. Es wurden meist sozialdemokratische und keynesianische Verwaltungen kritisiert und mehr Teilhabe und Mitbestimmung gefordert. Diese sozialen Bewegungen fokussierten dabei auf Qualität und Verfügbarkeit öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen.⁴²

Als eine spezifisch städtische Protestform etablierten sich seit den späten 1960er-Jahren Hausbesetzungen in Ländern wie den Niederlanden, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Schweiz oder Italien.⁴³ Als es in den 1980er-Jahren zu urbanen Revolten in einer Reihe von Städten kam – vor allem in Nord- und Westeuropa, beispielsweise in Bristol, Zürich, Amsterdam oder Berlin – war die Protestform der Hausbesetzung zentral, getragen von der Hausbesetzer:innenbewegung. Diese war eine radikale und libertäre Jugendbewegung, in der politische Radikalität und Underground-Kultur miteinander verschmolzen. In Städten wie Amsterdam und Berlin nahm die Bewegung rasch an Ausmaß zu. Von Beginn an war die Hausbesetzer:innenbewegung eng mit der Jugendkultur, alternativen Lebensweisen und

³⁸ Armin Kuhn, Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona (Münster 2014), S. 22.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Helmut Dahmer, "1968" und die Folgen. In: Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende (Hg.), Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe (Wien 1998) S. 23–34, hier S. 23.

⁴¹ Kuhn, Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt, S. 22.

⁴² Mayer, Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Holm, Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt, S. 56.

⁴³ Miguel A. Martínez López, The Squatters' Movement in Europa. A Durable Struggle for Social Autonomy in Urban Politics. In: Antipode 45, H. 4 (2012) S. 866–887.

radikaler Politik verknüpft, insbesondere durch den Fokus auf besetzte Häuser und autonome soziale Zentren. Große besetzte Komplexe dienten als Unterkunft für Punks, Ausreißer:innen, Künstler:innen und politische Aktivist:innen. In den besetzten sozialen Zentren fanden politische Versammlungen, Punk-Konzerte und alternative Kunstausstellungen statt. Das Besetzen von Häusern stellte somit eine politische Praxis dar, die zugleich als Lebensform und als Teil einer jugendlichen Subkultur fungierte.⁴⁴ Nach einem Verständnis des Politischen, das Emanzipation auch im eigenen Alltag und der Lebensweise verortete, wurden physische „Freiräume“ gefordert, also sowohl gemeinschaftliche Wohnräume als auch autonome Zentren. Eine Tendenz der Bewegung war eine Verschiebung hin zu Zielen der Selbstverwirklichung und -entfaltung, Autonomie und Authentizität abseits von größeren sozialen Fragen ökonomischer und sozialer Ungleichheit. Allerdings lagen den Protesten häufig soziale Probleme und gesellschaftskritische beziehungsweise -ablehnende Haltungen zu Grunde.⁴⁵

Zu beachten ist, dass sich die meisten Aktivist:innen nicht nur auf die Besetzung, den Betrieb und die Verteidigung von Gebäuden beschränkten. Vielmehr dienten besetzte Häuser häufig als Ausgangspunkt für die Organisation weiterer politischer Aktionen. Im Zuge ihrer Teilnahme an Kämpfen gegen Atomwaffen, Atomkraftwerke, große Infrastrukturprojekte, neonazistische Gruppen und staatliche Sparmaßnahmen, wandelte sich die Bezeichnung Hausbesetzer:innenbewegung zunehmend hin zur „autonomen Bewegung“. Der Begriff „autonom“ unterstrich die Verbindungen zu linksradikalen Bewegungen der 1970er-Jahre.⁴⁶

Durch die Proteste und sozialen Kämpfe waren die herrschenden Kräfte gezwungen, etwas zu ändern und die Bedürfnisse und Forderungen subalternen Gruppen in den gesellschaftlichen Konsens aufzunehmen. Zu Beginn der 1980er-Jahre wurden beispielsweise in Berlin und Barcelona progressive Stadterneuerungsmodelle entwickelt. Diese zeugen von der Reichweite und Gestaltungsmacht der Bewegungen, genauso wie die vielen nach wie vor besetzten Häuser. Durch die professionelle Integration der Forderungen befriedeten die Städte die Bewegungen, was vielfach zu Konflikten und zum Abschwächen ihrer radikalsten Teile führte.⁴⁷ In spezifischer Ausprägung machte sich diese Bewegung auch in Wien bemerkbar, wo aufgrund der Tradition des sozialen Wohnbaus seit dem „Roten Wien“ der 1920er-Jahre spezielle

⁴⁴ Bart van der Steen, Ask Katzeff, Leendert van Hoogenhuijze, Introduction. Squatting and autonomous action in Europe, 1980-2012. In: Bart van der Steen, Ask Katzeff, Leendert van Hoogenhuijze (Hg.), *The city is ours. Squatting and autonomous movements in Europe from the 1970s to the present* (Oakland 2014) S. 1–19, hier 2,3.

⁴⁵ Kuhn, *Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt*, S. 49–51.

⁴⁶ van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze, Introduction. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), *The city is ours*, S. 2, S. 3.

⁴⁷ Ebenda.

Bedingungen vorherrschten.⁴⁸ Im nächsten Kapitel werden der politische und ökonomische Kontext sowie die Stadtentwicklung in Wien näher beleuchtet.

2.2. Stadt Wien

a) Politischer Kontext

Die Stadt Wien wurde in der Zweiten Republik maßgeblich durch das „Rote Wien“ der Zwischenkriegszeit geprägt.⁴⁹ Etabliert als eigenes Bundesland im Jahr 1920 mit erweitertem Zuständigkeitsbereich konnte sich die Stadt eine eigene finanzielle Basis durch eine autonome Steuerpolitik schaffen. Der Fokus lag auf dem Ausbau der sozialen Infrastruktur, besonders im Bereich des kommunalen Wohnbaus und der sozialen Fürsorge. Der Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 führte jedoch zu einem Rückgang der kommunalen Bauprojekte.⁵⁰ Das „Rote Wien“ wurde im Jahr 1934 durch die autoritäre Machtergreifung des Austrofaschismus beendet, wodurch die Wohnbau- und Fürsorgepolitik de facto zum Erliegen kam.⁵¹

Mit dem sogenannten „Anschluss“ von „unten, oben und außen“ wurde Österreich und damit auch Wien als Teil des Deutschen Reichs proklamiert.⁵² Die Machtübernahme von außen wurde von innen unterstützt, wobei praktisch jeder politische Widerstand ausblieb. Das innere Machtgefüge des Nationalsozialismus wurde durch eine autoritäre, ordnungsstaatliche Herrschaft gesichert. Durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die als Teil der Volksgemeinschaft verstandene Bevölkerung wurde im Frühling und Sommer 1938 der Lebensstandard etwas gehoben. Danach stagnierte dieser aber und ging schon vor Beginn des Zweiten Weltkriegs zurück. Soziale Minderheiten, Jüdinnen:Juden, Menschen mit Behinderungen und psychischen Krankheiten sowie politische Gegner:innen wurden brutal verfolgt. Die Maßnahmen zur Verfolgung und Vernichtung von Jüdinnen:Juden wurden in Wien vor dem „Altreich“ eingeführt und erhielten eine breitere Zustimmung in der restlichen Bevölkerung, die sich teils schon zuvor an sogenannten „wildem Arisierung“ beteiligt hatte.

⁴⁸ Reinprecht, Kommunale Strategien für bezahlbaren Wohnraum: Das Wiener Modell oder die Entzauberung einer Legende. In: Schönig, Kadi, Schipper (Hg.), Wohnraum für alle?!, S. 217.

⁴⁹ Mattl, Wien im 20. Jahrhundert, 44,45.

⁵⁰ Peter Eigner, Andreas Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Franz X. Eder, Peter Eigner, Andreas Resch, Andreas Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum (Wien u.a. 2003) S. 8–142, hier S. 16–30.

⁵¹ Mattl, Wien im 20. Jahrhundert, S. 55.

⁵² Gerhard Botz, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39. In: Historical Social Research, Supplement, H. 28 (2017) S. 241–315, hier S. 258.

Aus Wien wurden insgesamt 65.000 Jüdinnen:Juden deportiert, die fast alle den Holocaust nicht überlebten.⁵³

Nach 1945 gab es in Österreich eine kurze Zeit kritischer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, doch diese wurde schnell von konservativen Bestrebungen nach politischer Restaurierung überschattet. Österreich präsentierte sich als „erstes Opfer“ der Nazi Herrschaft. Das wurde durch Konsenspolitik und eine Überhöhung des „Österreichischen“ befördert. In diesem Kontext war radikale Gesellschaftskritik sehr selten.⁵⁴ Zudem hatte Österreich im Nationalsozialismus einen großen Teil seines progressiven und intellektuellen Potentials verloren. Die Vertreibung und Ermordung von vielen tausenden, vor allem jüdischen Intellektuellen hinterließ ihre Spuren.⁵⁵ Die unzureichende Entnazifizierung und das Fehlen einer systematischen Rückkehrpolitik für Emigrant:innen förderten die Integration ehemaliger nationalsozialistischer Akteur:innen und die Wiederbelebung katholisch-konservativer Werte. Diese Entwicklungen prägten die intellektuelle Landschaft der Zweiten Republik bis in die 1960er-Jahre nachhaltig.⁵⁶ Mit der fordistischen Struktur ging eine Verengung des öffentlichen Lebens einher, wobei der Fokus zunehmend auf individuellem Wohlstand und Privatvergnügen lag, das durch Fleiß und gutes Benehmen erlangt werden sollte. Die gesellschaftlichen Ideale dieser Zeit betonten höfliches Verhalten, anständige Kleidung und traditionelle Normen. Dem Kulturverständnis der Kriegsgeneration und der frühen Nachkriegszeit entsprach eine idealisierte Vorstellung der Hochkultur, die sich zudem in der Verdrängung der Verbrechen des Nationalsozialismus, einer verklärten Sicht auf die Habsburgermonarchie und einer unkritischen Akzeptanz traditioneller Geschlechterrollen äußerte.⁵⁷ In Österreich herrschten nach wie vor spezifisch autoritäre Strukturen und das System entsprach nicht den klassischen liberal-demokratischen Merkmalen.⁵⁸

Nach der Befreiung Wiens am 14. April 1945 durch sowjetische Truppen, wurde schnell die Verfassungs- und Verwaltungskontinuität von vor 1934 wiederhergestellt. Die Ergebnisse der Wiener Gemeinderatswahlen im November 1945 knüpften an die Mehrheitsverhältnisse der

⁵³ Ebenda, S. 258–279.

⁵⁴ Lutz Musner, Ist Wien anders? Zur Kulturgeschichte der Stadt nach 1945. In: Peter Csendes, Ferdinand Opll (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3. Von 1790 bis zur Gegenwart (Wien u.a. 2006) S. 739–820, hier S. 741–745.

⁵⁵ Marion Knapp, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945 (Frankfurt am Main 2005), S. 100, S. 101.

⁵⁶ Ebenda, S. 101–105.

⁵⁷ Musner, Ist Wien anders? Zur Kulturgeschichte der Stadt nach 1945. In: Csendes, Opll (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 756–763.

⁵⁸ Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015), S. 75.

Ersten Republik an, die Sozialdemokratie erhielt 57,5 Prozent der Stimmen.⁵⁹ Auf Koalitionen zwischen SPÖ und ÖVP in den 1960er-Jahren folgten in Wien SPÖ-Alleinregierungen in den 1970er- und 1980er-Jahren.⁶⁰ Siegfried Mattl attestiert der Kommunalpolitik Wiens nach 1945, „eine technokratische und funktionalistische Administration“ zu sein, die sich an privater Kaufkraft orientierte.⁶¹

Auf Bundesebene stellte die ÖVP von 1945 bis 1970 den Kanzler, zunächst zwanzig Jahre in Koalition mit der SPÖ, ab 1966 vier Jahre allein. Abgesehen von Wien, Burgenland und Kärnten dominierte die ÖVP auch die anderen Bundesländer. Aufgrund des durch die Alliierten forcierten Ziels der Stabilität und der gravierenden sozioökonomischen Probleme lag der Fokus der Regierung im Bund zunächst auf Zusammenarbeit und Anpassungsfähigkeit.⁶² Allerdings ging diese politische Konstellation mit unerwünschten Nebenwirkungen einher, darunter die Schwächung des Parlamentarismus und eine zunehmende Bürokratisierung des politischen Systems. Die SPÖ und ÖVP etablierten eine Konkordanz- beziehungsweise Proporzdemokratie, die bis in die unteren Verwaltungsebenen sowie in diverse (halb)öffentliche Bereiche hineinwirkte.⁶³ Die Proporzidee hatte in Österreich ihre Wurzeln bereits in der Ersten Republik. Ein komplexes Macht- und Kontrollverteilungssystem zwischen SPÖ und ÖVP, das sich bis auf Beamtenebene und darüber hinaus auf Subventionen, etc. auswirkte. Allerdings veränderte sich das Proporzsystem weg von der ursprünglichen Funktion der wechselseitigen Kontrolle hin zu einer völligen Machtaufteilung. Dies rief vielfach Kritik hervor. Von der SPÖ wurde beispielsweise die Kunst- und Kulturpolitik der ÖVP überlassen, was sich erst unter der Regierung Kreisky in den 1970er-Jahren änderte.⁶⁴

Ende der 1960er-Jahre begann die konservative Vorherrschaft in Österreich zu erodieren. Wesentliche Auslöser dafür waren tiefgreifende sozioökonomische Veränderungen: der Fortschritt durch die dritte technologische Revolution, der wachsende Dienstleistungssektor bei gleichzeitiger Abnahme der Beschäftigten in der Landwirtschaft und der Selbstständigen, die fortschreitende Konsumorientierung der Gesellschaft, zunehmende Säkularisierung und die Auflösung der traditionellen politischen Lager, was zu einer größeren Wähler:innenbeweglichkeit führte. Gleichzeitig gewann auch in Österreich eine antiautoritäre Bewegung an Einfluss, begleitet von einem Generationskonflikt und einem neuen

⁵⁹ Mattl, Wien im 20. Jahrhundert, 65-59.

⁶⁰ Johannes Sachslehner, Wien. Geschichte einer Stadt (Wien/Graz/Klagenfurt 2016), S. 294.

⁶¹ Mattl, Wien im 20. Jahrhundert, S. 75.

⁶² Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 74–76.

⁶³ Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur - Gesellschaft - Politik (Graz/Wien/Köln 2000), S. 319–322.

⁶⁴ Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 73-79, S. 330.

Lebensgefühl. Das traditionelle Kulturverständnis geriet zunehmend in die Defensive. Die von der ÖVP-Alleinregierung eingeleiteten Reformen erwiesen sich vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels und des veränderten politischen Klimas als unzureichend.⁶⁵

Nach einer Minderheitsregierung der SPÖ unter Unterstützung der FPÖ in den Jahren 1970/71 regierte die SPÖ von 1971 bis 1983 mit absoluter Mehrheit. Diese Phase war zunächst eine der Hochkonjunktur und von einem breiten Reformwillen getragen.⁶⁶ Der SPÖ unter Kreisky gelang es, die politische Stimmung des Aufbruchs mit ihrem Plan der Demokratisierung der Gesellschaft zu vereinen und eine umfassende Modernisierung der österreichischen Gesellschaft einzuleiten.⁶⁷ Eine zentrale Figur war Justizminister Christian Broda, der umfassende Rechtsreformen vorantrieb, darunter eine Modernisierung des Strafrechts, ein frauenfreundlicheres Familien- und Scheidungsrecht sowie die Entkriminalisierung von Homosexualität. Demokratiepolitisch wurden wichtige Neuerungen wie die Einführung der Volksanwaltschaft umgesetzt. Populäre Maßnahmen wie die Verkürzung des Wehrdienstes, die Einführung des Zivildienstes sowie sozialpolitische Schritte wie die Erhöhung der Pensionen und die Verkürzung der Arbeitszeit stärkten die Akzeptanz der Regierung Kreisky in der Bevölkerung.⁶⁸

Dazu zählte auch ein neues Verständnis von Kultur und eine Neudefinition eines nunmehr erweiterten Kulturbegriffs. Sozialdemokratische Kulturpolitik definierte diese als Fortsetzung der Sozialpolitik und als Mittel für eine gerechtere Gesellschaft. Mit der Forderung „Kultur für alle“ wurde eine Ausweitung der Teilhabe am Kulturleben forciert. In der Praxis wurde dabei vor allem ein Fokus auf den Bereich der Kunst und den Zugang zu Hochkultur gesetzt. Die ÖVP, die Anfang der 1970er-Jahre versuchte, sich als liberalere Partei darzustellen, erweiterte ebenfalls ihren Kulturbegriff und betonte Chancengleichheit und „kulturelle Partizipation“.⁶⁹

Bei den Gemeinderatswahlen Wiens im Oktober 1973 konnte die SPÖ mit 60,1 Prozent einen überwältigenden Erfolg erzielen und Leopold Gratz (1929–2006) wurde mit diesen Wahlen zum Nachfolger von Felix Slavik gewählt und blieb bis 1984 im Amt des Bürgermeisters. Dennoch wurde von vielen Bürger:innen kritisiert, dass die jahrzehntelange Dominanz und gezielte Personalpolitik der Parteien zu einer engen Verbindung zwischen Parteistruktur und Verwaltung geführt hätten. Die parteipolitische Färbung der Beamt:innenschaft sowie die Verbeamtung der

⁶⁵ Knapp, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation, S. 115–119.

⁶⁶ Vocelka, Geschichte Österreichs, S. 341–345.

⁶⁷ Knapp, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation, S. 121–126.

⁶⁸ Vocelka, Geschichte Österreichs, S. 341–345.

⁶⁹ Knapp, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation, S. 121–126.

Parteibasis der SPÖ wären die Folgen. Dadurch hätte die Partei beträchtlichen Einfluss auf berufliche und soziale Möglichkeiten der Bürger:innen erlangt. Diese Entwicklung löste in Teilen der Bevölkerung, insbesondere bei der jüngeren Generation und in oppositionellen Kreisen, Resignation und ein Gefühl der Ohnmacht aus, was sich auch in einer geringeren Wahlbeteiligung zeigte. Die ÖVP schaffte es Anfang der 1970er-Jahre jedoch nicht, als überzeugende Alternative dazu wahrgenommen zu werden.⁷⁰

SPÖ-Bürgermeister Gratz sah sich in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren zudem mit einer Reihe von Skandalen und finanziellen Fehlschlägen konfrontiert, die das Image der Wiener Stadtpolitik erheblich belasteten. So wurde beispielsweise der Bau des Allgemeinen Krankenhauses (AKH) aufgrund explodierender Kosten und mutmaßlicher Korruption zu einem jahrzehntelangen Problem. Nach Enthüllungen 1979/80 über Schmiergeldzahlungen, die Gründung von Scheinfirmen und Millionenüberweisungen an ausländische Konten untersuchte ein parlamentarischer Ausschuss die Vorgänge rund um das AKH und verhängte mehrjährige Haftstrafen gegen mehrere Verantwortliche. Die Frage der politischen Verantwortung wurde ebenfalls diskutiert, blieb jedoch weitgehend ohne Konsequenzen für führende Akteur:innen. Neben solchen Großskandalen gab es zahlreiche weitere Vorfälle: Kostenüberschreitungen und Baumängel bei Projekten wie dem Praterstadion und dem Weststadion, Grundstücksspekulationen, in die Stadtbaubehörden involviert waren, sowie der Einsturz der Reichsbrücke 1976, welcher zu einer breiten Überprüfung und letztlich Erneuerung der Brückeninfrastruktur führte.⁷¹

Um das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen, setzte die Wiener Stadtregierung eine Reihe von Reformmaßnahmen um: Sie verstärkte den Kontakt zur Bevölkerung durch ein Bürgerservice und baute die direkte Demokratie aus. Im Rahmen der Verwaltungsreform von 1978 wurde auch die Dezentralisierung vorangetrieben, sodass Bezirksvorsteher:innen und Bezirksvertretungen erweiterte Kompetenzen erhielten.⁷² Im Jahr 1979 erfolgte die Trennung der Zuständigkeiten Bildungswesen und kulturelle Angelegenheiten und es wurde ein „Amt für Kultur und Bürgerdienst“ eingeführt. Neben einem vermehrten Angebot an Kulturangeboten wurde auch eine Demokratisierung der Kultur forciert, unter anderem durch finanzielle Hilfe und Bereitstellung von Räumlichkeiten für die Kulturpolitik. Jungen Menschen sollte ein

⁷⁰ Gustav Bihl, Wien 1945-2005. Eine politische Geschichte. In: Peter Csendes, Ferdinand Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3. Von 1790 bis zur Gegenwart (S. 545-650) (Wien u.a. 2006), hier S. 620–622.

⁷¹ Ebenda, S. 620–626.

⁷² Ebenda.

eigenes Aktionsfeld zur Verfügung gestellt werden.⁷³ Auch in der ÖVP Wien wurde ab 1976 mit der Übernahme von Erhard Busek eine umfassende Modernisierung der Partei eingeleitet. Politisch setzte Busek auf mehr Bürger:innennähe und eine lokale Stadtentwicklung, welche bestehende Stadtviertel und ihre soziale Infrastruktur in den Mittelpunkt stellte. In den Gemeinderatswahlen von 1978 und 1983 konnte die Wiener ÖVP von Buseks frischem Ansatz und den Abnutzungserscheinungen der langjährigen SPÖ-Dominanz profitieren und erzielte Mandatsgewinne. Gleichzeitig wuchs die Bedeutung neuer Themen wie Umweltschutz und Lebensqualität, die auch zu einem Aufschwung diverser Bürger:inneninitiativen und neuer „grüner“ Bewegungen führten.⁷⁴

Ab dem Jahr 1977 verschärften wirtschaftliche Probleme und die oben beschriebenen Skandale das öffentliche Image der SPÖ auch auf Bundesebene. Im Jahr 1983 verlor die Partei schließlich ihre absolute Mehrheit im Bund. Unter Fred Sinowatz, dem Nachfolger Kreiskys, bildete die SPÖ eine Koalition mit der FPÖ. Gleichzeitig etablierten sich 1982 die Vereinigten Grünen und die Grünalternativen als politische Kräfte, die den Umweltschutz in den Fokus rückten und andere Parteien zwangen, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen.⁷⁵

b) Ökonomischer Kontext

In der westlichen Wirtschaft setzte nach 1945 eine Phase des Fordismus ein, der sich durch Massenproduktion in hierarchisch strukturierten Großunternehmen auszeichnete. Diese Ära führte in Österreich zu starkem Wirtschaftswachstum, erhöhtem Konsum und einer stabilen Kooperation zwischen den beiden Großparteien – institutionalisiert als Sozialpartnerschaft.⁷⁶ Mit dem Fordismus verbunden war eine zentrale Forderung nach Disziplin und eine starke Normierung von Körper und Psyche der Individuen sowie der Kleinfamilie als Basis.⁷⁷ Der wirtschaftliche Aufschwung Österreichs nach 1945 kann sowohl durch innerösterreichische als auch internationale Faktoren erklärt werden. Dabei spielten beispielsweise der Profit durch die „Arisierungs“-Politik des NS-Regimes, das Erbe der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie, die verstaatlichte Industrie sowie gesamteuropäisches Wirtschaftswachstum, alliierte Soforthilfe, und insbesondere der Marshallplan eine zentrale Rolle.⁷⁸

⁷³ Kurt Blaukopf, Irmgard Bontick, Harald Gardos, Desmond Mark, *Kultur von unten. Innovationen und Barrieren in Österreich* (Wien 1983), S. 40–42.

⁷⁴ Bihl, Wien 1945-2005. In: Csendes, Opll (Hg.), *Wien: Geschichte einer Stadt*. Bd. 3, S. 626–630.

⁷⁵ Vocelka, *Geschichte Österreichs*, S. 345–348.

⁷⁶ Eigner, Resch, *Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert*. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), *Wien im 20. Jahrhundert*, S. 16–30.

⁷⁷ Foltin, *Und wir bewegen uns doch*, S. 15.

⁷⁸ Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, S. 101–134.

Zwischen den Jahren 1953 und 1962 gab es in Österreich eine Ära des „Wirtschaftswunders“, in welcher der sekundäre Sektor und der Dienstleistungssektor stark wuchsen.⁷⁹ Größere soziale Konflikte wurden zurückgestellt, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Das System der Sozialpartnerschaft, das bereits in Ansätzen existierte, wurde schrittweise ausgebaut und institutionalisiert.⁸⁰ Mit diesem System wurde ein Interessenausgleich zwischen Arbeiter:innen und Angestellten (in Form der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer) und der privaten Arbeitgeber:innen (Industriellenvereinigung und Bundeswirtschaftskammer) etabliert. Wesentliche Entscheidungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden von diesen entschieden und von Regierung und Parlament nur noch unwesentlich verändert. Diese Machtverteilung wurde nur indirekt durch die Wahlen der Interessensvertretungen demokratisch legitimiert.⁸¹ Damit einher ging die Integration von linken Parteien und Gewerkschaften in den fordistischen Staat.⁸² Dadurch verlor die SPÖ ihren Charakter als Heimat marxistischer Kritik, da der Klassengegensatz weitgehend negiert wurde. Die wirtschaftlichen Erfolge dieses Systems waren jedoch für die Bevölkerung überzeugend: Vollbeschäftigung, anhaltendes Wirtschaftswachstum, ein steigender Anteil der Arbeitnehmer:innen am Sozialprodukt sowie niedrige Inflationsraten prägten diese Phase. Fortschrittsglaube, rasche technologische Entwicklung und der Ausbau zentraler Sektoren wie Energieversorgung, Stahlindustrie und Tourismus waren wesentliche Triebkräfte dieses Aufschwungs.⁸³

Mit den 1960er-Jahren nahm die Tertiärisierung in Wien zu, was eine weitergehende wirtschaftliche Umstrukturierung nach sich zog. Die Industrie war mit Problemen wie Kapitalknappheit, mangelnder Innovationskraft und zudem stärker werdendem internationalem Wettbewerbsdruck konfrontiert. Während internationale Krisen (z.B. Bretton-Woods-Zusammenbruch und Ölkrise im Jahr 1973) die Strukturprobleme verschärften, verstärkte die Öffnung der Märkte den internationalen Druck. Die Wachstumsraten sanken und in den Jahren 1975 bis 1981 fiel das Wirtschaftswachstum in Wien mehrmals auf nahe Null, was einen markanten Unterschied zum übrigen Österreich darstellte. Die Staatsverschuldung stieg und die vorhandenen wirtschaftspolitischen Instrumente brachten nicht mehr den gewünschten Erfolg.⁸⁴

⁷⁹ *Eigner, Resch*, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: *Eder, Eigner, Resch, Weigl* (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 9–15.

⁸⁰ *Vocelka*, Geschichte Österreichs, S. 323.

⁸¹ *Rathkolb*, Die paradoxe Republik, S. 93–97.

⁸² *Foltin*, Und wir bewegen uns doch, S. 43.

⁸³ *Vocelka*, Geschichte Österreichs, S. 323.

⁸⁴ *Eigner, Resch*, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: *Eder, Eigner, Resch, Weigl* (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, 9-30, 130-132.

Das etablierte Regulierungsmodell geriet unter Druck. Der „Austro-Keynesianismus“ – eine spezifische Form der wirtschaftspolitischen Reaktion auf die Rezession der 1970er-Jahre – versuchte, durch expansive Fiskalpolitik und sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Trotz Maßnahmen wie der Erhöhung von Staatsausgaben und der Förderung von Ausländer:innenbeschäftigung konnte jedoch keine nachhaltige Stabilität erzielt werden, wobei bis Ende der 1970er-Jahre die Vollbeschäftigung noch aufrechterhalten werden konnte.⁸⁵ Die weltweite Rezession zeigte ihre vollen Auswirkungen aufgrund der austrokeynesianischen Wirtschaftspolitik in Österreich erst zu Beginn der 1980er-Jahre.⁸⁶ Nach der internationalen Wirtschaftskrise und dem zweiten Erdölschock 1978/79 reichten die austrokeynesianischen Maßnahmen nicht mehr aus. Zudem wurde im Jahr 1978 verpasst, sich auf die abzeichnende Globalisierung und ein Ende des nationalstaatlichen Wirtschaftens einzustimmen.⁸⁷ Die direkten Auswirkungen der Inflation, wie etwa gestiegene Benzinpreise, waren schon ab dem Jahr 1973 für die Bevölkerung spürbar.⁸⁸

Ab Anfang der 1980er-Jahre war die Zeit der Vollbeschäftigung zu Ende. Es kam zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit und die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit verlängerte sich.⁸⁹ Auch die Zeiten großer Einkommenssteigerungen waren nun vorbei. Während die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin von relativ hohen Einkommens- und Konsumniveaus profitierte, waren die materiellen Grundlagen für eine wachsende Minderheit zunehmend unsicher und schlecht. Die „neue Armut“ manifestierte sich nun nicht mehr als Bedrohung der physischen Existenzgrundlagen, sondern vielmehr als Ausschluss von den Konsumstandards der Gesellschaft.⁹⁰

Ab dem Jahr 1980 setzte ein grundlegender Wandel ein. Neue finanz- und regulierungspolitische Konzepte wurden umgesetzt, die dem Postfordismus zugerechnet werden können. Dies zeigte sich auch in der Unternehmensorganisation, wobei der Fokus zunehmend auf Innovation, Flexibilität und der Anpassung an die Anforderungen der globalen

⁸⁵ Ebenda, S. 16–30.

⁸⁶ Franz X. Eder, Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert. In: Franz X. Eder, Peter Eigner, Andreas Resch, Andreas Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum (Wien u.a. 2003) S. 201–285, hier S. 203.

⁸⁷ Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 134–141.

⁸⁸ Eder, Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 239.

⁸⁹ Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 16–30.

⁹⁰ Eder, Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 202, S. 203, S. 224, S. 244, S. 245.

Märkte lag. Die postfordistische Produktion setzte neue Standards, etwa durch kleinere, flexiblere Betriebe und den verstärkten Einsatz neuer Technologien, um sich rasch an Wünsche von Kund:innen anpassen zu können. Dies ging mit einer Zunahme von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Unsicherheit einher.⁹¹ Der Arbeitsmarkt wurde zunehmend polarisiert, was zu einer steigenden Fragilität der Arbeitsverhältnisse führte. Dies hatte zur Folge, dass sich die Konsumchancen weiter auseinanderentwickelten: Haushalte, die von Armut bedroht waren oder in Armut lebten, konnten nicht mehr mit den Anforderungen des Konsumismus (das Motto des Fordismus hatte „Arbeite, um zu konsumieren“ geheißen) Schritt halten. Besonders betroffen waren dabei die gering qualifizierten und unflexiblen Arbeitskräfte.⁹²

c) Stadtentwicklung Wiens

Die Entwicklungsphase bis 1914 führte zu einer funktionalen und sozialräumlichen Differenzierung zwischen der Inneren Stadt, den Innenbezirken und den Außenbezirken und Industriegebieten sowie zu einer starken städtischen Verdichtung. In der Zwischenkriegszeit blieb diese räumliche Struktur weitgehend stabil, da das Wachstum der Stadt nachließ. Der Erste Weltkrieg verschärfte die Wohnungsnot und führte zu wilden Siedlungen. In der Zwischenkriegszeit finanzierte das „Rote Wien“ durch ein neues Steuersystem ein umfassendes kommunales Wohnbauprogramm. Ab dem Jahr 1923 errichtete die Stadt großflächige, meist mehrgeschossige Wohnanlagen, während private Bauvorhaben wegen des im Jahr 1917 eingeführten und 1922 gefestigten Mieterschutzes weitgehend zum Erliegen kamen. Der soziale Wohnbau wurde mit der austrofaschistischen Machtergreifung 1933/1934 fast vollständig eingestellt.⁹³ Nach dem sogenannten „Anschluss“ an das NS-Regime im Jahr 1938 wurden im Zuge der antisemitischen Verfolgungspolitik etwa 70.000 Wohnungen ehemaliger jüdischer Mieter:innen enteignet und „arisiert“, die von 1940 bis 1944 neu verteilt wurden.⁹⁴ Da Wien keine zentrale Rolle für Hitler spielte, waren der Stadtplanung engere Grenzen gesetzt. Geplant war die Umsiedlung von Arbeiter:innenwohnbezirken in Gartenstädte und Stadtrandsiedlungen, die aber nie verwirklicht wurden. Dafür wurde das Wiener Stadtgebiet stark erweitert, wovon ein Teil (der 22. und der 23. Bezirk) auch nach der neuerlichen Ausgemeindung vieler Gemeinden im Jahr 1954 aufrechterhalten blieb.⁹⁵

⁹¹ *Eigner, Resch*, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: *Eder, Eigner, Resch, Weigl* (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 16–30.

⁹² *Eder*, Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert. In: *Eder, Eigner, Resch, Weigl* (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 244, S. 245.

⁹³ *Eigner, Resch*, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: *Eder, Eigner, Resch, Weigl* (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 103-107, S. 130-132.

⁹⁴ *Mattl*, Wien im 20. Jahrhundert, S. 61.

⁹⁵ *Botz*, Nationalsozialismus in Wien, S. 258–279.

Nach der Befreiung und dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand zunächst die Wiederherstellung der Infrastruktur im Vordergrund, gefolgt von der Instandsetzung beschädigter Gebäude und gezielter Lückenverbauung.⁹⁶ Ab dem Jahr 1947 wurde systematisch neuer Wohnraum geschaffen, wobei anfängliche Baumaterialknappheit und qualitative Defizite die Bautätigkeit prägten. Viele Wohnungen waren klein und schlecht ausgestattet. Kleinwohnungen wurden so konstruiert, dass sie später zusammengelegt werden konnten (sogenannte Duplex-Wohnungen), was ab dem Ende der 1950er-Jahre häufig umgesetzt wurde.⁹⁷

Nach der Stagnationsphase in der Zwischenkriegszeit und der Wiederaufbauzeit nach 1945 ist in Wien eine erneute Verstädterungsphase festzustellen. In den 1950er-Jahren ging der Gemeinde ihr Monopol als Bauträger zunehmend verloren, und die Einführung neuer Bautechnologien wie der Montagebau sowie die Plattenbauweise trieben die Industrialisierung des Bausektors weiter voran.⁹⁸ Es kam zu einer qualitativen Verbesserung der Neubauten, sodass ab den 1950er-Jahren jede neue Wohnung mit einem WC und Badezimmer ausgestattet war. Verschiedene Förderprogramme unterstützten den Wiederaufbau und trugen so zur Beseitigung des Wohnraummangels bei.⁹⁹

Im kommunalen Wohnbau der 1960er-Jahre dominierte das Konzept der Stadterweiterung und der funktionalistischen Stadtplanung, demzufolge neue, oft erstmals industriell massengefertigte Wohnquartiere am Stadtrand errichtet wurden.¹⁰⁰ Die Stadterweiterung zeichnete sich durch hochverdichtete Siedlungen am Stadtrand vor allem im Süden und im Osten aus, die in Fertigteil-Bauweise gebaut wurden.¹⁰¹ Dadurch kam es auch zu einer innerstädtischen Randwanderung, begleitet von einer Abwanderung über die Stadtgrenzen hinaus (Suburbanisierung). Die Wohnbevölkerung verschob sich gemeinsam mit den industriell-gewerblichen Arbeitsstätten in die äußeren Bezirke und die Zahl der Einpendler:innen erhöhte sich.¹⁰² Ein Grund für die Randwanderung aus den Gründerzeit-

⁹⁶ Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 103–107.

⁹⁷ Bihl, Wien 1945–2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 585–590.

⁹⁸ Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 103–107.

⁹⁹ Bihl, Wien 1945–2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 585–590.

¹⁰⁰ Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 42–47.

¹⁰¹ Siegfried Mattl, Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 22–28, hier S. 24.

¹⁰² Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 42–47, S. 130–132.

Vierteln der Innen- und bald auch Außenbezirke (vor allem in Gürtelnähe) lag in dem dortigen hohen Anteil von Klein- und Kleinstwohnungen mit niedrigen sanitären Standards. Die Stadtpolitik steuerte hier nicht dagegen. Da diese Gegenden nicht mehr besonders attraktiv waren, machte sich die Überalterung der Stadt in diesen Bezirken besonders bemerkbar.¹⁰³

Zuzug erhielten die Gründerzeitviertel durch Arbeitsmigrant:innen aus der Türkei und Jugoslawien. In den Stadtteilen nahe dem Gürtel wurde mit Boden und Häusern spekuliert, vor allem im Zusammenhang mit der Vermietung an Arbeitsmigrant:innen. Private Hausbesitzer:innen vermieteten Substandardwohnungen zu überhöhten Preisen als Massenquartiere. Weil keine Sanierungsarbeiten durchgeführt wurden, führte der Verfall häufig zur „Abbruchsreife“, wonach das Grundstück teuer weiterverkauft werden konnte. Eine zusätzliche zentrale Veränderung zu dieser Zeit bildete ein rapider Rückgang des Kleinhandels, vor allem in den Gründerzeitvierteln in den 1970er-Jahren. Den Bezirksgeschäftsstraßen und dem klassischen Erscheinungsbild der Gründerzeitviertel drohte der Garaus.¹⁰⁴

Die funktionale Trennung von Wohnen und Arbeiten führte in den Außenbezirken zu Trabanten- und Schlafstädten (z.B. in Kagran), was schon ab Mitte der 1960er-Jahre kritisiert wurde. Diese Trennung verstärkte auch die Verkehrsströme, während die Massenmobilität zunahm und öffentliche Verkehrsmittel in einigen neuen Stadtteilen noch kaum vorhanden waren.¹⁰⁵ Die Wohn- und Arbeitszonen sowie Produktion und Reproduktion sollten zur Rationalisierung scharf voneinander getrennt werden. Diese Planung bedeutete auch einen Aufruf zu disziplinierten Verhaltensweisen, die insbesondere an Jugendliche gerichtet waren. Die zentrale Planung hatte negative Folgen für Jugendliche, die neben der Enge und Lärmdurchlässigkeit der Wohnungen auch in der Propagierung der traditionellen familiären und häuslichen Ordnung ohne Freiräume bestanden.¹⁰⁶ Gleichzeitig gab es wenig Spiel- und Sportplätze und die wenigen bestehenden Jugendzentren wurden am Wochenende geschlossen, wie von der Arbeiterkammer Wien (AK Wien) in einer Studie vom August 1981 kritisiert wurde, oder boten zu wenig attraktives Programm.¹⁰⁷ Schon in den 1960er-Jahren wurde von verschiedenen Seiten grundlegende Kritik an der funktionalistischen Stadtplanung laut. So forderte die SPÖ-

¹⁰³ Mattl, Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 25.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 26.

¹⁰⁵ Bihl, Wien 1945-2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 590–593; Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 42–47.

¹⁰⁶ Nußbaumer, Schwarz, "Für alle". In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, 16, 17.

¹⁰⁷ Mattl, Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 24.

Jugendorganisation Junge Generation bereits im Jahr 1970 Multifunktionalität, Verbannung der Autos aus der Innenstadt, flexibleres Wohnen, Freiraum für Subkultur und Partizipation.¹⁰⁸

In den 1970er-Jahren reagierte Wien auf die „Krise der Stadt“ durch unterschiedliche Maßnahmen. Zunächst lag der Fokus auf Stadterneuerung durch das 1974 in Kraft getretene Stadterneuerungsgesetz, das vor allem auf Abbruch und Neubau setzte. Das brachte unter anderem Kritik von Bürger:inneninitiativen ein, die sich für Erhalt und Sanierung des historischen Bestands einsetzten. Dieses Engagement resultierte in der Bereitstellung von Ressourcen für Sanierungsmaßnahmen seitens der Stadt, wenn auch bis in die 1980er-Jahre noch der Fokus auf Neubauten lag.¹⁰⁹ Außerdem sollte durch ein neues Mietengesetz (1975) die Kündigung in abbruchgefährdeten Häusern erschwert und Mietbeihilfe gesichert werden.¹¹⁰ Dennoch sank die Einwohner:innenzahl in Wien zwischen den Jahren 1971 und 1981 um 5,5 Prozent, besonders in den inneren Bezirken. Über 50 Prozent der Wohnungen in Wien stammten noch aus der Zeit vor 1919 und entsprachen nicht modernen Standards. Viele Wohnungen verfügten noch nicht über eigene WCs oder Bäder, was zu unzumutbaren sanitären Bedingungen führte.¹¹¹

Die „Leitlinien für die Stadtentwicklung“ (1972) adressierten die Defizite. Im Jahr 1976 wurden Bemühungen um einen neuen Stadtentwicklungsplan (STEP) formuliert, der 1984 schließlich Stadterneuerung statt Stadterweiterung in den Mittelpunkt rückte. In den Leitlinien wurde verstärkt Wert auf eine funktionale und gestalterische Durchmischung der Stadt gelegt und dezentrale Nutzungsmischung statt monofunktionaler Gebiete gefordert. Zudem wurden Maßnahmen zur Begrenzung der Unternehmensabwanderung und Sicherung des Arbeitskräfteangebots gesetzt, begleitet von gezielter Förderung von Zuwanderung durch sogenannte „Gastarbeiter:innen“.¹¹²

¹⁰⁸ Nußbaumer, Schwarz, "Für alle". In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 18, S. 19.

¹⁰⁹ Christian Peer, Postmoderne und neoliberale Strukturen im Stadtteil. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 33–37, hier S. 34.

¹¹⁰ Mattl, Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 27.

¹¹¹ Bihl, Wien 1945–2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 593–595; Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 47–55.

¹¹² Andreas Weigl, "Unbegrenzte Großstadt" oder "Stadt ohne Nachwuchs"? Zur demographischen Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Franz X. Eder, Peter Eigner, Andreas Resch, Andreas Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum (Wien u.a. 2003) S. 141–200, hier S. 159; Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, 47–55, 103–107; Bihl, Wien 1945–2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 590–593.

Erste Stadterneuerungsprojekte gab es bereits in den Jahrzehnten zuvor, in den späten 1970er-Jahren setzte sich jedoch zunehmend die Idee der „sanften“ Stadterneuerung durch. Im Zuge dessen wurden Problem- und Sanierungsgebiete identifiziert und als Stadterneuerungsgebiete ausgewiesen.¹¹³ In diesen wurde gemeinsam von Gebietsbetreuungen und Bewohner:innen die Planung der Erneuerung umgesetzt. Ab den späten 1980er-Jahren wurden auch einige Gemeindebauten saniert.¹¹⁴ Dadurch konnte die Stadt im internationalen Vergleich ein relativ niedriges Niveau sozialer Segregation bewahren und erhielt für dieses Modell europaweit Anerkennung. Eine erste große Sanierungsmaßnahme war die Erneuerung des Spittelbergs im 7. Bezirk, die bis 1976 abgeschlossen wurde.¹¹⁵ Für die Sanierung einzelner Wohnhäuser wurden öffentliche Gelder und Kredite zur Verfügung gestellt, während gleichzeitig weniger Wohnbauförderungen vergeben wurden.¹¹⁶

Ab den 1960er-Jahren war der kommunale Wohnbau zunehmend von marktwirtschaftlichen Prinzipien gekennzeichnet. So wurden beispielsweise ab Anfang der 1970er-Jahre für den sozialen Wohnbau Eigenmittel vorausgesetzt.¹¹⁷ In den 1970er-Jahren brachten wirtschaftliche Expansionen von Baufirmen im Eigentum der Stadt Wien und Mehrkosten bei städtischen Großbauten enorme finanzielle Verluste für die Stadt mit sich. Daraufhin kam es innerhalb der SPÖ Wien zu einem Konflikt über die Fortsetzung des kommunalen Wohnbaus oder dessen Ablöse durch den Genossenschaftswohnbau, wobei sich zunehmend der Fokus auf die Förderung von Genossenschaftswohnbau verschob.¹¹⁸

In den 1980er- und 1990er-Jahren setzte nach einer Phase des Bevölkerungsrückgangs eine Reurbanisierung Wiens ein. Zwischen 1981 und 1991 stieg die Einwohnerzahl um 0,6 Prozent, während die Abwanderung an den Stadtrand zwar fortbestand, jedoch in abgeschwächter Form. Gesellschaftliche Kritik an städtischen Behörden nahm ab den 1970er-Jahren zu und wurde durch mehrere Skandale und Bürger:inneninitiativen befördert. Gemeinsam mit Veränderungen, wie wachsenden Arbeitsmarktp Problemen, gestiegenem Umweltbewusstsein und der Forderung nach direkter Bürger:innenbeteiligung, führte dies zu Reformen in der

¹¹³ Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 47–55.

¹¹⁴ Bihl, Wien 1945–2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 593–595.

¹¹⁵ Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 47–55.

¹¹⁶ Bihl, Wien 1945–2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 593–595.

¹¹⁷ Ebenda, S. 595–599.

¹¹⁸ Matzl, Wien im 20. Jahrhundert, S. 85, S. 86.

Planungs- und Beteiligungskultur. Transparenz, soziale und ökologische Aspekte sowie interdisziplinäre Ansätze gewannen an Bedeutung.

Die Erfahrungen der 1970er- und 1980er-Jahre flossen in die zentralen Stadtentwicklungspläne STEP 84 und STEP 94 ein. Der STEP 84 präsentierte das erste räumliche Leitbild seit 1961, basierte auf einer axialen Stadtstruktur mit Grünflächen als Pufferzonen und verfolgte ein polyzentrisches Stadtmodell mit einer funktionalen Verflechtung.¹¹⁹ Der Stadtentwicklungsplan von 1984 legte den Begriff Stadterweiterung neu aus und hob gleichzeitig „Stadterneuerung“ als gleichwertiges Ziel hervor.¹²⁰ Die Wiener Wohnbaupolitik konzentrierte sich weiterhin vor allem auf die Sanierung und Modernisierung älterer Quartiere und Gebäude, der Neubau trat deutlich in den Hintergrund. Erst als die Bevölkerung ab 1990 wieder stärker zunahm, wurde die Neubautätigkeit wieder deutlich intensiviert. In den 1980er- und 1990er-Jahren zeichnete sich im österreichischen Miet- und Förderrecht generell eine stärkere Marktorientierung ab.¹²¹

Diese Modernisierungsmaßnahmen verschärften jedoch die Wohnungsnot für sozial schwächere Bevölkerungsgruppen, was eine sogenannte „neue Armut“ im Wohnbereich förderte. Dies zeigte sich unter anderem in der wachsenden Zahl obdachloser Menschen und der steigenden Inanspruchnahme städtischer Notquartiere, deren Belegung sich von etwa 1.000 Übernachtungen im Jahr 1980 auf rund 2.000 in den 1990er-Jahren verdoppelte. Erst im Jahr 1998 wurde ein Plan zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit ins Leben gerufen.¹²²

2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien

Im unmittelbaren Nachkriegskontext war radikale Gesellschaftskritik sehr selten.¹²³ Durch die Vertreibung und Ermordung von vielen tausenden, vor allem jüdischen Intellektuellen im Nationalsozialismus verlor Österreich einen großen Teil seines progressiven und intellektuellen Potentials.¹²⁴ Aufgrund des dominanten Konservatismus war bis in die 1970er-Jahre in Österreich eine alternative urbane Kultur und Subkultur nur in den Randbereichen sichtbar und fand vorwiegend im Untergrund oder in kleinen, abgegrenzten Kreisen statt.¹²⁵

¹¹⁹ Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 57–63.

¹²⁰ Bihl, Wien 1945–2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 593–595.

¹²¹ Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 63–69.

¹²² Ebenda.

¹²³ Musner, Ist Wien anders? Zur Kulturgeschichte der Stadt nach 1945. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 741–745.

¹²⁴ Knapp, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation, 100, 101.

¹²⁵ Musner, Ist Wien anders? Zur Kulturgeschichte der Stadt nach 1945. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 776.

Widerständige Aktivitäten gegen Disziplin und Normen waren in Österreich vor allem in Jugendsubkulturen und bei radikalen Künstler:innen zu finden: die Bewegung der „Halbstarken“ und Schlurfs gegen die bürgerliche Kultur in den 1950er-Jahren und der Siegeszug des Rock’n Roll sind hierbei anzuführen.¹²⁶ Ein weiterer Ausdruck von Widerstand war beispielsweise die avantgardistische „Wiener Gruppe“ in den 1950er-Jahren, die sich gegen den Zeitgeist der Bewahrung und des Antimodernismus wehrte. Der Wiener Aktionismus der 1960er- und 1970er-Jahre war eine weitere Form des künstlerischen Protestes, die sich gegen die noch immer nicht bewältigte und tabuisierte NS-Vergangenheit richtete.¹²⁷ Eine wirkliche außerparlamentarische Opposition gab es in Österreich der 1960er-Jahre aber noch keine. Neben einzelnen Aktionen, wie dem Murer-Marsch im Jahr 1963 oder der Demonstrationen gegen den rechtsextremen Welthandelsprofessor Taras Borodajkewycz, gab es wenig konkrete Ereignisse, an denen ein kultureller Wandel in den 1960er-Jahren festzumachen ist.¹²⁸

Der gesellschaftliche Aufbruch der späten 1960er-Jahre, symbolisiert durch die 68er-Bewegung und studentische Proteste in Westeuropa, erreichte erst verspätet auch Österreich. Die Ausmaße waren jedoch nicht mit den Entwicklungen in Frankreich, den USA oder Deutschland vergleichbar.¹²⁹ Die Aktivitäten der deutschen Studierendenbewegung wurden unter anderem in Wien von der „Kommune Wien“ rezipiert, in der private Lebensverhältnisse als politisch verstanden wurden.¹³⁰ Auf die kurze Dauer der österreichischen Studierendenbewegung folgte eine „Nachhut des antiautoritären Aufbruchs“ der Gegenkultur, die sich seit den späten 1970er-Jahren von der Universität wegentwickelte.¹³¹

In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre wurde die vermeintlich harmonische Entwicklung des Kapitalismus durch eine Reihe von Ereignissen nachhaltig erschüttert (Ölkrise, etc., siehe auch Kapitel 2.2. Stadt Wien - Ökonomischer Kontext). Das machte die inneren Widersprüche des Systems sichtbar und widerlegte die Vorstellung eines „gezähmten Kapitalismus“. ¹³² In diesem

¹²⁶ Foltin, Und wir bewegen uns doch, S. 56–58.

¹²⁷ Musner, Ist Wien anders? Zur Kulturgeschichte der Stadt nach 1945. In: Csendes, Opll (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 763–765.

¹²⁸ Rolf Schwendter, Das Jahr 1968. War es eine kulturelle Zäsur? In: Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende (Hg.), Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe (Wien 1998) S. 198–211, hier S. 198–203.

¹²⁹ Knapp, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturation, S. 115–119.

¹³⁰ Susanne Breuss, Gegen die herrschenden Verhältnisse. Zur Geschichte alternativer Wohn- und Lebensformen in Wien. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 38–43, hier S. 42; Foltin, Und wir bewegen uns doch, S. 94.

¹³¹ Leopold Bonengl, Roman Horak, Lasek Wilhelm, Bewusstseinswandel in der Jugend. Sub-, Gegenkulturen, Alternativbewegung und Rechtsextremismus in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, H. 4 (1985) S. 381–400, hier S. 387, S. 388.

¹³² Ebenda, S. 382.

Kontext entstand ab Mitte der 1970er-Jahre eine Vielzahl neuer sozialer Bewegungen.¹³³ Herbert Gottweis teilt diese in Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung, neue Frauenbewegung, Alternativbewegung, Jugendprotestbewegung und neue Friedensbewegung ein.¹³⁴ Es gab diverse Überlappungen zwischen diesen Richtungen. Nach der Entkriminalisierung von Homosexualität im Zuge der kleinen Strafrechtsreform im Jahr 1971 bildete sich in Österreich außerdem eine Schwulen- beziehungsweise Lesbenbewegung.¹³⁵

Rolf Schwendter verortet in der Arena-Besetzung im Sommer 1976 eine Zäsur für neue soziale Bewegungen in Österreich.¹³⁶ Mit der Besetzung des ehemaligen kommunalen Auslands-Schlachthofs in St. Marx im dritten Wiener Bezirk, der abgerissen werden sollte und schließlich auch wurde, konnte eine autonome sub- beziehungsweise gegenkulturelle Bewegung entstehen. Nach den „Arena“-Festwochen, die das Gebäude bespielt hatten, besetzten einige hunderte Personen die Liegenschaft. In Selbstverwaltung wurden verschiedene Gruppen und Initiativen gegründet, wie beispielsweise ein Kinder- und ein Frauenhaus. Bis zur Räumung und dem Verkauf und Abriss der Arena im Oktober 1976 wurde ein dichtes Musik-, Theater- und Vorlesungsprogramm abgehalten, das ca. 200.000 Menschen besuchten. Als Ersatz beziehungsweise Kompensation für den abgerissenen Gebäudekomplex wurde den Besetzer:innen ein Teil des Inlandsschlachthofs (von weit geringerem Umfang als die zuvor besetzten Gebäude) zur Verfügung gestellt – die heutige Arena. Der Arena folgten einige ähnliche Projekte, wie beispielsweise das Amerlinghaus oder das Werkstätten- und Kulturhaus, kurz WUK. Beide waren ebenfalls umkämpft und bestehen bis heute.¹³⁷

a) Städtische Protestbewegungen in Wien

In Wien entstanden eine Jugend-, eine um Rasenfreiheit kämpfende und eine Hausbesetzer:innenbewegung, die teilweise für Autoritäten unerwartet aggressiv agierten und mit denen sich die Stadt Wien und die Polizei Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre auseinanderzusetzen hatte.¹³⁸ Diese städtischen Protestbewegungen setzten sich vor allem aus zwei Gruppen zusammen: aus Intellektuellen, die durch die Reflexion der Studierendenrevolte 1968 eine Distanz zum Bürger:innentum entwickelten, und aus Jugendlichen (beziehungsweise

¹³³ Foltin, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), *The city is ours*, S. 255.

¹³⁴ Herbert Gottweis, Neue soziale Bewegungen in Österreich. In: Herbert Dachs, Peter Gerlich, Herbert Gottweis, Franz Horner, Helmut Kramer, Volkmart Lauber, Wolfgang C. Müller, Emmerich Tálos (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs* (Wien 1992) S. 309–324, hier S. 309.

¹³⁵ Ulrike Repnik, *Die Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich* (Wien 2006), S. 83.

¹³⁶ Schwendter, *Das Jahr 1968. War es eine kulturelle Zäsur?* In: Danneberg, Keller, Machalicky, Mende (Hg.), *Die 68er*, S. 198–203.

¹³⁷ Mattl, *Wien im 20. Jahrhundert*, S. 87, S. 88.

¹³⁸ Ebenda.

jungen Erwachsenen und oft Studierenden), die sich als eine spezifische soziale Gruppe mit eigenen Bedürfnissen und Lebensstilen wahrnahmen.¹³⁹ Jugendliche hatten mit Problemen wie Mangel an leistbarem Wohnraum, an Orten für Treffen, an innerstädtischer Mobilität sowie an Kulturangeboten zu kämpfen und waren häufig in autoritären familiären Machtbeziehungen gefangen.¹⁴⁰

Im Gegensatz zu Bewegungen in anderen Ländern war nicht der „Markt“ das Feindbild, sondern die fordistische Stadtplanung. Die sehr heterogenen Protestbewegungen stellten Forderungen nach Freiheit, Selbstbestimmung und individuellerer Entfaltung. Diese wurden durch die Wohlfahrtspolitik nicht befriedigt, die auf Arbeitsdisziplin und Konsum setzte. Die Kritik zielte sowohl gegen die funktionalistische Stadtvision und -planung sowie die Wohlfahrtspolitik.¹⁴¹ Außerdem wurde Anfang der 1970er-Jahre zunehmend Kritik an dem offiziellen Kulturangebot laut, das in Österreich stark auf die Hochkultur fokussierte.¹⁴² Dieser Wandel äußerte sich zugleich in einer zunehmenden Distanz gegenüber traditionellen Parteien und politischen Strukturen.¹⁴³ Von den politischen Eliten wurde dies zunächst fälschlicherweise als Entpolitisierung interpretiert.¹⁴⁴

Ein zentraler Punkt war die Forderung nach Kultur- und Kommunikationszentren, die frei von Konsumzwang und hierarchischen Strukturen sein sollten. Der offizielle Kulturbetrieb mit Fokus auf Hochkultur und die staatliche Jugendpolitik konnten die Freizeitbedürfnisse jugendlicher Subkulturen kaum befriedigen. Weiters wurden von Hausbesetzer:innenbewegung und Mieterinitiativen ungelöste Probleme im Wohnbereich thematisiert, insbesondere der Bedarf nach einer humaneren Wohnumwelt und die Rolle von Spekulant:innen mit Leerstand in der Stadtplanung und Kommunalpolitik. Aktionen wie Hausbesetzungen machten auf leerstehende Gebäude und Spekulationsobjekte aufmerksam. Im Bereich der persönlichen Lebensgestaltung und Alltagskultur gab es ebenfalls Forderungen, wie der Zugang zu Rasenflächen in öffentlichen Parkanlagen und die Anerkennung alternativer Kleidungs- und Lebensstile.¹⁴⁵ Junge Menschen experimentierten mit alternativen Lebensweisen abseits vom Modell der bürgerlichen Kleinfamilie, beispielsweise dem Leben in Kommunen

¹³⁹ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüttel, 469, 470.

¹⁴⁰ Mattl, Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 22.

¹⁴¹ Nußbaumer, Schwarz, "Für alle". In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 16.

¹⁴² Suttner, "Beton brennt", S. 232.

¹⁴³ Bonengl, Horak, Lasek Wilhelm, Bewusstseinswandel in der Jugend, S. 382.

¹⁴⁴ Suttner, "Beton brennt", S. 242–246.

¹⁴⁵ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüttel, S. 468–472.

beziehungsweise Wohngemeinschaften, wie es bald unverfänglicher hieß. Dabei strebten sie eine Aufhebung der Trennung zwischen privatem und politischem Handeln an.¹⁴⁶

Die starke Nachfrage nach Freiräumen unter Jugendlichen in Wien zeigte sich unter anderem in ersten Besetzungen im Jahr 1975.¹⁴⁷ Am 8. Februar 1975 besetzten Jugendliche ein leerstehendes Haus in desolatem Zustand in Simmering. Das Ziel war es, selbstverwaltete Jugendzentren von der Stadt zu erhalten.¹⁴⁸ Das Haus wurde geräumt. Um die aufkommenden Proteste abzuschwächen, wurde daraufhin ein gemeindeeigenes Jugendzentrum in Simmering eröffnet.¹⁴⁹

Im Sommer 1975 besetzten Aktivist:innen das Amerlinghaus im 7. Bezirk, das von ihnen als multifunktionales Kultur- und Kommunikationszentrum geplant war.¹⁵⁰ Vorausgegangen waren Proteste gegen Grundstücksspekulationen und den Abriss historischer Bauten. Unterstützt von Anrainer:innen forderten Künstler:innen, Architekt:innen und Student:innen den Erhalt des historischen Bestands des Spittelbergs, der im Jahr 1973 von der Stadt Wien unter „Ensembleschutz“ gestellt wurde. Da die Stadt trotz Absichtserklärungen wenig unternahm, wurde das Amerlinghaus im Rahmen der Wiener Festwochen besetzt. Nach der Sanierung im Oktober 1975 begann ein Verhandlungsprozess mit der Stadt Wien. Schließlich wurde das Amerlinghaus am 1. April 1978 als selbstverwaltetes und von der Gemeinde Wien subventioniertes Kultur- und Kommunikationszentrum in Betrieb genommen.¹⁵¹

Nach der Arena-Besetzung artikulierte sich die städtische Protestbewegung vor allem in den frühen 1980er-Jahren in der Burggarten-Bewegung und in der Szene der Hausbesetzer:innen.¹⁵² Die Burggarten-Bewegung setzte sich gegen das Verbot des Betretens öffentlicher Grünflächen in Wien ein. Von Mai bis Oktober 1979 wurden im Burggarten Demonstrationen abgehalten, die anfangs von Wiener Althippies getragen wurden. Allerdings engagierten sich auch immer mehr sogenannte „Spontis“ bei diesen Demonstrationen. Diese meist jugendlichen

¹⁴⁶ Foltin, *Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012*. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), *The city is ours*, S. 255; Breuss, *Gegen die herrschenden Verhältnisse*. In: Nußbaumer, Schwarz, *Wien Museum Karlsplatz* (Hg.), *Besetzt!*, S. 38.

¹⁴⁷ Suttner, „Beton brennt“, S. 230, S. 232.

¹⁴⁸ Mattl, *Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer*. In: Nußbaumer, Schwarz, *Wien Museum Karlsplatz* (Hg.), *Besetzt!*, S. 27.

¹⁴⁹ Suttner, „Beton brennt“, S. 233.

¹⁵⁰ Ebenda, 230, 232.

¹⁵¹ Christoph Reinprecht, *Kulturzentrum Spittelberg (Amerlinghaus)*. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, *Wien Museum Karlsplatz* (Hg.), *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern* (Wien 2012) S. 80–83, hier 80, 81.

¹⁵² Andreas Suttner, *Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre*. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, *Wien Museum Karlsplatz* (Hg.), *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern* (Wien 2012) S. 140–145, hier S. 140.

Akteur:innen zeichneten sich durch eine Ablehnung politischer Organisation und eine hierarchielose Gliederung unter Bezug auf anarchistische und autonome Theorien aus. Sie verwendeten neue Formen der Kommunikation, so wurde beispielsweise durch Flugblätter und Graffiti zu Demonstrationen aufgerufen. Einige spontane Kleingruppen wurden jedoch durch größere Plena gestützt, die aus der Arenabesetzung im Jahr 1976 entstanden waren.¹⁵³ Die Rasenbesetzungen wurden zunächst geduldet, ab September 1979 setzte die Polizei allerdings Großaufgebote zur Räumung ein, woraufhin es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam.¹⁵⁴ Auf die Burggartenbewegung folgend wurden bestimmte Grünflächen für öffentliche Nutzung freigegeben – allerdings nicht der umkämpfte Burggarten selbst.¹⁵⁵ Nur einzelne Kleingruppen der Bewegung organisierten sich gezielt und versuchten etwa alternative Kultur- und Kommunikationszentren zu erkämpfen. Dabei gab es punktuelle Initiativen, wie die Diskussionen zur Besetzung der Phorus-Halle oder die Verteilung selbst gestalteter Flugblätter.¹⁵⁶

Die Bewegung nutzte verschiedene Artikulationsflächen: Neben der symbolischen Besetzung von Grünflächen fanden auch Feste im öffentlichen Raum statt. Beispielsweise wurde der "Tag der offenen Tür" im Wiener Rathaus umgedeutet, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Herausragend war zudem die Besetzung der Phorus-Halle.¹⁵⁷ Die zum Abbruch bestimmte Phorus-Halle im 5. Bezirk wurde von der ÖVP im Jahr 1979 für einen „Ideenmarkt“ genützt, bei dem Ideen für die Entwicklung der Gesellschaft eingebracht werden konnten. Jugendliche besetzten die Halle am letzten Tag der Veranstaltung, diese wurde aber am nächsten Tag bereits geräumt.¹⁵⁸

Nach der Besetzung der Phorus-Halle wurde erst wieder während einer Großdemonstration der Burggarten-Bewegung am 1. März 1981 öffentlich erkennbar, dass es eine Szene von Hausbesetzer:innen in Wien gab.¹⁵⁹ Die Demonstration an diesem Sonntag war nicht offiziell angemeldet und wurde über Graffiti und Flugblätter beworben.¹⁶⁰ Die zentralen Forderungen der Demonstrierenden umfassten die Schaffung autonomer Kultur- und

¹⁵³ Suttner, "Beton brennt", S. 236–242.

¹⁵⁴ Suttner, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 140.

¹⁵⁵ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüppel, S. 473.

¹⁵⁶ Suttner, "Beton brennt", S. 236–242.

¹⁵⁷ Ebenda.

¹⁵⁸ Suttner, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 140, S. 141.

¹⁵⁹ Ebenda, S. 141.

¹⁶⁰ Foltin, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), The city is ours, S. 258.

Kommunikationszentren, eine Reform der Wohnpolitik sowie eine nachhaltige Umweltpolitik.¹⁶¹ Ein konkretes Ziel der Demonstration war die Besetzung der Häuser Judenplatz 1 und 2 im 1. Bezirk, die abgerissen werden sollten. Die Wiener Polizei verhinderte allerdings die Besetzung.¹⁶² Mehrere Hundert Personen demonstrierten in der Innenstadt. Als einige Fensterscheiben zu Bruch gingen, wurden fast 200 Demonstrierende verhaftet.¹⁶³

Diese Hausbesetzungen waren vom Verein für Humanes Wohnen aus der Szene der Burggarten-Bewegung im Amerlinghaus vorbereitet worden, der Strategien für solche Aktionen ausarbeitete. Es wurden Informationen über Häuser und deren Eigentümer gesammelt, wobei vor allem Spekulationsobjekte und Leerstände im Zentrum des Interesses standen. Dabei sollte gezielt eine Szene von Hausbesetzer:innen etabliert werden. Nach dem gescheiterten 1. März 1981 wurde die Gruppe in den „Wohnungsrat“ umgewandelt, von dem ca. 50 leerstehende Objekte ausgemacht wurden. Über die Ziele von Kommunikationszentren hinaus waren auch Mieter:innenwiderstand und Anti-Spekulationspolitik zentrale Themen des Rats.¹⁶⁴

Im Mai 1981 versuchten Aktivist:innen Gebäude im 6. bis 8. Bezirk zu besetzen beziehungsweise scheinzubesetzen. Die Häuser wurden allerdings schnell geräumt. Im Sommer 1981 kam es zu weiteren Besetzungen, meist mit wohnpolitischen Anliegen. Eine Demonstration unter dem Titel „Keine Schonzeit für Hausbesitzer“ am 17. Oktober 1981 verlief jedoch ohne größere Solidarität seitens der Bevölkerung. Stattdessen stellte die Stadtverwaltung rasch gemeindeeigene Häuser für Jugendliche zur Verfügung, oft auf Grundlage von Prekariatsverträgen, was die Bewegung entscheidend schwächte (s. unten).¹⁶⁵ Das Prekariat ist im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch §974 als Leihvertrag mit vereinbarter freier Widerrufbarkeit durch den Verleiher definiert, stellt also ein Bittleihen dar.¹⁶⁶

Die Einführung der Prekariatsverträge sowie gesetzliche Maßnahmen gegen Wohnungswucher trugen zur Befriedung der Hausbesetzerszene bei. Gleichzeitig förderte die Stadt private Sanierungen durch Kredite und Mittel aus dem Altstadterhaltungsfonds. Die letzte größere Aktion der Wiener Hausbesetzerszene fand am 8. Mai 1982 in der Taborstraße 23 statt. Der Versuch von Frauen der Initiative Schwarzau, das Gebäude für die Frauenbewegung zu

¹⁶¹ Suttner, "Beton brennt", S. 258–265.

¹⁶² Suttner, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 141.

¹⁶³ Foltin, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976–2012. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), The city is ours, S. 258.

¹⁶⁴ Suttner, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 141.

¹⁶⁵ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüppel, S. 474.

¹⁶⁶ Alfred Tanczos, Mietrecht kompakt (Wien 2019), S. 22, S. 23.

besetzen, scheiterte. Nach weiteren gescheiterten Aktionen, wie der Besetzung eines Hauses durch die Sozialistische Jugend im November 1982, löste sich die Bewegung weitgehend auf.¹⁶⁷

b) Umgang der Stadt Wien

Die Stadtpolitik, geprägt in erster Linie von der dominierenden SPÖ, reagierte je nach Situation mit einer Mischung aus Härte und punktuellen Zugeständnissen. Anfangs stieß die Protestbewegung auf massive Ablehnung, insbesondere hinsichtlich der städtischen Kultur- und Jugendpolitik, Stadtplanung und Wohnpolitik.¹⁶⁸ Zunächst wurde, wie etwa bei der Forderung nach einem Kultur- und Kommunikationszentrum bei einer Besetzung in Simmering durch Arbeiterjugendliche im Februar 1975 oder bei der Besetzung der Arena, an den ursprünglichen Plänen festgehalten. Die Gebäude wurden abgerissen und der Kontakt zu den Besetzer:innen abgebrochen. Mit der Zeit, vor allem nach einer massiven Wahlenthaltung Jugendlicher bei der folgenden Gemeinderatswahl und häufigeren Konflikten sowie der Volksabstimmung über Zwentendorf, wurden diese Anliegen jedoch zunehmend ernst genommen. Dazu kam ein Lernprozess aus den Bewegungen in der Schweiz, der BRD und den Niederlanden. Um mehr darüber zu erfahren, wurden Delegationen aus Wien dorthin geschickt.¹⁶⁹ Ein Beispiel für Zugeständnisse in Zürich war die Einrichtung eines autonomen Jugendzentrums.¹⁷⁰

Zentral für die Einhegung und Integration der Jugend- und Protestbewegungen war Helmut Zilk (SPÖ), der im Jahr 1979 zum Kulturstadtrat bestellt wurde. Nach einem kurzen Zwischenspiel als Unterrichtsminister wurde er im Jahr 1984 Bürgermeister Wiens.¹⁷¹ Seine innovative Kulturpolitik zeichnete sich durch die gleichzeitige Einbindung einflussreicher Akteur:innen und alternativer Bewegungen aus. Wesentlich unterstützt wurde er dabei von Ursula Pasterk, der amtsführenden Stadträtin für Kultur von 1987 bis 1996. Selbstverwirklichung, Mitbestimmung, künstlerische Entfaltung und soziale Vernetzung standen im Mittelpunkt. Zu den Maßnahmen gehörte der sogenannte „Kulturschilling“, ein zweckgebundener Zuschlag auf Rundfunkgebühren, der für die Altstadtanierung und kulturelle Aktivitäten genutzt wurde.¹⁷² Konkrete Maßnahmen waren eine breitere finanzielle Unterstützung und die Vergabe von Räumlichkeiten. Jungen Menschen sollte ein eigenes Aktionsfeld zur Verfügung gestellt werden, auch in Hinblick auf die Proteste in Zürich und Berlin.¹⁷³ Im Rahmen der

¹⁶⁷ Suttner, "Beton brennt", S. 265–270.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 242–246.

¹⁶⁹ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüppel, S. 472.

¹⁷⁰ Suttner, "Beton brennt", S. 242–246.

¹⁷¹ Mattl, Wien im 20. Jahrhundert, S. 88–91.

¹⁷² Suttner, "Beton brennt", S. 250, S. 251.

¹⁷³ Blaukopf, Bontick, Gardos, Mark, Kultur von unten, S. 40–42.

Altstadtsanierung wurden auch neue Kommunikationszentren geschaffen, darunter das Werkstätten- und Kulturhaus WUK, die „Szene Wien“ und das Stadtkino. Zilk erwies sich als attraktiver Gesprächspartner für Vertreter:innen der neuen sozialen Bewegungen und trug entscheidend zur kulturellen Öffnung und Modernisierung Wiens bei.¹⁷⁴

Parallel dazu intensivierte die Stadt ihre Förderung von städtischen Jugendzentren. Sozialarbeiterische Strategien wie Streetwork wurden ab dem Jahr 1979 ausgebaut, ergänzt durch Programme wie die „Wiener Jugenderholung“ ab 1982 und wissenschaftliche Studien zur Lebenssituation von Jugendlichen in der Großstadt. Eine weitere zentrale und um Vermittlung bemühte Akteurin seitens der Stadt war Gertrude Fröhlich-Sandner, Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Bildung, Jugend und Familie (SPÖ). Sie sammelte bereits im Kontext der Kämpfe um die Arena und das Amerlinghaus, die sie als Stadträtin aktiv, wenn auch teils vergeblich unterstützt hatte, politische Erfahrung.¹⁷⁵ Sie engagierte Wolf Sator als Berater zur Vermittlung zwischen der Jugendbewegung und der Stadt.¹⁷⁶

Die Demonstration am 1. März 1981 mit dem Ziel der Besetzung zweier Häuser im 1. Bezirk führte zu einem Umdenken innerhalb der Stadtverwaltung. Einzelne Aktionen, wie die Zerstörung von Schaufenstern während einer Demonstration, wurden als symbolische Vergeltung für frühere Abrisse – wie den der Arena – interpretiert. Aus Angst vor Eskalation begann die Stadt, selbstverwaltete Kultur- und Kommunikationszentren zu unterstützen.¹⁷⁷ Innerhalb kurzer Zeit übergab die Gemeinde zwei Häuser auf der Basis von Prekariatsverträgen: die Gassergasse (GAGA) und das Werkstätten- und Kulturhaus (WUK).¹⁷⁸ An die schon existierenden Zentren Amerlinghaus und Arena wurden Finanzierungszusagen und Bestandsgarantien abgegeben. Die zugestandenen Subventionen waren im Vergleich mit Förderungen der Hochkultur allerdings gering. Die jährlichen Budgetverhandlungen eigneten sich als Druckmittel der Gemeinde, da sie an „Wohlverhalten“ der Gegenseite gebunden waren. Mit der Zusammensetzung der Vorstände der Zentren – beispielsweise bestand im Amerlinghaus die Hälfte aus Gemeindevertreter:innen – und den Prekariatsverträgen, die jederzeit kündbar waren, gab es weitere Druckmittel durch die Gemeinde.¹⁷⁹ Im Jahr 1981 erhielten Organisationen zur Förderung autonomer Kultur- und Kommunikationszentren insgesamt 8,5 Millionen Schilling. Diese Zentren wurden zunehmend

¹⁷⁴ Suttner, "Beton brennt", S. 250, S. 251.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 246–249.

¹⁷⁶ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüppel, S. 472, S. 473.

¹⁷⁷ Suttner, "Beton brennt", S. 258–265.

¹⁷⁸ Nußbaumer, Schwarz, "Für alle". In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 20.

¹⁷⁹ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüppel, S. 473, S. 474.

in städtische Diskurse eingebunden, etwa bei einer Enquete über Aggressivität und Kriminalität unter Jugendlichen im Mai 1981, die auch das Amerlinghaus und die Gassergasse einbezog.¹⁸⁰

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt der Stadtpolitik bestand in der Übergabe von leerstehenden Gebäuden an soziale Randgruppen und jugendliche Subkulturen, mit dem Ziel, soziale Spannungen zu entschärfen. Die Nutzung dieser Gebäude erfolgte meist auch auf Grundlage von Prekariatsverträgen, die den Nutzer:innen mehr Pflichten als Rechte auferlegten und rechtlich unsicher waren.¹⁸¹ Im Januar 1981 wurde dem Gemeinderatsausschuss für Wohnen und Stadterneuerung das Projekt „Selbsthilfe und Stadterneuerung“ zugewiesen, das die Nutzung leerstehender Gebäude durch private Gruppen zur Sanierung vorsah.¹⁸² Die Gemeindeverwaltung übernahm Ende Mai 1981 die Strategie, Althäuser im Besitz der Gemeinde an Private zu vergeben. Laut Bundeskanzler Kreisky (SPÖ) sollte so auch Hausbesetzungen begegnet und gewalttätige Räumungen umgangen werden. Gemeinsam mit der Volksbefragung über die Verbauung der Steinhofgründe im Dezember 1981 holte die Gemeindeverwaltung für diese Strategie auch die Zustimmung der Bevölkerung ein. Zusätzlich wurde eine durch Hausbesitzer:innen zu entrichtende Leerstandsabgabe eingeführt.¹⁸³

Ab Dezember 1981 wurden fünf Häuser von der Stadt an Bewegungen und Initiativen übergeben, so in der Spalowskygasse 3 (6. Bezirk), in der Grasmasse (17. Bezirk) und an der Linken Wienzeile 102 (6. Bezirk) – bei letzterem an die Initiative „Rosa Lila Tipp“. Welche weiteren Häuser übergeben wurde, lässt sich aus der Literatur nicht erkennen. Die durch den städtischen Vermittler Wolf Sator und dessen Verein „Bulldog“ organisierten Verträge sahen eine auf fünf Jahre begrenzte Nutzung und Eigenrenovierungen vor. Laut Sator waren zwei Prekariatsverträge in jedem Bezirk in Planung, also insgesamt 46 Häuser.¹⁸⁴ Die bereits übergebenen Häuser waren räumlich hauptsächlich in Sanierungsgebieten angesiedelt, jedoch längerfristig zum Abbruch vorgesehen.¹⁸⁵

Im Jahr 1986 wurde die Übergabe von Häusern eingestellt. Als Grund für die Einstellung wurde von damals Beteiligten der Wechsel von Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner im Herbst 1984 in die Bundespolitik genannt. Ein weiterer Grund dürfte aber auch die Wertsteigerung der Häuser durch die im Jahr 1982 eingeführte Förderung von

¹⁸⁰ Suttner, "Beton brennt", S. 246–249.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² Ebenda, S. 265–270.

¹⁸³ Suttner, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 143.

¹⁸⁴ Suttner, "Beton brennt", S. 265–270.

¹⁸⁵ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüttel, S. 474.

Althausanierungen gewesen sein. Anschließend wurden die Verträge der Häuser Spalowskygasse 3 und Aegidigasse 13 aufgekündigt, deren Bewohner:innen aber bis zur gewaltsamen Räumung zwei Jahre später in den Häusern blieben.¹⁸⁶ Das subventionierte Haus des „Rosa Lila Tipp“ wurde von diesem Verein im Jahr 1985 mit einem Baurechtsvertrag für 30 Jahre in Eigentum übernommen. Nach einer Totalsanierung wurden Wohngemeinschaften, ein Beratungs-, Kultur und Kommunikationszentrum sowie ein Café errichtet. Als Rosa-Lila-Villa besteht diese Einrichtung bis heute.¹⁸⁷

Die Strategien der Stadt Wien hatten laut Lachnit die Ziele der Neutralisierung, der Entlastung, der Kontrolle und der Integration. Durch das Entgegenkommen sollte politischer Instabilität und alternativen Wahlangeboten vorgebeugt werden. Soziale Probleme wie Obdach- und Arbeitslosigkeit sowie Drogenabhängigkeit wurden durch Zentren abgefangen, die auch Überwachung und Kontrolle erleichterten. Die Konzentrierung der Szene auf diese festgelegten Zentren erleichterte die Kontrolle durch direkte Eingriffe oder Einschränkung der finanziellen Unterstützung. Die Errichtung von Kultur- und Kommunikationszentrum diente zugleich der Integration der kritischen Bewegung in das bestehende System, was Lachnit als „Erdrücken durch Umarmung“ bezeichnete.¹⁸⁸ Viele Forderungen wurden in die städtische Politik integriert, dies markierte jedoch auch das Ende der radikalen Hausbesetzungsbewegung in Wien.¹⁸⁹

Im Folgenden wird ein aus der Bewegung entstandenes Jugend- beziehungsweise Kultur- und Kommunikationszentren näher beschrieben: die Gassergasse (GAGA).

c) Beispiel für den Kampf um Freiräume in Wien: Gassergasse (GAGA)

Im Jahr 1979 formierte sich eine Gruppe von Sozialarbeiter:innen, ehemaligen Arena-Besetzer:innen und anderen kulturpolitischen Aktivist:innen, um für ein selbstverwaltetes autonomes Jugendzentrum zu kämpfen. Als Verein verhandelten sie mit Kulturstadtrat Helmut Zilk (SPÖ) und fanden schon Ende Juni 1980 ein geeignetes Gebäude: das ca. 3.500 Quadratmeter große Gelände der ehemaligen Wiener Öffentlichen Küchen (WÖK) im 5. Bezirk

¹⁸⁶ Nußbaumer, Schwarz, "Für alle". In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 20.

¹⁸⁷ Repnik, Die Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich, S. 115, S. 116.

¹⁸⁸ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüppel, S. 475, S. 476.

¹⁸⁹ Suttner, "Beton brennt", S. 265–270.

in der Gassergasse, in der Nähe des Margaretengürtels. Auf dem Areal befanden sich zwei zweistöckige Häuser, eine Halle und verschiedene Nebengebäude.¹⁹⁰

Nach der Großdemonstration am 1. März 1981 im 1. Bezirk wurde das Gebäude in der Gassergasse dem Verein innerhalb von vier Tagen zur Verfügung gestellt. Am 21. März übergab die Gemeinde Wien die Schlüssel an 50 bis 70 Aktivist:innen. Diese hielten daraufhin dort ihr erstes Plenum ab. Am 1. Mai 1981 wurde ein dreitägiges Eröffnungsfest abgehalten. Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) befand sich in politischer Verantwortung für die GAGA. Kulturstadtrat Zilk zog sich aus diesem Projekt zurück und begleitete das WUK.¹⁹¹

Eine Woche nach der Besichtigung der WÖK wurde ein offizieller Arbeitsgruppenrat gebildet, mit jeweils einem:r Vertreter:in aus jeder Gruppe. Die Vollversammlung der GAGA hatte als zentrales Gremium über finanzielle, personelle und inhaltliche Fragen zu entscheiden. Rund 150 bis 200 Aktivist:innen waren schon bald nach der Eröffnung bis zur Räumung an Arbeitsgruppen beteiligt. Im Jahr 1982 berichtete die Polizei von ca. 20 bis 30 Gruppen, die stark unterschiedliche Ausformungen hatten. Es gab sowohl Sportgruppen als auch Hobbygruppen und Handwerksgruppen sowie gegenkulturelle Gruppen, beispielsweise Punks oder Homosexuelle.¹⁹² In seiner Diplomarbeit „Studie einer Gruppe von Punks in der Wiener Gassergasse“ (1984) beschreibt Herbert Grabner, dass sich in den Sommermonaten ca. 70-80 jugendliche Punks in der Gassergasse aufhielten, die kaum an der gesamten organisatorischen Struktur interessiert waren. Die Gassergasse stellte einen Freiraum für sie da.¹⁹³ Darüber hinaus wurden die Räumlichkeiten von Künstler:innen, Musiker:innen sowie Fotograf:innen genutzt und beheimateten zwei Alternativschulen.¹⁹⁴ Eine zentrale Arbeitsgruppe war die Gruppe Bernhardiner, die sich um Sozialfälle und „schwierige“ Jugendliche in der GAGA kümmerte. Diese hatten vor allem mit einem Mangel an Personal und der raschen Ausbreitung der Drogenszene in der GAGA zu kämpfen. Die GAGA war eher männlich dominiert, der weibliche Besucher:innenanteil lag bei 33 Prozent. Im Rahmen der autonomen Frauenbewegung wurden jedoch mehrere Frauenprojekte initiiert.¹⁹⁵

¹⁹⁰ Andreas Suttner, Gassergasse. Das autonome Kultur- und Kommunikationszentrum Gassergasse. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 166–170, hier S. 166.

¹⁹¹ Ebenda.

¹⁹² Ebenda, 166, 167.

¹⁹³ Herbert Grabner, Studie einer Gruppe von Punks in der Wiener Gassergasse (Wien 1984), S. 21–23.

¹⁹⁴ Foltin, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), The city is ours, S. 259, S. 260.

¹⁹⁵ Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 168.

Die Stadt Wien subventionierte die GAGA mit jährlich ca. zwei Millionen Schilling. Über die Gesamtdauer des Projekts waren es laut dem Historiker Andreas Suttner insgesamt 7,6 Millionen Schilling. Um diese Ausgaben in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, wurde darauf verwiesen, dass damit Sozialausgaben gespart werden konnten. Zusätzliche Ansuchen um Förderungen wurden abgewiesen, weswegen zentrale Mängel nicht beseitigt und eine Schallisolierung nicht durchgeführt werden konnten. Während ca. 80 Prozent der Förderungen für die Renovierung verwendet wurden, konnten mit dem restlichen Geld auch ansässige Initiativen unterstützt werden. Wenn es öffentliche Schwierigkeiten mit GAGA-Aktivist:innen gab, wurden die Zahlungen kurzfristig ausgesetzt und der Verein von der Stadt zu Gesprächen geholt.¹⁹⁶

Trotz der vielseitigen Nutzung war die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Gruppen von zahlreichen Konflikten geprägt. Insbesondere die divergierenden Interessen der radikaleren Gruppen, etwa der Anarchist:innen, und jene der gemäßigeren Akteur:innen führten zu wiederkehrenden Spannungen. Die regelmäßige Kommunikation zwischen den Gruppen wurde zusätzlich erschwert, da die Teilnahme an den gemeinsamen Versammlungen im Laufe der Zeit deutlich abnahm.¹⁹⁷ Aufgrund der Konflikte suchten viele Initiativen bereits vor der Räumung der GAGA alternative Orte.¹⁹⁸

Neben internen Konflikten gab es auch Gegenwind von außen. Schon seit Juni 1981 versuchte die ÖVP Margareten das Projekt zu Fall zu bringen. Konkrete Vorfälle, die einen Polizeieinsatz nach sich zogen, gab es allerdings nur sehr wenige. Für die Schließung ausschlaggebend war eine Drogenrazzia am 14. Jänner 1982, in Zuge derer ein halbes Kilo Haschisch gefunden wurde. Ein weiterer Gegner war die Neue Rechte. Zum abrupten Ende der GAGA kam es am 26. Juni 1983, als die Einrichtung geräumt wurde. Ein Grund dafür könnte neben der Finanzüberprüfung durch das Kontrollamt auch eine erschwerte Kommunikation mit der Gemeinde nach einer Neuwahl im Vorstand gewesen sein, wodurch intern die direkten Kontaktpersonen zur Gemeinde entmachtet worden waren.¹⁹⁹

Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) erfuhr erst einen Tag später durch ein Pressegespräch von Bürgermeister Gratz (SPÖ) von der Räumung. Als Gründe führte Gratz Beschwerden von Anrainer:innen an und gab an, dass damit Ausschreitungen verhindert

¹⁹⁶ Ebenda, S. 167, S. 168.

¹⁹⁷ Foltin, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), *The city is ours*, S. 259, S. 260.

¹⁹⁸ Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), *Besetzt!*, S. 168.

¹⁹⁹ Ebenda, S. 167–169.

werden könnten. Von Aktivist:innen folgte der Vorwurf, dass durch die GAGA Anarchist:innen und Spontis gezügelt worden seien, während das WUK konsolidiert worden sei. Nach der Räumung der Gassergasse gingen die verschiedenen Gruppen an unterschiedliche Nachfolgeorte. So etablierten sich Punks in der Hausgemeinschaft Aegidigasse/Spalowskygasse im 6. Bezirk sowie in der Zieglergasse 14 im 7. Bezirk. Von Musiker:innen aus der GAGA wurde das Rockhaus im 20. Bezirk gegründet. In den 6. Bezirk wechselten die Alternativschulen.²⁰⁰ Die Ereignisse des Jahres 1983 führten zu einer deutlichen Schwächung der Solidaritätsbewegung mit der GAGA, die sich im Verlauf des Sommers schließlich auflöste. Dennoch setzten einige der zuvor im GAGA engagierten Aktivist:innen ihre politischen Aktivitäten in anderen Kontexten fort, insbesondere innerhalb der autonomen Bewegung.²⁰¹

3. Definition und Verortung von sozialen Bewegungen

Der Begriff „Soziale Bewegungen“ ist seit der Französischen Revolution in Verwendung und bezeichnet gesellschaftliche Kräfte oder Strömungen, die Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen forcieren.²⁰² Ein solches Geschichtsverständnis ist seit dem Zeitalter der Aufklärung möglich, seit Menschen als geschichtsmächtige Akteur:innen gelten. In marxistischen Gesellschaftstheorien spielen hierbei (Klassen-)Bewegungen eine zentrale Rolle.²⁰³ Marx interpretierte die Geschichte als eine Abfolge von Konfliktverhältnissen, die von handelnden Menschen gestaltet werden. Kollektive Akteur:innen, wie die Arbeiter:innenbewegung als „revolutionäres Subjekt“, werden dabei als maßgeblich für den gesellschaftlichen Wandel verantwortlich angesehen.²⁰⁴ An dieses Konzept der geschichtsverändernden Kraft sozialer Bewegungen knüpften (marxistische) Theoretiker:innen an.²⁰⁵

²⁰⁰ Ebenda, S. 169.

²⁰¹ Foltin, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), *The city is ours*, S. 259, S. 260.

²⁰² Christian Lahusen, Soziale Bewegungen. In: Steffen. Mau, Nadine M. Schöneck (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* (Wiesbaden 2013) S. 717–729, hier S. 717.

²⁰³ Dieter Rucht, Kollektive Proteste und soziale Bewegungen. Eine Grundlegung (Weinheim/Basel/Grünwald 2023), S. 27, S. 173.

²⁰⁴ Heiko Beyer, Anette Schnabel, Theorien Sozialer Bewegungen. Eine Einführung (Frankfurt am Main 2017), S. 18.

²⁰⁵ Rucht, Kollektive Proteste und soziale Bewegungen, S. 173.

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts waren soziale Bewegungen in der (sozial)wissenschaftlichen Forschung jedoch marginalisiert. Soziologische Klassiker nach Marx und Engels beachteten soziale Bewegungen kaum oder räumten ihnen eine nachrangige Stellung ein. In Europa widmete sich bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts hauptsächlich die Geschichtswissenschaft dem Thema der sozialen Bewegungen. Diese tendierte zu einer theoretisch unreflektierten, deskriptiven und ereignisgeschichtlichen Darstellung sozialer Kämpfe.²⁰⁶ Im Fokus standen dabei insbesondere Revolutionen, Arbeiter:innenbewegungen und Bauernaufstände. Eine zweite Forschungstradition der Psychologie und Soziologie setzte sich mit dem Thema „kollektives Verhalten“ als Massenverhalten auseinander. Gemäß dieser Auffassung werden soziale Bewegungen als eine Form dieses Phänomens betrachtet, das durch Spontanität und eigene Dynamiken gekennzeichnet ist. Diese Wissenschaftstraditionen bildeten die Grundlage für das spätere Forschungsfeld der sozialen Bewegungen.²⁰⁷

Die Forschung zu sozialen Bewegungen etablierte sich erst ab den 1970er-Jahren als eigenständiger Forschungsbereich. Dieser zeichnet sich durch Interdisziplinarität aus, wobei die Bereiche der Geschichtswissenschaft, Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpsychologie und später auch Kultur-, Kommunikations- und Medienwissenschaften eine wesentliche Rolle spielten.²⁰⁸ Seitdem wurden in den Geschichtswissenschaften zunehmend theoretische Anleihen aus den Sozialwissenschaften übernommen.²⁰⁹ In den USA dominierte eine Forschungsrichtung, die auf die Bedingungen, Formen und Wirkungen von Mobilisierung fokussierte.²¹⁰ Für den neuen Forschungsbereich in Europa war ein gesellschaftlich-theoretischer Bezugsrahmen zentral. Die neuen sozialen Bewegungen wurden dabei meist als Ausdruck eines gesellschaftlichen Strukturwandels interpretiert.²¹¹ Ab den 1990er-Jahren kam es zunehmend zu einem transatlantischen Austausch von Theorie- und Forschungsdiskussionen, in dem bisherige Ansätze integriert und kanonisiert wurden. Die Forschungs- und Theorielandschaft ist bis heute plural und erschließt immer wieder neue Ansätze und Gebiete.²¹² Die vorliegende Arbeit bezieht sich sowohl auf den

²⁰⁶ Ebenda, S. 174, S. 175.

²⁰⁷ Lahusen, Soziale Bewegungen. In: Mau, Schöneck (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 718.

²⁰⁸ Ebenda.

²⁰⁹ Dieter Rucht, Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Jürgen Mittag, Helke Stadtland (Hg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft (Essen 2014) S. 61–88, hier S. 72.

²¹⁰ Lahusen, Soziale Bewegungen. In: Mau, Schöneck (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 718, S. 719.

²¹¹ Thomas Kern, Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen (Wiesbaden 2008), S. 11.

²¹² Lahusen, Soziale Bewegungen. In: Mau, Schöneck (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 718, S. 719.

sozialwissenschaftlichen theoretischen als auch auf den empirischen Kontext zur konkreten Fragestellung und will damit eine interdisziplinäre Brücke schlagen.

Ausgehend von diesem Forschungsbereich haben sich etablierte Definition zu sozialen Bewegungen durchgesetzt. Eine davon stammt von Dieter Rucht:

„Eine soziale Bewegung ist (1) ein mobilisiertes Netzwerk von Gruppen und Organisationen, die, (2) gestützt auf eine kollektive Identität, (3) grundlegenden sozialen Wandel (4) vor allem mit dem Mittel des kollektiven öffentlichen Protests herbeiführen oder verhindern wollen.“²¹³

Ähnlich wie Rucht definiert auch Lahusen soziale Bewegungen, die als mobilisiertes Netzwerk auf gesellschaftliche Kritik und sozialen Wandel mittels kollektiver Aktionen abzielen. Er ergänzt, dass es sich um ein „strukturiertes und dauerhaftes Handlungsgeflecht“ handle, dass sich von „kurzlebigen und losen Protestereignissen (z.B. Revolten, Kommunikationskampagnen) abgrenze.“ Gegen diese etablierten Kategorisierungen von sozialen Bewegungen gibt es allerdings auch Einwände.²¹⁴

Die Kritik an den engen Definitionen von sozialen Bewegungen unterstellt diesen, dass sie eine Vielzahl von Protestformen und Gruppen ausschließen. In den genannten Definitionen müssten Akteur:innen sozialer Bewegungen über voraussetzungsvolle Fähigkeiten zu Gesellschaftsanalyse, Artikulation und Organisation verfügen. Diese seien insbesondere für den akademischen Mittelstand zugänglich. Gruppen und Protestformen, die kurzlebiger, informeller und ohne klares gesellschaftliches Ziel organisiert sind, seien dadurch benachteiligt und marginalisiert. Infolgedessen bestehe die Gefahr, dass diese wissenschaftlich unterrepräsentiert und deren Anliegen entpolitisiert würden. Es wird argumentiert, dass eine Untersuchung solcher Gruppen sinnvoll sein könne, auch wenn die zuvor genannten Kriterien nicht vollständig erfüllt sind.²¹⁵

3.1. Städtische soziale Bewegungen

Innerhalb der Bewegungsforschung hat sich ein eigenes Forschungsfeld zu städtischen sozialen Bewegungen etabliert. Einerseits werden unter städtischen Bewegungen solche verstanden, in denen die Stadt den Mobilisierungs- und Austragungsort darstellt. Andererseits werden darunter

²¹³ Rucht, Kollektive Proteste und soziale Bewegungen, S. 20.

²¹⁴ Lahusen, Soziale Bewegungen. In: Mau, Schöneck (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, S. 717, S. 718.

²¹⁵ Norbert Gestring, Renate Ruhne, Jan Wehrheim, Einleitung. In: Norbert Gestring, Renate Ruhne, Jan Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen (Wiesbaden 2014) S. 7–21, hier S. 14, S. 15; Scheller, Demokratisierung der Postdemokratie, S. 28, S. 29.

auch Bewegungen mit spezifisch städtischen Themen, Aspekten des Stadtraums oder der Forderung nach Recht auf Stadt verstanden. Darüber hinaus können speziell urbane Faktoren, wie städtische Entwicklungen, zentrale Plätze, öffentliche Orte oder städtische Infrastrukturen als Mobilisierungsfaktoren gelten.²¹⁶

In Frankreich entwickelten Theoretiker:innen ab Anfang der 1970er-Jahre marxistische Analysen der neuen sozialen Bewegungen (NSB), die dem Urbanen eine essentielle Bedeutung beimaßen.²¹⁷ Sie betrachteten diese Bewegungen als Manifestation eines systemischen Konflikts in der spät- beziehungsweise postindustriellen Gesellschaft rund um Autonomie, Lebensqualität und der Anerkennung von „minority lifestyles (identity politics)“.²¹⁸ Als einflussreiche Werke, die den Grundstein für das kritische urbane Denken im marxistischen Sinne legten, sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Henri Lefebvre (1968) und Manuel Castells (1983) zu nennen.²¹⁹ Die elementaren Konzepte dieser Theorien sind die Auseinandersetzung mit der „kollektiven Konsumtion“ von Castells (1983) und mit dem Recht auf die Stadt von Lefebvre (1968).²²⁰ Während Castells stärker einem strukturalen Marxismus verhaftet bleibt, wird Lefebvres kritische Theorie eher als heterodox eingeordnet. Sie wurde von verschiedenen Quellen inspiriert, darunter die deutsche Dialektik und die französische Phänomenologie.²²¹ Der Bezug auf Lefebvre und Castells ermöglicht ein theoretisches Verständnis, um die Entstehung, Anliegen und Wirkungen von städtischen sozialen Bewegungen zu verstehen. Die Theorien ergänzen einander und erlauben ein tieferes Verständnis für die Beziehung zwischen dem Städtischen und sozialen Bewegungen.

Beide Autoren waren selbst in linken Bewegungen aktiv. Der gebürtige Spanier und Soziologe Manuel Castells (*1942) organisierte sich in seinem Exil Frankreich in den Jahren 1967 und 1968 nach Selbstangabe in anarcho-maoistischen Zirkeln in der Student:innenbewegung und wurde daraufhin aus Frankreich ausgewiesen. Nach einem kurzen Aufenthalt im kanadischen

²¹⁶ Mayer, Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In: *Gestring, Ruhne, Wehrheim* (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 25.

²¹⁷ Roland Roth, Urbane soziale Bewegungen, Protest- und Alternativbewegung. In: Ingrid Breckner, Albrecht Göschel, Ulf Matthiesen (Hg.), Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis (Baden-Baden 2020) S. 85–96, hier S. 86.

²¹⁸ Ondřej Čísař, Social Movements in Political Science. In: Donatella Della Porta, Mario Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements (Oxford 2015) S. 50–67, hier S. 55.

²¹⁹ Massimiliano Andretta, Gianni Piazza, Anna Subirats, Urban Dynamics and Social Movements. In: Donatella Della Porta, Mario Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements (Oxford 2015) S. 200–215, hier S. 201, S. 202.

²²⁰ Roth, Urbane soziale Bewegungen, Protest- und Alternativbewegung. In: Breckner, Göschel, Matthiesen (Hg.), Stadtsoziologie und Stadtentwicklung, S. 86.

²²¹ Christian Schmid, Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Andrej Holm, Dirk Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung (Hamburg 2011) S. 25–52, hier S. 29.

und chilenischen Exil arbeitete er ab 1970 in Paris eng mit Henri Lefebvre zusammen und begann sich dort mit der kapitalistischen Stadt und städtischen sozialen Bewegungen auseinanderzusetzen. Dies führte er in seiner Professur in Berkeley, Kalifornien, weiter fort.²²² Henri Lefebvre (1901–1991) war ein französischer Soziologe und Philosoph. Er trat 1928 in die französische kommunistische Partei ein, brach mit dieser aber in den 1950er-Jahren aufgrund seiner Kritik am Stalinismus. Seit den 1960er-Jahren lehrte er zunächst Soziologie an der Universität Straßburg, der Reformuniversität Nanterre und danach am Institut d'Urbanisme in Paris.²²³

Sowohl Lefebvre als auch Castells messen der Stadt beziehungsweise dem Städtischen eine zentrale Funktion innerhalb des (post)fordistischen Produktionssystems zu. Sie erklären das Auftreten von Protesten in Städten durch die Widersprüche zwischen dieser spezifischen Funktion im Wirtschafts- und Sozialsystem, die an privaten und staatlichen Planungsstrukturen orientiert ist, und den Bedürfnissen der Menschen. Bei Castells bestehen diese Widersprüche zwischen den kollektiven Bedürfnissen und dem Versagen des Staats, diese bereitzustellen, weil sie nicht rentabel seien. Lefebvre verortet die Widersprüche zwischen der Kommodifizierung der Stadt und dem damit einhergehenden Ausschluss der Stadtbewohner:innen von zentralen Ressourcen und Teilhabe. Im klassischen marxistischen Verständnis bestehen die Widersprüche zwischen Gebrauchs- und Tauschwert des Urbanen.²²⁴ Im Folgenden werden zunächst die verschiedenen Perspektiven auf die Funktionen von Städten von Castells und Lefebvre und anschließend die von ihnen attestierten Konfliktpotenziale genauer beschrieben.

Manuell Castells sieht in Städten einen zentralen Ort der „kollektiven Konsumtion“. Diese steht für die gesamte individuelle und gesellschaftliche Reproduktion, also die Bereitstellung grundlegender Infrastruktur für das gesellschaftliche Leben. Dazu zählen beispielsweise Wohnverhältnisse oder Gemeinschaftseinrichtungen wie Kulturzentren, Krankenhäuser, etc. Die Bereitstellung dieser Einrichtungen kann nach Castells nur gemeinsam und kollaborativ erfolgen und wird meist öffentlich gewährleistet. Die Gewährleistung der Reproduktion sei eine Voraussetzung für die allgemeine Produktion im Kapitalismus. Für diese sei die Organisation beziehungsweise Regulierung des Alltags entscheidend, was eine weitere Funktion von Städten darstelle. Castells argumentiert, dass diese Form der gesellschaftlichen Reproduktion mit der

²²² Andrej Holm, Vorwort. In: Manuel Castells (Hg.), *Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht* (Hamburg 2012 (Original 1973)) S. 7–27, hier 9, 10.

²²³ Henri Lefebvre, *Das Recht auf Stadt* (Hamburg 2016), S. 8.

²²⁴ Holm, *Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen*. In: *Gestring, Ruhne, Wehrheim* (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, 57, 58.

kapitalistischen Produktion verknüpft ist: Damit kapitalistische Arbeit und Wirtschaft funktionieren können, müssen grundlegende Lebensbedingungen zuverlässig organisiert und reguliert werden. In Städten, wo sich wirtschaftliche Aktivitäten konzentrieren, sind diese Strukturen besonders ausgeprägt.²²⁵

Gegenüber dieser engen Konzeption der Bedeutung der Stadt als Reproduktionsstätte entwickelt Henri Lefebvre ein breiteres Konzept.²²⁶ Das Besondere der historischen Stadt im Gegensatz zur urbanisierten modernen Stadt besteht nach Lefebvre in der Ermöglichung von Mediation, Zentralität und Differenz. Die historische Stadt begünstige eine Mediation zwischen Privat- und Alltagsleben auf der einen Seite und der globalen Ökonomie und staatlichen Institutionen auf der anderen. Unter Zentralität versteht Lefebvre die Möglichkeit der Begegnung, die zur Voraussetzung für Kommunikation, Kooperation und Konfrontation wird, und die in weiterer Folge zu gesellschaftlichem Zusammenhalt führen könne. Darüber hinaus ermögliche die Stadt Differenzerfahrungen zwischen ansonsten fragmentierten gesellschaftlichen Einheiten.²²⁷ Mit der Begegnung, Alltag, Spiel und Spaß wird die besondere Atmosphäre der historischen Stadt spürbar. Diese ist zugleich ein soziokulturelles Konstrukt als auch gebaute Umwelt.²²⁸ Von der historischen Stadt grenzt Lefebvre die moderne Form der urbanisierten Stadt ab. Die moderne Form der Urbanität beeinträchtige genuin städtisches Leben.²²⁹ Nach Lefebvres Konzept von Urbanität/Urbanisierung stellt diese eine spezifische Ausprägung gesellschaftlicher Verhältnisse dar, die sich durch die Entwicklung des globalen ökonomischen Systems herausgebildet habe.²³⁰ Urbanisierung bedeute eine umfassende gesellschaftliche Transformation, die sich mit der Ausbreitung einer industriellen Rationalität auf andere Lebensbereiche ausweite. Neben der Überformung und Kolonisierung der ländlichen Regionen durch urbane Formen wird darunter auch eine Transformation der historischen Städte verstanden, die ihre ursprünglichen Funktionen für die Bewohner:innen nicht mehr erfüllen würden.²³¹

²²⁵ Ebenda, S. 53, S. 54.

²²⁶ Schmid, Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt, S. 29.

²²⁷ Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 48, S. 49.

²²⁸ Mayer, Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 27.

²²⁹ Ebenda.

²³⁰ Ebenda.

²³¹ Schmid, Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt, S. 31.

Für Castells liegt das zentrale urbane Konfliktpotenzial in den Auseinandersetzungen um das Thema der kollektiven Konsumption.²³² Urbane Konflikte entstünden demzufolge aus den Widersprüchen der Orientierung des Staates an der Verbesserung der kapitalistischen Produktionsweise und den Bedürfnissen der Stadtbewohner:innen.²³³ Infolge der Demokratisierung und der Arbeiter:innenbewegung seien bestimmte politische Freiheiten und soziale Garantien erkämpft worden und ein Anrechtsbewusstsein auf die „kollektive Konsumption“ entstanden.²³⁴ Da die „kollektiven Bedürfnisse“ nicht rentabel seien, könne das Wohlfahrtsversprechen moderner Städte jedoch nicht eingelöst werden.²³⁵ Als Reaktion auf diese Widersprüche greife der Staat auf unterschiedlichen Ebenen ein: auf wirtschaftlicher Ebene als Investor sowie technisch und politisch als Verwalter. Dadurch reguliere die Stadt als „Manager“ das Alltagsleben der Menschen.²³⁶ Die Stadtplanung und Regulation könnten aber notwendigerweise die Widersprüche nicht auflösen, da der Staat eine systemstabilisierende Funktion in Vertretung der herrschenden Klassen ausübt. Daher könne es nur zeitlich begrenzte Befriedungen städtischer Bewegungen geben.²³⁷ Die an der Produktion orientierte Regulierung des Alltags könne als Entfremdung und unmittelbare Ausgrenzung erfahren werden, was Wut und Unzufriedenheit schüren könnte. Diese könnte zu Protestbewegungen beitragen.²³⁸ In seinem 1983 erschienenen Werk „The City and the Grassroots“ beobachtet Castells bei städtischen sozialen Bewegungen die Forderung nach verbesserter und dekommodifizierter kollektiver Konsumption. Außerdem seien die Suche nach kultureller Identität durch selbstbestimmte lokale Gemeinschaften, dezentrale partizipative Demokratie sowie Selbstverwaltung zentrale Elemente von städtischen sozialen Bewegungen.²³⁹ Die Definitionen und Charakterisierung von sozialen Bewegungen seien an ihre Zeit und den spezifischen historischen Kontext des Hochfordismus gebunden.²⁴⁰

Lefebvre hingegen sieht in der mit der Urbanisierung einhergehenden „Krise der Stadt“ den Auslöser für soziale Bewegungen. Diese verortet er in der mit der Urbanisierung

²³² Holm, Vorwort. In: Castells (Hg.), Kampf in den Städten, S. 14.

²³³ Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 54, S. 55.

²³⁴ Manuel Castells (Hg.), Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht (Hamburg 2012 (Original 1973)), S. 35.

²³⁵ Holm, Vorwort. In: Castells (Hg.), Kampf in den Städten, S. 14.

²³⁶ Castells (Hrsg.), Kampf in den Städten, S. 36.

²³⁷ Holm, Vorwort. In: Castells (Hg.), Kampf in den Städten, S. 16.

²³⁸ Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 54, S. 55.

²³⁹ Manuel Castells, The City and the Grassroots (Berkeley/Los Angeles 1983), S. 319, S. 320.

²⁴⁰ Margit Mayer, Manuel Castells' The City and the Grassroots. In: International Journal of Urban and Regional Research 30, H. 1 (2006) S. 202–206, hier S. 204, S. 205.

einhergehenden Homogenisierung, Konditionierung und Kolonisierung des Alltagslebens.²⁴¹ Infolge der modernen Ausprägung von Urbanität und der damit verbundenen Kommodifizierung des Städtischen hätten Stadtbewohner:innen nicht mehr automatisch ein Recht auf ihre Stadt. Damit gemeint sind die oben aufgezählten Qualitäten der historischen Stadt. Im Zuge der Urbanisierung wird demnach Marginalisierten der Zugang zu gleichen Ressourcen und Chancen in Städten verwehrt.²⁴² Zudem würden die normierenden Zwänge der fordistischen Kleinfamilie durch den funktionalen Städtebau verstärkt werden und Menschen einengen sowie Monotonie und Langeweile mit sich bringen.²⁴³ Daraus könnten sich Konflikte ergeben, da Menschen ein Recht auf Stadt, eine Teilhabe an den Qualitäten und den Ressourcen des Städtischen für sich einfordern könnten. Bei solchen Forderungen gehe es meist um eine Umverteilung zugunsten marginalisierter Gruppen, um die Anerkennung und Berücksichtigung von Differenz und unterschiedlichen Ansprüchen an das Städtische sowie um das Recht zur Mitgestaltung städtischer Entwicklungen für alle.²⁴⁴ Die Forderung nach Recht auf Stadt von Lefebvre ist ein subversives und radikal demokratisches Konzept. Die Erfahrungen von Machtlosigkeit und Entmündigung werden dabei zum Thema. Zugleich werden kollektive Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Anstatt von abstrakten liberalen Rechten für passive Bürger:innen, entwirft Lefebvre ein Konzept der „Autogestion“ (Selbstverwaltung). Mithilfe kollektiver Organisation könne urbaner Raum nach den Bedürfnissen der Bewohner:innen produziert werden.²⁴⁵ Auf diese Weise könne die kapitalistische Rationalität, die sozialen Beziehungen beiwohnt, infrage gestellt werden.²⁴⁶ Lefebvre versteht unter dem Recht auf Stadt die Forderung der Exkludierten nach Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und an allen Formen von urbaner Vergesellschaftung. Die Exklusionserfahrungen der Stadtbewohner:innen im Alltag seien der Keim für soziale Bewegungen.²⁴⁷ Diese könnten sowohl lokal begrenzte Mobilisierungen darstellen als auch größere politische Bewegungen.²⁴⁸ Er schreibt:

²⁴¹ Schmid, Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt*, S. 26.

²⁴² Mayer, Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, S. 27, S. 28.

²⁴³ Schmid, Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Holm, Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt*, S. 26.

²⁴⁴ Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, S. 49–51.

²⁴⁵ Keir Milburn, Bertie Russel, Public-common partnerships, autogestion, and the right to the city. In: Stephan Hochleithner, Andreas Exner, Sarah Kumnig (Hg.), *Capitalism and the Commons. Just Commons in the Era of Multiple Crises* (2020) S. 135–150, hier S. 136, S. 137.

²⁴⁶ Ebenda, S. 138.

²⁴⁷ Scheller, *Demokratisierung der Postdemokratie*, S. 26.

²⁴⁸ Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*, S. 52.

„Gruppen, Klassen, Einzelpersonen aus dem Städtischen auszuschließen, heißt auch, sie aus der Zivilisation, wenn nicht aus der Gesellschaft auszuschließen. Das Recht auf Stadt legitimiert die Weigerung, sich durch eine diskriminierende, segregierende Organisation aus der städtischen Wirklichkeit verdrängen zu lassen. Dieses Recht des Bürgers (oder wenn man so will des Menschen) kündigt die unausweichliche Krise der auf Segregation gestützten und diese stützenden Zentren an: der Entscheidungs-, Reichtums-, Macht-, Informationszentren, die all jene in Vorstadträume abdrängen, die nicht an den politischen Privilegien teilhaben. Es bedingt auch das Recht auf Begegnung und Versammlung; Orte und Objekte müssen gewissen allgemein verkannten Bedürfnissen gewissen geringgeschätzten, im Übrigen aber transfunktionellen Funktionen genügen: dem Bedürfnis nach gesellschaftlichem Leben und einem Zentrum, dem Spielbedürfnis und der Spielfunktion, der symbolischen Funktion des Raums [...].“²⁴⁹

Die beiden Autoren schätzen Reichweite und Bedeutung von städtischen Protestbewegungen unterschiedlich ein. Castells spricht in seinem Frühwerk städtischen sozialen Bewegungen zu, dass diese „zum wirklichen Ursprung des Wandels und der Erneuerung einer Stadt“ werden könnten. Wenn sie auch keine neue Gesellschaftsordnung hervorbringen könnten, könnten sie „die allgemeine Logik der städtischen Organisation [...] verändern, allerdings in einer Weise, die immer unbeständig und unvollkommen bleibt.“²⁵⁰ In seinem späteren Werk „The City and the Grassroots“ (1983) hingegen spricht er städtischen sozialen Bewegungen keine transformative Kraft mehr zu, sie seien vielmehr ein Symptom des Widerstands. Dennoch könnten sie auf die Städte und Gesellschaft wirksame Effekte haben. „It is our hypothesis that only urban movements are urban-orientated mobilizations that influence structural social change and transform the urban meanings.“²⁵¹ Lefebvre hingegen sieht ein weitreichendes Potenzial für gesellschaftliche Veränderung mittels städtischer Bewegungen. Ferner gibt es bei jüngeren Forscher:innen Debatten zur Bedeutung von sozialen Bewegungen. Der Geograph David Harvey spricht diesen nur eine sehr begrenzte Reichweite und Bedeutung zu, da sie meist auf lokale Veränderungen abzielten.²⁵²

Die Theorien von Lefebvre und Castells wurden vielfach rezipiert, die Forderung nach Recht auf Stadt auch in sozialen Bewegungen.²⁵³ David Harvey etwa bezieht sich ausdrücklich auf dieses Konzept und betont, dass das Recht auf Stadt mehr als der individuelle Zugang zu

²⁴⁹ Lefebvre, Das Recht auf Stadt, S. 216.

²⁵⁰ Castells (Hrsg.), Kampf in den Städten, S. 38.

²⁵¹ Castells, The City and the Grassroots, S. 305.

²⁵² Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 58, S. 59.

²⁵³ Dirk Gebhardt, Andrej Holm, Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: Andrej Holm, Dirk Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung (Hamburg 2011) S. 7–23, hier S. 7–10.

städtischen Ressourcen sei. Es sei das Recht, die Stadt mitzugestalten und zu ändern und in dem Sinne als „common“ statt einem individuellen Recht zu verstehen.²⁵⁴ Diese Forderungen finden sich seit den 1960er-Jahren in diversen städtischen Bewegungen.²⁵⁵ Der Soziologe Hans Pruijt orientiert sich in seiner Definition von städtischen sozialen Bewegungen ebenso an Castells und Lefebvre: Städtische Bewegungen seien „social movements through which citizens attempt to achieve some control over their urban environment. The urban environment comprises the built environment, the social fabric of the city, and the local political process.“²⁵⁶ Im globalen Norden drehten sich diese Bewegungen einerseits um Themen der kollektiven Konsumtion, wie Wohnfragen, hohe Mieten, Gesundheitsversorgung und Bildung. Weitere Themen beträfen die Stadtplanung, wie Nutzungsverlagerungen oder Änderungen des Stadtbildes. Nach Pruijt müssten urbane Bewegungen keine überragenden Ziele oder einen hohen Organisationsgrad haben, um als soziale Bewegung zu gelten. Sie müssten nur für eine neue Konzeption von Identität oder Lebensweise kämpfen oder für ein spezifisches Ziel wie leistbares Wohnen.²⁵⁷

Nach David Scheller sind stadtpolitische Initiativen ähnlich wie bei Lefebvre ein Ausdruck nach Demokratisierungsbestrebungen rund um Zugänglichkeit und Verteilung urbaner Räume, der auch weiterreichende gesellschaftliche Demokratisierung mit einschließt.²⁵⁸ Die breiten und teils widersprüchlichen Konzeptionen von städtischen Bewegungen lassen sich unter anderem auf die verschiedenen Disziplinen zurückführen, die sich mit dem Thema beschäftigen und dabei der Rolle der Stadt unterschiedliche Relevanz beimessen.²⁵⁹

4. Bedeutung der Medien

4.1. Relevanz der medialen Berichterstattung

Die öffentliche Kommunikation ist zentral für soziale Bewegungen. Um dies nachvollziehen zu können, bedarf es zunächst einer Bestimmung des Konzepts der Öffentlichkeit. Zur Analyse der Bedeutung und Struktur von Öffentlichkeit wird hier auf das Konzept der Herrschaft

²⁵⁴ Andretta, Piazza, Subirats, Urban Dynamics and Social Movements. In: Della Porta, Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements, S. 209.

²⁵⁵ Gebhardt, Holm, Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: Holm, Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt, S. 7–10.

²⁵⁶ Hans Pruijt, Urban Movements. In: George Ritzer, Blackwell Encyclopedia of Sociology (Oxford 2007), S. 5115–5119. Zitiert nach: Andretta, Piazza, Subirats, Urban Dynamics and Social Movements. In: Della Porta, Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements, S. 202.

²⁵⁷ Ebenda.

²⁵⁸ Scheller, Demokratisierung der Postdemokratie, S. 16, S. 17.

²⁵⁹ Mayer, Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In: Gestring, Ruhne, Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 25, S. 26.

mithilfe von Hegemonie nach Antonio Gramsci und Jürgen Habermas' Konzept der politischen Öffentlichkeit Bezug genommen. Das Konzept Habermas' betont, dass die Massenmedien maßgeblich die öffentliche Meinung prägen.²⁶⁰ Gleichzeitig wird auch Kritik an Habermas' Ansatz berücksichtigt, wie sie beispielsweise von Nancy Fraser formuliert wurde. Fraser erkennt zwar die Relevanz von Habermas' Theorie an, kritisiert jedoch deren Vernachlässigung sozialer Ungleichheiten. Sie argumentiert, dass Habermas eine exklusive, bürgerliche Öffentlichkeit beschreibt, die Frauen und andere marginalisierte Gruppen aus dem Diskurs ausschließt.²⁶¹ Im Anschluss wird auf die Beziehung zwischen sozialen beziehungsweise Protestbewegungen und der Öffentlichkeit eingegangen.

Mithilfe der Theorie der Hegemonie nach Gramsci kann die Bedeutung der Öffentlichkeit für Herrschaftsstabilisierung gefasst werden. Nach Gramsci basiert Herrschaft im Kapitalismus auf dem Konzept der Hegemonie, der „aktiven Zustimmung der Subalternen zu ihrer Unterwerfung“ durch Zwang und Konsens.²⁶² Die gesellschaftlich herrschenden Gruppen müssten die Interessen der unterworfenen Gruppen einbeziehen. Diese müssten sich aber auch an das hegemoniale Projekt anpassen. Hegemonie bedeutet für Gramsci,

„dass die herrschende Gruppe sich auf konkrete Weise mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abstimmen wird und das Staatsleben als ein andauerndes Formieren und Überwinden von instabilen Gleichgewichten zu fassen ist [...], von Gleichgewichten, in denen die Interessen der herrschenden Gruppen überwiegen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt, d. h. nicht bis zu einem engen ökonomisch-korporativen Interesse.“²⁶³

Das Konzept der Hegemonie besagt, dass alle täglich an der Reproduktion von Herrschaft teilhaben. Dies drücke sich auch im Verhältnis der Subjekte zu sich selbst aus, anhand ihrer Lebensführung und einer unvollständigen Identitätsbildung, die komplexe und widersprüchliche Verhältnisse kohärent und erfahrbar machten.²⁶⁴

Die Öffentlichkeit sei die gesellschaftliche Ebene, in der Konsens ausgehandelt wird. Gemeinsam mit der Ausarbeitung eines aktiven Konsenses würden Instrumente zu dessen Durchsetzung und Sicherung geschaffen. Die Ebene des Zwangs werde dabei vom Staat repräsentiert, der eine verselbständigte und relativ autonome Institutionalisierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse darstellt. Neben der Funktion des Zwangs erfülle der Staat

²⁶⁰ Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit.

²⁶¹ Fraser, Rethinking the Public Sphere.

²⁶² Candeias, Gramscianische Konstellationen. In: Merks, Diaz (Hg.), Mit Gramsci arbeiten, S. 19.

²⁶³ Antonio Gramsci, Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden (Hamburg 1991) 7, S.1584, zitiert nach: ebenda, S. 20.

²⁶⁴ Ebenda, S. 20, S. 21.

aber zudem ideologische Funktionen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Gramsci versteht Ideologie dabei nicht als „falsches Bewusstsein“ – also keine bloße Täuschung oder durch herrschende Ideologien verzerrte Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse –, sondern als ein System von Bedeutungen und Werten, das aktiv gesellschaftlichen Konsens herstellt und stabilisiert. Während „falsches Bewusstsein“ impliziert, dass die Menschen einer Illusion unterliegen, betont Gramsci, dass Ideologie nicht nur verschleiert, sondern auch real wirksam ist, indem sie soziale Ordnung ermöglicht und legitimiert. Die herrschende Ideologie ist damit dominante Weltauffassung, anhand derer die Welt rationalisiert wird. In den öffentlichen Diskursen der Zivilgesellschaft werde um Konsens und gesellschaftliche Anerkennung gekämpft. Mittels dieser werde gesellschaftliche Konformität erzeugt.²⁶⁵

„Was ‚öffentliche Meinung‘ genannt wird, ist aufs engste mit der politischen Hegemonie verknüpft, es ist nämlich der Berührungspunkt zwischen ‚Zivilgesellschaft‘ und ‚politischer Gesellschaft‘, zwischen dem Konsens und der Gewalt.“²⁶⁶

Die Öffentlichkeit sei daher die Sphäre, in welcher der Konsens durch Kommunikation und Diskurse erzeugt wird. Neben der Kommunikation im Alltag im Nahbereich könnte sich diese vor allem in der von Massenmedien gelenkten öffentlichen Kommunikation entfalten.²⁶⁷ Hegemonie könne als die Durchsetzungsfähigkeit von herrschenden Gruppen gesehen werden, um ihre eigenen Interessen als Allgemeininteresse von subalternen Klassen zu etablieren.²⁶⁸ Die Öffentlichkeit diene dabei zur Aushandlung von Konsens und zur Legitimierung.

Zur genaueren Bestimmung der Funktion von Öffentlichkeit hat Jürgen Habermas ein normatives liberales Modell entwickelt. Demnach sei die Öffentlichkeit sowohl vom Staat als auch von der ökonomischen Sphäre getrennt. Sie sei ein Raum für die Produktion und Zirkulation von Diskurs, diene zur politischen Partizipation und sei zentral für demokratische Systeme.²⁶⁹ Nach dem normativen Modell von Habermas muss die Öffentlichkeit zur Legitimation der Demokratie in einer pluralistischen Gesellschaft eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger:innen ermöglichen. Unter der Bedingung einer mehr oder weniger

²⁶⁵ Ebenda, S. 21, S. 22.

²⁶⁶ Antonio Gramsci, Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden (Hamburg 1991) 4, S.916f., zitiert nach: ebenda, S. 22.

²⁶⁷ Jürgen Habermas, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und der deliberative Politik (Frankfurt am Main 2022), S. 38–40.

²⁶⁸ Sarah. Ertl, Framing und Reproduktion von Hegemonie. Öffentlichkeit bei den britischen Protesten 2011. In: Wiener Linguistische Gazette, H. 77 (2013) S. 25–43, hier S. 30.

²⁶⁹ Fraser, Rethinking the Public Sphere, S. 57.

diskursiv ausgetragenen Auseinandersetzung der Meinungen könne dies gewährleistet werden.²⁷⁰

„Die Öffentlichkeit leistet zur demokratischen Legitimation des staatlichen Handelns ihren Beitrag, indem sie die politisch entscheidungsrelevanten Gegenstände auswählt, zu Problemstellungen verarbeitet und zusammen mit mehr oder weniger informierten und begründeten Stellungnahmen zu konkurrierenden öffentlichen Meinungen bündelt. Auf diese Weise entfaltet die öffentliche Kommunikation für die Meinungs- und Willensbildung der Bürger eine stimulierende und zugleich orientierende Kraft, während sie das politische System gleichzeitig zu Transparenz und Anpassung nötigt.“²⁷¹

Die politische Öffentlichkeit trägt laut Habermas zur Legitimation der Demokratie bei. Dies treffe trotz dem zunehmenden Maß an Kommerzialisierung zu, aufgrund dessen privilegierte Privatinteressen ihre Macht ausspielen könnten und die Öffentlichkeit zur Meinungslenkung verwenden könnten.²⁷² Die Dynamik der Massenkommunikation spiegle dabei die Machtverhältnisse wider: zur Macht der Medien gehöre die Selektion und Präsentation von Botschaften. Privilegierte Akteur:innen nutzten ihre Macht zur Einflussnahme auf die öffentlichen Themen. Aufgrund der asymmetrischen Machtstruktur der Massenkommunikation werde ein Großteil der Diskursteilnehmer:innen zu passiven Zuschauer:innen und Konsument:innen.²⁷³ Doch solange die politische Öffentlichkeit für demokratisch wichtige öffentliche Diskurse relevante Fragestellungen, kontroverse Antworten, notwendige Informationen und geeignete Argumente finde, könne sie noch ihre deliberative Funktion erfüllen. Dabei müssten von der Zivilgesellschaft und von staatlichen Institutionen Impulse und Nachrichten aufgenommen werden und als Eigenprodukt reflektierte öffentliche Meinungen hervorgehen. Angesichts der Abhängigkeit des politischen Systems von demokratischer Legitimation sei dieses auch von der Zivilgesellschaft abhängig. Es müsse sowohl dem informellen Druck öffentlicher Meinungen als auch formalen Mechanismen wie Wahlen genügen.²⁷⁴

Nancy Fraser entwirft als Alternative zur bürgerlichen Öffentlichkeit von Habermas ein eigenes normatives Modell. Sie kritisiert die klassische Konzeption als verfälscht und unzureichend, da sie bestehende soziale Ungleichheiten nicht aufhebe, sondern reproduziere. Eine Vielfalt von Öffentlichkeiten sei nach Fraser einer einzigen bürgerlichen Öffentlichkeit vorzuziehen. In

²⁷⁰ Jürgen Habermas, Ach, Europa (Frankfurt am Main 2008), S. 135.

²⁷¹ Ebenda, S. 136.

²⁷² Ebenda, S. 155–164; Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit, S. 270, S. 283, S. 284, S. 300.

²⁷³ Habermas, Ach, Europa, S. 158–160.

²⁷⁴ Ebenda, S. 167–169.

diesen sollten Interessen und Themen verhandelt werden, die in der klassischen bürgerlichen Konzeption als „privat“ deklariert werden. Aufgrund sozialer Ungleichheit werde die Deliberation in spätkapitalistischen Gesellschaften verfälscht.²⁷⁵ Es hätte demnach auch abseits von der bürgerlichen Öffentlichkeit immer schon „suburban counterpublics“ gegeben:

„I propose to call these subaltern counterpublics in order to signal that they are parallel discursive arenas where members of subordinated social groups invent and circulate counterdiscourses, which in turn permit them to formulate oppositional interpretations of their identities, interests, and needs.“²⁷⁶

Die Medienmacht bestehe darin, dass sie politisch relevante Inhalte auswähle und präsentiere und damit die Formierung öffentlicher Meinungen gestalte. Medien hätten die Funktion der Selektion und der Präsentation. Die Macht von Journalist:innen liege im agenda setting und issue framing, um damit die öffentliche Meinung bestimmen zu können.²⁷⁷ Als professionalisiertes Personal hätten sie die Rolle von Gatekeepern. Eine wesentliche Funktion hätten weiters Akteur:innen, die für Input sorgen, indem sie regelbedürftige Probleme entdecken. Des Weiteren biete die Rezeption von Medieninhalten deren Empfänger:innen ein weiteres, wenn auch eingeschränktes Handlungsfeld im öffentlichen Diskurs.²⁷⁸

„Die mediale Berichterstattung kann zur Hegemoniereproduktion beitragen, indem Diskurse eröffnet oder einzelne Aspekte unter (strategischem) Einsetzen der Schweigespirale verschwiegen und Diskurse verhindert bzw. die Schwerpunktsetzung betreffend umgelenkt werden. Die Wortwahl und das mediale Framing beeinflussen Deutung und Bewertung einer Sachlage.“²⁷⁹

4.2. Bedeutung der Öffentlichkeit für soziale Bewegungen

Die Kommunikation von beziehungsweise über soziale Bewegungen ist zentral für deren Entstehung und Aufrechterhaltung.²⁸⁰ Raschke fasst dies folgendermaßen: „Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt.“²⁸¹ Die maßgebliche Bedeutung liegt darin, dass die Öffentlichkeit Interaktionen mit relevanten Bezugsgruppen vermittelt, beispielsweise mit dem administrativen System und politischen Entscheidungsträger:innen. Dadurch können soziale Bewegungen gesellschaftliche Relevanz erlangen und politischen Druck aufbauen.²⁸²

²⁷⁵ Fraser, *Rethinking the Public Sphere*, S. 77.

²⁷⁶ Ebenda, S. 67.

²⁷⁷ Habermas, *Ach, Europa*, S. 174.

²⁷⁸ Habermas, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und der deliberative Politik*, S. 38–40.

²⁷⁹ Ertl, *Protest als Ereignis*, S. 44.

²⁸⁰ Schade, *Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft*, S. 202.

²⁸¹ Joachim Raschke, *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss. Studienausgabe*. (Frankfurt/New York 1987), S. 434, zitiert nach: ebenda.

²⁸² Ebenda, S. 104, S. 235, S. 236, S. 244.

Berichterstattungen in den Medien zwingen politische Entscheidungsträger:innen dazu, soziale Bewegungen wahrzunehmen und auf sie zu reagieren. Wenn sie mediale Relevanz erlangen, kann sich die Politik nur mit drohendem Legitimitätsverlust nicht mit ihnen auseinandersetzen. Für soziale Bewegungen ist die öffentliche Interessensvermittlung via Kommunikation entscheidend, da ihnen institutionalisierte direkte Zugänge zu politischer Macht nicht offenstehen.²⁸³ Die Öffentlichkeit hat für soziale Bewegungen darüber hinaus weitere Funktionen: Mediale Präsenz kann Anhänger:innen rekrutieren und mobilisieren sowie mögliche Koalitionspartner:innen auf die Bewegung aufmerksam machen.²⁸⁴ Auch für die Konstruktion einer bewegungsinternen kollektiven Identität kann mediale Präsenz eine zentrale Rolle spielen und zu deren Stabilisierung beitragen. Medien können darauf aufmerksam machen, dass politische Unzufriedenheit Teil eines Kollektivphänomens ist.²⁸⁵

Die Macht der Medien in der Öffentlichkeit wurde weiter oben schon beschrieben. Sie sind Gatekeeper der Kommunikation, die eine wichtige Rolle für das Erscheinen von sozialen Bewegungen in der Öffentlichkeit spielen.²⁸⁶ Die Struktur von Mediensystemen ist maßgeblich für den Erfolg der Berichterstattung. Während öffentlich-rechtliche und staatliche Medien sich meist auf Eliten fokussieren und weniger über „Außenseiter“ berichten, kann es durch die Ausdifferenzierung der Alternativpublizistik, die den sozialen Bewegungen nahestehen, zu vorteilhafter Berichterstattung für diese kommen. Privatwirtschaftlich und kommerziell orientierte Medien sind zuvorderst am Publikumsinteresse orientiert. Die Entscheidungen über Berichterstattung folgen daher einer selbstbezogenen Medienlogik. Diese Medienlogik fokussiert auf spannende „Pseudoereignisse“. Daher haben Protestakteur:innen darin eine größere Chance veröffentlicht werden.²⁸⁷ Allerdings besteht auch dann noch ein ungleiches Machtverhältnis zugunsten der Medien. Die sozialen Bewegungen können auf die Publizität sowie die Positionierung und das Framing ihrer Themen relativ wenig Einfluss nehmen.²⁸⁸

Soziale Stratifikations- und Machstrukturen beeinträchtigen – wie oben beschrieben – den egalitären Zugang zur Öffentlichkeit. Aufgrund von real ungleich verteilten Machtverhältnissen

²⁸³ Rüdiger *Schmitt-Beck*, Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. Theoretische Anmerkungen zu Bedeutung, Formen und Problemen der Öffentlichkeitsarbeit nichtetablierter Kollektivakteure. In: Günter *Bentele*, Tobias *Liebert*, Michael *Vogt* (Hg.), PR für Verbände und Organisationen. Fallbeispiele aus der Praxis (Neuwied/Kriftel 2001) S. 15–35, hier S. 15–21.

²⁸⁴ *Schade*, Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft, S. 246.

²⁸⁵ *Schmitt-Beck*, Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. In: *Bentele, Liebert, Vogt* (Hg.), PR für Verbände und Organisationen, S. 21, S. 22.

²⁸⁶ W. Lance *Bennet*, Alexandra *Seegerberg*, Communication in Movements. In: Donatella *Della Porta*, Mario *Diani* (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements (Oxford 2015) S. 367–382, hier S. 369, S. 370.

²⁸⁷ *Schmitt-Beck*, Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. In: *Bentele, Liebert, Vogt* (Hg.), PR für Verbände und Organisationen, S. 26.

²⁸⁸ *Schade*, Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft, S. 248.

scheitert das normative Modell der politischen Öffentlichkeit. Demzufolge sind soziale Bewegungen ressourcenschwache Akteure und müssen sich unter prekären Voraussetzungen Zugang zur für sie so wichtigen Öffentlichkeit schaffen.²⁸⁹ Als typische Außenseiter müssen soziale Bewegungen nicht-institutionalisierte Strategien zur Erlangung von Relevanz in der Öffentlichkeit anwenden.²⁹⁰ Die Massenmedien spiegeln häufig die Perspektive der politischen Eliten wider und repräsentieren vornehmlich etablierte gesellschaftliche Normen. Dadurch werden soziale Bewegungen oft negativ dargestellt, besonders wenn sie auf zivile Ungehorsam oder disruptive Protestformen zurückgreifen. Daraus resultiert oftmals eine negative Berichterstattung und medialer Druck, um soziale Bewegungen dazu zu bringen, genau jene gesellschaftlich anerkannten politischen Organisationsweisen zu übernehmen, welche sie ändern wollten.²⁹¹ Eine Vielzahl von politischen Protestaktionen findet sich allerdings generell nicht in der Medienberichterstattung wieder, wie empirische Befunde zeigen. Dies begründet sich darin, dass sie mit anderen Themen konkurrieren und ihre Perspektiven nicht immer erfolgreich kommunizieren können.²⁹²

Soziale Bewegungen wenden in dieser schwierigen Ausgangslage verschiedene Medienstrategien an, um Öffentlichkeit zu erlangen. Da soziale Bewegungen nicht als einheitliche Akteure, sondern als ein komplex gegliedertes Netzwerk aus Akteur:innen bestehen, können Medienstrategien höchst unterschiedlich aussehen.²⁹³ Protestaktionen sind dabei ein Versuch, Aufmerksamkeit zu erzeugen. Das Protestrepertoire kann dabei von Kritik über Kundgebungen und Aktionen des zivilen Ungehorsams bis zu gewaltsamen Aktionen reichen.²⁹⁴ Dieter Rucht (2004) macht dazu vier verschiedene Medienstrategien von sozialen Bewegungen aus. Neben der „abstention“ gegenüber den Medien wegen Frustration über negative oder keine Berichterstattung, gebe es die Strategie des „attack“. Bei dieser werde gegen die Berichterstattung und Vorurteile von Massenmedien agitiert. Eine weitere Möglichkeit sei die „adaption“, bei der das Medienspiel mitgemacht und versucht wird möglichst der Logik der Massenmedien zu entsprechen.²⁹⁵ Massenmedien berichten vor allem

²⁸⁹ Ebenda, S. 243, S. 248.

²⁹⁰ Hanspeter Kriesi, Die politische Kommunikation sozialer Bewegungen. In: Otfried Jarren, Lachenmeier, Dominik, Steiner, Adrian (Hg.), *Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessensvermittlung* (2007) S. 145–163, hier S. 146.

²⁹¹ Bennet, Segerberg, *Communication in Movements*. In: Della Porta, Diani (Hg.), *The Oxford Handbook of Social Movements*, S. 369, S. 370.

²⁹² Schmitt-Beck, *Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit*. In: Bentele, Liebert, Vogt (Hg.), *PR für Verbände und Organisationen*, S. 29, S. 30.

²⁹³ Ebenda, S. 24.

²⁹⁴ Rucht, *Kollektive Proteste und soziale Bewegungen*, S. 28, S. 29.

²⁹⁵ Bennet, Segerberg, *Communication in Movements*. In: Della Porta, Diani (Hg.), *The Oxford Handbook of Social Movements*, S. 370.

dann, wenn soziale Bewegungen das Bedürfnis nach Nachrichtenwerten befriedigen, beispielsweise durch disruptive Formen politischer Partizipation wie Großdemonstrationen, Blockaden, Besetzungen, etc. Da Medien vorzugsweise Neues, Aufregendes, Ungewöhnliches und Konflikt sowie eindrucksvolle Bilder zeigen, können diese Ereignisse Nachrichtenwert gewinnen.²⁹⁶ Allerdings besteht hier ein Risiko, dass nicht Motive und Inhalte des Protests gezeigt werden, sondern die vermeintlich „negativen“ Protestformen.²⁹⁷ Eine weitere Möglichkeit in Ruchts Analyse ist es, „alternative media“ zu kreieren.²⁹⁸ Die subalternen Gegenöffentlichkeiten versuchen die eigenen Diskurse in breitere Öffentlichkeiten zu bringen. Diese subalternen Gegenöffentlichkeiten funktionieren einerseits für den Rückzug und Gruppenvergewisserung, aber auch als Basis, um breitere Öffentlichkeiten zu erreichen. Die Bewegungen fordern damit die ungerechten Privilegien der dominanten sozialen Gruppen heraus. Sie sind dennoch gegenüber dominanten Öffentlichkeiten benachteiligt, da sie weniger Zugang zu etablierten Medienkanälen haben.²⁹⁹ Nach Sarah Ertl kann die Berichterstattung über Protest als erfolgreich bezeichnet werden, wenn der Protest und seine Inhalte und deren Darstellung medial ernst genommen und die Argumente und Weltanschauungen des Protests in der Öffentlichkeit reflektiert werden. Meist sei jedoch die Protestberichterstattung nicht erfolgreich. Am wahrscheinlichsten werde Protest medial ignoriert. Am zweithäufigsten komme mit dem Protestparadigma eine Berichterstattung der Kriminalisierung, Marginalisierung, Diskreditierung sowie die negative Spektakularisierung von Protestaktionen vor. Eine dritte Form der Berichterstattung sei die „Rekuperation“, das Umdeuten von Protesten, um sie zu verharmlosen oder zu neutralisieren. Lediglich eine differenzierte oder affirmative Form der Berichterstattung könne als erfolgreich gewertet werden.³⁰⁰ Dennoch kann es sozialen Bewegungen gelingen, ihre Mitglieder als neue Sprecher:innen mit neuen Themen zu etablieren. Indem mit neuen Themen und Meinungen die Agenden und Programme öffentlicher Kommunikation erweitert werden, können soziale Bewegungen Öffentlichkeit verändern. Die Öffentlichkeit ändert dadurch nicht ihre Grundstruktur, wird aber aufgrund des Lösens der Zivilgesellschaft aus der reinen Rolle als Rezipientin flexibler und offener.³⁰¹

²⁹⁶ Schmitt-Beck, Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. In: Bentele, Liebert, Vogt (Hg.), PR für Verbände und Organisationen, S. 24, S. 25.

²⁹⁷ Neidhardt, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, S. 34.

²⁹⁸ Bennet, Segerberg, Communication in Movements. In: Della Porta, Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements, S. 370.

²⁹⁹ Fraser, Rethinking the Public Sphere, 67, 68; Bennet, Segerberg, Communication in Movements. In: Della Porta, Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements, S. 370.

³⁰⁰ Ertl, Protest als Ereignis, S. 289–291.

³⁰¹ Neidhardt, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, S. 34, S. 35.

4.3. Medienlandschaft Österreich

Um die Spezifik der österreichischen Öffentlichkeit verstehen zu können, ist eine historische Kontextualisierung der Zeitungslandschaft notwendig. Schon seit dem Ende den 1890er-Jahren spielte das Medium Zeitung in Österreich eine zentrale Rolle und hatte durch technologische, politische und ökonomische Veränderungen eine große Reichweite über alle sozialen Schichten erlangt.³⁰²

Mit dem Ende der Monarchie 1918 und der Gründung der Ersten Republik beendete die provisorische österreichische Regierung die Zensur und gewährte neben Versammlungsfreiheit und Vereinsfreiheit auch Pressefreiheit.³⁰³ In der Ersten Republik kam den Zeitungen eine wichtige Rolle für die politische Öffentlichkeit zu und es etablierte sich ein weitreichender Zeitungsraum. Im Jahr 1930 wurden schließlich insgesamt 68 Titel publiziert. Neben den etablierten Parteien, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) und der Christlichsozialen Partei (CSP), spielten für den Zeitungsmarkt auch sich neu bildende politische Kräfte eine Rolle, die sich so eine Öffentlichkeit verschaffen wollten. Gegen Ende der Ersten Republik polarisierte sich die medienvermittelte Öffentlichkeit zwischen antifaschistischer Weltanschauung, den Nationalsozialist:innen und dem Austrofaschismus gegenüber positiv eingestellten Blättern.³⁰⁴ Im Austrofaschismus beseitigte das Regime die Pressefreiheit durch die Einführung von Kontroll-, Vermittlung- und Propagandainstanzen sowie die Gleichschaltung sämtlicher Medien und Zäsur.³⁰⁵ Nach dem sogenannten „Anschluss“, der Machtübernahme der Nationalsozialist:innen 1938 traf das neue Regime Maßnahmen, um die österreichische Presse an die deutsche anzuschließen und Propaganda zu betreiben. Die Übernahme von Betrieben und der rechtlichen Rahmenbedingungen aus NS-Deutschland wurde durchgeführt. Während jüdische und gegnerische Journalist:innen

³⁰² Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 7–36, hier S. 8.

³⁰³ Wolfgang Duchkowitsch, Österreichische Mediengeschichte im 20. Jahrhundert. Ein Überblick in zehn Abschnitten. In: Questions of Journalism 66 (2023) S. 14–19, hier S. 15.

³⁰⁴ Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 8–23.

³⁰⁵ Karin Moser, „Mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten des Staates ...“. Autoritäre Propaganda und mediale Repression im austrofaschistischen „Ständestaat“. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 37–60, hier S. 37.

vertrieben wurden,³⁰⁶ setzten sich auch viele österreichischen Journalist:innen begeistert für die nationalsozialistische Ideologie ein.³⁰⁷

Nach der Befreiung 1945 verkündet der Alliierte Rat in Österreich erneut die Pressefreiheit und allein in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Ende 1945 etablierten sich mehr als 30 Zeitungen. Diese wurden maßgeblich von den Gründungsparteien der Zweiten Republik und der Alliierten in Kooperation mit lokalen Verlegern publiziert. Bis zum Staatsvertrag 1955 standen die Zeitungen jedoch mehr oder weniger noch unter Kontrolle und Zensur der alliierten Truppen.³⁰⁸ Die Informationsmedien spielten für die Ziele der Demokratisierung und Denazifizierung sowie im Kontext des beginnenden Kalten Krieges eine wichtige Rolle für die Alliierten.³⁰⁹ Im Bereich des Journalismus gelang die Entnazifizierung jedoch nicht vollständig und zeigte sich auch in ideologischen Kontinuitäten der Zeitungen.³¹⁰ Zudem fehlte aufgrund von Flucht, Vertreibung und Exil ein demokratisches und antifaschistisches Potenzial bei der Berichterstattung.³¹¹

Während die Gesamtauflage der Parteizeitungen bis 1955 noch höher war als jene der unabhängigen Zeitungen, wandte sich das schnell in sein Gegenteil. Ab den 1950er-Jahren erfolgte eine verstärkte Anpassung der Printmedien an Marktfähigkeit und Gewinnorientierung,³¹² womit eine erste Konzentrationswelle des österreichischen Zeitungsmarkts einherging, gefolgt von einer zweiten um 1970.³¹³ In Zuge dessen verringerte sich die Anzahl der publizierten Printmedien, wobei zugleich die Auflage weniger Zeitungen anstieg.³¹⁴ Die Boulevardmedien, vor allem die *Kronen Zeitung*, erlebten einen Wiederaufstieg, durch den andere Zeitungen verdrängt wurden. Medienkonzentrationen dieser Art können als

³⁰⁶ Christian Oggolder, Anschluss, Ausschluss, Kontrolle. Medien im Nationalsozialismus. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 61–74, hier S. 61.

³⁰⁷ Duchkowitsch, Österreichische Mediengeschichte im 20. Jahrhundert, S. 17.

³⁰⁸ Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, 175, 179; Heinz Pürer, Presse in Österreich (Wien 1990), S. 1.

³⁰⁹ Wolfgang Mueller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit“. Tagespresse, Rundfunk, Wochenschau 1945–1955. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 75–99, hier S. 77.

³¹⁰ Duchkowitsch, Österreichische Mediengeschichte im 20. Jahrhundert, S. 17.

³¹¹ Fritz Hausjell, Zur Entnazifizierung und Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945. In: Hans Heinz Fabris, Fritz Hausjell (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 29–50, hier S. 41, S. 42.

³¹² Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 180.

³¹³ Josef Trappel, Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 199–226, hier S. 211, S. 212.

³¹⁴ Pürer, Presse in Österreich, S. 3.

Strukturmerkmal in kapitalistischen Mediensystemen gesehen werden.³¹⁵ Konzentrationsprozesse in der Medienlandschaft bedeuten häufig demokratieschädliche Einflüsse durch verzerrte oder einseitige Berichterstattung und damit Prägung der Öffentlichkeit.³¹⁶

Mit der Pressekonzentration einhergehend nahm die Reichweite und Signifikanz der bis in die zweite Hälfte der 1950er-Jahre sehr erfolgreichen Parteimedien systematisch ab.³¹⁷ Im Jahr 1975 führte Bundeskanzler Bruno Kreisky (SPÖ) als Maßnahme gegen die Medienkonzentration eine Bundespresseförderung ein, die wirtschaftlich erfolgreichen sowie weniger erfolgreichen Zeitungen gleichermaßen half. Durch eine Reform 1984 erhielten wirtschaftlich weniger erfolgreiche Blätter mehr Förderung. Im Untersuchungszeitraum Anfang der 1980er lag die Anzahl der publizierten Zeitungen bei 18.³¹⁸ Die *Kronen Zeitung* war dabei das führende Printmedium, mit einer täglichen Auflage von ca. einer Million Exemplaren täglich und einem Anteil von 37,5 Prozent aller Druckauflagen im Jahr 1980. Danach folgten *Kurier* und *Kleine Zeitung*. Alle restlichen Zeitungen hatten nur einen Anteil von höchstens vier Prozent an der Druckauflage. Diese Marktverhältnisse prägten die nächsten vier Jahrzehnte. Zugleich erfolgte in den 1980er-Jahren eine kreative Periode, in der neue Zeitungen gegründet wurden.³¹⁹ Ab der zweiten Hälfte der 1970er entwickelten sich aus der Jugend- und Subkultur der Alternativszene einige eigenständige Medienstrukturen, darunter beispielsweise die *Arena-Stadtzeitung* oder der *Falter*.³²⁰

Die (Print)medien waren in der Zweiten Republik lange eine „Männerwelt“, ein sehr stark männlich geprägter Bereich.³²¹ Während im Jahr 1945 der Anteil an Journalistinnen im Medienbereich bei 7 Prozent lag, wuchs er bis ins Jahr 1986 auf 20 Prozent an. Zusätzlich gab

³¹⁵ Trappel, Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 201, S. 211, S. 212.

³¹⁶ Roman Hummel, Einfalt statt Vielfalt. Pressesituation und -politik der 70er und 80er Jahre in Österreich. In: Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell, Peter Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los. Essays zu Pressepolitik und -konzentration in Österreich (Salzburg 1992) S. 43–54, hier S. 43.

³¹⁷ Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 180.

³¹⁸ Pürer, Presse in Österreich, S. 3–7.

³¹⁹ Trappel, Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 212.

³²⁰ Bernhard Praschl, Die "Falter Verlags Ges.m.b.H.". Vom alternativen Experiment zum expandierenden Mittelbetrieb. In: Hans Heinz Fabris, Fritz Hausjell (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 307–330, hier S. 307, S. 308.

³²¹ Hans Heinz Fabris, Journalismus im "neuen" Österreich. In: Hans Heinz Fabris, Fritz Hausjell (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 1–10, hier S. 6.

es in Hinsicht der Verteilung der Ressorts und der Hierarchie in den verschiedenen Medien weitere Benachteiligungen für Frauen.³²²

a) Arbeiter-Zeitung

Mit der Entstehung der modernen (Massen-)Parteien zum Ende des 19. Jahrhunderts spielten auch die Zeitungen für diese eine immer wichtiger Rolle, insbesondere weil durch die Erweiterung des Wahlrechts eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden musste. Die SDAP gab die im Jahr 1889 gegründete *Arbeiter-Zeitung* (AZ) direkt heraus. Ab der zweiten Hälfte der Ersten Republik nahm die Relevanz der AZ zu, auch weil sie sich stärker am Konzept von Boulevardzeitungen orientierten. Nach dem Verbot der SDAP im Austrofaschismus 1934 wanderte deren Zentralorgan nach Brünn ins Exil³²³, von wo aus bis in den März 1938 noch Ausgaben publiziert wurden.³²⁴

Im Jahr 1945 versuchte der ehemalige Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung* Oscar Pollak an das Modell der Ersten Republik anzuknüpfen.³²⁵ Er blieb bis ins Jahr 1961 Chefredakteur, worauf ihm Franz Kreuzer (1962–1967), Paul Blau (1967–1970)³²⁶ und schließlich Manfred Scheuch (1970–1989) folgten.³²⁷ Während die Gesamtauflage der Parteizeitungen bis 1955 noch höher war als jene der unabhängigen Zeitungen, wandte sich das schnell in sein Gegenteil. Das Jahr 1961 war das letzte Jahr, in der die Auflage der drei verbreitetsten Parteimedien der Auflage der drei erfolgreichsten unabhängigen Zeitungen entsprach. Die Auflagenstärke und Bedeutung der AZ nahm von den 1950er- bis zu den 1980er-Jahren deutlich ab.³²⁸ Im Jahr 1984 wies die *Arbeiter-Zeitung* eine Auflagenstärke von 68.953 auf, was nur 2,6 Prozent am gesamten Zeitungsmarkt ausmachte.³²⁹ Obwohl das eine ähnliche Reichweite wie die der *Presse* war,

³²² Daniela Jentzsch, Gaby Schilcher, Ein Leben ohne Lobby? Journalistinnen in Österreich. In: Hans Heinz Fabris, Fritz Hausjell (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 217–240, hier S. 237, S. 238.

³²³ Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 17–25.

³²⁴ Wien Geschichte WIKI, Arbeiterzeitung (2025). <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Arbeiterzeitung> (20. Oktober 2025).

³²⁵ Fabris, Journalismus im "neuen" Österreich. In: Fabris, Hausjell (Hg.), Die vierte Macht, S. 4.

³²⁶ Manfred Scheuch, "AZ" - Arbeiter Zeitung. In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), 200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983. Festschrift und Ausstellungskatalog (Wien 1983) S. 129–140, hier S. 134.

³²⁷ Ebenda; Hans Heinz Fabris, Der verspätete Aufstieg des Journalismus in der Zweiten Republik. In: Hans Heinz Fabris, Fritz Hausjell (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 11–28, hier S. 15.

³²⁸ Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 180.

³²⁹ Pürer, Presse in Österreich, S. 8.

geriet die *AZ* durch ein Ausbleiben von Einnahmen aus Anzeigen in eine schwere ökonomische Krise und musste schließlich 1991 eingestellt werden.³³⁰

In einem Beitrag über die *Arbeiter-Zeitung* aus dem Jahr 1983 beschreibt Manfred Scheuch, die Zeitung als „Sprachrohr der Partei“. Das Programm der SPÖ sei die Grundlage der *AZ*, allerdings würde kein Mitglied gezwungen, etwas gegen seine:ihre Überzeugungen zu schreiben. Ein Schwerpunkt der Berichterstattung lag nach Scheuch auch auf der Wiener Kommunalpolitik.³³¹

b) Kronen Zeitung

Boulevardzeitungen wie die *Kronen Zeitung* etablierten sich in Österreich bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts als beliebte Medien, inspiriert vom US-amerikanischen „new journalism“. Typisch dafür waren eine dynamische journalistische Sprache, große Schlagzeilen, auffällige Illustrationen auf dem Titelblatt und lokale „Human-Interest“-Stories.³³² In der Ersten Republik war die *Kronen Zeitung* keiner politischen Partei explizit zuzuordnen, positionierte sich aber ausdrücklich positiv gegenüber einer österreichischen Identität und der Republik.³³³

Nach 1945 kaufte Hans Dichand die Titelrechte der im Nationalsozialismus eingestellten *Kronen Zeitung* und finanzierte die Wiedergründung der Zeitung ab dem Jahr 1959 mithilfe des damaligen ÖGB-Chefs Franz Olah.³³⁴ Neben Dichand wurde auch Kurt Falk Mitinhaber.³³⁵ Für die Sicherstellung von Krediten diente Olah die Verpfändung eines ÖGB-Sparbuchs, was erst später durch interne Ermittlungen aufgedeckt wurde. Verurteilt wurde Olah später allerdings aufgrund anderer Finanztransaktionen mit Gewerkschaftsgeldern.³³⁶ Zusätzlich dienten zur Finanzierung auch Kontakte Olahs aus dem Gewerkschaftsumfeld, um Inseratenaufträge von Firmen erlangen. Die aufgrund dieser Konstellation der SPÖ zunächst freundlich gesinnte *Kronen Zeitung* stellte sich nach dem Ausschluss Olahs aus der SPÖ 1964 scharf gegen diese.

³³⁰ Wien Geschichte WIKI, Arbeiterzeitung.

³³¹ Scheuch, "AZ" - Arbeiter Zeitung. In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), 200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983, S. 135, S. 136.

³³² Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 18; Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 180.

³³³ Melischek, Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 21.

³³⁴ Harald Fidler, Im Vorhof der Schlacht. Österreichs alte Medienmonopole und neue Zeitungskriege (Wien 2004), S. 44; Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 180.

³³⁵ Pürer, Presse in Österreich, S. 7.

³³⁶ Manfred Lechner, "...Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag.". Der "Fall Olah" - Ein Megaskandal der Zweiten Republik? In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich : von Mayerling bis Waldheim (Innsbruck/Wien u.a. 2007) S. 419–436, hier S. 427–431.

Nach einer Klage des ÖGB auf Herausgabe der *Kronen Zeitung* kam 1969 ein Vergleich zustande und Dichand und Falk mussten 7,8 Millionen Schilling an den ÖGB zahlen.³³⁷

Innerhalb von sehr kurzer Zeit wurde die *Kronen Zeitung* die auflagenstärkste Zeitung Österreichs.³³⁸ Ihr Aufschwung war durch besondere Verkaufsanreize gekennzeichnet, beispielsweise eine eigene Sonntagsausgabe oder aufeinander aufbauende Gewinnspiele.³³⁹ Im Jahr 1970 übernahm die *Kronen Zeitung* den Wettbewerber *Express*, den sie 1971 einstellte. Dadurch war der Kurs in Richtung Marktführerschaft der *Kronen Zeitung* gesetzt.³⁴⁰ Ab Mitte der 1970er-Jahre erfolgte eine Konsolidierung am Zeitungsmarkt und die *Kronen Zeitung* konnte in den Bundesländern durch regionale und lokale Ausgaben verstärkt Fuß fassen.³⁴¹ Wie schon oben beschrieben betrug der Anteil an allen Druckauflagen 37,5 Prozent im Jahr 1980, wobei rund eine Millionen Stück pro Tag gedruckt wurden.³⁴² Bis in das Jahr 1984 ging die Druckauflage auf ca. 970.000 Stück täglich und der Anteil auf 36,6 Prozent an allen Druckauflagen zurück.³⁴³ Von 1954 bis 1972 war Hans Dichand der Chefredakteur. Allerdings stand er noch bis mindestens 1990 als solcher im Impressum. Ab 1973 bis 2001 folgte ihm Friedrich Dragon als Chefredakteur.³⁴⁴

Aufgrund ihrer Reichweite hatte die *Kronen Zeitung* großen politischen Einfluss und nutzte diesen durch Kampagnen immer wieder, beispielsweise gegen den Bau des Kraftwerks Hainburg 1983/44.³⁴⁵ Der Fokus von Boulevardblättern wie der *Kronen Zeitung* liegt auf dem Subjektiven, dem Familiären und dem Nahen, also eher auf „soft news“, denen meist keine unmittelbare gesellschaftliche Relevanz zugesprochen wird.³⁴⁶ In der *Kronen Zeitung* wird diese Berichterstattung von „Xenophobie, Sexismus, antiintellektuelle[n] und antipolitische[n] Ressentiments, Künstlerhetze, Law-and-Order-Parolen, Nationalismus, Rassismus und latente[m] bis offene[m] Antisemitismus“ begleitet, wie es der Autor Franzobel ausdrückt.³⁴⁷

³³⁷ Hummel, Einfalt statt Vielfalt. In: Duchkowitsch, Hausjell, Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los, S. 44, S. 45.

³³⁸ Pürer, Presse in Österreich, S. 7.

³³⁹ Fidler, Im Vorhof der Schlacht, S. 44, S. 45.

³⁴⁰ Trappel, Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 212.

³⁴¹ Pürer, Presse in Österreich, S. 6; Hummel, Einfalt statt Vielfalt. In: Duchkowitsch, Hausjell, Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los, S. 46.

³⁴² Trappel, Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 212.

³⁴³ Pürer, Presse in Österreich, S. 8.

³⁴⁴ Fabris, Der verspätete Aufstieg des Journalismus in der Zweiten Republik. In: Fabris, Hausjell (Hg.), Die vierte Macht, S. 16.

³⁴⁵ Fidler, Im Vorhof der Schlacht, S. 32–35.

³⁴⁶ Ursula Alexandra Ohliger, Kennzeichen und Wandel der Politikberichterstattung im Boulevardjournalismus (Wiesbaden 2019), S. 54, S. 55.

³⁴⁷ Fidler, Im Vorhof der Schlacht, S. 43.

Der Antisemitismus zeigte sich unter anderem in der Kampagne zur Bundespräsidentenwahl 1986, im Kontext der Waldheim-Kandidatur.³⁴⁸ Der Chefredakteur Dragon selbst hingegen charakterisierte die Zeitung als „eine Zeitung mit Herz“, die „frei und unabhängig“ agieren würde.³⁴⁹

c) Die Presse

Die liberale *Presse* ging auf eine Gründung August Zangs im Jahr Revolutionsjahr 1848 zurück und blieb fast bis zur Jahrhundertwende bestehen. Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wies die *Presse* ein liberales Selbstverständnis von Öffentlichkeit als „Marktplatz der Ideen“ auf, weswegen sie weder eine klar gesteckte Linie noch eindeutig eine Partei unterstützte.³⁵⁰

Im Jahr 1945 dachten Ernst Molden und seine Frau Paula Preradović eine Neugründung der *Presse* als katholische Zeitung mit „seriösem Bildungsniveau“ an.³⁵¹ Die *Presse* erschien dann ab 1946 zuerst als Wochenzeitung und ab Oktober 1948 als Tageszeitung.³⁵² Bis zum Kauf eines Großteils der Zeitung durch die Bundeswirtschaftskammer im Jahr 1965 blieb die Familie Molden Eigentümerin der Zeitung. Im Jahr 1974 wiederum wurde die GmbH in einen "Verein zur Förderung der freien bürgerlichen Presse" umgewandelt und später im Jahr 1991 mehrheitlich vom Styria-Verlag übernommen.³⁵³ Als Chefredakteur fungierte zunächst Otto Schulmeister in den Jahren 1961 bis 1975, der als Kriegsberichterstatter der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg gedient hatte,³⁵⁴ gefolgt von Thomas Chorherr in den Jahren 1976 bis 1995.³⁵⁵ Im Jahr 1984 wies die *Presse* eine Auflage von 63.420 auf, was 2,4 Prozent an der Gesamtauflage der Printmedien ausmachte.³⁵⁶

³⁴⁸ Hummel, Einfalt statt Vielfalt. In: Duchkowitsch, Hausjell, Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los, S. 45.

³⁴⁹ Friedrich Dragon, Die "Krone". Eine Zeitung mit Herz. In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), 200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983. Festschrift und Ausstellungskatalog (Wien 1983) S. 175–184, hier S. 176.

³⁵⁰ Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918). In: Matthias. Karmasin, Christian. Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 1. Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918) (Wiesbaden 2016) S. 167–192, hier S. 176.

³⁵¹ Wien Geschichte WIKI, Die Presse. https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Die_Presse (20. Oktober 2025).

³⁵² Thomas Steinmaurer, Elfriede Scheipl, Andreas Ungerböck, Konzentriert und verflochten. Österreichs Mediensystem im Überblick (Innsbruck/Wien u.a. 2002), S. 13.

³⁵³ Wien Geschichte WIKI, Die Presse.

³⁵⁴ Fabris, Der verspätete Aufstieg des Journalismus in der Zweiten Republik. In: Fabris, Hausjell (Hg.), Die vierte Macht, S. 15; Hausjell, Zur Entnazifizierung und Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945. In: Fabris, Hausjell (Hg.), Die vierte Macht, S. 38.

³⁵⁵ Fabris, Der verspätete Aufstieg des Journalismus in der Zweiten Republik. In: Fabris, Hausjell (Hg.), Die vierte Macht, S. 15; Wien Geschichte WIKI, Arbeiterzeitung.

³⁵⁶ Pürer, Presse in Österreich, S. 8.

In der Zweiten Republik verschrieb sich die Zeitung weiterhin einer „bürgerlich-liberalen Blattlinie“. In einem Beitrag von Chefredakteur Chorherr beschreibt dieser im Hinblick auf das Selbstverständnis der *Presse*: Die *Presse* „ist kein Massenblatt, war nie eines und will es auch gar nicht sein.“ Das Blatt solle den „mündigen Bürger“, den „Citoyen“ ansprechen und hätte als Zielgruppe „Opinion Leaders“, also Meinungspräger. Es bestehe in der Berichterstattung vollkommene „Unabhängigkeit, unbeschadet der Eigentumsverhältnisse, durch das Redaktionsstatut garantiert“.³⁵⁷ Ungeachtet dessen wird die *Presse* häufig als der ÖVP-nahestehende Zeitung charakterisiert.³⁵⁸

5. Methode

5.1. Allgemeine Grundlagen

Ausgehend von dem in der Einleitung dargelegten Erkenntnisinteresse wurde zunächst eine an den Gegenstand und Theorie angepasste Fragestellung formuliert, um einen Sinnzusammenhang und die damit einhergehenden Mechanismen zu erkennen.³⁵⁹ Die Methoden zur Beantwortung der Forschungsfrage ergaben sich aus der für die spezifische Fragestellung, Gegenstand und Theorie bestmöglich geeignete Analyseinstrumente.³⁶⁰ Für die vorliegende Fragestellung und Analyse von Zeitungen erschien die qualitative Inhaltsanalyse als gewinnbringende Methode.³⁶¹

Die qualitative Inhaltsanalyse ist eine systematische, regelgeleitete und intersubjektiv nachvollziehbare Methode zur Analyse fixierter Kommunikation, in diesem Fall zur Analyse von Text.³⁶² Das Ziel ist dabei, Rückschlüsse auf gewisse Aspekte der Kommunikation zu ziehen.³⁶³ Eine zentrale Voraussetzung der qualitativen Inhaltsanalyse ist die Einordnung des Textmaterials in einen breiteren Kontext, Theorie und Entstehungshintergrund (s. Kapitel 2 Kontext, Kapitel 3 Definition und Verortung von sozialen Bewegungen und Kapitel 4

³⁵⁷ Thomas Chorherr, "Die Presse". In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), 200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983. Festschrift und Ausstellungskatalog (Wien 1983) S. 257–268, hier S. 258, S. 259, S. 265.

³⁵⁸ Hummel, Einfalt statt Vielfalt. In: Duchkowitsch, Hausjell, Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los, S. 53.

³⁵⁹ Aglaja Przyborski, Monika Wohlrab-Sahr, Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In: Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 105–124, hier S. 108, S. 109.

³⁶⁰ Nina Baur, Jörg Blasius, Methoden der empirischen Sozialforschung. Ein Überblick. In: Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 1–30, hier 2, 6; Kuckartz, Rädiker, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 18.

³⁶¹ Kuckartz, Rädiker, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 38–41; Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 50.

³⁶² Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mikos, Wegener (Hg.), Qualitative Medienforschung, S. 494.

³⁶³ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 13.

Bedeutung der Medien).³⁶⁴ Den Kern der qualitativen Inhaltsanalyse bilden dann Kategorien, mit denen das relevante Material kodiert wird. Diese können sowohl deduktiv, induktiv oder deduktiv-induktiv gebildet werden.³⁶⁵ Aus der Klassifizierung von Einheiten entstehen Kategorien, die unterschiedliche Ausprägungen annehmen können.³⁶⁶ Darauf aufbauend kann eine Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung des Materials vorgenommen werden.³⁶⁷ Dabei bildet auch die Methode der Hermeneutik einen zentralen Rahmen. Diese Technik des Verstehens und Interpretierens von Texten ist Voraussetzung, um die Texte in ihrem Entstehungskontext und ihren Sinn und Bedeutung erfassen zu können.³⁶⁸

Durch die Analyse von Zeitungsartikeln kann deren Medienrealität beschrieben werden und beispielsweise Schwerpunkte oder Defizite in der Berichterstattung untersucht werden. In der vergleichenden Untersuchung von verschiedenen Zeitungen können Unterschiede festgestellt werden. Die hier ausgewählten Zeitungen unterscheiden sich in ihrem politischen Hintergrund und in der Form von Qualitäts- und Boulevardmedium. Außerdem wird eine Untersuchung der Änderung der Berichterstattung im Zeitverlauf möglich. Darüber hinaus können aber auch Rückschlüsse auf die soziale Wirklichkeit gezogen werden, denn durch die Medienberichterstattung können die Kontexte dieser Wirklichkeit geprägt werden. Außerdem lassen sich auch Aufschlüsse über die jeweilige historische, politische oder soziale Realität ableiten.³⁶⁹ In der vorliegenden Analyse wird vorrangig die soziale Situation untersucht, in der der Kommunikationsprozess abläuft. Insbesondere werden Rückschlüsse auf die hinter der Kommunikation liegenden Wert- und Normvorstellungen gezogen.³⁷⁰

5.2. Methodische Anwendung

Die Regelgeleitetheit in der qualitativen Inhaltsanalyse zeichnet sich durch festgelegte Verfahrensschritte aus, die der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit dienen. Das Vorgehen der vorliegenden Arbeit orientiert sich an einem von Mayring definierten Ablaufmodell.

³⁶⁴ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mikos, Wegener (Hg.), Qualitative Medienforschung, S. 495, S. 496; Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 12, S. 13, S. 50.

³⁶⁵ Kuckartz, Rädiker, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 39.

³⁶⁶ Ebenda, S. 53.

³⁶⁷ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 52.

³⁶⁸ Kuckartz, Rädiker, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 24–28.

³⁶⁹ Monika Taddicken, Analyse von Zeitungsartikeln und Online-Nachrichten. In: Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 1547–1553, hier S. 1159, S. 1160.

³⁷⁰ Peter Atteslander, Georges-Simon Ulrich, Andreas Hadjar, Manuela Lenk, Frank Schubert, Methoden der empirischen Sozialforschung (Berlin 2023), S. 215, S. 216.

Nachdem zunächst die Fragestellung entwickelt wurde, wurde in einem zweiten Schritt das zu analysierende Material bestimmt.³⁷¹ Die Auswahl der unterschiedlichen Zeitungen ergab sich durch die Orientierung an möglichen Kontrasten in deren Berichterstattung, wodurch dahinterliegende Mechanismen untersucht werden können.³⁷² Zur Auswahl der geeigneten Zeitungsartikel wurden vorab Ausgangspunkte zur Datenerhebung festgelegt, die der Beantwortung der Fragestellung dienen, beispielsweise die Erwähnung von Jugend, Jugendbewegung, Demonstrationen, Hausbesetzungen. In der Sichtung des erhobenen Datenmaterials erfolgte eine erneute Auswahl der letztlich zur Analyse herangezogenen Daten.³⁷³

Bei der *Kronen Zeitung* und der Zeitung *Die Presse* wurde der gesamte Bestand aus dem Jahr 1981 quergelesen, während bei der *Arbeiter-Zeitung* der Fokus auf die Monate März, April, Mai und Oktober im Jahr 1981 gelegt wurde und nur vereinzelt Artikel aus anderen Monaten herangezogen wurden. Der Grund für die Auswahl der Monate lag darin, dass in diesen Monaten sowohl die große 1. März-Demonstration und ein Großteil der Hausbesetzungen stattgefunden hat. Aus Zeitgründen konnten die restlichen Monate nicht umfassend analysiert werden. Im Jahr 1983 wurde bei allen drei Zeitungen ein Fokus auf die Monate Juni, Juli und Oktober gelegt, da Ende Juni die Schließung der Gassergasse erfolgte und im Oktober Probleme im WUK aufgrund ehemaliger Punks aus der Gassergasse medial zum Thema wurden. In einem nächsten Schritt wurde die Richtung der Analyse präzisiert und entsprechend unpassende Artikel aussortiert.³⁷⁴

Zur Analyse wurden schließlich insgesamt 220 Artikel zur Analyse herangezogen, wobei mit 141 Artikeln mehr als die Hälfte aus der ersten Jahreshälfte des Jahres 1981 stammen, die Hälfte davon wiederum nur aus dem Monat März. (s. Tabelle und Diagramm 1). Ein Großteil der analysierten Artikel stammt aus der *Presse* (97 Artikel), gefolgt von *Arbeiter-Zeitung* (67 Artikel) und *Kronen Zeitung* (56 Artikel). Die Artikel waren teilweise für mehr als nur eine Auswertungskategorie relevant. Am meisten Artikel wurden für den Themenbereich Jugendbewegung im Jahr 1981 zur Auswertung herangezogen (61 Artikel), gefolgt vom Themenbereich Hausbesetzungen (51 Artikel), internationaler Kontext (50 Artikel) und 1. März-Demonstration (46 Artikel). Zum Thema des Jugendzentrums Gassergasse (GAGA)

³⁷¹ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mikos, Wegener (Hg.), Qualitative Medienforschung, S. 498.

³⁷² Przyborski, Wohlrab-Sahr, Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In: Baur, Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 114, S. 115.

³⁷³ Leila Akremi, Stichprobenziehung in der qualitativen Sozialforschung. In: Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 313–332, hier S. 314.

³⁷⁴ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mikos, Wegener (Hg.), Qualitative Medienforschung, S. 497, S. 498.

wurden im Vergleich mit dem Jahr 1981 (10 Artikel) im Jahr 1983 (36 Artikel) deutlich mehr Artikel veröffentlicht.

Tabelle 1: Anzahl der Artikel pro Monat				
Zeit	Kronen Zeitung	Die Presse	Arbeiter Zeitung	Gesamt
Jän.81	2	1	0	3
Feb.81	2	6	1	9
Mär.81	15	31	27	73
Apr.81	3	8	12	23
Mai.81	4	14	8	26
Jun.81	3	3	1	7
Jul.81	4	4	0	8
Aug.81	1	6	0	7
Sep.81	3	4	0	7
Okt.81	3	5	5	13
Nov.81	2	7	0	9
Dez.81	0	0	0	0
Jän.83	2	0	0	2
Jun.83	6	4	6	16
Jul.83	3	2	5	10
Okt.83	3	2	2	7
	56	97	67	220

Quellen: siehe Quellen- und Literaturverzeichnis

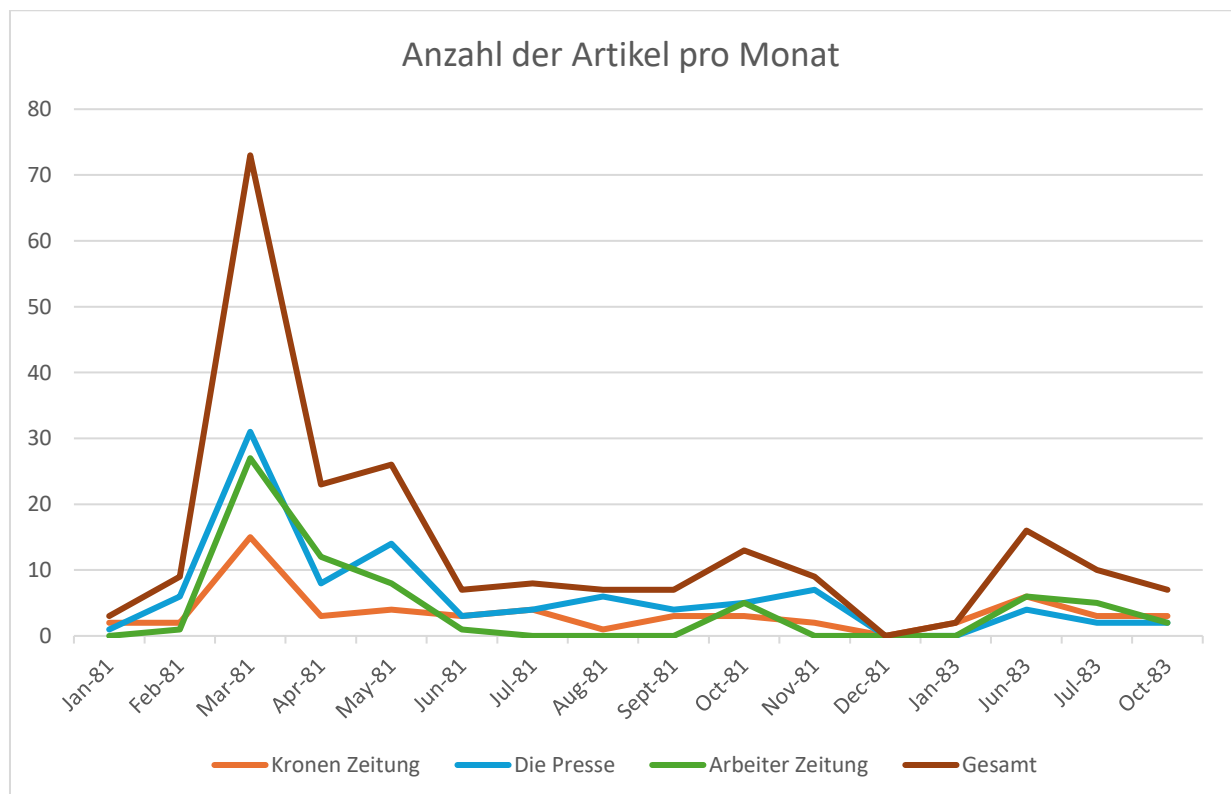


Abbildung 1: Anzahl der Artikel pro Monat. Quellen: siehe Quellen- und Literaturverzeichnis.

Anzahl der Artikel pro Thema				
Themen	<i>Kronen Zeitung</i>	<i>Die Presse</i>	<i>Arbeiter-Zeitung</i>	Gesamt
Vorfeld der 1. März-Demonstration 1981	1	4	1	6
1. März-Demonstration 1981	12	23	11	46
Internationaler Kontext 1981	11	27	12	50
Jugendbewegung im Jahr 1981	12	20	29	61
Hausbesetzungen 1981	16	25	10	51
GAGA 1981	1	6	3	10
GAGA 1983	14	8	14	36
Stimmen im Diskurs	18	43	30	91
Quellen: siehe Quellen- und Literaturverzeichnis.				

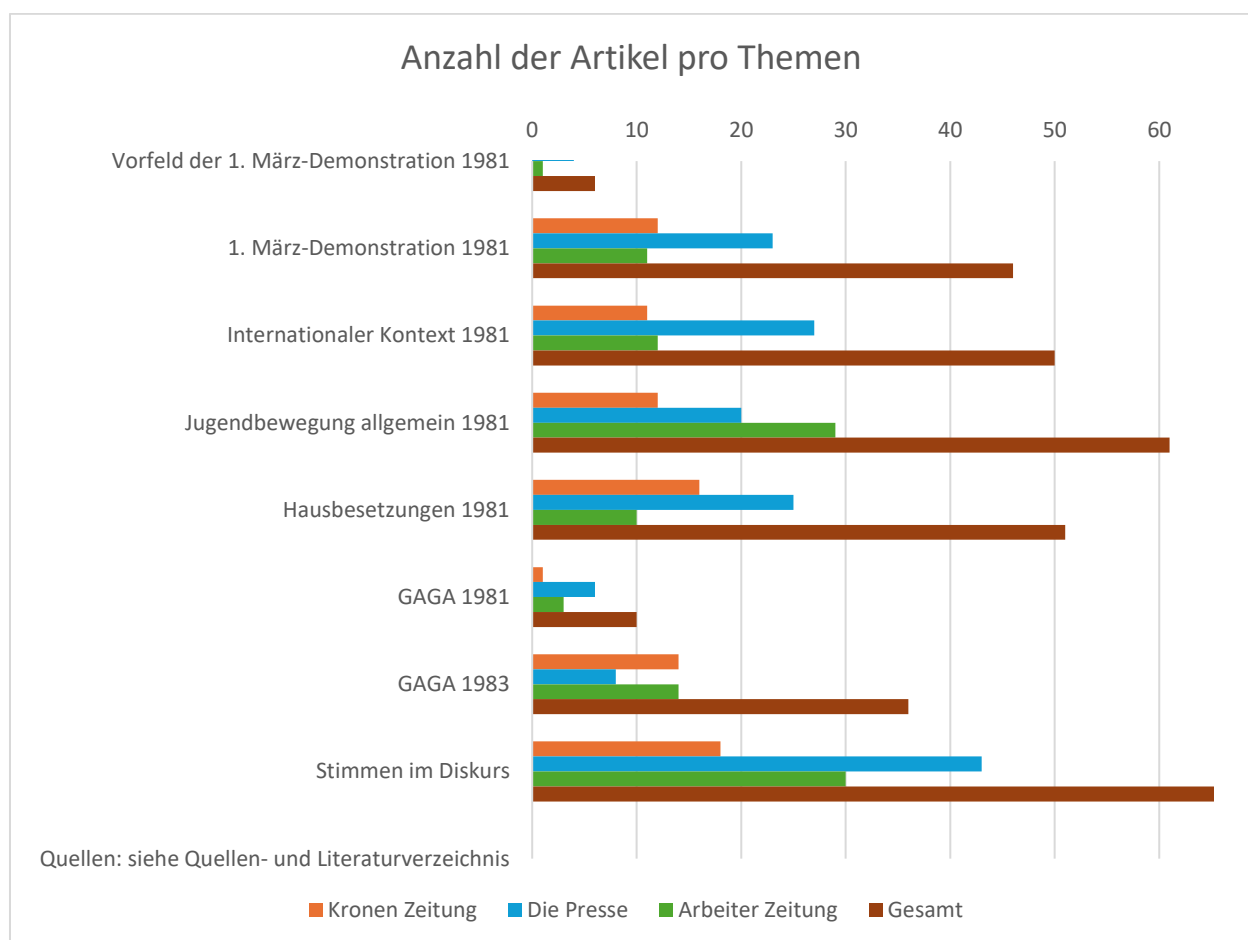


Abbildung 2: Anzahl der Artikel pro Thema. Quellen: siehe Quellen- und Literaturverzeichnis.

Nach der Auswahl der Artikel erfolgte die Festlegung der Analyseeinheiten und die Kategorienentwicklung. Vorab wurden die Auswertungseinheit, Kodiereinheit und Kontexteinheit festgelegt. Die Auswertungseinheit bestimmt die Einheit der Textportionen für die Auswertung, die Kodiereinheit den kleinsten Textbestandteil, der ausgewertet werden kann,

und die Kontexteinheit den größten Textbaustein, der unter eine Kategorie fallen kann.³⁷⁵ In der vorliegenden Arbeit wurden als Bewertungseinheiten die einzelnen Zeitungsartikel, die zum Thema passen, festgelegt. Als Kodiereinheit wurden einzelne Wörter herangezogen, wie beispielsweise eine Bezeichnung für Demonstrationen und als Kontexteinheit diente jeweils ein ganzer Artikel.³⁷⁶

Das Kategoriensystem wurde zunächst deduktiv theoriegeleitet entwickelt und anschließend nach einer ersten Phase des Materialdurchgangs durch induktive Kategorienentwicklung ergänzt.³⁷⁷ Einerseits wurde das Material thematischen, nominal skalierten Kategorien zugeordnet (z.B. Gassergasse, Allgemeine Artikel zur Jugendbewegung, etc.), andererseits aber auch evaluative-skalierenden Kategorien (z.B. negative, neutrale oder positive Bewertung des Protests) ergänzt.³⁷⁸

Die praktische Analyse erfolgte mit dem Programm MAXQDA zur Qualitative Data Analysis (QDA). Dieses unterstützte beim Erstellen von einem hierarchischem Kategoriensystem und Kodieren, also beim Verknüpfen bestimmter Kategorien mit Textstellen.³⁷⁹ Dabei konnte eine Textstelle auch mehreren Kategorien zugewiesen werden.³⁸⁰ MAXQDA wurde außerdem zu Hilfe gezogen, um Gruppen und Zuordnungen übersichtlich qualitativ zu vergleichen und auch quantitativ Häufungen inhaltlicher Aussagen und Kontrastierungen sichtbar zu machen.³⁸¹

Anschließend wurden in der Auswertung Methoden der Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung verwendet. Einerseits wurden einzelne Textstellen hermeneutisch interpretiert und anhand der entwickelten Kategorien strukturiert dargelegt, andererseits aber auch mithilfe von Paraphrasierung und Generalisierung tiefergehende Erkenntnisse ermöglicht.³⁸² Mithilfe von Paraphrasierung, Generalisierung und Reduktion verringerte sich das Material und wurde durch Explikation anhand weiteren Materials verständlich. In einer zusätzlich erfolgenden Interpretation werden die Ergebnisse in Bezug auf die Forschungsfrage wiedergegeben.³⁸³

Je nach Zeitung wurde zunächst eine thematische Kategorisierung vorgenommen, denen auch die Kapitelstruktur der Arbeit grob folgt. Eingangs ist die Erwähnung von Jugendprotesten oder

³⁷⁵ Ebenda, S. 496; Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 61.

³⁷⁶ Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mikos, Wegener (Hg.), Qualitative Medienforschung, S. 496.

³⁷⁷ Ebenda, 497, 498.

³⁷⁸ Kuckartz, Rädiker, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 56–58.

³⁷⁹ Rädiker, Kuckartz, Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA, S. 3–6.

³⁸⁰ Kuckartz, Rädiker, Qualitative Inhaltsanalyse, S. 67–69.

³⁸¹ Rädiker, Kuckartz, Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA, S. 162–165.

³⁸² Mayring, Fenzl, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Baur, Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 637, S. 638.

³⁸³ Atteslander, Ulrich, Hadjar, Lenk, Schubert, Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 232.

Jugendbewegung vor dem März 1981 Thema. Als Zäsur dient die 1. März-Demo, der viele Berichte und Einordnungen folgen. Nachfolgend wird die breitere Kontextualisierung zur Jugendbewegung durch die Zeitungen dargelegt, gefolgt von der Analyse der Berichterstattung zu Hausbesetzungen. Die Berichterstattung zum Jugendzentrum Gassergasse (GAGA) im Jahr seiner Eröffnung und im Jahr seiner Schließung erhält wiederum ein eigenes Kapitel.

Wo immer die Arbeit explizit größere Protestereignisse abhandelt, wird dabei auf die Bewertung des Protests durch die Zeitung, das Beschreiben der Protesthandlungen, die Darstellung der Protestierenden und deren dargestellten Motive eingegangen. Das ist insbesondere bei der Berichterstattung zur 1. März-Demonstration, zu Hausbesetzungen und dem Ende der GAGA der Fall. Zudem werden im Ergebnisteil explizit die in der Berichterstattung wiedergegeben Perspektiven herausgearbeitet. In der vergleichenden Analyse der Zeitungen und dem Fazit konnte anschließend eine Generalisierung und eine theoretische Abstraktion der Ergebnisse vorgenommen werden.³⁸⁴

6. Auswertung

6.1. Jugendbewegung im Vorfeld der Demonstration am 1. März 1981

Wie im Kapitel „2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien“ ausgeführt, machte sich in Wien schon ab Ende der 1970er eine Jugend- und Hausbesetzungsbewegung bemerkbar, die sich zunächst vor allem in der Burggartenbewegung artikuliert.³⁸⁵ Spezifische Jugendanliegen und die Jugendbewegung waren daher nicht erst mit der 1. März Demonstration in den Zeitungen präsent, sondern spielten im Jahr 1981 bereits vor diesem Ereignis eine Rolle.

Ein Beispiel dafür sind Charakterisierungen einer unzufriedenen Jugend in der *Presse*, wie etwa ein Bericht vom Jänner 1981 über das Salzburger Kulturgespräch mit dem Titel „Jugendkultur - zwischen Protest und Anpassung“. Darin konstatierte die *Presse*, dass die Jugendlichen der 1980er-Jahre orientierungslos seien und aus den rein materiellen Sinnvorstellungen ihrer Eltern mit Rebellion ausbrechen wollten. Im Gegensatz zu der 68er-Generation fehle ihnen aber „jeder Optimismus und jegliche Idee einer machbaren Utopie“. Die einzige Forderung, die sie beim Kulturgespräch artikuliert hätten, seien selbstverwaltete Jugendzentren gewesen. Diese Einschätzungen der Jugendbewegung zeigte sich auch in späteren Erklärungsansätzen (s.

³⁸⁴ Przyborski, Wohlrab-Sahr, Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In: Baur, Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 117.

³⁸⁵ Mattl, Wien im 20. Jahrhundert, 87, 88; Suttner, "Beton brennt", S. 140.

Kapitel 6.4. Jugendbewegung im Jahr 1981).³⁸⁶ Mitte Februar schrieb die *Presse* von einem „immer größeren Abgrund“ zwischen den politischen Parteien und der unzufriedenen Jugend des Landes. Ein Problem sei laut der Ausbau des Sozialstaats und kurzfristige Arbeitsplatzsicherung anstatt Leistungsorientierung.³⁸⁷

Abgesehen von Problemartikulationen erhielten auch Lösungsansätze für Jugendprobleme durch die ÖVP Wien in der *Presse* Raum, was die Liberalisierung der ÖVP unter Busek widerspiegelte (s. a. Kapitel 2.2. Stadt Wien – Politischer Kontext).³⁸⁸ Unter dem Titel „Selbsthilfe statt Krawalle“ in der *Presse* forderte diese, „um Ausschreitungen wie in Zürich oder Berlin zu verhindern“, schon Mitte Februar 1981 „vorbeugende Maßnahmen“, bei denen gemeindeeigene Althäuser möglichst kostengünstig an Private zur Instandsetzung vergeben werden sollten. Im Artikel kritisierte die Junge Volkspartei (JVP) an den Jugendzentren der Stadt Wien eine undurchsichtige Gebarung und forderte eine „echte Mitarbeit“ der freien Jugendorganisationen.³⁸⁹ In verkürzter Form gab auch die *Kronen Zeitung* diese Forderungen der ÖVP wieder.³⁹⁰

Trotz der Anerkennung solcher Probleme kritisierte die *Presse* politische Proteste von links stark. Als „Krawall von links“ bezeichnete sie beispielsweise einen Vorfall bei einer Veranstaltung zum Thema „Politischer Extremismus – Gefahr für Österreich“ am 19. Februar 1981, bei der die Sicherheitssprecher der SPÖ, Hobl, der ÖVP, Lichal, und der FPÖ, Ofner, diskutierten. Demnach hätte eine Gruppe sogenannter „Spontis in wilder Kriegsbemalung“ den Abend für eine Demonstration gegen Politik und „Terrorismus des Staates“ genutzt. Der VP-Sicherheitssprecher hätte darauf aufmerksam machen wollen, dass es eine Häufung solcher Ereignisse gäbe und dass Innenminister Lanc (SPÖ) „sich den Fleck aus dem linken Auge wegwischen“ sollte.³⁹¹ Trotz der verstärkten Aktivität von neuen rechtsextremen Gruppen wie der Nationaldemokratischen Partei (NDP) und der Aktion Neue Rechte (ANR) ab Mitte der 1970er lag hier der Fokus auf einer angeblichen Gefahr von links.³⁹²

Da von der *Arbeiter-Zeitung* (AZ) erst Artikel ab Ende Februar 1981 in die Analyse einbezogen wurden, liegen zur Berichterstattung davor keine Ergebnisse vor. Kurz vor der 1. März-

³⁸⁶ o.V., "Die Jugend von heute" - vom Protest zur totalen Anpassung. In: Die Presse vom 19.1.1981.

³⁸⁷ Dieter Lenhardt, Ratlosigkeit und Zorn. In: Die Presse vom 17.2.1981.

³⁸⁸ Bihl, Wien 1945-2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 626–630.

³⁸⁹ o.V., Selbsthilfe statt Krawalle. Programm der Wiener VP. In: Die Presse vom 17.2.1981.

³⁹⁰ o.V., ÖVP-Tipps gegen Jugendkrawalle. In: Kronen Zeitung vom 17.2.1981.

³⁹¹ o.V., Krawall von links betraf die drei Sicherheitssprecher. In: Die Presse vom 21.2.1981.

³⁹² Constanze. Jeitler, Autoritär? Rechtsextrem? Populistisch? Die sozialwissenschaftliche und zeithistorische Forschung zum Rechtsextremismus in Österreich von den 1970er bis zu den 1990er Jahren. In: Margit. Reiter (Hg.), Transformationen des Rechtsextremismus in Österreich (Göttingen 2023) S. 541–562, hier S. 542.

Demonstration war die Jugendbewegung allerdings schon Thema in der *AZ*. So verwies Innenminister Lanc (SPÖ) noch in der Wochenendausgabe vom 28. Februar/1. März auf vergleichsweise geringe soziale Konflikte, beispielsweise eine geringere Jugendarbeitslosigkeit und bestehende selbstverwaltete Einrichtungen wie Arena oder Jugendzentren. Gleichzeitig betonte er in der *AZ* einen Bedarf an weiteren Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, die durch jugendpolitische Maßnahmen der SPÖ umgesetzt werden sollten.³⁹³

Mit Blick auf internationale Jugendproteste und die Unzufriedenheit der Jugend thematisierte die *Presse* schon vor dem 1. März mögliche weitere Jugendunruhen, wobei vor allem die Perspektive der ÖVP zu Tragen kam. Die *Kronen Zeitung* hingegen thematisierte diese nur einmal in Form einer Forderung der ÖVP. Im Gegensatz dazu hob die *AZ* als Stellvertreterin der Regierungspartei SPÖ die vergleichsweise gute Lage der Jugend in Österreich hervor. An die 1. März-Demo anschließend intensivierte sich die Berichterstattung zum Thema Jugendbewegung noch einmal deutlich.

6.2. Demonstration vom 1. März 1981

Die nichtangemeldete Großdemonstration am 1. März 1981 war ein bedeutendes Ereignis der Jugendbewegung in Wien und wird schon oben im Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien ausführlich beschrieben. Neben der versuchten Besetzung von Häusern am Judenplatz forderten die Demonstrierenden Kultur- und Kommunikationszentren, Verbesserungen im Wohnbereich und einen Fokus auf Umweltpolitik. Nach Auseinandersetzungen kam es zur massenhaften Verhaftung von Protestierenden.³⁹⁴ In diesem Kapitel erfolgt eine Auswertung aller Artikel, welche die 1. März-Demonstration zum Thema haben (s. Kapitel 5 Methode). Anhand der Aspekte der Bewertung und Beschreibung des Protestgeschehens sowie der Darstellung der Protestierenden und ihrer Motive wird die Berichterstattung dazu analysiert.

a) Bewertung des Protests

Die unmittelbare Berichterstattung zur Demonstration am 1. März 1981 war in allen drei untersuchten Zeitungen durch eine mehrheitlich negative und kriminalisierende Rahmung

³⁹³ o.V., Jugendbewegung als Hefe der Gesellschaft sehen. Lanc vor der Wiener SPÖ-Konferenz zu Jugendfragen am Donnerstag. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.02./01.03.1981.

³⁹⁴ Suttner, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 140, S. 141; Suttner, "Beton brennt", S. 258–265; Foltin, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), The city is ours, S. 258.

geprägt, wobei sich die spezifischen sprachlichen Begriffe und Schuldzuweisungen unterschieden.

Der Großteil der Artikel griff auf skandalisierendes, kriminalisierendes und diffamierendes Vokabular wie „Krawall“³⁹⁵, „Randalierer“³⁹⁶ oder „Tumulte“³⁹⁷ zur Beschreibung der Proteste zurück. Die Demonstrierenden erhielten von der *AZ* Bezeichnungen wie „Vandalen“³⁹⁸ oder von der *Presse* „Rowdys“.³⁹⁹ Von der *Kronen Zeitung* wurde die Kriminalisierung durch die Charakterisierung der Protestierenden als „Rauschgiftsüchtige“ noch verstärkt.⁴⁰⁰ Einzelne Kommentatoren in der *Presse* verwendeten sogar Begriffe wie „Terror“, „Terroristen“⁴⁰¹ oder „Zusammenrottungen“.⁴⁰² Neutrale oder deskriptive Bezeichnungen wie „Demonstration“ erschienen nur in der *Presse* vereinzelt⁴⁰³ und bildeten aber eine Ausnahme.

Der Duden definiert Krawall als „Tumult mit Tätlichkeiten“ oder „Aufruhr“, beziehungsweise „äußerst lebhaftes oder erregtes Lärmen und Treiben (besonders einer größeren Anzahl von

³⁹⁵ o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. Nach den Jugend-Krawallen in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981; o.V., Nicht harmlos. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981; o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981; o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. Fazit der Demolierungsaktion "Zürich in Wien". In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981; o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981; o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. Politische Reaktionen auf Krawalle vom Sonntag. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981; o.V., Viele Kinder aus "gutem Haus". Die Festgenommenen des Sonntag-Wirbels. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981; Gluthammer, Betrifft: Busek und die Jugendkrawalle. In: Arbeiter-Zeitung vom 5.3.1981; Peter Zehrer, "Klein-Zürich" in Wiens Innenstadt. 93 Festnahmen nach Krawallen. In: Die Presse vom 2.3.1981; Walter Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981; Peter Zehrer, Jeder vierte Rowdy festgenommen. Deutsche Rädelsführer in Schubhaft. In: Die Presse vom 3.3.1981; o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. Anarcho-Terror war "hausgemacht". In: Die Presse vom 4.3.1981.

³⁹⁶ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. Gratz scharf gegen "Demolierungstourismus". In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981; Manfred Scheuch, Die Randalierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981; o.V., Lanc bezeichnet Randalierer als "faschistoid". In: Die Presse vom 2.3.1981; o.V., Kreisky: Hysterie wäre ganz falsch. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981; Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981; Leserbrief, Die Krawalle. In: Kronen Zeitung vom 17.3.1981; o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. Es sind Berufsdemonstranten. In: Die Presse vom 21.3.1981; Leserbrief, Die Krawalle. In: Kronen Zeitung vom 24.3.1981; o.V., Wirbel in Wiener City: 300 Randalierer ruinierten Autos und Geschäfte! Deutsche Anstifter festgenommen. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981; o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. Sie demolierten Auslagescheiben und beschädigten Autos und warfen Feuerwerkskörper auf die Polizeibeamten. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981; "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981.

³⁹⁷ o.V., Schwere Tumulte in Wiens City: FP-Kritik an Lanc. In: Die Presse vom 2.3.1981; o.V., Viele Diagnosen zu den Jugendkrawallen. Waren die Ausschreitungen "faschistoid"? In: Die Presse vom 14.3.1981.

³⁹⁸ o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.

³⁹⁹ Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; Zehrer, Jeder vierte Rowdy festgenommen. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 8; o.V., Wiener Krawall war hausgemacht. In: Die Presse vom 4.3.1981; o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 14.

⁴⁰⁰ Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981 S. 2; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! Unter den Randalierern in der Wiener Innenstadt waren auch etliche Rauschgiftsüchtige - Schadenersatzklagen gegen Demolierer. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981; "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8.

⁴⁰¹ p.m., "Klein-Zürich". In: Die Presse vom 2.3.1981; Thomas Chorherr, Im Interesse der Jugend. In: Die Presse vom 07./8.3.1981.

⁴⁰² Peter Zehrer, Warnung vor heißem Wochenende: Illegale "Demos" werden aufgelöst. In: Die Presse vom 6.3.1981.

⁴⁰³ o.V., "Ein wirksames Mittel ist das nicht". In: Die Presse vom 4.3.1981; o.V., Jugenddemonstration und Strafmandat. In: Die Presse vom 18.4.1981.

Menschen)“.⁴⁰⁴ Randalieren ist laut dem Duden gleichzusetzen mit „Lärm machen, grölen [und dabei andere stark belästigen oder mutwillig Sachen beschädigen, zerstören]“.⁴⁰⁵ Die Verwendung solcher Begrifflichkeiten impliziert potenziell Gewaltanwendung. Direkte Hinweise auf Gewaltanwendungen werden durch die Verwendung Begriffe wie „Terror“, nach dem Duden „[systematische] Verbreitung von Angst und Schrecken durch Gewaltaktionen (besonders zur Erreichung politischer Ziele)“⁴⁰⁶ oder „Zusammenrottungen“ gegeben.⁴⁰⁷ Gemeinsam mit der Verwendung von Begriffen wie „Vandale“, der laut Duden meist abwertend einen „zerstörungswütigen Mann“⁴⁰⁸ bezeichnet, erfolgt dadurch eine klare Diffamierung der Demonstration vom 1. März 1981.

Von den Schlagzeilen der ersten Tage nach der Demonstration lässt sich bereits diese Schlagrichtung der Berichterstattung erkennen. So titelte die *Presse* am 2. und am 3. März 1981 „Schwere Tumulte in Wiens City: FP-Kritik an Lanc“⁴⁰⁹ und „Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc“,⁴¹⁰ wodurch sich vor allem Kritik an Innenminister Lanc und der SPÖ ausdrückt. In der *AZ* dominieren negative Schlagzeilen wie „Randalierer probten ‚Zürich‘ in Wien“.⁴¹¹ Die Ereignisse wertete die *AZ* die Demonstration als „Demolierungstourismus“ ab und Innenminister Lanc bezeichnete die Proteste gar als „objektiv faschistoid“.⁴¹² Weitere Artikel der *AZ* stellten die Demonstration als „Freude am Randalieren und am Zerstören“⁴¹³ dar und hoben strafrechtliche Folgen hervor, etwa die Verhängung von Schubhaft gegen Festgenommene.⁴¹⁴ Zusätzlich ironisierte die *AZ* den Protest, beziehungsweise machte ihn lächerlich.⁴¹⁵ Die kriminalisierende Deutung und Fokussierung auf das strafrechtliche Nachspiel sowie die polizeilichen Ermittlungen herrschten in der *AZ* in den Tagen nach der Demonstration weiter vor.⁴¹⁶ Diese Schuldzuweisung der Hauptverantwortung an vier westdeutsche „Rädelsführer“⁴¹⁷ kann als Versuch der Abgrenzung und Externalisierung der

⁴⁰⁴ Duden, Krawall, der (2025). <https://www.duden.de/rechtschreibung/Krawall> (19. Oktober 2025).

⁴⁰⁵ Duden, randalieren (2025). <https://www.duden.de/rechtschreibung/randalieren> (19. Oktober 2025).

⁴⁰⁶ Duden, Terror (2025). <https://www.duden.de/rechtschreibung/Terror> (19. Oktober 2025).

⁴⁰⁷ Ertl, Protest als Ereignis, S. 166–168.

⁴⁰⁸ Duden, Vandale (2025). <https://www.duden.de/rechtschreibung/Vandale> (19. Oktober 2025).

⁴⁰⁹ o.V., Schwere Tumulte in Wiens City: FP-Kritik an Lanc. In: *Die Presse* vom 2.3.1981 S. 1.

⁴¹⁰ o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: *Die Presse* vom 3.3.1981.

⁴¹¹ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁴¹² Ebenda.

⁴¹³ Scheuch, Die Randalierer. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁴¹⁴ o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 1.

⁴¹⁵ o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3; o.V., Viele Kinder aus "gutem Haus". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.3.1981 S. 4.

⁴¹⁶ o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Nicht harmlos. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

⁴¹⁷ Foltin, Vienna in March 1981. In: *Andresen, van der Steen* (Hg.), *A European Youth Revolt: European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s*, S. 43.

Verantwortung durch die SPÖ gewertet werden. Titelseiten wie „300 Randalierer ruinierten Autos und Geschäfte. Deutsche Anstifter festgenommen“⁴¹⁸ oder „Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! Unter den Randalierern in der Wiener Innenstadt waren auch etliche Rauschgiftsüchtige“ prägten die Berichterstattung der *Kronen Zeitung*.⁴¹⁹ Die *Kronen Zeitung* übernahm also zunächst die von der SPÖ vertretene Kommunikationsstrategie, wobei diese parallel auch kritisiert wurde. In den Artikeln selbst erfolgte großteils eine genaue Beschreibung des Protests, die im nächsten Teilkapitel analysiert wird.

b) Beschreibung des Protests

Die unmittelbare Berichterstattung der Zeitungen konzentrierte sich auf die detaillierte Schilderung von Gewalthandlungen und Zerstörung, wobei sich die Schwerpunktsetzung und Detailliertheit der Schilderungen unterschieden. Ein besonderes Augenmerk lag zudem auf der Interaktion zwischen Demonstrant:innen und der Polizei.

Die *Presse* berichtete unter anderem von zertrümmerten Schaufenstern, beschädigten Autos und dem Einsatz von Knallkörpern.⁴²⁰ Wiederholt erwähnte sie auch Steinwürfe gegen die Polizei und Bespucken der Polizei, sowie die Charakterisierung der Auseinandersetzungen als „(Straßen)schlachten mit der Polizei“.⁴²¹ Ein Fokus auf Gewalt und Zerstörung zeigte sich ebenso in der *AZ*, die „eingeworfene Schaufensterscheiben und zertrümmerte Glasfronten“ beschrieb.⁴²² Protestierende hätten zudem Gegenstände geworfen und dabei Verletzungen verursacht.⁴²³ Die Zerstörungshandlungen der Protestierenden, beschrieben als „Demolierungen und Ruinieren“, fanden auch in der *Kronen Zeitung* breiten Raum.⁴²⁴ Wie die *Presse* thematisierte sie demolierte Geschäfte, beschädigte Autos und Berichte von gewaltsamem Vorgehen gegen die Polizei.⁴²⁵

⁴¹⁸ o.V., Wirbel in Wiener City: 300 Randalierer ruinierten Autos und Geschäfte! In: *Kronen Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁴¹⁹ o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: *Kronen Zeitung* vom 3.3.1981 S. 8, S. 9.

⁴²⁰ p.m., "Klein-Zürich". In: *Die Presse* vom 2.3.1981 S. 1; *Zehrer*, "Klein-Zürich" in Wiens Innenstadt. In: *Die Presse* vom 2.3.1981 S. 10; o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. In: *Die Presse* vom 4.3.1981 S. 14.

⁴²¹ *Zehrer*, "Klein-Zürich" in Wiens Innenstadt. In: *Die Presse* vom 2.3.1981 S. 10; *Schwarz*, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: *Die Presse* vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. In: *Die Presse* vom 4.3.1981 S. 14; o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. In: *Die Presse* vom 21.3.1981 S. II.

⁴²² o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1; o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

⁴²³ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁴²⁴ Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: *Kronen Zeitung* vom 4.3.1981; Staberl, Reklame für Faschisten! In: *Kronen Zeitung* vom 13.3.1981 S. 2; Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 17.3.1981 S. 8; o.V., Wirbel in Wiener City: 300 Randalierer ruinierten Autos und Geschäfte! In: *Kronen Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1; o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: *Kronen Zeitung* vom 2.3.1981 S. 12, S. 13.

⁴²⁵ Staberl, Reklame für Faschisten! In: *Kronen Zeitung* vom 13.3.1981 S. 2; Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 17.3.1981 S. 8; "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: *Kronen Zeitung* vom 3.3.1981 S. 8; Reinald Hübl, Abführen. In: *Kronen Zeitung* vom 3.3.1981.

Alle Zeitungen zitierten die Parole „High sein, frei sein, Terror muss dabei sein“, ⁴²⁶ die der Skandalisierung diene. Um die Radikalität der Protestierenden noch stärker zu betonen, gab die *AZ* auch Parolen wie „A-A-Anarchie“, „Auch Wien muss brennen“, ⁴²⁷ und „Zürich brennt, Berlin brennt – jetzt zünden wir“ ⁴²⁸ wieder. Ähnlich ging auch die *Kronen Zeitung* vor, welche die Parole „Weg mit den Hausmeistern, Lehrern und allen anderen Folterknechten“ ⁴²⁹ zitierte, aber nicht näher auf deren politischen Gehalt einging.

Einzig die *AZ* erwähnte den von der Polizei verhinderten Versuch der Hausbesetzung durch Demonstrierende am 1. März, ⁴³⁰ deren Ziel die zwei denkmalgeschützten Häuser Judenplatz 1 und 2 waren. ⁴³¹ Die *Presse* und die *Kronen Zeitung* erwähnten diese hingegen nicht. In den späteren neutraleren Berichterstattungen zu Hausbesetzungen in Österreich nahmen die Zeitungen wiederum nie Bezug auf die Demonstration vom 1. März (s. Kapitel 6.5. Hausbesetzungen).

Das Verhalten der Polizei bei der Demonstration beschrieben die Zeitungen positiv und als eher zurückhaltend. ⁴³² Gewalt seitens der Polizei fand lediglich bei einer Nachricht der *Presse* Erwähnung, die den Einsatz von Gummiknüppeln dokumentierte. ⁴³³ Mehrere Berichte der *Presse* und der *Kronen Zeitung* kritisierten die Weisung zur Zurückhaltung der Polizei seitens Innenminister Lanc (SPÖ) stark. ⁴³⁴ Dem gegenüber hob die *Arbeiter-Zeitung* die Maßnahmen der Polizei hervor, darunter rund 100 Festnahmen, ⁴³⁵ Schubhaft für deutsche Teilnehmer:innen, ⁴³⁶ Aufenthaltsverbote und Abschiebungen sowie Straf- und

⁴²⁶ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; p.m., "Klein-Zürich". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 1; Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981 S. 2; o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. In: Die Presse vom 21.3.1981 S. II; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8, S. 9.

⁴²⁷ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.

⁴²⁸ Scheuch, Die Randalierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.

⁴²⁹ o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981 12, 13.

⁴³⁰ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.

⁴³¹ Suttner, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 141.

⁴³² o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; Scheuch, Die Randalierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981 12, 13; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8, S. 9.

⁴³³ Zehrer, Jeder vierte Rowdy festgenommen. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 8.

⁴³⁴ p.m., "Klein-Zürich". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 1; Zehrer, "Klein-Zürich" in Wiens Innenstadt. In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 10; Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981 S. 2; o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. In: Die Presse vom 21.3.1981 S. II; o.V., Jugenddemonstration und Strafmandat. In: Die Presse vom 18.4.1981 S. II; "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8.

⁴³⁵ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; Hübl, Abführen. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 10.

⁴³⁶ o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1.

Zivilverfahren.⁴³⁷ In jeweils einem Artikel der *Presse* und der *AZ* bedankte sich Wiens Handelskammerpräsident Karl Dittrich bei der Polizei.⁴³⁸ Von den der Polizei gegenüberstehenden Demonstrierenden zeichneten die Zeitungen unterschiedliche Bilder, die im nächsten Teilkapitel nachvollzogen werden.

c) Darstellung der Protestierenden

Die Protestierenden der 1. März-Demonstration wurden zwar meist der Jugend zugerechnet, allerdings unterstrichen die Zeitungen, dass es sich nicht um „die Jugend insgesamt“ handle, sondern um Randgruppen.⁴³⁹ Die überwiegende Mehrheit der Jugend sei beispielsweise laut der *AZ* nicht beteiligt gewesen.⁴⁴⁰ Einmal rahmte die *Presse* die Demonstrierenden als „Berufsdemonstranten“.⁴⁴¹ Dieser Einschätzung widersprach die Teilnehmer:innenanzahl von mehreren Hunderten Demonstrierenden.⁴⁴²

Die Jugendbewegung setzte sich Großteils aus Angehörigen einer neuen alternativen Gegenbewegung und meist jugendlichen Aktivist:innen zusammen, die politische Organisation und Hierarchien in Bezug auf anarchistische Theorien ablehnen (s.a. Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien).⁴⁴³ Während sich dies in der politischen Verortung der Jugendlichen in der Berichterstattung der *Presse* und *Kronen Zeitung* widerspiegelte, fand sich eine solche Zuschreibung in der *AZ* kaum. Die *Presse* ordnete in mehr als der Hälfte der Berichte zur ersten Demonstration vom 1. März die Protestierenden dem linksextremen oder anarchistischen Spektrum zu, teilweise konkret als „Punkies“ oder „Spontis“.⁴⁴⁴ Hingegen verfolgte die *AZ* in einer ersten Reaktion eine Strategie der Abgrenzung von links. Es handle sich nicht um politische Proteste, sondern um kriminelle Ausschreitungen.⁴⁴⁵ Bundeskanzler Kreisky (SPÖ) erklärte, die Beteiligten seien „sicher nicht links“,⁴⁴⁶ vielmehr handle es sich um Jugendliche

⁴³⁷ Ebenda; o.V., Nicht harmlos. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.

⁴³⁸ o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁴³⁹ o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3; o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 1; o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 14; "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8.

⁴⁴⁰ Scheuch, Die Randalierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.

⁴⁴¹ o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. In: Die Presse vom 21.3.1981 S. II.

⁴⁴² Foltin, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012. In: van der Steen, Katzeff, van Hoogenhuijze (Hg.), The city is ours, S. 258.

⁴⁴³ Suttner, "Beton brennt", S. 236-242.

⁴⁴⁴ o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 14.

⁴⁴⁵ o.V., Nicht harmlos. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; Scheuch, Die Randalierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.

⁴⁴⁶ o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 1.

aus „gutem Haus“, deren Verhalten individualpsychologisch zu erklären sei.⁴⁴⁷ Diese entpolitisierende Zuschreibungen der SPÖ fanden sich auch in zwei Artikeln der *Presse*⁴⁴⁸ und in der *Kronen Zeitung* wieder.⁴⁴⁹ Die *Kronen Zeitung* gab vor allem zu Beginn SPÖ-Stimmen zur Einordnung der Jugendlichen und damit ihren Abgrenzungs- und Politisierungsversuchen Raum. Kommentatoren wie Staberl kritisierten allerdings in der *Kronen Zeitung* die Abgrenzungsversuche der SPÖ stark und verorteten die Demonstrierenden in mehreren Beiträgen explizit im linken politischen Spektrum. In vier Artikeln der *Kronen Zeitung* wurden diese als „Linksextreme“ oder „Anarchisten“ bezeichnet.⁴⁵⁰ Staberl verspottete die Jugendlichen gar als „fortschrittliche Demolierer“⁴⁵¹ und brachte sie mit RAF-Parolen in Verbindung.⁴⁵²

Eine weitere wesentliche Strategie in der *AZ* war die Externalisierung der Verantwortung durch wiederholte Verweise auf „Anführer aus dem Ausland“ und „Fäden aus dem Ausland“.⁴⁵³ Die Zeitung führte mehrmals deutsche Teilnehmer:innen als relevante Demonstrationsteilnehmer:innen an, auch im Zusammenhang mit Schubhaft und Abschiebungen.⁴⁵⁴ Die *Arbeiter-Zeitung* sprach von einem „Gewaltimport aus dem Ausland“ und titelte „Randalierer probten ‚Zürich‘ in Wien“.⁴⁵⁵ Zitate von Flugblättern mit der Parole „Zürich brennt, Berlin brennt – jetzt zünden wir Wien an“⁴⁵⁶ sowie die Formulierung „Demolierungsaktion ‚Zürich in Wien‘“⁴⁵⁷ unterstrichen diese Zuschreibung. Die *Kronen Zeitung* betonte insbesondere in den ersten Artikeln nach der Demonstration die Rolle deutscher Anstifter. Bereits am 2. März berichtete sie von „festgenommenen deutschen Anstiftern“,⁴⁵⁸

⁴⁴⁷ o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.3.1981 S. 2; o.V., Viele Kinder aus "gutem Haus". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.3.1981 S. 4.

⁴⁴⁸ Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: *Die Presse* vom 3.3.1981 S. 1; Zehrer, Jeder vierte Rowdy festgenommen. In: *Die Presse* vom 3.3.1981 S. 8.

⁴⁴⁹ o.V., Kreisky: Hysterie wäre ganz falsch. In: *Kronen Zeitung* vom 4.3.1981 S. 4.

⁴⁵⁰ Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: *Kronen Zeitung* vom 4.3.1981 S. 6; Staberl, Reklame für Faschisten! In: *Kronen Zeitung* vom 13.3.1981 S. 2; Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 17.3.1981 S. 8; "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: *Kronen Zeitung* vom 3.3.1981 S. 8.

⁴⁵¹ Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: *Kronen Zeitung* vom 4.3.1981 S. 6.

⁴⁵² Staberl, Reklame für Faschisten! In: *Kronen Zeitung* vom 13.3.1981 S. 2; Staberl, Wir sind ein bisserl hinten. In: *Kronen Zeitung* vom 22.4.1981.

⁴⁵³ o.V., Nicht harmlos. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁴⁵⁴ o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

⁴⁵⁵ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1; Scheuch, Die Randalierer. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁴⁵⁶ Scheuch, Die Randalierer. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁴⁵⁷ o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

⁴⁵⁸ o.V., Wirbel in Wiener City: 300 Randalierer ruinierten Autos und Geschäfte! In: *Kronen Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

eine Zuschreibung, die in den Folgetagen wiederholt wurde.⁴⁵⁹ Obgleich in der *Presse* ebenso mehrfach von festgenommenen Deutschen die Rede war und sie auch die Beteiligung eines Jugoslawen und eines Bulgaren an den Protesten betonte,⁴⁶⁰ strich sie die Hauptverantwortung österreichischer Protestierender hervor. Während ein Artikel der *Presse* betont, die Proteste seien von „ausländischen Beratern“ unterstützt worden, erklärte ein anderer, der „Terror“ sei „hausgemacht“ und primär ein Werk österreichischer „Rowdys“.⁴⁶¹ Da vor allem Ende des Jahres 1980 sowie in der ersten Jahreshälfte 1981 Jugendproteste und Hausbesetzungen in Westeuropa, v.a. Westdeutschland, Niederlande, Dänemark und der Schweiz erheblich zunahmen,⁴⁶² muss die österreichische Demonstration zwar in diesem Kontext gesehen werden, allerdings gab es dennoch eigenständige österreichische Akteur:innen.⁴⁶³

Das Geschlecht der Demonstrierenden war kaum Thema. Nur in der *Arbeiter-Zeitung* wurden Mädchen als Demonstrierende einmal genannt.⁴⁶⁴ In der *Kronen Zeitung* und in der *Presse* wurde das Geschlecht der Demonstrierenden nicht thematisiert. Zur Rolle von Geschlecht in der österreichischen Jugendbewegung gibt es Stand 2025 noch keine Forschung, daher kann die Rolle von nichtmännlichen Akteur:innen hier nicht näher dargelegt werden. Grundsätzlich ist aber in Studien seit den 1970er- und 1980er-Jahren festzustellen, dass Frauen* in Massenmedien in dieser Zeit annihiliert, marginalisiert sowie trivialisiert wurden. Sie wurden vor allem im stereotypen Kontext in Bezug auf Kinder, Küche, Familie und Emotionalität abgebildet, was so zu einem verzerrten Bild der Wirklichkeit beitrug, in dem Vorstellungen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ konstruiert wurden.⁴⁶⁵ Das Aussparen nichtmännlicher Repräsentationen in der Protestberichterstattung verwies auf die damals geltenden patriarchalen Normen und kreierte zugleich gesellschaftliche Sagbarkeit und Deutungsmuster.⁴⁶⁶

⁴⁵⁹ o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: *Kronen Zeitung* vom 2.3.1981 12, 13; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: *Kronen Zeitung* vom 3.3.1981 S. 8, S. 9.

⁴⁶⁰ o.V., Schwere Tumulte in Wiens City: FP-Kritik an Lanc. In: *Die Presse* vom 2.3.1981 S. 1; p.m., „Klein-Zürich“. In: *Die Presse* vom 2.3.1981 S. 1; *Zehrer*, Jeder vierte Rowdy festgenommen. In: *Die Presse* vom 3.3.1981 S. 8.

⁴⁶¹ o.V., Wiener Krawall war hausgemacht. In: *Die Presse* vom 4.3.1981 S. 1; o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. In: *Die Presse* vom 4.3.1981 S. 14.

⁴⁶² Knud Andresen, Bart van der Steen, Introduction: The Last Insurrection? Youth, Revolts and Social Movements in the 1980s. In: Knud Andresen, Bart van der Steen (Hg.), *A European Youth Revolt: European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s* (London 2016) S. 1–24, hier S. 2, S. 3.

⁴⁶³ Foltin, Vienna in March 1981. In: Andresen, van der Steen (Hg.), *A European Youth Revolt: European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s*, S. 41, S. 42.

⁴⁶⁴ o.V., Viele Kinder aus "gutem Haus". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.3.1981 S. 4.

⁴⁶⁵ Tanja Maier, Martina Thiele, Theoretische Perspektiven auf mediale Geschlechterbilder. In: Katharina Lobinger (Hg.), *Handbuch Visuelle Kommunikationsforschung* (Wiesbaden 2020) S. 403–420, hier S. 408, S. 409.

⁴⁶⁶ Lina Brink, Anerkannter Protest?: Mediale Repräsentationen von Frauen in Ägypten in der deutschsprachigen Presse (Bielefeld 2020), S. 47, S. 48.

d) Motive der Protestierenden

Wie schon in der Beschreibung der Proteste und der Protestierenden ersichtlich, erfolgte eine Entpolitisierung der Proteste durch die Zeitungen. Das zeigte sich auch in der folgenden Analyse der von den Zeitungen genannten Motive der Protestierenden für die Demonstration. Die drei untersuchten Zeitungen thematisierten in mindestens der Hälfte der Artikel die eigentlichen Motive der Demonstrierenden vom 1. März nicht. Indes waren die erwähnten Motive Großteils negativer Art, beispielsweise „(blinde) Zerstörungswut“⁴⁶⁷ in *Presse*, *Kronen Zeitung* und *AZ*, der Versuch, die Bundeshauptstadt zu verunsichern⁴⁶⁸ oder „Zerstörung der Rechtsordnung“ in der *Presse*⁴⁶⁹, Aggression und Langeweile in der *AZ*⁴⁷⁰ sowie dem „Wunsch nach „Terror“ in der *Kronen Zeitung*.⁴⁷¹

Zudem charakterisierte die *AZ* den Protest zunächst implizit oder explizit als „apolitisch“.⁴⁷² Diese Sichtweise wurde durch die Position von Bürgermeister Gratz (SPÖ) untermauert, der betonte, es handele sich nicht um eine Demonstration, da „keine konkreten Ziele“ verfolgt worden seien.⁴⁷³ In der unmittelbaren Berichterstattung bezog auch die *Presse* gesellschaftliche Problemlagen nur selten mit ein, etwa Zukunftsängste oder Defizite in der politischen Sozialisation im Elternhaus. Politische Anliegen wie die Wohnungsnot in Wien wurden nur einmal explizit erwähnt.⁴⁷⁴ Ebenso räumte die *Kronen Zeitung* politischen Forderungen etwa nach Antikapitalismus, Legalisierung von Haschisch, antiautoritären Strukturen oder Rechten für Homosexuelle nur in indirekter Form wenig Raum ein.⁴⁷⁵ Diese wurden jedoch nicht als

⁴⁶⁷ Scheuch, Die Randalierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981 12, 13; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8, S. 9.

⁴⁶⁸ o.V., Lanc bezeichnet Randalierer als "faschistoid". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 10; o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁴⁶⁹ o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. In: Die Presse vom 21.3.1981 S. II.

⁴⁷⁰ o.V., Nicht harmlos. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; Peter Pelinka, Zürich-Berlin-Wien? In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981.

⁴⁷¹ Leserbrief, Die Krawalle. In: Kronen Zeitung vom 24.3.1981 S. 14; o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981 12, 13; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8, S. 9.

⁴⁷² o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3; Pelinka, Zürich-Berlin-Wien? In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3; o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 1; o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 2.

⁴⁷³ o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.

⁴⁷⁴ o.V., "Ein wirksames Mittel ist das nicht". In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 13.

⁴⁷⁵ Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981 S. 2; o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981 12, 13; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8, S. 9; "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8.

legitime Forderungen dargestellt, sondern mit „Rauschgift und Terror“ verknüpft.⁴⁷⁶ In der allgemeineren Berichterstattung zur Jugendbewegung änderten sich die Perspektiven bei der *Presse* und *Arbeiter-Zeitung* später jedoch (s. Kapitel 6.4. Jugendbewegung im Jahr 1981).

Konkrete Probleme der Jugendlichen aufgrund ihrer schlechten Wohnsituation, wenig Freiräumen und Kulturangeboten, schlechter öffentliche Mobilität sowie autoritären Umgangsformen ignorierten die Zeitungen.⁴⁷⁷ Ebenso wenig fanden sich eigentlichen Forderungen der Demonstrierenden nach selbstverwalteten Kultur- und Kommunikationszentren, wohnpolitischen Forderungen und einer neuen Umweltpolitik,⁴⁷⁸ in der Berichterstattung wieder (s. a. Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien).

e) Weitere Demonstration im März 1981

Vor der für den 8. März 1981 geplanten Demonstration am Wochenende nach der Großdemonstration, warnte die *Presse* in zwei Artikeln, dass die Polizei auf neue „Krawall“ eingestellt sei und Versammlungen sofort auflösen würde.⁴⁷⁹ Als diese Demonstration am 8. März legal angemeldet wurde, schrieb Peter Zehrer in der *Presse* von einem „Taktikwechsel in der Krawallszene.“⁴⁸⁰ Im Nachhinein wurde die Demonstration mit 900 Teilnehmerinnen aber gelobt, da sie ohne größere Zwischenfälle von Statten ging.⁴⁸¹ Im Gegensatz zur sehr negativen Berichterstattung zur 1. März-Demonstration berichtete auch die *Kronen Zeitung* am 22. März unter dem Titel „Keine Krawalle“ neutral von Ruhe und Ordnung bei einer Demonstration von 200 Jugendlichen im 20. Bezirk, die sich für ein Freizeitzentrum in der Brigittenau einsetzten.⁴⁸²

f) Zusammenfassung 1. März Demonstration

Die unmittelbare Berichterstattung zur 1. März-Demonstration wies in allen Zeitungen klar kriminalisierende und skandalisierende Tendenzen auf und setzte einen eindeutigen Fokus auf die Darstellung von Zerstörung und Gewalt. Die *Arbeiter-Zeitung* verfolgte eine Entpolitisierungs-, Externalisierungs- und Abgrenzungsstrategie. Im Gegensatz dazu kritisierten die *Presse* und die *Kronen Zeitung* den Umgang der SPÖ und vor allem die Weisung zur Zurückhaltung an die Polizei bei der Demonstration scharf und ordneten die Demonstration

⁴⁷⁶ Staberl, Reklame für Faschisten! In: *Kronen Zeitung* vom 13.3.1981 S. 2.

⁴⁷⁷ *Mattl*, Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer. In: *Nußbaumer, Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), *Besetzt!*, S. 22.

⁴⁷⁸ *Suttner*, "Beton brennt", S. 259.

⁴⁷⁹ Peter *Zehrer*, Polizei ist auf neue Krawalle vorbereitet. In: *Die Presse* vom 5.3.1981; o.V., *Lanc*: Polizei löst Versammlungen auf. In: *Die Presse* vom 6.3.1981.

⁴⁸⁰ o.V., Legale Demonstration in der Wiener City. In: *Die Presse* vom 07./8.3.1981; Peter *Zehrer*, Taktikwechsel in der Krawallszene. Jetzt legale Demonstration. In: *Die Presse* vom 07./8.3.1981.

⁴⁸¹ o.V., So geht es auch: 900 demonstrierten ohne Zwischenfall. In: *Die Presse* vom 9.3.1981.

⁴⁸² o.V., Keine Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 22.3.1981.

dem linken Spektrum zu. Im Gegensatz dazu wurde von der Demonstration am Wochenende darauf neutral berichtet.

Die Protestierenden markierte die Berichterstattung durchgehend als Jugendliche, gleichzeitig aber auch als „Randgruppen“ oder „verführte Minderheit“ und als von der Mehrheit der Jugend abgegrenzt. Ihre politische Verortung divergierte zwischen der SPÖ-Narration unpolitischer „Kinder aus gutem Hause“ (vor allem *Arbeiter-Zeitung*) und einer klaren Zuschreibung zu „linksextremen“ und anarchistischen Szenen (*Kronen Zeitung, Presse*). Externalisierungen auf ausländische Anführer, vor allem Deutsche, sind ein wiederkehrendes Muster in allen Zeitungen, jedoch betonte die *Presse* die maßgebliche Verantwortung von Österreicher:innen. Geschlecht spielte in der Berichterstattung eine marginale Rolle.

Als Motive für die 1. März-Demonstration führten die Zeitungen mehrheitlich Aggression und Zerstörungswillen an, wobei mehrheitlich keine Nennung der Motive erfolgte. Damit unterschied sich die Berichterstattung dazu etwas von später erfolgenden breiteren Erklärungsansätzen (s. Kapitel 6.4. Jugendbewegung im Jahr 1981). Das nächste Kapitel behandelt allerdings zuvor noch die Berichterstattung zum Kontext der Jugendbewegungen in Westeuropa Anfang der 1980er-Jahre.

6.3. Internationaler Kontext

Wie schon im Kapitel „2.1. Internationale Entwicklungen“ beschrieben, entwickelte sich nicht nur in Österreich, sondern in ganz in Westeuropa schon in den 1970er-Jahren und ab dem Jahr 1980 verstärkt eine Jugend- und Hausbesetzungsbewegung, meist ein Kampf um Wohnraum und für Freiräume.⁴⁸³ Die Zeitungen setzten die österreichischen Entwicklungen klar in Bezug zu diesen internationalen Protesten.

Sowohl die *Presse* als auch die *AZ* und die *Kronen Zeitung* positionierten die österreichischen „Krawalle“ im Kontext der Jugendbewegung in Berlin und Zürich beziehungsweise nennen die Bewegung in diesen Städten als Vorbild.⁴⁸⁴ Die dortigen Proteste wurden von der *Presse* und

⁴⁸³ Kuhn, Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt, S. 22.

⁴⁸⁴ o.V., ÖVP-Tipps gegen Jugendkrawalle. In: Kronen Zeitung vom 17.2.1981 S. 15; o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; o.V., AZ befragte Jugendliche: "So etwas hat keine Aussicht". In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981; Pelinka, Zürich-Berlin-Wien? In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3; o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3; p.m., "Klein-Zürich". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 1; Zehrer, "Klein-Zürich" in Wiens Innenstadt. In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 10; Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 6; Hubert Margl, Lanc: "Aggressionsabbau durch Diskussion". TV-Forum soll Krawallmacher isolieren. In: Die Presse vom 3.4.1981; o.V., Motto: Politik? Nein, danke! In: Kronen Zeitung vom 17.7.1981.

der *AZ* im Gegensatz zu den „unpolitischen“ Protesten in Wien als Ausdruck konkreter Missstände wie Wohnungsnot oder fehlender Jugendzentren dargestellt.⁴⁸⁵ Staberl strich in der *Kronen Zeitung* spöttisch hervor, dass die österreichischen Protest nicht so effizient seien.⁴⁸⁶

Den Einfluss internationaler Proteste betonten die Zeitungen vergleichsweise öfter als die Kontinuitätslinien der eigenständigen österreichischen Jugendbewegung, dennoch fanden diese Erwähnung. Die *AZ* stellte in der ersten Berichterstattung nach der 1. März-Demonstration auch Bezüge zu den Protestbewegungen der 1960er-Jahre sowie zur Anti-AKW- und Friedensbewegung her, jedoch stets mit dem Hinweis, dass die Wiener Demonstration nicht vergleichbar sei und von gänzlich anderen, eher irrationalen Motiven getragen werde.⁴⁸⁷ Überdies führte die *Presse* Verbindungen zu früheren österreichischen Bewegungen wie Arena- oder Burggartenbewegung an und die Protestierenden wurden als diesen zugehörig interpretiert.⁴⁸⁸ Staberl verwies in der *Kronen Zeitung* auf Kontinuitäten zur Arena- und Burggartenbewegung sowie der Phorus-Hallenbesetzung 1979.⁴⁸⁹

Die genannten internationalen Proteste und „Krawalle“ waren häufiges Thema in den Zeitungen, beispielsweise jene in Zürich, Berlin, Göttingen, Nürnberg, Freiburg, London, Brixton und sogar China.⁴⁹⁰ Diese Berichterstattung stand in keinem Artikel in direktem Bezug

⁴⁸⁵ Pelinka, Zürich-Berlin-Wien? In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3; Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁴⁸⁶ Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 6.

⁴⁸⁷ Pelinka, Zürich-Berlin-Wien? In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.

⁴⁸⁸ o.V., Lanc bezeichnet Randalierer als "faschistoid". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 10; Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 14; o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. In: Die Presse vom 21.3.1981 S. II.

⁴⁸⁹ Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 6; Staberl, Wir sind ein bisserl hinten. In: Kronen Zeitung vom 22.4.1981 S. 8.

⁴⁹⁰ Unter anderem: Sclia Landmann, Zürcher Jugendkrawalle - Bilanz, Fazit Folgen. Das Schweizer Beispiel ist nur eines von vielen. In: Die Presse vom 14.2.1981; Peter Amstutz, Trotz Krawallen mehr Tourismus. Zürchs Stadtpräsident ist zufrieden. In: Die Presse vom 18.2.1981; o.V., Jugendkrawalle: Schreckensnacht in Berlin, Freiburg und Nürnberg. In: Kronen Zeitung vom 7.3.1981; Robert Washtiel, Deutsche Jugendkrawalle entfachten Polemik Strauß SPD. In: Die Presse vom 12.3.1981; o.V., Besetzungswelle in der BRD, schwerer Krawall in Zürich. In: Die Presse vom 23.3.1981; o.V., Berlin: Bei Krawallen 51 Polizisten verletzt. In: Die Presse vom 26.3.1981; o.V., Letzte Meldungen: Krawalle. In: Die Presse vom 1.4.1981; o.V., Hausbesetzer drohen mit Selbstmord. In: Die Presse vom 7.4.1981; Roland Hill, London: Straßenschlacht im Farbigenviertel. In: Die Presse vom 13.4.1981; Roland Hill, Londons Polizeichef: Krawalle waren von außen gesteuert. In: Die Presse vom 14.4.1981; o.V., Letzte Meldungen: Krawalle. In: Die Presse vom 20.5.1981; o.V., Kurzmeldung: Bei Jugendkrawallen. In: Kronen Zeitung vom 26.3.1981; o.V., Deutschlands "Ostern 81": Bomben, Terror, Krawalle! Protestwelle nach Hungerselbstmord von Sigurd Debus. In: Kronen Zeitung vom 18.4.1981; o.V., Jugendkrawalle auch in China. In: Kronen Zeitung vom 21.4.1981; o.V., Kurzmeldung: Jugendkrawalle in BRD. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981; o.V., Zürcher Jugendzentrum gewaltsam geräumt. In: Arbeiter-Zeitung vom 24.3.1981; o.V., London: Schwere Rassenunruhen. Weit über hundert Verletzte. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.4.1981; o.V., Neue Unruhen im Londoner Brixton. In: Arbeiter-Zeitung vom 15.4.1981; o.V., Rassenkrawalle in Brixton: "Sieg Heil" für Innenminister. In: Arbeiter-Zeitung vom 14.4.1981; o.V., Die Rassenkrawalle. In: Kronen Zeitung vom 12.7.1981; o.V., Zürich: neue Krawalle. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.10.1981; Ernst Trost, Krieg in den Städten. In: Kronen Zeitung vom 16.7.1981; o.V., Blutige Krawalle in Berlin bei Besuch des US-Außenministers. In: Kronen Zeitung vom 14.9.1981.

zu den Wiener Entwicklungen. Zur Beschreibung der internationalen Proteste verwendeten die Zeitungen jedoch ähnliche Begriffe wie zur Beschreibung des österreichischen Protests, beispielsweise „(Jugend)krawall(e)“⁴⁹¹ oder „Straßenschlachten“.⁴⁹² Die Berichte dazu fassten Demonstrationen und Hausbesetzungen unter diesen Beschreibungen zusammen, im Gegensatz zur Darstellung der österreichischen Hausbesetzungsszene als unabhängig von der 1. März-Demonstration. Einige Artikel der *Presse* und der *AZ* widmeten sich auch explizit internationalen Hausbesetzungen in Berlin, Amsterdam oder China.⁴⁹³

6.4. Jugendbewegung im Jahr 1981

Die Jugendbewegung war auch abseits von der konkreten Demonstration am 1. März ein wichtiges Thema in den Zeitungen. Diese Berichterstattung wird im Folgenden einerseits auf die Erklärungs- und Einordnungsversuche der verschiedenen Zeitungen sowie anschließend auf die Wiedergabe von politischen Strategien im Umgang mit dieser analysiert.

a) Erklärungsansätze für Protestverhalten der Jugend 1981

In der Berichterstattung rund um die Jugendbewegung lassen sich abgesehen von Verweisen auf internationale Proteste verschiedene Erklärungsmuster für diese erkennen, die sich je nach Zeitung unterscheiden und auf die ideologischen Hintergründe der Zeitungen verweisen. Während die *Presse* konservativen Erklärungen folgte, versuchte die *Arbeiter-Zeitung* die Proteste in einem marxistischen Ansatz einzuordnen. In der *Kronen Zeitung* fanden tiefgründigere Erklärungsansätze keinen Platz, sie erklärte die Proteste aus individualistischen Motiven.

Die Presse

Die *Presse* entwickelte die differenziertesten, zugleich aber stark konservativ gerahmten Erklärungsansätze zur Jugendbewegung. In der Berichterstattung zur Demonstration am 1.

⁴⁹¹ o.V., Besetzungswelle in der BRD, schwerer Krawall in Zürich. In: Die Presse vom 23.3.1981 S. 10; o.V., Letzte Meldungen: Krawalle. In: Die Presse vom 1.4.1981 S. 14; o.V., Kurzmeldung: Jugendkrawalle in BRD. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981 S. 6.

⁴⁹² Hill, London: Straßenschlacht im Farbigenviertel. In: Die Presse vom 13.4.1981 S. 2.

⁴⁹³ Unter anderem: o.V., Weitere Hausbesetzungen und Demonstration in Berlin. In: Die Presse vom 9.2.1981; o.V., Letzte Meldungen: Besetzung. In: Die Presse vom 27.3.1981; o.V., Letzte Meldungen: Strassenschlachten. In: Die Presse vom 15.5.1981; o.V., Letzte Meldungen: Hausdurchsuchungen. In: Die Presse vom 8.4.1981; Hans Ulrich Kersten, Wenn schon Neubauten besetzt werden. Berlins Misere ist die Wohnbaupolitik. In: Die Presse vom 4.5.1981; Engelbert Washietl, Peitschenhiebe für Berlin. Störaktionen stellen den herkömmlichen wahlkampf in Frage. In: Die Presse vom 7.5.1981; Engelbert Washietl, Keine Rede mehr von den Skandalen Berlin und seine Hausbesetzer. Zwischen dem fälligen Wechsel und der "anderen Politik": am Sonntag wählen die Westberliner und die Franzosen. In: Die Presse vom 8.5.1981; Engelbert Washietl, Berlin: Erfolge für CDU und Alternative. In: Die Presse vom 11.5.1981; o.V., Nürnberg: Hausbesetzer drohten, vom Dach herunterzuspringen. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981; o.V., Hausbesetzung auch in China. In: Arbeiter-Zeitung vom 9.10.1981.

März herrschten Zuschreibungen wie „blinde Zerstörungswut“⁴⁹⁴ oder „Aggression“⁴⁹⁵ als Erklärungsansätze vor. Politische und ideologische Deutungen ordneten die Protestierenden „marxistoiden“ oder „anarchistischen“ Bewegungen zu.⁴⁹⁶ Darüber hinaus kamen psychologisierende Ansätze zum Tragen, etwa „Individualpsychologie“⁴⁹⁷ oder „Zukunftsängste“.⁴⁹⁸ Die in der Jugendbewegung aktiven Personen machten nur einen kleinen Teil der Jugendlichen aus. Diese versah Anneliese Rohrer in der *Presse* mit den Zuschreibungen „aggressiv“ und „lasch“.⁴⁹⁹ In einer Reportage zur deutschen Jugendbewegung wurde dazu ergänzend die große Vielfalt der jungen Deutschen betont.⁵⁰⁰

Zusätzlich nannte die *Presse* vor allem allgemeine gesellschaftliche Veränderungen als Gründe für die Jugendbewegung, die aber in ihrer Beschreibung schwammig blieben. Aufgrund des Strukturwandels der Moderne gebe es keine Sicherheit mehr, keine gemeinsame Grundlage mehr für die Gesellschaft, weswegen ein gesellschaftlicher Schwebезustand, Unruhe und Orientierungslosigkeit vorherrsche.⁵⁰¹ Aufgrund der abstrakten Welt könne man nur noch in kleinen Bereichen Lebensziele verfolgen.⁵⁰² Zu wenig Einbindung in die Familie und die Auflösung traditioneller Familienverhältnisse führten dazu, dass das Elternhaus häufig nur noch als TV- und Schlafstelle diene und außerdem zu allgemeiner Unsicherheit.⁵⁰³ Zudem sei der Schulbetrieb überbürokratisiert, die Großstadt unwirtlich und die Kultur-, Jugend und Subventionspolitik ungerecht.⁵⁰⁴ Infolgedessen komme es zur Politikverdrossenheit, wie die *Presse* zweimal anführte.⁵⁰⁵ Diese drücke sich bei einer Minderheit der Jugend in Aggression und Zerstörungswut aus.⁵⁰⁶ Die wichtigste Forderung des Konservatismus, die Wahrung der

⁴⁹⁴ Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁴⁹⁵ Margl, Lanc: "Aggressionsabbau durch Diskussion". In: Die Presse vom 3.4.1981 S. 8.

⁴⁹⁶ o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 14; o.V., Viele Diagnosen zu den Jugendkrawallen. In: Die Presse vom 14.3.1981 S. II; o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. In: Die Presse vom 21.3.1981 S. II.

⁴⁹⁷ o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁴⁹⁸ o.V., Lanc vor Wiener SP: "Müssen Gespräche suchen". In: Die Presse vom 6.3.1981.

⁴⁹⁹ Anneliese Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". Utopien, Visionen und Ängste der Jungpolitiker in den etablierten Parteien. In: Die Presse vom 4.7.1981.

⁵⁰⁰ o.V., Bibel, Brokdorf, Brutalität. Die Vielfalt der jungen Deutschen. Jugend in Europa - zwischen Resignation und Rebellion (VII). In: Die Presse vom 2.7.1981.

⁵⁰¹ o.V., "Die Jugend von heute" - vom Protest zur totalen Anpassung. In: Die Presse vom 19.1.1981 S. 2; Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Bibel, Brokdorf, Brutalität. In: Die Presse vom 2.7.1981 S. 3; Karl Georg Rosenstingl, Die Unruhe der Jugend ist "Grundlagenfrage". In: Die Presse vom 11.7.1981.

⁵⁰² o.V., Jugend ist "Frühwarnsystem unserer Gesellschaft". In: Die Presse vom 28.11.1981.

⁵⁰³ Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁵⁰⁴ Ebenda; o.V., Ursachen liegen bei der Jugendpolitik. In: Die Presse vom 07./8.3.1981.

⁵⁰⁵ Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Bibel, Brokdorf, Brutalität. In: Die Presse vom 2.7.1981 S. 3.

⁵⁰⁶ Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

bestehenden Verhältnisse, kam damit in diesen Einschätzungen zum Ausdruck.⁵⁰⁷ Ähnliche Einschätzungen trafen auch konservative Kräfte in der Schweiz in der Reaktion auf dortige Jugendunruhen.⁵⁰⁸

Allerdings relativierten verschiedene Berichte der *Presse* diese Perspektiven auf die Jugendbewegung. Nach den Einschätzungen des sozialdemokratischen Frankfurter Polizeichefs Dr. Karlheinz Gemmer aus einem Bericht zum Seminar „Aggressive Jugend – Aggressive Gesellschaft“ in Zürs Anfang April seien die meisten Aktivist:innen friedlich. Daher gebe es auf Demonstrationen „Selbstreinigungstendenzen“. „Vieles ist sicher eine Modeerscheinung und wird stark beeinflusst von der Resonanz der Öffentlichkeit.“, so Gemmer in der *Presse*. Die Polizei müsse weniger gewaltvoll auftreten und stärker das Gespräch suchen, außerdem brauche es von der Politik und Wissenschaft verstärkt Ursachenforschung.⁵⁰⁹ Der Wissenschaftler Giselher Guttman plädierte im Rahmen eines Berichts im Seminar in Zürs für mehr jugendpolitische Freiräume, die benötigt würden.⁵¹⁰ Eine weitere positive Einschätzung in der *Presse* enthielt Ende November ein Bericht zu einer Enquete mit dem Thema „Jugend zu Beginn der achtziger-Jahre“ durch den Geschäftsführer des Österreichischen Instituts für Jugendkunde, Erich Brunnmayr. Er sah in der Jugendbewegung Potenzial für eine „friedvolle“ Zukunft und bessere Lebensweisen. Als Ursachen für die Jugendbewegung machte der Psychologe Professor Werner Moser bei derselben Veranstaltung ein Auseinanderklaffen zwischen abstrakten Idealen der Jugend und deren Umsetzung sowie darauf resultierender Konflikte aus. Man solle sich vor „allzu raschen Urteilen“ hüten, die Jungen sollten in die Gesellschaft eingebunden werden.⁵¹¹

Die spezifische Situation von Jugendlichen in Wien beschrieb die *Presse* im Artikel zur Arbeiterkammer-Studie Raum als sehr trostlos (die AK-Studie findet auch Erwähnung im Kapitel 2.2. Stadt Wien – Stadtentwicklung Wiens).⁵¹² Zudem veröffentlichte die *Presse* auch eine Jugendumfrage aus Oberösterreich, wonach die Stadtjugend unzufriedener als die Landjugend sei. Der oberösterreichische Landeshauptmannstellvertreter Gerhart Possart befürchte jedoch nicht, „daß auch Linz zu einem Schauplatz von Krawallen und

⁵⁰⁷ Natascha Strobl, Radikalisierte Konservatismus: eine Analyse (Berlin 2021), S. 11.

⁵⁰⁸ Jan Hansen, Defining Political Dissidence. The Swiss Debate on the Riots of 1980-81. In: Knud Andresen, Bart van der Steen (Hg.), A European Youth Revolt: European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s (London 2016) S. 243–357, hier S. 244.

⁵⁰⁹ Hubert Margl, Frankfurts Polizeichef übt Krawall-Kritik. "Politik und Wissenschaft lassen uns im Stich". In: Die Presse vom 4.4.1981.

⁵¹⁰ Margl, Lanc: "Aggressionsabbau durch Diskussion". In: Die Presse vom 3.4.1981 S. 8.

⁵¹¹ o.V., Jugend ist "Frühwarnsystem unserer Gesellschaft". In: Die Presse vom 28.11.1981 S. 4.

⁵¹² o.V., "Jung sein in Wien" ist trostlos. AK-Studie zerzaust Gemeindepolitik. In: Die Presse vom 23.11.1981.

Demonstrationen wird.“ Aufgrund der höheren Zufriedenheit der Landjugend, müsse man der Stadtjugend allerdings mehr Eigenverantwortung zugestehen.⁵¹³

Wie in Kapitel 2.2. Stadt Wien – Politischer Kontext beschrieben, erodierte die konservative Dominanz in Österreich seit dem Ende der 1960er-Jahre, was sich auch in einer absoluten Mehrheit der SPÖ in den Jahren 1971 bis 1983 ausdrückte. Die SPÖ-Regierungen forcierten eine umfassende Demokratisierung und Modernisierung der österreichischen Gesellschaft.⁵¹⁴ Diese Ansätze widersprachen den Grundlagen konservativer Ideologie, wonach bestehende Verhältnisse bewahrt werden müssten und Ungleichheit und klare Hierarchien zentral für die soziale Ordnung seien.⁵¹⁵ Die Proteste wurden von der konservativen *Presse* als Beweis für die Erschütterung der sozialen Ordnung durch die Sozialdemokratie gesehen.

Arbeiter-Zeitung

In einer ersten Reaktion stellte die *Arbeiter-Zeitung* (AZ) die Unruhen in 1981 als apolitisch beziehungsweise kriminell dar, ging jedoch in weiterer Folge zu marxistischen Erklärungsansätzen über.

Die *Arbeiter-Zeitung* rahmte insbesondere die 1. März-Demonstration zunächst als apolitische oder kriminelle Handlung. Externe Einflüsse wurden früh betont: Von „Fäden im Ausland“ war die Rede,⁵¹⁶ mehrfach wurden deutsche Teilnehmer:innen als Anführer genannt.⁵¹⁷ Zugleich dominierten psychologisierende Zuschreibungen: Aggression, Langeweile oder „jugendlicher Übermut“.⁵¹⁸ Gemäß dem damaligen Zentralsekretär der SPÖ Blecha seien diese auf eine schwierige Beschäftigungslage und Schulstress zurückzuführen.⁵¹⁹ Die Kundgebung sei „keine Demo“ gewesen, sondern der Versuch einzelner Jugendlicher, Unruhe in Wien zu erzeugen.⁵²⁰ Kanzler Kreisky (SPÖ) spricht in der *AZ* von individualpsychologischen Ursachen und betonte, es handle sich um eine „Randerscheinung“ ohne Bezug zur Linken.⁵²¹ Nur selten wurden andere

⁵¹³ o.V., Linzer Umfrage: Stadtjugend ist unzufriedener. In: *Die Presse* vom 10.3.1981.

⁵¹⁴ *Vocelka*, Geschichte Österreichs, S. 341–345; *Knapp*, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation, S. 115–126.

⁵¹⁵ *Strobl*, Radikalisierte Konservatismus: eine Analyse, S. 11.

⁵¹⁶ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1; *Scheuch*, Die Randalierer. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁵¹⁷ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1; o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

⁵¹⁸ o.V., Nicht harmlos. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1; Karl *Blecha*, Die Ängste dieser Jugend. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981.

⁵¹⁹ *Blecha*, Die Ängste dieser Jugend. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 4.

⁵²⁰ o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

⁵²¹ o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.3.1981 S. 1; o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.3.1981 S. 2.

Motive genannt, etwa die Einschätzung eines Teilnehmers, der Motive wie Wohnungsnot, Zukunftsängste und das Gefühl einer „ohnmächtigen Wut“ nannte.⁵²²

In der weiteren Berichterstattung führte die *Arbeiter-Zeitung* als Erklärungsansatz ebenso wie die *Presse* ein Unbehagen in und ein Unmut mit der Gesellschaft an⁵²³ sowie eine allgemeine Krise des Werte- und Wirtschaftssystems.⁵²⁴ Bei der Konferenz „Jugend in der Gesellschaft“ nannte Ernst Woller als Ursachen für die Jugendbewegung unter anderem die Verschleierung tatsächlicher Zusammenhänge durch Freizeitindustrie, manche Medien und Schulen, die noch oft ein Hort des Konservatismus seien.⁵²⁵

Gemäß dem Soziologen Josef Hochgerner im ersten Teil der dreiteiligen *AZ*-Serie „Jugend und Partei“ von Mitte März 1981 sei die Jugendbewegung „politisch oft nicht klar einzuordnen, einig nur im Protest gegen bestehende Macht und Herrschaftsverhältnisse, uneinig untereinander“. Im Gegensatz zu der 68er-Generation sei diese aber keine „Neue Linke“, die Protestierenden würden nur ihrem „latent immer vorhandenen Unmut“ zum Ausdruck bringen. Die Jugendlichen seien „sowohl Beteiligte als auch Betroffene“ des Kapitalismus. Deswegen seien sie keine Gegner:innen der kapitalistischen Gesellschaft, was „sowohl konservative Überangepaßte als auch ‚anarchistende‘ Funkdamentalopposition“ erkläre. Im Artikel kam auch breit eine neue IFES-Studie über die Jugendlichen in Österreich vor, wonach die Situation der Jugendlichen geprägt sei von Aufstiegserwartungen und -ängsten, die im individuellen Konkurrenzkampf ausgefochten würden. Auch wenn die Jugendlichen die Klassengegensätze erkennen würden, reagierten sie darauf nicht mit egalitären Ansätzen, sondern würden selbst zu den Privilegierten gehören wollen.⁵²⁶ Ebenso wie in anderen Artikeln thematisierte die *AZ* dabei eine Ablehnung der vorherrschenden Politik, Zukunftsangst und die Akzeptanz der Klassengegensätze.⁵²⁷

⁵²² o.V., Wurzeln der Jugend-Unzufriedenheit. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 13.4.1981.

⁵²³ Peter Pelinka, „Jugend und Partei“, *AZ*-Serie von Peter Pelinka - neue *AZ*-Serie „Vier Typen in der Jugend 81“. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 20.3.1981; Christa Karas, Jugendkrawalle: Offene Gespräche statt Watschen. Nur wenige sind radikalisiert, aber viele unzufrieden. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 8.4.1981.

⁵²⁴ Peter Pelinka, Nicht nur besserer „Verkauf“ der Politik an Jugendliche. SP-Jugendenquete im Renner-Institut. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 23.3.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁵²⁵ o.V., „Schulen sind immer noch Hort des Konservatismus“. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 6.3.1981.

⁵²⁶ Peter Pelinka, Jugend und Partei, *AZ*-Serie von Peter Pelinka: „Jugend 81- Eine Jugend voller Widersprüche“. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 18.3.1981.

⁵²⁷ o.V., „Im Gespräch nach Lösungen suchen“. Innenminister Lanc vor Wiener Konferenz der SPÖ über das Thema „Jugend in der Gesellschaft“. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 6.3.1981; o.V., „Weg von der Politik der Sachzwänge“. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 7.3.1981; Karas, Jugendkrawalle: Offene Gespräche statt Watschen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 8.4.1981 S. 3.

Es zeige sich laut *AZ* eine politische Entfremdung, die sich in (Zerstörungs-)wut gegen den Staat und in anarchistischen Forderungen gegen „die da oben“ artikuliere.⁵²⁸ Gefährlicher als die Jugendlichen der 1. März-Demonstration sei laut Christa Karas in der *AZ* ein größerer Teil der Jugend, der eine „kritiklose Anpassung“ zeigte, also konformistisch-passiv sei. Trotzdem müsse man den sehr kleinen Teil der radikalisierten Jugendlichen ernst nehmen. Der materielle Wohlstand habe bei den Jugendlichen zu enormen Zukunftsängsten vor Verlust des Wohlstands geführt. Hinter den Forderungen der Jugendlichen nach Leben, Liebe, Freiheit oder nach autonomen Jugendzentren versteckten sich ungelöste Probleme, beispielsweise die „noch nicht handhabbaren Auflösungserscheinungen der Familie“, schlechte Wohnungen, Gewalt in der Gesellschaft, die Leistungsideologie und damit verbundene Sachzwänge. Die Jugendlichen könnten diese vielfältigen Probleme nicht konkret formulieren, dafür brauche es den Dialog.⁵²⁹ Individualisierte Gründe, wie eine Schädigung im Kindesalter durch Lieblosigkeit der Eltern, führte in der *AZ* nur ein Leserbrief als möglichen Grund für die „Jugendkrawalle“ an.⁵³⁰ Den Einfluss der Jugendbewegung wertete die *AZ* allerdings als gering, wie in einer Einschätzung des Geschäftsführers des IFES-Instituts Ernst Gehmacher deutlich wurde. Demnach herrsche großes Vertrauen in das politische System: „Terrorismus, Studentenunruhen, Jugendkrawalle und Streiks werden kaum beobachtet, oder kommen nur im Operettenstil vor.“⁵³¹

Als Basis der Erklärung für die Jugendbewegung dienten der *AZ* also im marxistischen Sinne die materiellen Verhältnisse und die Position der Jugendlichen in der kapitalistischen Klassengesellschaft, die ihnen Unwohlsein verursachte. Klassisch nach Marx verschleierten jedoch Ideologien diesen Zusammenhang und führten zu einem falschen Bewusstsein der Menschen, das vor allem durch Entfremdung ermöglicht würde. Die Erkenntnis der eigenen Klassenlage und -interessen solle durch sozialistische Mobilisierung erlangt werden.⁵³² Die *AZ* erkannte hier zwar ökonomische Schwierigkeiten ab der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre als Auslöser der Proteste an (s.a. Kapitel 2.2. Stadt Wien), die Kritik der Jugendunruhen an der „Krise der Stadt“, des Fordismus und der damit einhergehenden Lebensweise (s. Kapitel 3.1. Städtische soziale Bewegungen) sowie eigenständiger anarchistischer linker Bezugnahmen wurden dabei allerdings ignoriert.

⁵²⁸ o.V., Jugend: Ohne Forderungen? In: Arbeiter-Zeitung vom 12.3.1981; Pelinka, "Jugend und Partei", AZ-Serie von Peter Pelinka - neue AZ-Serie "Vier Typen in der Jugend 81". In: Arbeiter-Zeitung vom 20.3.1981 S. 3.

⁵²⁹ Karas, Jugendkrawalle: Offene Gespräche statt Watschen. In: Arbeiter-Zeitung vom 8.4.1981 S. 3.

⁵³⁰ o.V., Jugend: Ohne Forderungen? In: Arbeiter-Zeitung vom 12.3.1981 S. 4; Pelinka, "Jugend und Partei", AZ-Serie von Peter Pelinka - neue AZ-Serie "Vier Typen in der Jugend 81". In: Arbeiter-Zeitung vom 20.3.1981 S. 3.

⁵³¹ o.V., Streiks und Krawalle - nur im Operettenstil. Gehmacher über Österreichbewußtsein in Baden. In: Arbeiter-Zeitung vom 25.4.1981.

⁵³² Herbert Kühr, Ideologietheorie und Ideologiekritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 2 (1977).

Kronen Zeitung

In der *Kronen Zeitung* herrschten hingegen rein kriminalisierende und vorwiegend individualisierende Erklärungsansätze für die 1. März-Demonstration vor. Dazu zählten beispielsweise die „Lust am Demolieren“,⁵³³ Langeweile⁵³⁴ oder Drogenkonsum⁵³⁵ und nur vereinzelt linke beziehungsweise anarchistische Motive, die aber nicht näher ausgeführt wurden (s. Motive).⁵³⁶

In der Folge erwähnte die *Kronen Zeitung* die Jugendbewegung nur am Rande. So kam diese im Juli ausschließlich in der Ankündigung einer Sendung zu „Österreichs neuer Jugendbewegung“ in „Politik am Freitag“ vor. Darin werde die „autonome Jugendbewegung, deren Gruppierungen in nahezu allen österreichischen Städten einen ständigen Kleinkrieg gegen die Politiker führen“ und die „Anlässe für die Aggressivität der Jugendlichen“ beschrieben.⁵³⁷ Anfang August erschien ein Titelbild, in dem eine positive Jugend einer „Minderheit von Jugendlichen“ gegenübergestellt, bei denen „Szenen von Straßenschlachten und von Rauschgiftexzessen [...] an der Tagesordnung“ seien.⁵³⁸

Anlässlich des Erscheinens des Buchs „Jugend in Österreich: Die unberechenbare Generation“ im Oktober 1981, verfasst vom Wiener Soziologen und Psychologen Ernst Gehmacher, fanden die „Jugendkrawalle“ erneut Erwähnung. Demnach erreiche die Jugendproblematik eine neue Breite, da nicht mehr nur Eliten einen Zugang zu Bildung hätten. „Drogensucht und Jugendkrawalle“ würden für „moderne Wohlfahrtsdemokratie“ enorme Herausforderungen darstellen. Weitere Erklärungen oder Einordnungen dazu fehlten im Artikel.⁵³⁹

Danach fand die österreichische Jugendbewegung in der *Kronen Zeitung* keine weitere explizite Erwähnung. Ein Artikel von Ernst Trost von Mitte November 1981 thematisierte die Protestbewegungen in der BRD, die teils „Kriege“ seien und jeden Vorwand nähmen, „um gegen diesen verhaßten Staat mit Berserkerwut anzurennen.“ Der Staat wisse nicht, wie er sich wehren solle.⁵⁴⁰

⁵³³ Leserbriefe, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 24.3.1981 S. 14.

⁵³⁴ o.V., Kreisky: Hysterie wäre ganz falsch. In: *Kronen Zeitung* vom 4.3.1981 S. 4.

⁵³⁵ Staberl, Reklame für Faschisten! In: *Kronen Zeitung* vom 13.3.1981 S. 2; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: *Kronen Zeitung* vom 3.3.1981 S. 8, S. 9.

⁵³⁶ Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: *Kronen Zeitung* vom 4.3.1981 S. 6; Staberl, Reklame für Faschisten! In: *Kronen Zeitung* vom 13.3.1981 S. 2; Leserbriefe, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 17.3.1981 S. 8; "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: *Kronen Zeitung* vom 3.3.1981 S. 8.

⁵³⁷ o.V., Motto: Politik? Nein, danke! In: *Kronen Zeitung* vom 17.7.1981 S. 14.

⁵³⁸ o.V., Die andere Jugend... In: *Kronen Zeitung* vom 5.8.1981.

⁵³⁹ o.V., Ein Buch über jugend: Ihre Krise, Ihre Chance. "Die unberechenbare Generation". In: *Kronen Zeitung* vom 21.10.1981.

⁵⁴⁰ Ernst Trost, Die dagegen sind. In: *Kronen Zeitung* vom 17.11.1981.

Die Berichterstattung der *Kronen Zeitung* entsprach der klassischen Wiedergabe von Nachrichtenthemen in Boulevardmedien, die meist knapp und oberflächlich erfolgte.⁵⁴¹ In der unmittelbaren Berichterstattung zur Demonstration vom 1. März 1981 wandte sie vor allem Skandalisierungstechniken an.⁵⁴²

Zusammenfassung der Erklärungsansätze

In den Zeitungen herrschten also unterschiedliche Erklärungsansätze für jugendliches Protestverhalten vor. Die der *Presse* waren konservativ gerahmt, sie charakterisierten die Teilnehmer*innen an der 1. März Demonstration als dem linken und anarchistischen Spektrum zugehörig sowie als aggressiv und zur Gewalt neigend. Verantwortung für dieses Verhalten läge in der Auflösung traditioneller Verhältnisse im Übergang zur Moderne und zu viel Bürokratie, was zu Politikverdrossenheit, Aggression und Zerstörungswut führe. Nur vereinzelt erschienen positivere Einschätzungen zur Jugendbewegung, wonach diese zu einer besseren Zukunft beitragen könne.

Die *Arbeiter-Zeitung* erklärte die Jugendproteste nach ersten individualisierenden Erklärungsansätzen in klassisch marxistischer Weise aus einer Krise von Werte- und Wirtschaftssystem und daraus entstehenden Zukunfts- und Aufstiegsängsten. Das daraus entstehende Problembewusstsein sowie die Erkenntnis von Klassengegensätzen führe jedoch nicht zu einem politischen (sozialistischen) Bewusstsein, weswegen die Jugendlichen keine konkreten Anliegen formulieren könnten und auf Anarchismus oder Konservatismus setzten.

In der *Kronen Zeitung* erschienen die Proteste völlig entpolitisiert als Ausdruck von Langeweile, Aggression und Wut gegen den Staat und wurden nur einmal auf einen breiteren Zugang zu Bildung zurückgeführt.

b) Politische Reaktionen und Einordnungen

Abgesehen von Erklärungsversuchen für die Jugendbewegung wurden auch politische Strategien zum Umgang mit dieser thematisiert. Ab Ende der 1970er-Jahre war der Umgang der Stadt Wien, geprägt von der Regierungspartei SPÖ, von Einhebungs- und Integrationsversuchen der Jugendbewegung gekennzeichnet.⁵⁴³ Die Großdemonstration am 1. März 1981 verlieh diesen Bemühungen neue Relevanz und beschleunigte sie (s.a. Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien).⁵⁴⁴ Die ÖVP unter dem liberal eingestellten Erhard Busek

⁵⁴¹ Ohliger, Kennzeichen und Wandel der Politikberichterstattung im Boulevardjournalismus, S. 54, S. 55.

⁵⁴² Fabris, Journalismus im "neuen" Österreich. In: Fabris, Hausjell (Hg.), Die vierte Macht, S. 4.

⁵⁴³ Mattl, Wien im 20. Jahrhundert, S. 88–91.

⁵⁴⁴ Suttner, "Beton brennt", S. 258–265.

bemühte sich ebenso um Jugendanliegen.⁵⁴⁵ Jugendpolitische Forderungen und Maßnahmen der Parteien SPÖ und ÖVP lassen sich in der Berichterstattung im Kontext der Jugendbewegung erkennen, allem voran in der *AZ* und der *Presse*. Da die *Kronen Zeitung* außer den unmittelbaren politischen Reaktionen auf die 1. März-Demonstration im März und April 1981 weitere Reaktionen oder Maßnahmen zur Jugendbewegung oder Jugendpolitik nicht systematisch aufgriff, kommt diese in diesem Kapitel nur am Rande vor.

Jugendpolitik der SPÖ/Stadt Wien

Die SPÖ als regierende Partei in Wien und im Bund war die wichtigste parteipolitische Akteurin im jugendpolitischen Bereich. Dementsprechend fanden sich deren Maßnahmen am häufigsten in den Zeitungen wieder. Sie verfolgte vorrangig Bestreben der Neutralisierung, Entlastung, Kontrolle und Integration.⁵⁴⁶ Sowohl *Kronen Zeitung* und *Presse* waren der SPÖ gegenüber in diesem Zusammenhang kritisch eingestellt. Die *AZ* gab die Maßnahmen als Sprachrohr der Partei sehr ausführlich und positiv gerahmt wieder.

In der *Kronen Zeitung* dominierten nach dem 1. März Forderungen nach härteren Maßnahmen und eine harsche Kritik an der politischen Reaktion, die als zu schwach und „auf dem linken Auge blind“ bezeichnet wurden.⁵⁴⁷ Ein Artikel erwähnte jedoch die Förderung von selbstverwalteten Kommunikationszentren als positive Maßnahme gegen „Jugendkrawalle“ seitens der Stadt Wien.⁵⁴⁸

Ein zentrales Muster der unmittelbaren Berichterstattung der *Arbeiter-Zeitung* zur 1. März-Demonstration bestand darin, die Forderungen der Jugendlichen zu relativieren. Immer wieder verwies die *AZ* auf bereits existierende oder geplante Einrichtungen wie die Arena, das Amerlinghaus oder das WUK.⁵⁴⁹ Dadurch stellte sie die Legitimität der Forderungen nach neuen selbstverwalteten Räumen in Frage, da der Bedarf gedeckt sei. Zudem erwähnte die Zeitung die von der SPÖ geplanten jugendpolitischen Initiativen.⁵⁵⁰ In der darauffolgenden Berichterstattung der *Arbeiter-Zeitung* im März und April setzte diese einen Fokus auf die politischen Reaktionen und Maßnahmen der SPÖ für die Jugendbewegung. In Form von

⁵⁴⁵ Bihl, Wien 1945-2005. In: Csendes, Opll (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 626–630.

⁵⁴⁶ Lachnit, Zwischen Geldhahn und Gummiknüttel, S. 475, S. 476.

⁵⁴⁷ Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 17.3.1981 S. 8; Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 24.3.1981 S. 14.

⁵⁴⁸ o.V., Gemeinde Wien gibt die "Arena" für die Jugendlichen frei. In: *Kronen Zeitung* vom 25.3.1981.

⁵⁴⁹ o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3; Pelinka, Zürich-Berlin-Wien? In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

⁵⁵⁰ o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3; Pelinka, Zürich-Berlin-Wien? In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

Berichten über Veranstaltungen der SPÖ zum Jugendthema gab die Zeitungen zentrale SPÖ-Positionen und -Maßnahmen wieder.

Eine inhaltliche Öffnung in der *AZ* setzte sich insbesondere ab der SPÖ-Konferenz „Jugend in der Gesellschaft“ am 5. März 1981⁵⁵¹ durch, wo sowohl jugendpolitische Forderungen artikuliert als auch strukturelle Maßnahmen wie die Errichtung selbstverwalteter Jugendhäuser diskutiert wurden. Die dort von Innenminister Lanc (SPÖ) zentral vertretene Linie, dass man es mehr Solidarität und Dialog mit der Jugend brauche, um eine Entfremdung gegenüber demokratischen Institutionen zu verhindern, bestimmte auch in der Folge die SPÖ-Linie.⁵⁵² Programmatische Schwerpunkte der SPÖ lägen nach einer „Resolution der Wiener Jugendkommission“ zur Konferenz „Jugend in der Gesellschaft“ unter anderem in den Bereichen wirtschaftliche Absicherung und Wirtschaftswachstum, Demokratisierung, Dezentralisierung und Entbürokratisierung, verstärktes Umweltbewusstsein und mehr Mitbestimmung. Konkrete Anliegen würden unter anderem in der Forderung nach Jugendzentren und selbstverwalteten Zentren laut.⁵⁵³ In den Jugendzentren sollten Selbstverwirklichung und Selbsterfahrung ermöglicht werden.⁵⁵⁴ Die vorwiegend jungen Redner:innen hätten laut den Berichten Kritik am vorgesehenen neuen Landespolizeigesetz, an Maßnahmen im öffentlichen Verkehr bezüglich Tarifänderung, an der Situation auf dem Wohnungsmarkt und an „fehlende Freiräume“ geübt. Eine konservative Strukturwende verdecke nach Josef Cap wirkliche Probleme und es gebe trotz politischer Unzufriedenheit wenig Klassenbewusstsein in der Jugend. Die SPÖ solle neue Impulse nützen, um die Jugend sozialistisch zu mobilisieren.⁵⁵⁵ Damit wurden einige Anliegen der Jugendbewegung von zumindest Teilen der SPÖ anerkannt.

In der *AZ* erhielten Lösungsansätze der SPÖ auch nach der Konferenz „Jugend in der Gesellschaft“ viel Raum. Der Dialog mit der Jugend solle demnach unter anderem durch Jugendforen in österreichischen Städten gefördert werden.⁵⁵⁶ Im zweiten und dritten Teil der

⁵⁵¹ o.V., Heute Wiener Konferenz - Thema: "Jugend in der Gesellschaft". In: Arbeiter-Zeitung vom 5.3.1981; o.V., "Im Gespräch nach Lösungen suchen". In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3; o.V., Konkrete Lösungen für die Wünsche der Wiener Jugend. Resolution der Wiener Jugendkommission. In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981; o.V., Warum Berlin, warum Zürich? JG-Diskussion "Jugend in Großstädten". In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981; o.V., "Weg von der Politik der Sachzwänge". In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981 S. 4.

⁵⁵² o.V., Fröhlich-Sandner: Dialog mit der Jugend mobilisieren. In: Arbeiter-Zeitung vom 20.5.1981.

⁵⁵³ o.V., Konkrete Lösungen für die Wünsche der Wiener Jugend. In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3.

⁵⁵⁴ o.V., Jugendbewegung als Hefe der Gesellschaft sehen. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.02./01.03.1981 S. 3; o.V., Heute Wiener Konferenz - Thema: "Jugend in der Gesellschaft". In: Arbeiter-Zeitung vom 5.3.1981 S. 2.

⁵⁵⁵ o.V., "Weg von der Politik der Sachzwänge". In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981 S. 4.

⁵⁵⁶ Karas, Jugendkrawalle: Offene Gespräche statt Watschen. In: Arbeiter-Zeitung vom 8.4.1981 S. 3; o.V., Antwort auf Jugendkrawalle: Lanc plant Jugendforen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.4.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

schon bei den Erklärungsansätzen erwähnten Serie von Artikeln in der *AZ* zum Thema „Jugend und Partei“ versuchten Peter Pelinka und der damalige Zentralsekretär der SPÖ Blecha, sozialistische Einflussmöglichkeiten auf die Jugend zu eruieren. Zentral dabei sei, der Jugend den Wert der Solidarität zu vermitteln. Die Partei wolle außerdem einen Jugendombudsmann sowohl im kommunalen Bereich als auch im Parteibereich engagieren, der regelmäßigen Kontakt zur Jugend halten solle.⁵⁵⁷

Weitere von der *AZ* dokumentierte Veranstaltungen mit Bezug zur Jugend waren unter anderem eine Veranstaltung der Jungen Generation der SPÖ Wien zum Thema „Jugend in Großstädten“ im März 1981,⁵⁵⁸ eine „SP-Jugendenquete im Renner Institut“ im März 1981,⁵⁵⁹ eine Enquete über Jugendprobleme im Mai 1981⁵⁶⁰ und eine VHS-Diskussion zum Thema „Jugend und Wohnen“ im Juni 1981.⁵⁶¹ Laut dem Referenten und damaligem Zentralsekretär der SPÖ Blecha bei der „SP-Jugendenquete im Renner Institut“ solle sich die SP-Jugend um „Bewußtseinsbildung, Parteierneuerung, Konzeptionen für Jugendliche und Alternativgruppen, Aufbau der SPÖ“ bemühen und es solle Startwohnungen für Junge geben. Es gäbe aber ganz grundsätzlich ein Spannungsfeld zwischen Realpolitik und sozialistischem Anspruch.⁵⁶²

Damit vollzog die *Arbeiter-Zeitung* bereits im März 1981 einen deutlichen Wandel weg von der anfänglich scharfen Verurteilung und Kriminalisierung der Demonstration hin zu Versuchen, Ursachen zu verstehen, Dialogangebote zu eröffnen und jugendpolitische Maßnahmen zu kommunizieren. Dies spiegelte sich nicht zuletzt in der Veröffentlichung eines Leserbriefs eines Teilnehmers der 1. März-Demonstration,⁵⁶³ der eine direkte Gegenstimme zur offiziellen Deutung zuließ. Der Leserbrief kritisierte, dass die Politiker:innen die Probleme der Jugendlichen nicht erkennen und keine Diskussion mit ihnen suchen würden, da diese eventuell doch Forderungen hätten.⁵⁶⁴ Eine Meldung der *AZ* von Anfang April 1981 zu einer Studie zur „Alternativen Kultur in der BRD“ stützte diese Herangehensweise der SPÖ an die

⁵⁵⁷ Peter Pelinka, Jugend und Partei, AZ-Serie von Peter Pelinka: "SPÖ-Jugend: Die schwierige Gratwanderung. In: Arbeiter-Zeitung vom 19.3.1981; Pelinka, "Jugend und Partei", AZ-Serie von Peter Pelinka - neue AZ-Serie "Vier Typen in der Jugend 81". In: Arbeiter-Zeitung vom 20.3.1981 S. 3.

⁵⁵⁸ o.V., Warum Berlin, warum Zürich? In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3.

⁵⁵⁹ Pelinka, Nicht nur besserer "Verkauf" der Politik an Jugendliche. In: Arbeiter-Zeitung vom 23.3.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁵⁶⁰ o.V., Fröhlich-Sandner: Dialog mit der Jugend mobilisieren. In: Arbeiter-Zeitung vom 20.5.1981 S. 10.

⁵⁶¹ o.V., "Probleme können nicht durch Polizeieinsatz gelöst werden". Lanc bei Diskussion über Hausbesetzungen. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.6.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁵⁶² Pelinka, Nicht nur besserer "Verkauf" der Politik an Jugendliche. In: Arbeiter-Zeitung vom 23.3.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁵⁶³ o.V., Wurzeln der Jugend-Unzufriedenheit. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.4.1981 S. 4.

⁵⁶⁴ o.V., Jugend: Ohne Forderungen? In: Arbeiter-Zeitung vom 12.3.1981 S. 4.

Jugendbewegung. Diese warnte, dass „Jugendprobleme nicht mit Gewalt zu lösen“ seien. Man müsse eher an die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit und der Wohnungsnot herangehen.⁵⁶⁵

Im Mai, Juni und Oktober 1981 fand die Jugendbewegung in der *AZ* anhand von Artikeln zu weiteren Veranstaltungen Erwähnung.⁵⁶⁶ So zitierte die *AZ* Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) im Mai 1981 „anlässlich einer Enquete über Jugendprobleme“ mit der Forderung, den Dialog mit der Jugend zu mobilisieren und Vorurteile gegenüber Jugendzentren abzubauen. Die Gesellschaft reagiere auf alternative Aktionen und Lebensformen häufig mit Ablehnung und Misstrauen, was Unmut über die Intoleranz bei der Jugend hervorrufe.⁵⁶⁷ Ende Oktober kündigte die *AZ* anlässlich der Veröffentlichung von Ernst Gehmachers Buch „Jugend in Österreich – die unberechenbare Generation“ eine Podiumsdiskussion im Karl-Renner-Institut mit SPÖ-(Jung)politikern und Viktor Reimann⁵⁶⁸ von der *Kronen Zeitung* an.⁵⁶⁹

Anlässlich der SPÖ-Konferenz „Jugend in der Gesellschaft“ berichtete auch die *Presse* von Innenminister Lanc‘ Plädoyer für einen Dialog mit der Jugend und einer stärkeren Berücksichtigung der Alternativbewegung. Allerdings schrieb die *Presse* über die Konferenz nur sehr knapp und kritisch und beurteilte sie als Ausdruck der „Ratlosigkeit der SPÖ“.⁵⁷⁰ In mehreren Artikeln gab die *Presse* die SP-Forderung nach Jugendzentren wieder.⁵⁷¹ Die Relevanz der Möglichkeit der Selbsterfahrung und Selbstverwirklichung betonte auch Fröhlich-Sandner (SPÖ) in einer Meldung anlässlich eines Symposiums zu den Jugendzentren der Stadt Wien Mitte November. Das Konzept der offenen Jugendarbeit sei, dass die Jugendlichen ihre Freizeit selbst gestalten lernen. Die Idee von Selbsterfahrung und Selbstverwirklichung als

⁵⁶⁵ o.V., Kurzmeldung: Jugendprobleme nicht mit Gewalt zu lösen. In: Arbeiter-Zeitung vom 6.4.1981; o.V., Fröhlich-Sandner: Dialog mit der Jugend mobilisieren. In: Arbeiter-Zeitung vom 20.5.1981 S. 10.

⁵⁶⁶ o.V., Kurzmeldung: "Züri bränt". In: Arbeiter-Zeitung vom 16.5.1981; o.V., Kurzmeldung: Jugenddiskussion im Renner-Institut. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.10.1981; o.V., Antwort auf Jugendkrawalle: Lanc plant Jugendforen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.4.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁵⁶⁷ o.V., Fröhlich-Sandner: Dialog mit der Jugend mobilisieren. In: Arbeiter-Zeitung vom 20.5.1981 S. 10.

⁵⁶⁸ Viktor Reimann war Mitbegründer des rechtsextremen „Verbands der Unabhängigen“ (VdU, 1949), aus dem später die FPÖ hervorging. Im Jahr 1981 war Leiter der Kulturredaktion der *Kronen Zeitung*, weswegen er vermutlich eingeladen wurde. Als Kolumnist der *Krone* war er mit dem Vorwurf antisemitischer Schreibweise konfrontiert. Brigitte Bailer-Galanda, Wolfgang Neugebauer, Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Brigitte Bailer-Galanda, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1993) S. 327–428, hier S. 328.

⁵⁶⁹ o.V., Kurzmeldung: Jugenddiskussion im Renner-Institut. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.10.1981 S. 2.

⁵⁷⁰ o.V., Lanc vor Wiener SP: "Müssen Gespräche suchen". In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 4; o.V., Unter Eindruck der Krawalle Ratlosigkeit bei SP-Pressekonferenz. In: Die Presse vom 6.3.1981.

⁵⁷¹ o.V., Selbsthilfe statt Krawalle. In: Die Presse vom 17.2.1981 S. 11; Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". In: Die Presse vom 4.7.1981 S. 1; o.V., In Wiens Jugendzentren ist zwangsweise Anpassung tabu. In: Die Presse vom 17.11.1981; o.V., "Jung sein in Wien" ist trostlos. In: Die Presse vom 23.11.1981 S. 8, S. 9.

zentralem Konzept der Jugendarbeit fand in der *Presse* positiven Anklang.⁵⁷² Demgegenüber bewertete jedoch Anneliese Rohrer die konkrete SPÖ-Politik am Beispiel der Gassergasse beispielsweise als sehr negativ.⁵⁷³ Generelle Kritik an der SPÖ-Politik zeigte sich in einem Bericht der *Presse* zum Ergebnis der AK-Studie (s.a. Kapitel 2.2. Stadt Wien - Stadtentwicklung Wiens). Demnach gebe es in der Jugend- und Kulturpolitik in Wien schwere Versäumnisse seitens der Gemeinde Wien und der SPÖ, insbesondere bei der Qualität des Wohn- und Freizeitangebots für Jugendliche.⁵⁷⁴

Während also in der *Kronen Zeitung* die SPÖ vor allem in der Berichterstattung zur Demonstration vom 1. März 1981 negativ dargestellt wurde, erhielten deren weitere Maßnahmen kaum Beachtung. In der *AZ* hingegen wurden diese erwartungsgemäß breit wiedergegeben. Nachdem zunächst auf bestehende Freiräume verwiesen wurde, erweiterte die SPÖ im Zuge der Konferenz „Jugend in der Gesellschaft“ am 5. März 1981 ihr jugendpolitisches Repertoire und setzte auf Dialog, Freiräume und wohnpolitische Verbesserungen. Eine weitere Beschäftigung der SPÖ mit dem Thema zeigte sich in vielerlei Veranstaltungen dazu, die in der *AZ* angekündigt wurden. Die *Presse* gab sich kritisch gegenüber den SPÖ-Maßnahmen, auch wenn die Betonung von Selbsterfahrung und -verwirklichung begrüßt wurde.

ÖVP-Reaktionen und Jugendpolitik

Nachdem die ÖVP Anfang der 1970er-Jahre einen umfassenden Machtverlust hinnehmen musste, liberalisierte sie sich in der Folge und betonte Chancengleichheit und Partizipation.⁵⁷⁵ In Wien betonte die ÖVP unter Erhard Busek Bürger:innennähe und soziale Entwicklung lokaler Stadtviertel (s.a. Kapitel 2.2. Stadt Wien - Politischer Kontext).⁵⁷⁶ In der Berichterstattung zu ÖVP-Jugendanliegen zeigte sich dies allerdings kaum.

Im Gegensatz zur *AZ* und zur *Kronen Zeitung* hob die *Presse* im Sommer und Herbst 1981 auch ÖVP-Reaktionen und Forderungen in ihrer Berichterstattung hervor. Im Juni 1981 zitierte die *Presse* den Generalsekretär der ÖVP Sixtus Lanner mit seiner Kritik an der SPÖ-Jugendpolitik und deren „gestörte[m] Verhältnis zu ihren Jugendgruppen“. Die Zeitung stellte Lanners recht schwammige Leitlinien für seine Jugendpolitik vor, beispielsweise: „Jugendpolitik geht uns alle an“. Zudem gab sie seine Ankündigung zu Gesprächen mit Jugendgruppen aus der Schweiz und

⁵⁷² o.V., In Wiens Jugendzentren ist zwangsweise Anpassung tabu. In: Die Presse vom 17.11.1981 S. 11.

⁵⁷³ Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". In: Die Presse vom 4.7.1981 S. 1.

⁵⁷⁴ o.V., "Jung sein in Wien" ist trostlos. In: Die Presse vom 23.11.1981 S. 8, S. 9.

⁵⁷⁵ Knapp, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation, S. 121–126.

⁵⁷⁶ Bihl, Wien 1945-2005. In: Csendes, Oppl (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3, S. 626–630.

der BRD sowie einer parlamentarische Jugendenquête wieder.⁵⁷⁷ Diese Gespräche seien als Vorbereitung auf den Herbst zu verstehen, da die ÖVP „neuerliche Jugendunruhen und Hausbesetzungen nicht ausschließen“ könne und Lanner befürchte, dass der „internationale Krawalltourismus“ auch nach Österreich wirken könne. Man müsse Unbequemes ansprechen, neben Wohnungsnot seien eine „bürokratische Zwangsjacke“ und der blinde Glaube an eine machbare Welt Gründe für das „Unbehagen der Jugend“. Schuld an den „jugendlichen Frustrationen“ sei auch die „Supermarkt-Politik“, wo man sich daran gewöhnt habe, immer nur zu nehmen, wobei „der Glaube an den Sinn des eigenen Tuns verloren gegangen“ sei, so JVP-Obmann Karas.⁵⁷⁸ Lanner sei jedoch eine „unruhige Jugend“ lieber als „resignierende Jugendliche“, wobei zwischen „Randalierertum und ehrlichem Streben nach Gesellschaftsverbesserung“ zu unterscheiden sei.⁵⁷⁹ In der bereits erwähnten Reportage von Anneliese Rohrer konstatierte diese, dass die ÖVP-Jugend im Gegensatz zur SPÖ-Jugend die eigene Partei kritisiere. Die ÖVP-Jugend fordere eine stärkere Beachtung der Interessen der Jugend und setze sich für Utopie in konkreten Projekten ein, wie beispielsweise die Stärkung der Selbstständigkeit durch eigenständige Renovierung und „Instandsetzung“ alter Wohnungen.⁵⁸⁰ In der *Arbeiter-Zeitung* und der *Kronen Zeitung* wurden die politischen Reaktionen der ÖVP auf die Jugendbewegung nicht verhandelt.

6.5. Hausbesetzungen

Mit dem Besetzungsversuch bei der 1. März-Demonstration gab es in Wien erstmals nach der Arena-Besetzung 1976 und einer versuchten Besetzung der Phorus-Halle durch Aktivist:innen der Burgartenbewegung im Jahr 1979 (s.a. Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien) wieder offensichtliche Anzeichen einer Besetzungsszene in Wien.⁵⁸¹ Die Aktionen der Hausbesetzungsszene fanden auch in den Zeitungen Niederschlag, was im Folgenden beschrieben wird. Zunächst standen die Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck Anfang Mai im Zentrum der Aufmerksamkeit, während eine weitere, zeitgleiche Wiener Besetzung nur geringe Resonanz fand. Im August thematisierten die Medien ein potenzielles Bedrohungsszenario durch mögliche Hausbesetzungen von Studierenden. Im folgenden Monat rückten kleinere Aktionen der Hausbesetzungsszene in den Fokus, bevor im Oktober 1981 die

⁵⁷⁷ o.V., Lanner umwirbt nun die Jugend. In: Die Presse vom 16.6.1981.

⁵⁷⁸ o.V., Suche nach Rezepten für die Jugendpolitik. "Zuerst mit den Hausbesetzern reden". In: Die Presse vom 22.8.1981.

⁵⁷⁹ o.V., In Kürze: Unruhige Jugend. In: Die Presse vom 20.8.1981.

⁵⁸⁰ Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". In: Die Presse vom 4.7.1981 S. 1.

⁵⁸¹ Suttner, Burgarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 141.

Demonstration „Keine Schonzeit für Hausbesitzer“ erneut öffentliche Aufmerksamkeit hervorrief. Begleitend dazu wurden verstärkt Fragen der Wohnraumsituation und der Stadtentwicklung Wiens diskutiert.

Obwohl in der *Presse* und in der *Kronen Zeitung* schon im Februar 1981 Meldungen zu Befürchtungen der ÖVP hinsichtlich möglicher Hausbesetzungen erschienen (s. Kapitel 6.1. Jugendbewegung im Vorfeld der Demonstration am 1. März 1981),⁵⁸² berichteten diese im Gegensatz zur *AZ*⁵⁸³ nicht über die versuchte Hausbesetzung bei der 1. März-Demonstration selbst. Trotzdem stellte die *Presse* im März angesichts der Demonstration die Frage, ob es erneut zu Hausbesetzungen kommen könnte.⁵⁸⁴ Wohnungstadtrat Johann Hatzl räumte im Artikel dazu ein, dass Leerstände in Wien provokativ seien, Hausbesetzungen allerdings Rechtsbrüche blieben.⁵⁸⁵ Schon zuvor verkündete jedoch die *Kronen Zeitung* Ende Februar anlässlich einer Demonstration, dass 30 Demonstrierende die „1. Wiener Hausbesetzung“ in der Weintraubengasse 10, 1020 Wien geprobt hätten. Die als „Faschingsnarren“ bezeichneten Demonstrierenden, hauptsächlich Frauen und Kinder, forderten die Umgestaltung des ehemaligen Hotels „Zum Weinstock“ in ein Frauenzentrum. Angeblich seien Deutsche beteiligt und die Aktion laut Bürgermeister Gratz (SPÖ) eine „Art nordischer Exportartikel“ gewesen. Hier zeigte sich bereits vor dem 1. März die Externalisierungsstrategie der SPÖ, die aber auch ankündigte, „nicht mit Brachialgewalt“ vorzugehen.⁵⁸⁶ Dass die Idee für und die Suche nach einem eigenen Frauenkommunikationszentrums sich bereits seit dem Jahr 1978 durch den aus verschiedenen Gruppen der autonomen Frauenbewegung gegründeten Verein Frauenkommunikationszentrum konkretisierten, wurde in der Reaktion der SPÖ und dem Artikel ignoriert. Erst mit der Gründung des WUK erhielten die sogenannten „Amerlingfrauen“ ein eigenes Frauenzentrum im ehemaligen Technischen Gewerbemuseum (TGM), das zum WUK wurde.⁵⁸⁷

a) Hausbesetzungen im Mai 1981 in Wien und Innsbruck

Zwei Monate nach der 1. März Demonstration erfolgte die Besetzung des Hauses Windmühlgasse 24 am 1. Mai 1981 im 6. Bezirk Wiens durch 27 Besetzer:innen.⁵⁸⁸ „Wilde

⁵⁸² o.V., ÖVP-Tipps gegen Jugendkrawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 17.2.1981 S. 15.

⁵⁸³ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1.

⁵⁸⁴ *Suttner*, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: *Nußbaumer, Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), *Besetzt!*, S. 141.

⁵⁸⁵ o.V., "Ein wirksames Mittel ist das nicht". In: *Die Presse* vom 4.3.1981 S. 13.

⁵⁸⁶ Peter *Strasser*, 30 Demonstranten probten 1. Wiener Hausbesetzung. Abbruch des desolaten Hotels "Zum Weinstock" sollte verhindert werden - Polizei schickte Einsatzkommando. In: *Kronen Zeitung* vom 25.2.1981.

⁵⁸⁷ *Repnik*, Die Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich, S. 101.

⁵⁸⁸ *Suttner*, "Beton brennt", S. 260.

Krawalle begleiteten Freitagabend die erste Hausbesetzung Wiens“, so leitete die *Presse* ihren Bericht darüber ein.⁵⁸⁹ Ein weiterer Bericht der Presse rahmte die Hausbesetzung als „kriminelle[n] Handlung, die aus dem Ausland ‚importiert‘ ist“ und erwähnte zugleich Hausbesetzungen in Berlin.⁵⁹⁰ Peter Zehrer verband die Aktivist:innen der Hausbesetzung mit den Besucher:innen des Eröffnungsfestes der GAGA am gleichen Tag. Laut ihm hätte es die Polizei in Wien nicht leicht, da sie zunächst am 1. Mai zunächst mit den „Instandbesetzern“ der Windmühlgasse zu tun gehabt hätte und anschließend für deren Sympathisanten „auf allerhöchsten Befehl“ vom Innenministerium „aufspielen“ hätte müssen.⁵⁹¹ Obgleich die Hausbesetzung in einen Kontext der Wohnungsnot gesetzt wurde, erfolgte eine Kriminalisierung dieser Aktion durch die *Presse*.

Demgegenüber berichtet die *AZ* vergleichsweise neutral von der Hausbesetzung in der Windmühlgasse 24 in Wien, die auf die „schlechte Wohnungssituation in Wien“ aufmerksam machen wolle. Die *AZ* gab die Perspektive der Besetzer:innen wieder.⁵⁹² Diese forderten, dass statt einem Abriss das Haus Jugendlichen zur Instandsetzung übergeben werden solle. Da das Haus nicht bewohnt sei, sei es kein „Hausfriedensbruch“. „In Anbetracht der Tatsache, daß in Wien hunderte Häuser völlig leerstünden, sei die Besetzung dieser Häuser legale Notwehr“, so die Jugendlichen in der *AZ*.⁵⁹³ Abgesehen vom Leerstand des Gebäudes kritisierten die Zeitung auch den geplanten Abriss des Gebäudes, einen geplanten Neubau und die voraussichtlich folgenden hohen Mieten. Später verkündete die *AZ* die Räumung des Hauses in der Windmühlgasse 14 in der Nacht von Freitag auf Samstag, wobei 36 Personen festgenommen und Verwaltungsstrafen erhalten hätten.⁵⁹⁴

Im Vergleich mit *AZ* und *Presse* setzte die *Kronen Zeitung* beim Bericht zur Hausbesetzung in Wien auf einen skandalisierenden Erzählstil, ohne auf den Kontext der wohnpolitischen Forderungen einzugehen. Bei der Räumung betonte sie den Einsatz der Feuerwehr, wobei wahrgenommene Rauchbildung schlussendlich nur auf ein Lagerfeuer zurückgeführt werden konnte. Sonst hätte es keine größeren Auseinandersetzungen gegeben. Auch bei einer Solidaritätsdemonstration für die Hausbesetzung am Samstag nach der Räumung mit ungefähr

⁵⁸⁹ o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: Die Presse vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁵⁹⁰ o.V., Erste Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck. In: Die Presse vom 2.5.1981.

⁵⁹¹ Peter Zehrer, Und die (Polizei-)Musi spielt dazu... In: Die Presse vom 5.5.1981.

⁵⁹² o.V., Erste Hausbesetzung in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981; o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. Jugendliche besetzten leerstehendes Abbruchshaus in Mariahilf. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981.

⁵⁹³ o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 7.

⁵⁹⁴ o.V., Hausbesetzer kündigen weitere Aktionen an. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1981.

200 Teilnehmer:innen in der Innenstadt, hätte es lediglich kurzzeitig „einen Tumult“ und Festnahmen gegeben.⁵⁹⁵

Gemeinsam mit der Hausbesetzung in Wien vermeldeten die Zeitungen auch eine Hausbesetzung in Innsbruck in der General-Eccher-Straße.⁵⁹⁶ Die in Innsbruck bestehende Wohnungsproblematik aufgrund zunehmender Studierendenzahlen und einer hohen Nachfrage hatte bereits in den 1970er-Jahren zu einer Hausbesetzung geführt. Am 1. Mai 1981 besetzten Aktivist:innen ein im Besitz der Gemeinde befindliches Gebäude, das bereits seit längerer Zeit leer stand. In der Nacht von 3. auf 4. Mai wurde es schließlich gewaltlos geräumt.⁵⁹⁷ Die Zeitungen verorteten die Hausbesetzung klar im Kontext des Widerstands gegen die Wohnungsnot. Die *AZ* thematisierte die dortige Forderung nach einer Meldepflicht für leerstehende Wohnungen.⁵⁹⁸ Laut dem Artikel der *Presse* betonte der Wohnungsreferent und Vizebürgermeister von Innsbruck, Romuald Niescher, dass die Forderungen der Jugendlichen zwar teils berechtigt seien, dennoch müsse der Rechtszustand wieder hergestellt werden.⁵⁹⁹ Allerdings war das nur eine Perspektive, denn Niescher griff ähnlich wie Politiker:innen in Wien zuvor auf einer Strategie der Externalisierung zurück und beschuldigte ausländische Aktivist:innen, die Hauptverantwortlichen zu sein.⁶⁰⁰ Von der Räumung und der Festnahme von ca. 30 Personen dabei berichtete die *AZ* am Tag darauf.⁶⁰¹ Aufgrund von weiterem öffentlichen Druck nach der Besetzung stellte Niescher im Sommer darauf die Einrichtung eines Wohnungsvermittlungsbüros in Aussicht, das bei der Vermittlung leerstehender Häuser helfen

⁵⁹⁵ o.V., Hausbesetzung endete mit der Festnahme der Demonstranten. In: Kronen Zeitung vom 2.5.1981; o.V., Hausbesetzung in Wien endete mit Geldstrafen. Keine Zwischenfälle. In: Kronen Zeitung vom 3.5.1981.

⁵⁹⁶ o.V., Hausbesetzung endete mit der Festnahme der Demonstranten. In: Kronen Zeitung vom 2.5.1981 S. 15; o.V., Hausbesetzung in Wien endete mit Geldstrafen. In: Kronen Zeitung vom 3.5.1981 S. 10; o.V., Erste Hausbesetzung in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 1; o.V., Hausbesetzer kündigen weitere Aktionen an. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1981 S. 7; o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 7; o.V., Kurzmeldung: Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 5.5.1981; o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: Die Presse vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁵⁹⁷ Marcel Amoser, Innsbruck im Aufbruch : studentische Proteste und soziale Bewegungen in den verlängerten 1960er-Jahren (Innsbruck/Wien 2024), S. 505–510.

⁵⁹⁸ o.V., Erste Hausbesetzung in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 1; o.V., Hausbesetzer kündigen weitere Aktionen an. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1981 S. 7; o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 7; o.V., Kurzmeldung: Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 5.5.1981 S. 7.

⁵⁹⁹ o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: Die Presse vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁶⁰⁰ Amoser, Innsbruck im Aufbruch : studentische Proteste und soziale Bewegungen in den verlängerten 1960er-Jahren, S. 505–510.

⁶⁰¹ o.V., Erste Hausbesetzung in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 1; o.V., Hausbesetzer kündigen weitere Aktionen an. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1981 S. 7; o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 7; o.V., Kurzmeldung: Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 5.5.1981 S. 7.

solle.⁶⁰² Die Bedeutung der Wahl des Tags der Besetzung zum 1. Mai, als dem Tag der Arbeit, in Hoffnung auf Unterstützung durch linke Gruppen, thematisierten die Zeitungen nicht.⁶⁰³

Eine weitere Hausbesetzung in Wien fand am 23. Mai 1981 im Sanierungsgebiet Spittelberg im Haus Gutenberggasse 14/Kirchberggasse 15 in Wien Neubau statt⁶⁰⁴, wobei diese lediglich in der *Kronen Zeitung* am 24. Mai 1981 Erwähnung fand. Das leerstehende Haus am Spittelberg sei kurz nach der Besetzung geräumt worden und die Besetzer:innen zum Polizeigefangenenhaus gebracht worden. Weitere angekündigte Hausbesetzungen in der Josefstadt hätten nicht stattgefunden.⁶⁰⁵ Gemäß dem Historiker Suttner war eine Reihe weiterer Häuser scheinbesetzt worden, mit dem Ziel, eines davon zu halten. Aufgrund einer mangelnden Anzahl an Unterstützer:innen sei der Plan aber nicht aufgegangen.⁶⁰⁶

b) Hausbesetzungen als Thema von Studierenden im August 1981

Ein präsenes Thema in der *Presse* waren darüber hinaus mögliche Hausbesetzungsversuche im August durch Studierende. Anlässlich dessen diskutierte die Zeitung auch die Wohnsituation der Studierenden.

Die Diskussion zum Thema begann Mitte August, als Philipp Hartig, der Vorsitzende der Studierendenfraktion „Junge Europäische Studenteninitiative“ (JES),⁶⁰⁷ in einer Pressekonferenz die Behauptung aufstellte, dass „linksextreme Studentenkreise“ Planungen zu Hausbesetzungen durchführten und Listen mit leerstehenden Häusern sammelten. Davon ausgehend forderte er eine Wohnbeihilfe, günstige Instandsetzungskredite und eine Reservierung von öffentlichen Wohnungen für Studierende.⁶⁰⁸

Der Chef der Österreichischen Studentenunion (ÖSU)⁶⁰⁹ und Vorsitzende der Österreichischen Hochschüler:innenschaft (ÖH) Ferdl Stockinger prognostizierte auf Nachfrage der *Presse*

⁶⁰² Amoser, Innsbruck im Aufbruch : studentische Proteste und soziale Bewegungen in den verlängerten 1960er-Jahren, S. 505–510.

⁶⁰³ Suttner, "Beton brennt", S. 261.

⁶⁰⁴ Ebenda, S. 263.

⁶⁰⁵ o.V., Hausbesetzer festgenommen. In: *Kronen Zeitung* vom 24.5.1981.

⁶⁰⁶ Suttner, "Beton brennt", S. 263, S. 264.

⁶⁰⁷ Die konservative JES hatte sich von der dominanten konservativen Fraktion Wahlblock/ÖSU 1974 abgespalten und damit geschwächt. Im Vergleich zum Wahlblock/ÖSU war sie rechtskonservativer einzustufen. Bernhard Weidinger, 1968 und die Reaktion(en). Neuer akademischer Kulturkampf und rechter Richtungsstreit an österreichischen Universitäten um 1970. In: Massimiliano Livi (Hg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter* (Frankfurt am Main u.a. 2010) S. 147–170, hier S. 151, S. 169.

⁶⁰⁸ o.V., Studentengruppen planen Besetzung. In: *Die Presse* vom 13.8.1981.

⁶⁰⁹ Der ÖSU stammte ursprünglich aus katholisch-konservativen Kreisen, trat aber seit den 1970er Jahren immer liberaler und teils gar links auf. Weidinger, 1968 und die Reaktion(en). In: Livi (Hg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt*, S. 152, S. 153.

weitere Hausbesetzungen und bestätigte, dass es dazu „in extremen Studentenkreisen bereits konkrete Vorbereitungen“ gebe. Die ÖH glaube nicht, dass Hausbesetzungen das optimale Mittel seien, „aber wir werden sicher keine Skrupel haben, wenn etwa ein leerstehendes Gemeindehaus besetzt werden soll“. Die Wohnsituation für Studierende sei sehr angespannt.⁶¹⁰ Eine ähnliche Einschätzung lieferte der ehemalige Vorsitzende der ÖH Georg Schneider (ÖSU 1974–1976) und Geschäftsführer der Initiative studentisches Wohnungsservice (SWS). Hausbesetzungen seien kein wirksames Mittel, aber er fordere eine verstärkte Förderung von „Studentenwohnungen“.⁶¹¹ Gegen die Beseitigung der „Wohnungsmisere“ entwarf die ÖH ein eigenes „Studentenwohnkonzept“. Neben Verbesserungen der Lage von Studentenwohnheimen solle am freien Markt das Modell der „Studentenwohnungen“ eingeführt werden.⁶¹² Die konservativ-katholische Studierendenverbindung Cartellverband (CV)⁶¹³ setzte sich im Zusammenhang mit Hausbesetzungen in der *Presse* im Oktober 1981 dafür ein, dass „disziplinierende Maßnahmen“ gegen „studierende Terroristen und ‚Vandalen‘“ gesetzt werden sollten.⁶¹⁴

In dieser Debatte kamen auch ÖVP-Politiker zu Wort. Weder der Generalsekretär Sixtus Lanner noch der Obmann der Jungen ÖVP (JVP) Othmar Karas wollten „für den Herbst neuerliche Jugendunruhen und Hausbesetzungen ausschließen“, da es eine große Wohnungsnot gebe. Bei der „Suche nach Rezepten für die Jugendpolitik“ betonte Karas, dass er in der „symbolhafte[n] Besetzung lang leerstehender Häuser“ keinen Bruch der Rechtsnorm sehe. Statt Polizeiaktionen solle auf Dialog und Übergabe leerstehender Häuser zur Renovierung gesetzt werden.⁶¹⁵ Die *Kronen Zeitung* berichtete zu dieser Thematik nicht.

c) Besetzung des Wiener Wohnungsamts und Demonstration im Rathauspark im September 1981

Anfang September verkündete die *Presse*, dass ein städtisches Wohnberatungszentrum in der Doblhofgasse 6 „Schauplatz der neuesten Hausbesetzung“ geworden sei.⁶¹⁶ Die Gruppe „Seriöse Wohngemeinschaft“ habe eine Sieben-Zimmer-Wohnung verlangt und sich mit Schlafsäcken und Flugblättern im Wohnungsamt niedergelassen. Da sie noch keinen offiziellen Antrag auf eine Gemeindewohnung gestellt hätten, sei ihnen geraten worden, das zu tun. Die

⁶¹⁰ o.V., Steht die Hochschülerschaft auf Seite der Hausbesetzer? In: Die Presse vom 14.8.1981.

⁶¹¹ Marianne Enigl, „Hausbesetzungen lösen keine Probleme“. Aber für Studentenwohnungen fehlt das Geld. In: Die Presse vom 10.8.1981.

⁶¹² o.V., Studentenwohnkonzept als Vorwurf an die Politiker. In: Die Presse vom 3.9.1981.

⁶¹³ Weidinger, 1968 und die Reaktion(en). In: Livi (Hg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt, S. 152.

⁶¹⁴ o.V., CV gegen studierende Terroristen und „Vandalen“. In: Die Presse vom 9.10.1981.

⁶¹⁵ o.V., Suche nach Rezepten für die Jugendpolitik. In: Die Presse vom 22.8.1981 S. 4.

⁶¹⁶ S. auch: Suttner, „Beton brennt“, S. 264.

Gruppe habe bereits am Nachmittag desselben Tages das Gebäude wieder verlassen.⁶¹⁷ In der *Kronen Zeitung* wurde ebenso eine Kurzmeldung dazu veröffentlicht.⁶¹⁸ Nach einer Meldung der *Presse* zwei Tage später wollte die gleiche Gruppe diesmal mit Zelten im Rathauspark und Sprüchen auf Flugzetteln wie „Hr. Hatzl ist ein Hampelmann, die Spekulanten ziehen dran“ oder „In Wien stehen 10.000 Wohnungen leer, wir haben noch immer keine“ auf sich aufmerksam machen. Nach einer Aufforderung zur Auflösung der Demonstration verhaftete die Polizei neun Personen, die der Aufforderung nicht Folge leisteten.⁶¹⁹ Die Demonstration im Rathauspark fand sich in der *Kronen Zeitung* nicht wieder.

d) Versuchte Besetzung eines Hauses in Wien im September 1981

Von dem Versuch der Besetzung des Hauses Strozzigasse 37 am 11. September 1981 berichtete eine Kurzmeldung der *Presse* Mitte September. „Mit Transparenten und Flugzetteln wollten die vornehmlich jungen Leute darauf aufmerksam machen, daß sie keine Wohnungen hätten, das Haus [...] jedoch leerstünde.“ Aufgrund des Eingreifens der Polizei sei die Besetzung nicht gelungen.⁶²⁰ In der *Kronen Zeitung* fand die Besetzung ebenfalls Erwähnung, wozu ein Transparent mit der Aufschrift „Dieses Haus steht seit Jahren leer, ich habe keine Wohnung und bleibe solange drinnen, bis unsere Forderungen erfüllt werden“ zitiert wurde.⁶²¹

e) Hausbesetzung in Linz durch autonome Frauengruppen im Oktober 1981

Im Oktober thematisiert ausschließlich die *Presse* eine Linzer Hausbesetzung, bei der Frauen „ein leerstehendes Gebäude im Universitätsviertel okkupierte und zu einem Frauenhaus proklamierte“. Die Besetzerinnen setzten sich für eine Erhaltung und Renovierung des Gebäudes ein, da es die Stadt abreißen lassen wollte. Die Polizei riegelte laut dem Artikel das Gebäude ab und wartete darauf, dass die Besetzerinnen wegen Hunger das Haus verließen. Die *Presse* urteilt bereits vorab: „Die Linzer Hausbesetzung mündete in eine Idylle.“⁶²² Am nächsten Tag schreibt die *Presse*, dass die Polizei die Linzer Hausbesetzung mit „sanfter Gewalt“ durch eine Räumung beendet habe, wobei vier Personen des „selbsternannten Sanierungskollektivs“ festgenommen worden seien. Diese hätten bei „den vorwiegend älteren Bewohnern dieses Viertels durchwegs Sympathien wecken können“.⁶²³ Die Diskussionen um

⁶¹⁷ o.V., Sieben wollten sieben Zimmer: Wiener Wohnungsamt besetzt. In: Die Presse vom 3.9.1981.

⁶¹⁸ o.V., "Besetzt". In: Kronen Zeitung vom 3.9.1981.

⁶¹⁹ o.V., "Herr Hatzl ist ein Hampelmann". Wiener Besetzer diesmal im Rathauspark. In: Die Presse vom 5.9.1981.

⁶²⁰ o.V., Kurzmeldung: Wohnungssuche. In: Die Presse vom 14.9.1981.

⁶²¹ o.V., Demonstration. In: Kronen Zeitung vom 14.9.1981.

⁶²² o.V., Die Linzer Hausbesetzung mündete in eine Idylle. In: Die Presse vom 7.10.1981.

⁶²³ o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Linz. Zukunft des Stadtviertels weiterhin ungewiß. In: Die Presse vom 8.10.1981.

die Zukunft des Stadtviertels Alt-Urfahr zwischen Neugestaltung und Erhaltung bildeten in der *Presse* den Kontext für die Besetzung.⁶²⁴ In ihrer Autobiographie von 2011 schrieb die ehemalige Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ), dass die Hausbesetzung vom Linzer Frauenhausverein zur Unterstreichung ihrer Forderung nach einem Frauenhaus durchgeführt wurde und der Bürgermeister Franz Hillinger (SPÖ) erst anschließend ein geeignetes Haus für das erste Frauenhaus in Oberösterreich übergab.⁶²⁵ Wie auch beim Bericht der *Kronen Zeitung* zur frauenpolitischen Demonstration im Jänner 1981 in Wien,⁶²⁶ fand der Hintergrund der autonomen Frauenbewegung und ihrem Wunsch nach autonomen Frauenräumen in der *Presse* keine Erwähnung. Wie in den meisten Artikeln zu Hausbesetzungen spielte Geschlecht nur in Form der Benennung von Frauen als das Besondere eine Rolle.⁶²⁷

f) Demonstration „Keine Schonzeit für Hausbesitzer“

In Wien war der Oktober 1981 ebenfalls ein wichtiger Monat für die Hausbesetzungsszene. Am 17. Oktober demonstrierten Aktivist:innen der Wiener Hausbesetzungsszene entlang von kommunal umgeplanten Häusern und Spekulationsobjekten, um auf ihre politischen Forderungen aufmerksam zu machen.⁶²⁸ Schon vor dem „Hausbesetzer-Marsch“ mit dem Motto „Keine Schonzeit für Hausbesitzer“ berichtete die *Presse* über diesen. Die Polizei sei vorbereitet, habe bei „besetzungsverdächtigen Häusern“ Präventivmaßnahmen ergriffen und wolle Konfrontationen vermeiden.⁶²⁹ Anschließend berichtete die *Presse*, dass die Demonstration mit rund „800 durchwegs jungen Menschen“ ohne Zusammenstöße mit der Polizei und größere Ausschreitungen abgelaufen sei.⁶³⁰ Die *Kronen Zeitung* schätzte die Anzahl der Demonstrierenden in einer Kurzmeldung auf „rund 1500 Anhänger von Alternativgruppen und Sympathisanten von Hausbesetzern“ und gab deren Motto "Eins - zwei - drei, die Häuser frei!" wieder. „Bis auf einige Knallfrösche“ habe es keine Zwischenfälle gegeben.⁶³¹

⁶²⁴ o.V., Die Linzer Hausbesetzung mündete in eine Idylle. In: Die Presse vom 7.10.1981 S. 8.

⁶²⁵ Barbara Prammer, "Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finde". Neue Antworten auf alte Fragen (Wien Graz Klagenfurt 2011), S. 58, S. 59.

⁶²⁶ Strasser, 30 Demonstranten probten 1. Wiener Hausbesetzung. In: Kronen Zeitung vom 25.2.1981 14, 15.

⁶²⁷ Maria Mesner, "Rooms of one's own." Räume, Geschlecht und Autonomie. Das Fallbeispiel Wien. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 60–63.

⁶²⁸ Suttner, "Beton brennt", S. 264, S. 265.

⁶²⁹ o.V., Kurzmeldung: Vor Häuserdemonstration: Polizei vorbereitet. In: Die Presse vom 17.10.1981.

⁶³⁰ o.V., In Kürze: Demonstration. In: Die Presse vom 19.10.1981.

⁶³¹ o.V., Demonstration. In: Kronen Zeitung vom 18.10.1981.

g) Reaktionen und wohnpolitische Maßnahmen der Stadt Wien

In Anbetracht der Hausbesetzungen erhielt das Thema der Wohnsituation in Wien im Jahr 1981 erneut politische Relevanz. Schon in den 1970er-Jahren zeigten sich klare Versäumnisse der Konzepte der Stadterweiterung und des funktionalen Wohnens der 1960er-Jahre, worauf mit Plänen zur Stadterneuerung reagiert wurde. Da diese zunächst vorrangig auf Abbruch und Neubau setzten, womit eine Zerstörung entstandener kleinteiliger Strukturen und stattdessen die Errichtung moderne monofunktionaler Bauten einherging, wurden sie scharf kritisiert. Erst Ende der 1970er-Jahre wurde darauf mit dem Konzept der sanften Stadterneuerung reagiert (siehe auch Kapitel 1.2.3. Stadtentwicklung Wiens).⁶³² Die SPÖ und die Stadt Wien betonten im Jahr 1981 in den Medien einerseits, dass die Situation im Wohnbereich vergleichsweise nicht schlecht sei. Andererseits adressierten sie auch Probleme im Bereich Wohnen und stellten Maßnahmen diesbezüglich vor. Während die *AZ* und teilweise die *Kronen Zeitung* die SPÖ-Narration verbreiteten, herrschte in der *Presse* und *Kronen Zeitung* zugleich eine kritische Perspektive dazu vor. Im Folgenden wird die Berichterstattung zu Kritik an der Wohnsituation in Wien, Einschätzungen von SPÖ-Politikern dazu sowie Maßnahmen der Stadt Wien – Stadterneuerung, Startwohnungen, Leerstandsabgabe und Übergabe von leerstehenden Althäusern zur Renovierung – wiedergegeben.

Kritik an der Stadtentwicklungs- und Wohnpolitik der Stadt Wien und damit auch an der SPÖ Wien wurde in der *Presse* und *Kronen Zeitung* geäußert. In einer Reportage von Nikolas Glattauer und Walter Schwarz zu den Hausbesetzungen in der *Presse* bekräftigten diese die schlechte Verfassung der Wohnsituation in Wien. Sie betonten, dass es 200.000 Substandardwohnungen und 20.000 Vormerkungen von Familien beim Wohnungsamt gebe sowie je nach Quelle 70.000 bis 100.000 Wohnungen leer stünden.⁶³³ Die „Instandbesetzer“ der Besetzung vom 1. Mai wurden zitiert, insbesondere, dass sie „Wiens Altbauten nicht als Ware, sondern als Lebensraum benützen“ wollten. Auch wenn es im Zuge der Stadterneuerung zur Verbesserung der Wohnsubstanz gekommen sei, gebe es hier laut den Autoren noch Bedarf an Maßnahmen, beispielsweise durch Wohnungszusammenlegungen. Damit sich Altbauten lohnen würden, müssten allerdings auch höhere Mieten möglich sein. Die Initiative der Startwohnungen in der Stadt Wien, die „von der SPÖ mit einigem Getöse angekündigt wurde“,

⁶³² Eigner, Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Eder, Eigner, Resch, Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert, S. 47–55; Margit Mayer, Hausbesetzungen als politische Aktionsform seit den 1970er-Jahren. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (44-51) (Wien 2012), hier S. 44, S. 45.

⁶³³ Nikolaus Glattauer, Walter Schwarz, Leere Häuser, besetzte Häuser. Wohnungsnot und Rechtsbruch. In: Die Presse vom 18.5.1981.

sei nicht schlagkräftig, da erst 22 Wohnungen übergeben worden seien. Die SPÖ-Politik stand hier erneut in der Kritik der *Presse*.⁶³⁴ Kritik von Seiten der ÖVP gibt es in der *Kronen Zeitung* zudem im Mai 1981 zu lesen. Aufgrund von Bauverzögerungen käme es zu „hundertsten Delogierungen“, weil die „horrenden Wohnungskosten“ nicht mehr leistbar seien. Die Stadterneuerung gebe es nur am Papier, sie werde schlecht umgesetzt.⁶³⁵ Gegen Hausbesetzungen solle trotzdem „mit ganzer Härte des Gesetzes“ vorgegangen werden, so ÖVP-Sicherheitssprecher Lichal in einer Reaktion auf einen Appell des Chefs der Jungen SPÖ-Generation, Fritz Edlinger. Dieser habe gefordert, dass Hausbesetzungen toleriert werden sollten.⁶³⁶

Im Mai und August 1981 gab die *Presse* anlässlich der Diskussionen zu Hausbesetzungen Einschätzungen von Wohnstadtrat Hatzl (SPÖ) wieder, wonach es in Wien niemanden gebe, „der tatsächlich obdachlos ist“, weswegen Hausbesetzungen hier nicht sinnvoll seien. Die Stadt würde außerdem neue Wohnungen errichten.⁶³⁷ Grund für die vielen Vormerkungen für Gemeindewohnungen seien gelockerte Vormerkbestimmungen. Die „Spekulation mit den vielen leerstehenden Privathäusern“ solle mit dem neuen Mietengesetz beseitigt werden“. Demgegenüber betonte Innenminister Lanc (SPÖ), dass die Wohnungsprobleme analysiert werden müssten und sprach sich für Bauförderung statt verstärkter Mietbeihilfe aus, um die Mieten niedrig zu halten.⁶³⁸ Eine verstärkte Wohnbauförderung wurde mit der „Wiener Wohnbauförderung 1981“ realisiert.⁶³⁹ Diese Einschätzungen der SPÖ veröffentlichte auch die *AZ* im Juni 1981. Im Zuge dessen konstatierte Lanc in der *AZ* einmal mehr, dass Probleme rund um die Jugendbewegung nicht mit der Polizei gelöst werden könnten und dass „jede Diffamierung dieser Jugendbewegung als ‚ausländisch gelenkt‘“ zu keiner Lösung führe.⁶⁴⁰ Im Gegensatz zu Lanc sprach sich Wohnstadtrat Hatzl im Juni in der *Kronen Zeitung* für eine Reform der Wohnbeihilfe als Lösung für Wohnungsprobleme in Wien aus. Dabei kündigte er auch schon eine geplante Besteuerung von leerstehenden Wohnungen.⁶⁴¹

⁶³⁴ Ebenda.

⁶³⁵ Peter *Strasser*, Führt Bürokratie zu einem "Wohnbauinfarkt" in Wien. Bauverzögerungen, Mieten zu hoch, viele Delogierungen. In: *Kronen Zeitung* vom 26.5.1981.

⁶³⁶ o.V., Gegen Hausbesetzer. In: *Kronen Zeitung* vom 10.6.1981.

⁶³⁷ o.V., In Kürze: Hatzl an Hausbesetzer. In: *Die Presse* vom 11.5.1981.

⁶³⁸ o.V., Lanc: Jugendprobleme nicht durch Polizeieinsatz. In: *Die Presse* vom 13.8.1981.

⁶³⁹ Peter *Eigner*, Herbert *Matis*, Andreas *Resch*, Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), *Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien* (Wien 1999), hier S. 26.

⁶⁴⁰ o.V., "Probleme können nicht durch Polizeieinsatz gelöst werden". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 13.6.1981 o.A. (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁶⁴¹ Helga *Longin*, Neue Steuer und Reform der Beihilfe soll Wohnprobleme in Wien lösen. Hatzl für Zwangsmaßnahmen gegen die "Scheinmieter". In: *Kronen Zeitung* vom 26.6.1981.

Ein zentrales Projekt der SPÖ waren geplante „Startwohnungen“, wodurch „mehr Junge in die Stadtzentren“ gebracht werden sollten, wie die *AZ* schon Anfang März berichtete.⁶⁴² Die *Kronen Zeitung* beschrieb das Projekt in einer Kurzmeldung genauer: jungen Leuten sollten hierbei günstige Wohneinheiten in älteren Gemeindebauten zur Verfügung gestellt werden.⁶⁴³ In der *Presse* fand das Projekt zunächst negative Erwähnung, da es wenig Schlagkraft habe.⁶⁴⁴ Im November 1981 vermeldet die *Presse*, dass ein Gesetzesentwurf für „Startwohnungen“ für Menschen unter 30 fertig zur Etablierung sei,⁶⁴⁵ der später 1982 als Gesetz erlassen wurde.⁶⁴⁶

Um gegen Spekulation und Leerstand vorzugehen, verkündete die SPÖ mehrere Vorhaben. Ende April berichtete die *AZ* beispielsweise davon, dass die Stadt einem Weiterverkauf einer Eigentumswohnung erst zustimme, wenn das öffentliche Darlehen zurückgezahlt sei, um Spekulation mit Eigentumswohnungen zu verhindern.⁶⁴⁷ Gegen den Leerstand plante die Stadt Wien eine Leerstandsabgabe für unvermietete Wohnungen an. In einer Meldung vom November 1981 bezeichnete die *Presse* diese als „brisante Wohnungssteuer“.⁶⁴⁸ Im Gegensatz dazu fand die geplante Steuer in der *Kronen Zeitung* sehr positiven Widerklang. Unter dem Titel „Supersteuer für Tausende leere Wohnungen in Wien!“ schrieb Peter Strasser im Oktober über den von Bürgermeister Gratz (SPÖ) angekündigten „Kampf gegen Spekulation“ durch eine Leerstandsabgabe.⁶⁴⁹ Die angekündigte Steuer auf unvermietete Wohnungen realisierte die Stadt Wien im Jahr 1982 mit der Erlassung des Wiener Wohnungsabgabegesetzes (Wr LGBL 23/1982). In einem Entscheid des Verfassungsgerichtshofs von 1985 stellte dieser jedoch fest, dass die Höhe der Abgabe zu hoch angesetzt sei und das Gesetz unrechtmäßig darauf abziele, das Verhalten der Vermieter:innen zu ändern.⁶⁵⁰

Für die SPÖ selbst spielte das Thema Stadterneuerung im Kontext der Hausbesetzungen ebenfalls eine wichtige Rolle. Laut einer Meldung in der *AZ* sehe Bundeskanzler Kreisky (SPÖ) in der „Sanierung des Althausbestandes“ das „beste Mittel, um etwa Hausbesetzungen

⁶⁴² o.V., „Mehr Junge in die Stadtzentren“. Das Startwohnungs-Projekt wird konkret - Eypeltauer. In: Arbeiter-Zeitung vom 23.3.1981.

⁶⁴³ o.V., Startwohnungen. In: Kronen Zeitung vom 5.6.1981.

⁶⁴⁴ Glattauer, Schwarz, Leere Häuser, besetzte Häuser. In: Die Presse vom 18.5.1981 S. 3.

⁶⁴⁵ Gerhard Jelinek, Startwohnungen jetzt ganz anders. Blitzgesetz noch im Dezember? In: Die Presse vom 12.11.1981.

⁶⁴⁶ Eigner, Matis, Resch, Sozialer Wohnbau in Wien. In: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien, S. 26.

⁶⁴⁷ o.V., Wien aktuell: Gegen Spekulation mit Eigentumswohnungen. In: Arbeiter-Zeitung vom 16.4.1981.

⁶⁴⁸ Helga Maria Wolf, Judenplatz: „Zehn Jahre Instandbeschwätzung“. Der Konflikt zwischen dem Hausherrn und den Mietern im Herzen Wiens geht weiter. In: Die Presse vom 6.11.1981.

⁶⁴⁹ Peter Strasser, Supersteuer für Tausende leere Wohnungen in Wien! Hilfe für Stadterneuerung - Kampf gegen Spekulation. In: Kronen Zeitung vom 28.10.1981.

⁶⁵⁰ Dragana Damjanovic, Michael Getzner, Anna F. Kalhorn, Dominik Wagner, Ökonomische Instrumente in der Stadtentwicklung (Wien 2024), S. 50, S. 51.

auszuschließen, da man die Gewähr bieten kann, daß Wohnungen repariert und gemietet werden.“⁶⁵¹ Die damit zusammenhängende Idee der Übergabe von sanierungsbedürftigen Häusern zur Renovierung an Private, komme laut der *Presse* von der ÖVP. Im Mai schrieb die *Presse*, dass die Gemeinde Wien laut Bestandsaufnahme über 600 Althäuser verfüge und auf Vorschlag der ÖVP Wien leere Althäuser legal für „private Initiativgruppen“ zur Verfügung stelle. Dafür hätten sich schon Interessent:innen gefunden.⁶⁵² Einen ähnlichen „ungewöhnlichen Vorschlag“ des deutschen Justizministers Schmude (SPD) kommunizierte die *Kronen Zeitung* im Juli 1981, wonach mit Hausbesetzer:innen bei Leerstand Nutzungsverträge abgeschlossen werden sollten. Im Falle der Erhebung von Eigentumsansprüchen sollten die Häuser aber gewaltsam geräumt werden.⁶⁵³

Konkreter wurde die Übergabe von Häusern schließlich im Oktober 1981. Unter dem Titel „Chance für junge Haussanierer“ informierte die *AZ*, dass in Wien die Übergabe dreier Wohnhäuser an Jugendliche zum „Selbstinstandsetzen“ geplant sei und diese keine „Bruchbuden“ seien. Zwei Projekte seien „bereits so gut wie fix“, über ein drittes werde noch beraten.⁶⁵⁴ Die *Kronen Zeitung* beurteilte diese Ankündigung im November als mögliches „Patentrezept gegen Hausbesetzungen.“⁶⁵⁵ Die *Presse* interpretierte die Übergabe in einem Bericht dazu als Reaktion auf „negative Beispiele aus dem Ausland“. Laut dem Bericht sollte die ÖH bei der Übergabe als Vermittlerin fungieren und die Wohnungen Studierenden dienen. Zynisch kommentierte die *Presse*, dass die Häuser auf Vereinbarung übergeben werden, „damit die Sache nicht unwienerisch-unamtlich“ werde.⁶⁵⁶ Als Rechtsmittel für diese Übergabe wählte die Stadt Wien schließlich das Mittel der Prekariatsvertrags und übergab Ende Jänner zunächst ein Haus in der Spalowskygasse 3 im sechsten Bezirk (s.a. Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien). Daran anschließend übergab sie im Jahr 1982 noch mindestens drei weitere Häuser.⁶⁵⁷ In einer weiteren Meldung vom November forderte die ÖVP zudem eine Übergabe von leerstehenden Gemeindehäusern der Stadt Wien an junge Familien zur Sanierung.⁶⁵⁸

Zusammenfassend zeigt sich, dass die *Presse* als auch die *Kronen Zeitung* die Wohnsituation in Wien und die mangelnden beziehungsweise schlecht umgesetzten Maßnahmen der SPÖ Wien

⁶⁵¹ o.V., Sanierung statt Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 27.5.1981.

⁶⁵² o.V., Nun offiziell: Gemeinde Wien besitzt über 600 Althäuser. In: Die Presse vom 22.5.1981.

⁶⁵³ o.V., Nutzungsverträge für Hausbesetzer. In: Kronen Zeitung vom 12.7.1981.

⁶⁵⁴ o.V., Hatzl: O.K. zu 3 Häusern. Chance für junge Haussanierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 24.10.1981.

⁶⁵⁵ o.V., Jetzt billige Altwohnungen für junge Menschen in Wien. In: Kronen Zeitung vom 4.11.1981.

⁶⁵⁶ o.V., Altgemeindehäuser für "Instandbesetzer". In: Die Presse vom 4.11.1981.

⁶⁵⁷ Suttner, "Beton brennt", S. 143, S. 144.

⁶⁵⁸ o.V., Leerstehende Häuser für junge Familien. In: Die Presse vom 23.11.1981.

kritisierten. Die hohen Mieten, die schlechte Substanz der Wohnungen und der Leerstand standen vor allem in Kritik. Die SPÖ betonte die niedrige Obdachlosigkeit in Wien und Maßnahmen wie eine verstärkte Wohnbauförderung, Reform der Wohnbeihilfen, „Startwohnungen“, Maßnahmen gegen Spekulation und Leerstand, unter anderem durch eine Leerstandsabgabe, sowie Stadterneuerung und Übergabe von leerstehenden Gemeindehäusern zur Sanierung. Die Idee der Übergabe von Häusern zur Sanierung schrieb die *Presse* der ÖVP zu, die *Kronen Zeitung* thematisierte eine ähnliche Idee als Vorschlag eines SPD-Politikers.

Obgleich es unterschiedliche Einschätzungen der Zeitungen zu den Maßnahmen der SPÖ gab, setzten alle Zeitungen die Hausbesetzungen in klaren Bezug zu der Wohnsituation und Stadtentwicklung Wien. Anders als bei der Demonstration zum 1. März wurde diesen politischen Protesten legitime Motive zugestanden, was sich auch in der Bewertung und Einordnung der Hausbesetzungen im folgenden Kapitel zeigt.

h) Bewertung und Einordnung der Hausbesetzungen

In der Berichterstattung über Hausbesetzungen verwendeten die *Presse*, die *AZ* und die *Kronen Zeitung* weitgehend neutrale Begriffe wie „(Haus)besetzung“, „Hausbesetzer“⁶⁵⁹, oder Demonstration.⁶⁶⁰ Die Zeitungen verzichteten dabei überwiegend auf kriminalisierende und dramatisierende Beschreibungen wie bei der Demonstration vom 1. März. Eine Ausnahme bildete ein Bericht in der *Presse*, der die Hausbesetzungen explizit als „kriminelle Handlung“ bezeichnete.⁶⁶¹ In der *Kronen Zeitung* wurden Besetzungen vereinzelt auch als Störaktion bezeichnet⁶⁶² oder in den Kontext von Jugendkrawallen gestellt.⁶⁶³ Die Beschreibung folgten

⁶⁵⁹ o.V., "Ein wirksames Mittel ist das nicht". In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 13; o.V., In Kürze: Hatzl an Hausbesetzer. In: Die Presse vom 11.5.1981 S. 9; *Glattauer, Schwarz*, Leere Häuser, besetzte Häuser. In: Die Presse vom 18.5.1981 S. 3; o.V., Studentengruppen planen Besetzung. In: Die Presse vom 13.8.1981 S. 4; o.V., Steht die Hochschülerschaft auf Seite der Hausbesetzer? In: Die Presse vom 14.8.1981 S. 4; o.V., Sieben wollten sieben Zimmer: Wiener Wohnungsamt besetzt. In: Die Presse vom 3.9.1981 S. 14; o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Linz. In: Die Presse vom 8.10.1981 S. 12; o.V., Erste Hausbesetzung in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 1; o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 7; o.V., Hausbesetzer kündigen weitere Aktionen an. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1981 S. 7; o.V., Kurzmeldung: Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 5.5.1981 S. 7; o.V., Sanierung statt Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 27.5.1981 S. 2; o.V., "Probleme können nicht durch Polizeieinsatz gelöst werden". In: Arbeiter-Zeitung vom 13.6.1981 o.A (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien); o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: Die Presse vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien); o.V., Hausbesetzung währte nur 12 Stunden. Polizei und Feuerwehr räumten besetztes Haus in Mariahilf. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁶⁶⁰ o.V., Die Linzer Hausbesetzung mündete in eine Idylle. In: Die Presse vom 7.10.1981 S. 8; o.V., Kurzmeldung: Vor Häuserdemonstration: Polizei vorbereitet. In: Die Presse vom 17.10.1981 S. 14; o.V., Demonstration. In: Kronen Zeitung vom 14.9.1981 S. 13.

⁶⁶¹ o.V., Erste Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck. In: Die Presse vom 2.5.1981 S. 14.

⁶⁶² *Strasser*, 30 Demonstranten probten 1. Wiener Hausbesetzung. In: Kronen Zeitung vom 25.2.1981 S.14, S. 15.

⁶⁶³ o.V., Nutzungsverträge für Hausbesetzer. In: Kronen Zeitung vom 12.7.1981 S. 2; o.V., Gegen Hausbesetzer. In: Kronen Zeitung vom 10.6.1981 S. 4.

selbst in der *Kronen Zeitung* nur in den Berichten zur Hausbesetzung in der Windmühlgasse skandalisierenden Mustern.⁶⁶⁴ Bei der Beschreibung der Hausbesetzungen in der *AZ* standen Perspektiven der Hausbesetzer:innen im Fokus und erschienen dadurch nachvollziehbar.⁶⁶⁵

Die Motive der Protestierenden beziehungsweise Hausbesetzer:innen wurden in den Artikeln der *Presse* klar wiedergegeben und waren im Bereich Wohnpolitik zu verorten. Neben Obdachlosigkeit,⁶⁶⁶ Forderung einer Gemeindewohnung⁶⁶⁷ und zu hohen Mieten⁶⁶⁸, wurden v.a. Wohnungsnot⁶⁶⁹ und Protest gegen Leerstand als Motiv genannt.⁶⁷⁰ Im Gegensatz zur Berichterstattung in der *Presse* und der *AZ* informierte die *Kronen Zeitung* in einigen Artikeln nicht oder nur am Rande über die Motive der (Haus)besetzer:innen.⁶⁷¹ Lediglich bei der Demonstration im Jänner 1981 nannte die *Kronen Zeitung* die Forderung nach einem Frauenhaus⁶⁷² sowie bei der Besetzung in Innsbruck, beim Versuch der Besetzung des Wohnungsamts und bei der Demonstration im Oktober die Wohnungsnot als Motiv.⁶⁷³

Die Akteur:innen der Hausbesetzungen wurden in der *Presse* und der *AZ* meist als jung dargestellt. In Innsbruck bestehe der Großteil der Aktivist:innen laut *AZ* aus “Lehrlingen” und “Studenten”.⁶⁷⁴ Der Bericht der *Kronen Zeitung* über den Besetzungsversuch im Jänner 1981 sowie der Bericht der *Presse* zur Hausbesetzung in Linz im Oktober 1981 betonten, dass Frauen

⁶⁶⁴ o.V., Hausbesetzung endete mit der Festnahme der Demonstranten. In: *Kronen Zeitung* vom 2.5.1981 S. 15; o.V., Hausbesetzung in Wien endete mit Geldstrafen. In: *Kronen Zeitung* vom 3.5.1981 S. 10.

⁶⁶⁵ Z.B. hier: o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.5.1981 S. 7.

⁶⁶⁶ o.V., In Kürze: Hatzl an Hausbesetzer. In: *Die Presse* vom 11.5.1981 S. 9.

⁶⁶⁷ o.V., Sieben wollten sieben Zimmer: Wiener Wohnungsamt besetzt. In: *Die Presse* vom 3.9.1981 S. 14.

⁶⁶⁸ o.V., Erste Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck. In: *Die Presse* vom 2.5.1981 S. 14; o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: *Die Presse* vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁶⁶⁹ o.V., "Ein wirksames Mittel ist das nicht". In: *Die Presse* vom 4.3.1981 S. 13; *Glattauer, Schwarz*, Leere Häuser, besetzte Häuser. In: *Die Presse* vom 18.5.1981 S. 3; o.V., Erste Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck. In: *Die Presse* vom 2.5.1981 S. 14; o.V., Lanc: Jugendprobleme nicht durch Polizeieinsatz. In: *Die Presse* vom 13.8.1981 S. 4; o.V., Studentengruppen planen Besetzung. In: *Die Presse* vom 13.8.1981 S. 4; o.V., Steht die Hochschülerschaft auf Seite der Hausbesetzer? In: *Die Presse* vom 14.8.1981 S. 4; o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: *Die Presse* vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁶⁷⁰ *Glattauer, Schwarz*, Leere Häuser, besetzte Häuser. In: *Die Presse* vom 18.5.1981 S. 3; o.V., Erste Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck. In: *Die Presse* vom 2.5.1981 S. 14; o.V., Kurzmeldung: Wohnungssuche. In: *Die Presse* vom 14.9.1981 S. 10; o.V., Kurzmeldung: Vor Häuserdemonstration: Polizei vorbereitet. In: *Die Presse* vom 17.10.1981 S. 14; o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: *Die Presse* vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁶⁷¹ o.V., Hausbesetzung endete mit der Festnahme der Demonstranten. In: *Kronen Zeitung* vom 2.5.1981 S. 15; o.V., Hausbesetzer festgenommen. In: *Kronen Zeitung* vom 24.5.1981 S. 12; o.V., Nutzungsverträge für Hausbesetzer. In: *Kronen Zeitung* vom 12.7.1981 S. 2; o.V., Gegen Hausbesetzer. In: *Kronen Zeitung* vom 10.6.1981 S. 4.

⁶⁷² *Strasser*, 30 Demonstranten probten 1. Wiener Hausbesetzung. In: *Kronen Zeitung* vom 25.2.1981 S. 14, S. 15.

⁶⁷³ o.V., Hausbesetzung endete mit der Festnahme der Demonstranten. In: *Kronen Zeitung* vom 2.5.1981 S. 15; o.V., "Besetzt". In: *Kronen Zeitung* vom 3.9.1981 S. 13; o.V., Demonstration. In: *Kronen Zeitung* vom 18.10.1981 S. 12.

⁶⁷⁴ o.V., Hausbesetzer kündigen weitere Aktionen an. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.5.1981 S. 7.

die maßgeblichen Akteurinnen seien⁶⁷⁵ und im Falle von Linz Sympathien in der Nachbarschaft hätten.⁶⁷⁶ Davon abgesehen charakterisierte die *Kronen Zeitung* die Akteur:innen der Hausbesetzungen nicht weiter. Dem linken Spektrum wurden die Besetzer:innen in der *Presse* explizit nur im Kontext der Ankündigungen von Besetzungen durch Studierende Mitte August zugerechnet.⁶⁷⁷

Im Gegensatz zur 1. März-Demonstration beschrieben die Zeitungen die Hausbesetzer:innenszene des Jahres 1981 insgesamt also deutlich neutraler und gaben deren (wohn)politischen Anliegen breiten Raum. Eine Verbindung zwischen der 1. März Demonstration und den Hausbesetzungen stellte keine der Zeitungen her. Großes Aufsehen erregten die Hausbesetzungen Anfang Mai in Wien und Innsbruck, während eine weitere Hausbesetzung in Wien im Mai nur am Rande Erwähnung fand. Als Bedrohungsszenario zeichnete die *Presse* im August mögliche Hausbesetzungen durch Studierenden. Neben kleineren Aktionen der Hausbesetzungsszene im September, sorgte im Oktober 1981 die Demonstration „Keine Schonzeit für Hausbesitzer“ wieder für Aufregung. Begleitet wurde diese Berichterstattung von einer breiteren Diskussion zur Wohnsituation und Stadtentwicklung Wiens. Diese wurden einerseits in der *Presse* und *Kronen Zeitung* kritisiert, andererseits fanden auch viele konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in den Zeitungen Niederschlag. Als klare Akteur:innen der Besetzungsszene waren weiters frauenpolitische Bewegungen auszumachen, die sich für ein eigenes Frauenzentrum einsetzten, wie Ende Februar in Wien und im Oktober in Linz. Eine breitere Kontextualisierung von deren feministischen Anliegen war in den Zeitungen allerdings vergeblich zu suchen.

6.6. Gassergasse

Eine direkte Reaktion auf die Demonstration am 1. März 1981 stellte die Entscheidung der SPÖ Wien zur Übergabe des ehemaligen Gebäudes der Wiener Öffentlichen Küchen (WÖK) für die Einrichtung des Jugend-, Kultur- und Kommunikationszentrums Gassergasse (GAGA) dar. Damit sollten „Krawalle“ verhindert und die Bewegung kanalisiert werden.⁶⁷⁸ Die Forderung nach Freiräumen, wo Bedürfnisse wie Freiheit, Selbstbestimmung, individuelle Entfaltung in Selbstverwaltung ermöglicht werden sollten, war ein zentrales Anliegen der Jugend- und

⁶⁷⁵ o.V., Die Linzer Hausbesetzung mündete in eine Idylle. In: Die Presse vom 7.10.1981 S. 8; o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Linz. In: Die Presse vom 8.10.1981 S. 12.

⁶⁷⁶ o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Linz. In: Die Presse vom 8.10.1981 S. 12.

⁶⁷⁷ o.V., Studentengruppen planen Besetzung. In: Die Presse vom 13.8.1981 S. 4.

⁶⁷⁸ Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 166.

Hausbesetzungsszene⁶⁷⁹ (s. Kapitel 3.1. Städtische soziale Bewegungen). Bereits zwei Jahre später schloss die Stadt das Zentrum jedoch wieder.⁶⁸⁰ Die Darstellung der GAGA im Jahr ihrer Eröffnung 1981 und im Jahr ihrer Schließung 1983 in den Zeitungen ist das Thema des folgenden Kapitels. Zuerst erfolgt eine Analyse der Beschreibung und Charakterisierung des Jugendzentrums sowie der Aktivist:innen der GAGA, gefolgt von einer Analyse der Berichterstattung zur Eröffnung der GAGA, deren Organisation und Tätigkeiten und schließlich der medialen Berichte zu Auseinandersetzungen rund um die GAGA im Jahr 1981.

a) Im Jahr der Eröffnung – 1981

Beschreibung und Charakterisierung der GAGA im Jahr 1981

Die Berichterstattung zur GAGA im Jahr 1981 unterschied sich je nach Zeitung deutlich. Im Gegensatz zu einer negativen Darstellung der GAGA in der *Presse* berichteten die *AZ* und die *Kronen Zeitung* positiv darüber.

Die Berichterstattung der *Presse* im Jahr 1981 zur GAGA stellt diese überwiegend negativ dar. Damit reiht sich die *Presse* in eine lange Reihe der Kritik ein, die vor allem seitens der ÖVP Wien geübt wurde. Schon als es im Juni 1980 erste Gerüchte über die Errichtung eines autonomen Jugendzentrums im fünften Wiener Gemeindebezirk gab, schrieben Anrainer:innen besorgte Briefe an Kulturstadtrat Zilk (SPÖ), Innenminister Lanc (SPÖ) und andere Bezirkspolitiker:innen. Nachdem der Standort endgültig bekannt war, reagierten die Oppositionsparteien, allen voran die ÖVP, mit einer Bürger:inneninitiative und einer Kampagne mit Parolen wie „Schreckgespenst Arena“ oder der Warnung vor einem „Hort von Drogensüchtigen.“ Nachdem sich die Stimmung im Herbst 1980 beruhigte, sagte Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) einer Schlüsselübergabe im Frühjahr 1981 dennoch zu. Noch bis in den März 1981 versuchte die Bezirks-ÖVP das Projekt zu unterbinden.⁶⁸¹ Daran anschließend erfolgte in der ÖVP-nahen *Presse* eine Kriminalisierung des Projekts, die es zudem lächerlich machte und die SPÖ für das Projekt scharf attackierte. Schon bei der Eröffnung der GAGA betonte auch die *Presse* Lärmbelästigungen und Spannungen mit der Polizei.⁶⁸²

In einer Reportage von Anneliese Rohrer zu Jungpolitiker:innen und Jugendpolitik der etablierten Parteien in der *Presse* dienten die Jugendlichen in der Gassergasse als Beispiel für

⁶⁷⁹ Nußbaumer, Schwarz, "Für alle". In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 16.

⁶⁸⁰ Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 169.

⁶⁸¹ Suttner, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 275, S. 276.

⁶⁸² Zehrer, Und die (Polizei-)Musi spielt dazu... In: Die Presse vom 5.5.1981 S. 8.

eine Jugend, welche die Politik ablehne, ihre Anliegen aber nicht formulieren könnten. Darin läge auch der Unterschied zu der 68er-Bewegung, denn das neue Motto sei „Mach kaputt, was dich kaputt macht.“ (s. a. 6.4. Jugendbewegung im Jahr 1981) Die Herausforderung für die interviewten Jungpolitikern sei, eine Vermittlerrolle zu der Jugend einzunehmen.

Die Beschreibung der Jugendlichen in der Gassergasse war dabei alles andere als schmeichelhaft:

„Sie sitzen an den schäbigen Holztischen vor ihren Krügeln Wein und wirken so lasch wie die Luft dieses Sommerabends: Die rund 100 Jugendlichen im Hof des Autonomen Jugendzentrums in der Gassergasse im 4. Wiener Gemeindebezirk. Doch die Dumpfheit täuscht. Wer sich nicht an die ungeschriebenen Uniformregeln der verschlissenen Jeans hält, bringt latente Aggression an die Oberfläche: ‚Was suchn S‘ denn da?‘ ‚Haun S‘ ab‘.

Die Jugendlichen hätten „auch in den Haß- und Sehnsuchtsparolen, mit denen sie die Wände beschreiben, ein Ventil für ihre Frustration gefunden.“ Auch die städtische SPÖ-Politik wurde im Artikel scharf kritisiert. Es sei ein schmutziges und verfallenes Objekt übergeben worden,

„dieses verfallene Objekt der WÖK, das in seiner Riesenhaftigkeit mit all dem an Ort und Stelle zurückgelassenen Dreck, dem zerbrochenen Mobiliar, den Haufen von alten Fetzen jede Aussicht auf selbstverwaltete Renovierung von vornherein im Keim erstickt und nichts als Tristesse vermittelt“.

Die Jugendlichen versteckten sich vor der „feindlichen“ Außenwelt geradezu. Rohrer stellte die Frage,

„Was sollen die Jungen, die sich in den langen trostlosen Gängen verlieren, sich in einen der schmutzigen Räume, ob für Homosexuelle oder andere Gruppen zurückziehen, von einer Politik halten, die sich eines solchen Zentrums auch noch rühmt?

Die Umgebung sei freudlos und die GAGA sei

„nichts als Ausdruck erschreckender Hilflosigkeit der Politiker dem Jugendproblem gegenüber. Um rasch Entwicklungen wie in Zürich oder anderswo zu entkommen, stellte man diese Bruchbude als ‚Heim‘ zur Verfügung.“⁶⁸³

Tatsächlich könnten unter anderem aufgrund von zu wenig finanzieller Unterstützung bauliche Mängel der GAGA nicht beseitigt werden. Für die Kosten der Renovierung des Gebäudes verwies Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) auf den amtsführenden Stadtrat für Wohnen und Stadterneuerung Johann Hatzl, der aber wiederum Fröhlich-Sandners Ressort dafür in der Verantwortung sah. Mit Verweis auf die Selbstverantwortung übernahm die Gemeinde die Kosten für die Einrichtung nicht. Die

⁶⁸³ Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". In: Die Presse vom 4.7.1981 S. 1.

schlechte Verfassung des Gebäudes begünstigte Diebstähle und Ruhestörungen aufgrund von mangelnder Schallisolierung.⁶⁸⁴

Im scharfen Kontrast dazu beschrieb die *Arbeiter-Zeitung* die GAGA als Projekt der SPÖ Wien im Jahr 1981 als durchwegs positiv. Bereits am 6. März 1981 wurde diese von der Wiener Jugendkommission als konkretes jugendpolitische Ziel und Lösung für die Wiener Jugend beschrieben.⁶⁸⁵ Ende April charakterisierte die *AZ* die GAGA als Ort für Selbstverwaltung, Kreativität und gemeinschaftliche Tätigkeiten. Ein Bericht hob die Vielfalt der Angebote hervor, von Kino, Werkstätten über Proberäume und alternative Schulen bis zu Kinder- und Seniorenklub. Die Jugendlichen könnten dort selbst etwas aufbauen und Verantwortung übernehmen.⁶⁸⁶ Die SPÖ reagierte auch auf die schon erwähnten Sorgen von Anrainer:innen und versuchte für mehr Verständnis für die GAGA zu werben. In der *AZ* war von einer zu diesem Zweck abgehaltenen Bürger:innenversammlung im 5. Bezirk zu lesen. Dabei berichtete sie von Maßnahmen gegen Lärmbelästigung und zitierte Innenminister Lanc (SPÖ) mit der Warnung, „die Jugendlichen, die Einsatzfreude bewiesen hätten, mit Vorurteilen in ein soziales Ghetto zu drängen.“ Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) lobte die Absicht der jungen Leute, im Haus ein Tröpferlbad zu errichten“ und hilflose Menschen bei der Nutzung zu unterstützen.⁶⁸⁷

Die *Kronen Zeitung* stellte im einzigen Artikel im März 1981 zur GAGA diese positiv als selbstverwaltetes Kommunikationszentrum dar, bei dem Jugendliche selbst die Adaptierung und Revitalisierung übernehmen könnten. Demnach wolle die Gemeinde Wien durch die Übergabe der „Arena“ und anderer selbstverwaltete Kommunikationszentren sowie einer Öffnung von „Häusern der Begegnung“ an Wochenenden Jugendkrawalle in Wien künftig verhindern. Die Berichterstattung folgte der SPÖ-Perspektive, eine eigenständige inhaltliche Auseinandersetzung mit den jugendpolitischen Maßnahmen erfolgte nicht. Das selbstverwaltete Amerlinghaus wurde im Artikel von Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) als positives Vorbild genannt, weswegen der Stadtsenat eine Subvention von 2,3 Millionen Schilling beschlossen hätte.⁶⁸⁸ Besondere Aufmerksamkeit erfuhr im Jahr 1981 die Veranstaltung zur Eröffnung der Gassergasse, worauf im folgenden Kapitel eingegangen wird.

⁶⁸⁴ Suttner, "Beton brennt", S. 280.

⁶⁸⁵ o.V., Konkrete Lösungen für die Wünsche der Wiener Jugend. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 6.3.1981 S. 3.

⁶⁸⁶ o.V., Jugendclub: Freiheit und Verantwortung. Das selbstverwaltete Kulturzentrum Gassergasse bietet jedem. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.4.1981.

⁶⁸⁷ o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 7.4.1981.

⁶⁸⁸ o.V., Gemeinde Wien gibt die "Arena" für die Jugendlichen frei. In: *Kronen Zeitung* vom 25.3.1981 S. 13.

Tatsächlich ging der Kampf für ein autonomes, selbstverwaltetes Jugendzentrum in Wien in das Jahr 1979 zurück, seitdem dafür unter anderem eine Demonstration und eine Unterschriftensammlung abgehalten wurden. Auch wenn das Projekt und das dafür gewählte Areal schon länger geplant waren, wurde für den Zeitpunkt der Umwidmung und der Schlüsselübergabe Anfang März die 1. März-Demo und die Verhinderung weiterer „Krawalle“ in der Literatur als Anlass für die Übergabe gesehen.⁶⁸⁹

Die Verhinderung weiterer Jugendkrawalle wurde als Grund für die Eröffnung der GAGA auch in der *Presse* und der *Kronen Zeitung* explizit genannt.⁶⁹⁰ In der *Presse* wurde die GAGA als Zeichen der Hilflosigkeit der Politiker:innen interpretiert. Die Subventionierung von rund 2 Millionen Schilling im Jahr wurde kritisch gesehen, da man eine „Bruchbude“ zur Verfügung gestellt habe, die von Anfang an nicht instandsetzbar wäre.⁶⁹¹ Die *AZ* betonte als Grund für die Eröffnung, Jugendlichen konsumfreie, selbstverwaltete Räume zur Verfügung zu stellen.⁶⁹²

Während die *Presse* zum endgültigen Entscheid für die GAGA im März 1981 nichts vermeldete,⁶⁹³ erschien Anfang Mai 1981 ein Artikel von Peter Zehrer anlässlich des Eröffnungsfestes der Gassergasse. Darin wurden die Jugendlichen der GAGA als Provokateur:innen dargestellt und die SPÖ für das Projekt kritisiert. Unter dem Titel „Und die (Polizei-)Musi spielt dazu“ betonte der Artikel, dass die Polizei „auf allerhöchsten Befehl“ beim Eröffnungsfest „aufspielen“ habe müssen und dabei einer „Verhöhnung“ durch Aufschriften wie „Hier dürfen keine Bullen rein“ ausgesetzt gewesen seien. Der Artikel verwies zudem auf 30 Anzeigen wegen Lärmbelästigung und kritisierte, dass die Polizei aufgrund einer politischen Vereinbarung die Gassergasse nicht betreten dürfe.⁶⁹⁴ Damit insinuierte die Zeitung, dass die GAGA auf Anweisung der Stadt Wien beziehungsweise der SPÖ eine Art rechtsfreier Zone sei, was eine eindeutige Diffamierung dieser darstellte. Mit der Kritik an Lärmbelästigung durch die GAGA entsprach die Berichterstattung wiederum der Kritik der Margaretener ÖVP.⁶⁹⁵ Die Verhöre der Aktivist:innen der GAGA am Tag des Eröffnungsfests hinsichtlich des Mordes am jüdischen Stadtrat Nittel durch die Polizei Wien wurden von den Zeitungen nicht erwähnt.⁶⁹⁶

⁶⁸⁹ Suttner, "Beton brennt", S. 275, S. 276.

⁶⁹⁰ o.V., Gemeinde Wien gibt die "Arena" für die Jugendlichen frei. In: *Kronen Zeitung* vom 25.3.1981 S. 13; o.V., Riesenwirbel um zu lautes Jugendzentrum. In: *Die Presse* vom 11.6.1981.

⁶⁹¹ Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". In: *Die Presse* vom 4.7.1981 S. 1.

⁶⁹² o.V., Jugendclub: Freiheit und Verantwortung. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.4.1981.

⁶⁹³ Suttner, "Beton brennt", S. 276, S. 277.

⁶⁹⁴ Zehrer, Und die (Polizei-)Musi spielt dazu... In: *Die Presse* vom 5.5.1981 S. 8.

⁶⁹⁵ Suttner, "Beton brennt", S. 279.

⁶⁹⁶ Ebenda, S. 278.

Später stellte sich heraus, dass Nittel von palästinensischen Terroristen aus antisemitischen Motiven ermordet worden war.⁶⁹⁷

Organisation und Tätigkeiten

Die Organisation und die verschiedenen Projekte der GAGA kamen in den Zeitungen unterschiedlich ausführlich zu Wort. Bereits kurz nach der Eröffnung beteiligten sich ca. 150 bis 200 Aktivist:innen in verschiedenen Arbeitsgruppen, wobei Entscheidungen durch einen gewählten Arbeitsgruppenrat und eine Vollversammlung getroffen wurden. Die Arbeitsgruppen unterteilten sich in Sportgruppen, Hobbygruppen, Handwerksgruppen und gegenkulturelle Gruppen, wie Punks oder Homosexuelle.⁶⁹⁸ So ausführlich wurden diese jedoch in den Zeitungen kaum beschrieben.

Während die *Kronen Zeitung* nur vom Plan der Adaptierung und Revitalisierung des Gebäudes berichtete, beschrieb die *Arbeiter-Zeitung* ausführlich vorgesehene Projekte und die Organisation: „Von Kunstwerkstätten, Proberäumen für Musiker, alternativer Schule, Sport, Bibliothek, Kino, Rechtsberatung, Kinderladen und nicht zu vergessen dem Seniorenklub“ Es sei offen für alle und einmal in der Woche gäbe es Plenum zur Besprechung anfälliger Dinge.⁶⁹⁹ In einem anderen Bericht schrieb die *AZ* von einem Plan zur Errichtung eines Tröpferlbad, bei dessen Benutzung hilflose Menschen unterstützt werden sollten.⁷⁰⁰ Alleine in der *Presse* kamen trotz Berichterstattung über die GAGA deren Tätigkeiten abseits von kriminellen Handlungen nur marginal vor. Sie thematisierte einzig Musikproben negativ im Kontext von Lärmanzeigen.⁷⁰¹ Außerdem betonte sie in einem Artikel die Arbeit in kleinen Interessensgruppen, vom Kindergarten bis zu Bibliothek, um festzustellen, dass kein Risiko für ein „Aktionsfeld für radikale Kaderleute“ bestehen würde.⁷⁰²

Auseinandersetzungen rund um die GAGA 1981

Von Anfang an begleitete die Berichterstattung über die GAGA auch das Thema Auseinandersetzungen rund um das Projekt, welche sich sowohl in der *Presse* als auch in der *AZ* wiederfand.

⁶⁹⁷ Ursula Mindler-Steiner, 1979/1981: Anschlag auf den Stadttempel und Ermordung von Heinz Nittel. Antisemitischer Terror in Wien (2025). <https://hdgoe.at/ermordung-nittel-anschlag-stadttempel> (18. Oktober 2025).

⁶⁹⁸ Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 166–168.

⁶⁹⁹ o.V., Jugendclub: Freiheit und Verantwortung. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.4.1981.

⁷⁰⁰ o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 9.

⁷⁰¹ o.V., Wiener Randfestspiele. Aufwärmen am Eis. In: Die Presse vom 14.5.1981; Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". In: Die Presse vom 4.7.1981 S. 1.

⁷⁰² o.V., Wiener Randfestspiele. In: Die Presse vom 14.5.1981 S. 3.

Die *AZ* berichtete nur einmal Anfang April von Spannungen mit Anrainer:innen wegen Lärmbelästigung. Um für mehr Verständnis für die GAGA zu werben, habe es eine Bürgerversammlung im 5. Bezirk gegeben. Dabei wurde von Maßnahmen gegen Lärmbelästigung berichtet und Innenminister Lanc (SPÖ) wurde mit der Warnung zitiert, „die Jugendlichen, die Einsatzfreude bewiesen hätten, mit Vorurteilen in ein soziales Ghetto zu drängen.“ Dabei hob Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) positive Aspekte der GAGA hervor.⁷⁰³

Die *Presse* wählte im Juni 1981 einen deutlich schärferen Tonfall in ihrer Berichterstattung über politische Auseinandersetzungen rund um die GAGA. Ein Beitrag über Diskussionen in der Bezirksvertretung zum Thema begann mit den Worten: „Schmierparolen, nächtliche Ruhestörungen, Zerstörungsakte - das autonome Jugendzentrum in der Gassergasse, Wien-Margareten sorgt für Diskussionsstoff“. Zum „aus Steuergeldern nach den ersten Jugendkrawallen in Wien blitzartig von der Gemeinde zur Verfügung gestellte Jugendzentrum“ erhielten vor allem die empörten Stimmen von ÖVP und FPÖ Margareten sowie von kritischen Anrainer:innen Raum. Während die ÖVP die Schließung und Räumung der GAGA fordere, trete die FPÖ für die Verstärkung der Exekutive ein. Die SPÖ hingegen engagiere sich für Lösungen durch einen Antrag für „Schallschutzbauten“ und einen Eingang zum Gürtel hin. Die Bezirksvertretungssitzung dazu sei abgebrochen worden.⁷⁰⁴ Zwei Tage später wurde Fröhlich-Sandner (SPÖ) mit einem Appell an die Toleranz der Bevölkerung zitiert, da Jugendzentren „eine gewisse Gewähr“ dafür gäben, dass „manche Jugendliche nicht völlig zu Außenseitern werden.“ Die GAGA werde nicht mehr Subventionen als andere Jugendzentren.⁷⁰⁵ In einer Kurzmeldung in der *Presse* von Anfang Juli wurde mitgeteilt, dass Fröhlich-Sandner ein Schreiben an alle Anwohner:innen der GAGA mit der Mitteilung der Lösung der Probleme der Lärmbelästigung gerichtet habe.⁷⁰⁶ Bei einem Umbau der GAGA im Sommer 1981 wurden die Proberäume schallisoliert und die Probezeiten für die Bands fixiert. Zudem wurde der Eingang auf die Seite des Gürtels verlegt und das öffentliche Beisl umgebaut.⁷⁰⁷

Während die GAGA in der *Presse* also durchwegs negativ bewertet wurde, setzten die *AZ* und die *Kronen Zeitung* diese im Jahr 1981 in ein sehr positives Licht. Inwiefern die Einordnungen der Zeitungen im Jahr 1983 daran anknüpften, ist das Thema des nächsten Kapitels.

⁷⁰³ o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 9.

⁷⁰⁴ o.V., Riesenwirbel um zu lautes Jugendzentrum. In: Die Presse vom 11.6.1981 S. 13.

⁷⁰⁵ o.V., Jugendzentren: Fröhlich vermisst die Toleranz. In: Die Presse vom 13.6.1981.

⁷⁰⁶ o.V., Kurzmeldung: Jugendzentrum. In: Die Presse vom 3.7.1981.

⁷⁰⁷ Suttner, "Beton brennt", S. 279.

b) Im Jahr der Schließung – 1983

Die Entwicklung der Gassergasse von der Eröffnung im Jahr 1981 bis zu ihrer Schließung im Juni 1983 war einerseits von den Tätigkeiten vielfältiger und diverser Gruppen, aber auch von Konflikten zwischen und Problemen von diesen, sowie Problemen mit der Polizei und äußeren Gegner:innen geprägt. Zur Diskreditierung der GAGA trugen vor allem die ÖVP Wien, aber auch negative Medienberichterstattung bei. Vor dem Hintergrund dieser inneren und äußeren Probleme wurde die GAGA im Juni 1983 anlässlich von Auseinandersetzungen mit der Polizei schließlich geschlossen.⁷⁰⁸ Verschiedene Aspekte der Berichterstattung werden im folgenden Kapitel analysiert. Zunächst stehen die Beschreibung der Räumung und Schließung der GAGA sowie deren Legitimierung im Fokus, gefolgt von daran geübter Kritik. Nach der Berichterstattung zu den Subventionen wird auf die Charakterisierung der Aktivist:innen der GAGA eingegangen. Abschließend wird noch die Bewertung des gesamten Projekts GAGA und die Berichterstattung zu ehemaligen GAGA-Gruppen dargelegt sowie anschließend ein Vergleich zwischen der Berichterstattung im Jahr 1981 und im Jahr 1983 gezogen.

Schließung und Räumung der Gassergasse im Jahr 1983

Aufwind brachte den Gegner:innen der GAGA schon vor der Schließung eine folgenschwere Razzia in der GAGA am 14. Jänner 1983, bei der die Polizei ein halbes Kilogramm Haschisch fand.⁷⁰⁹ Die *Kronen Zeitung* berichtete von dieser „Rauschgiftrazzia“, wo 60 Polizisten mit Hunden die Räume durchstöberten und ein halbes Kilo Haschisch gefunden hätten sowie zwölf Personen festnahmen. In der Meldung wurde auch die Behauptung von „aufgebrachten Jugendlichen“ wiedergegeben und dass die Polizei „in dem ohnehin desolaten Gebäude Verwüstungen angerichtet hätte“.⁷¹⁰ In einer Kurzmeldung der *Kronen Zeitung* drei Tage später erfolgte die politische Reaktion des FP-Gemeinderat Fritz Kulchar, der eine Streichung der Subventionen an die GAGA forderte.⁷¹¹

Ein abruptes Ende fand die GAGA dann später im Jahr 1983 bei einer Räumung in der Nacht auf den 26. Juni 1983. Diese brachte einiges an medialer Aufmerksamkeit mit sich. Angesichts einer Streichung der Subventionen seitens der Stadt Wien für das Jugendzentrum Anfang Juni 1983, wurde an diesem Abend ein Protest-Open-Air Konzert veranstaltet. Nach Lärmbeschwerden durch Nachbar:innen, trat die Polizei auf und es kam zu Auseinandersetzungen, gefolgt von der anschließenden, durch Bürgermeister Gratz (SPÖ)

⁷⁰⁸ Suttner, Gassergasse. In: *Nußbaumer, Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), *Besetzt!*, S. 167–169.

⁷⁰⁹ Ebenda, S. 168.

⁷¹⁰ o.V., Rauschgiftrazzia im Jugendzentrum. In: *Kronen Zeitung* vom 15.1.1983.

⁷¹¹ o.V., Subventionen streichen. In: *Kronen Zeitung* vom 18.1.1983.

angeordneten Räumung.⁷¹² Die Räumung der Polizei wurde durch Gewalt von Rechtsextremen begleitet, die mit Steinen, Schlagstöcken und Molotowcocktails ausgestattet waren. Schon zuvor hatte der Neonazi Gottfried Küssel ein Kellerlokal in der Laurenzgasse in unmittelbarer Nähe der GAGA gemietet, von wo aus die Rechtsextremen bei der Polizei ständige Lärmbeschwerden über die GAGA einbrachten.⁷¹³

Das Ende der GAGA erhielt in den Zeitungen breiten Raum, wobei die Aktivist:innen der GAGA kriminalisiert und gewaltvoll dargestellt wurden. Die Gewalt der Rechtsextremen kam zunächst nur indirekt in einem Bericht in der *AZ* vor. In diesem berichtete sie von ungefähr 150 „erbosten Anrainern“, die sich zu einer Art „Bürgerwehr“ zusammengerottet und beschlossen hätten und „die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen, was zu Eskalation und Verbarrikadierungen geführt hätte.“⁷¹⁴ Erst später wurde dies in der *Presse* und der *AZ* weiter thematisiert.⁷¹⁵

Die Auseinandersetzung zwischen Aktivist:innen und Polizei wurde in allen drei Zeitungen als „(Straßen)schlacht“ bezeichnet,⁷¹⁶ einmal in der *Presse* als Tumulte⁷¹⁷ sowie in der *Kronen Zeitung* und der *Presse* als Krawall.⁷¹⁸ In fünf Meldungen bezeichnete die *Kronen Zeitung* die Beteiligten außerdem als Rowdys, Randalierer, „ungute Störenfriede, letztlich Feinde der Gesellschaft“ oder gar als Terroristen.⁷¹⁹ Von allen drei Zeitungen wurden die Ausschreitungen als gewaltvoll beschrieben.⁷²⁰ In der *Presse* verwies Hans Werner Scheidl beispielsweise in

⁷¹² Suttner, "Beton brennt", 301, 302; Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 169.

⁷¹³ Suttner, "Beton brennt", 299, 301.

⁷¹⁴ o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. Nächtliche Straßenschlacht um Jugendzentrum Gassergasse - Haus wird jetzt abgerissen. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983.

⁷¹⁵ o.V., Planiertrauben in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. Junges SP-Wien fordert jetzt mehr Geld für Jugendzentren. In: Die Presse vom 29.6.1983; o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. "Gaga"-Sympathisanten: "Selbsthilfe nach Naziprovokation". In: Arbeiter-Zeitung vom 29.6.1983.

⁷¹⁶ Hans Werner Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983; o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. Jugendzentrum wird nun abgerissen. In: Die Presse vom 28.6.1983; o.V., Planiertrauben in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: Die Presse vom 29.6.1983 S. 14; o.V., Straßenschlacht in Wien - Jugendzentrum wird nun abgerissen. Molotowcocktails und drei Verletzte. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9; o.V., Riesenkravall um Jugendzentrum. In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983; Alfred Pulletz, Peter Strasser, Nach Riesenkravallen wird Jugendzentrum abgerissen! Nach nächtlicher Schlacht in Wien ist jetzt Schluß: 63 Rowdys verhaftet. In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983.

⁷¹⁷ o.V., Planiertrauben in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: Die Presse vom 29.6.1983 S. 14.

⁷¹⁸ o.V., Blecha will mehr Polizisten auf die Straße schicken. In: Die Presse vom 1.7.1983; o.V., Riesenkravall um Jugendzentrum. In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 1.

⁷¹⁹ Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983; Helga Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! Skandalöser Mißbrauch von Gemeindesubventionen im jetzt aufgelösten Gaga-Zentrum. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983; Pulletz, Strasser, Nach Riesenkravallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 8, 9; Reinald Hübl, Es lag was in der Luft... In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983.

⁷²⁰ Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 2; Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 1; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9; o.V., Das Ende? In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983.

seinem Leitartikel auf die zunehmende Gewalttätigkeit der „Szene“ in Zürich und der BRD, die eventuell auch bei den Ausschreitungen in der GAGA „einen Nährboden“ gefunden hätte.⁷²¹

Alle drei Zeitungen berichteten von beschädigten Autos, Molotowcocktails, Pflastersteine und brennenden Matratzen.⁷²² Die Polizei hätte deswegen laut der *Kronen Zeitung* den Verkehr auf dem Gürtel sperren müssen, mit einem Sturmangriff und Gewalt reagiert sowie Aktivist:innen festgenommen.⁷²³ Die *Presse* und die *AZ* beschrieben das Vorgehen der Polizei als „Stürmung“ des Gebäudes, mit Festnahmen und einer Hausdurchsuchung, wo Waffen und Cannabis gefunden worden seien.⁷²⁴ Die spätere Freilassung der Festgenommenen wurde sowohl in der *Presse* als auch in der *AZ* thematisiert.⁷²⁵

In dramatischen Worten beschrieben die Zeitungen den Hergang der Räumung: Laut der *Presse* habe eine „mehr als fünfstündige[...] Schlacht mit Steinen, Molotowcocktails, Stöcken und brennenden Matratzen“ gegeben. Bei einer ersten Hausdurchsuchung sei „ein wahres Waffenlager“ entdeckt worden, „bestehend aus Gaspistolen, verbotenen Springmessern und schweren Schlagketten, sowie mehrere Gramm Marihuana, eine Cannabis-Waage und Spuren von Haschisch.“⁷²⁶ Ebenso dramatisch berichtete die *AZ* berichtet von der Eskalation der Situation: „Steine, brennende Matratzen, Kübel voll von Exkrementen und sogar eine komplette Email-Doppelabwasch“ seien aus dem Haus geflogen, schließlich ein „Waffen- und Rauschgiftlager“ entdeckt worden.⁷²⁷ Die *Kronen Zeitung* griff in der Beschreibung auf Kriegsrhetorik zurück:

„Mit Molotowcocktails, Wurfgeschossen und brennenden Matratzen lieferten in der Nacht zum Montag Randalierer und Rowdys im Jugendzentrum in der Gassergasse in Wien der Polizei eine wilde Schlacht. Die Sicherheitsbehörden waren gezwungen, den

⁷²¹ Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 1.

⁷²² Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 2; o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9; o.V., Riesenkrawall um Jugendzentrum. In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 1; Pulletz, Strasser, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 8, S. 9.

⁷²³ Peter Kunze, "Haß und Resignation". Demonstration im Wiener Stadtpark gegen die Schließung des Kulturzentrums Gassergasse! Hier ein Exklusiv-Interview mit dem Drahtzieher Manfred Rudolf! In: Kronen Zeitung vom 7.7.1983; o.V., Riesenkrawall um Jugendzentrum. In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 1; Pulletz, Strasser, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 8, S. 9.

⁷²⁴ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10; o.V., Planierrauben in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: Die Presse vom 29.6.1983 S. 14; o.V., Weiter Aufregung um "Gaga"-Schließung. In: Die Presse vom 30.6.1983; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9.

⁷²⁵ o.V., Weiter Aufregung um "Gaga"-Schließung. In: Die Presse vom 30.6.1983 S. 10; o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.6.1983 S. 8.

⁷²⁶ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10.

⁷²⁷ o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9.

Riesenkrawall durch einen Sturmangriff zu beenden. 63 Jugendliche wurden im Handgemein festgenommen.“⁷²⁸

Im dazugehörigen Bericht und einem Kommentar ging es in einer ähnlichen Rhetorik weiter: Die GAGA sei zu einer „regelrechten Festung“ mit „gefährlichen Fallen“ ausgebaut worden, zentrale Bilder zeigten brennende Matratzen, Molotowcocktails und zerstörte Autos.⁷²⁹

Mehrheitlich benannten alle Berichte zum Thema die Forderung nach der Auszahlung von versprochenen Subventionen in der Höhe von 150.000 Schilling als Grund für das Protestfest der GAGA vor deren Schließung. Laut der *Kronen Zeitung* sei die Auszahlung weiterer der Subventionen wegen nicht ordnungsgemäßer Verwendung vorheriger Subventionen verweigert worden, weswegen ein Protestfest veranstaltet wurde, das wegen „überlauten Rockmusik“ zur Eskalation geführt hätte.⁷³⁰ In einem Artikel der *AZ* verteidigte die Stadtverwaltung das Zurückhalten der 150.000 Schilling damit, dass selbst der Vorstand der GAGA die Auszahlung nicht erforderlich gefunden hätte.⁷³¹ Die *AZ* beschrieb den Hergang zur Eskalation ähnlich wie die *Kronen Zeitung* und berichtete von Lärmbeschwerden von Nachbar:innen.⁷³² Als Gründe für die Solidaritätsproteste nach der Schließung der GAGA nannten die Zeitungen die Forderung nach Freilassung der Inhaftierten und Protest gegen die Schließung der GAGA.⁷³³

Als Reaktion auf die Räumung der GAGA fanden am 27. und 28. Juni 1983 Solidaritätsdemonstrationen gegen die Schließung der GAGA und für die Freilassung der Festgenommenen statt, die von der Polizei brutal aufgelöst wurden.⁷³⁴ Diese Solidaritätsdemos an den Folgetagen wurden auch in den Zeitungen erwähnt und erhielten neutralere

⁷²⁸ o.V., Riesenkrawall um Jugendzentrum. In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 1.

⁷²⁹ Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 2; *Pulletz, Strasser*, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 8, S. 9.

⁷³⁰ *Pulletz, Strasser*, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 8, S. 9.

⁷³¹ o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8.

⁷³² o.V., Straßenschlacht in Wien - Jugendzentrum wird nun abgerissen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 1; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9.

⁷³³ Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 2; o.V., "Gaga"-Demo. In: *Kronen Zeitung* vom 1.7.1983; *Kunze*, "Haß und Resignation". In: *Kronen Zeitung* vom 7.7.1983 S. 14; *Scheidl*, Scherben im Jugendzentrum. In: *Die Presse* vom 28.6.1983 S. 1; o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: *Die Presse* vom 28.6.1983 S. 10; o.V., Planierdraht in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: *Die Presse* vom 29.6.1983 S. 14; o.V., Weiter Aufregung um "Gaga"-Schließung. In: *Die Presse* vom 30.6.1983 S. 10; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9; o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8; o.V., "Gaga" - Wirbel geht weiter. Nun befaßte sich auch der Gemeinderat mit der Gassergasse. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 30.6.1983; o.V., Zur Räumung der "Gassergasse". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.7.1983; o.V., Alternativschule - wohin? In: *Arbeiter-Zeitung* vom 9.7.1983; *Pulletz, Strasser*, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 8, 9; *Hübl*, Es lag was in der Luft... In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 11.

⁷³⁴ *Suttner*, "Beton brennt", S. 303, S. 304.

Beschreibungen, wie „Demonstration“.⁷³⁵ Die *AZ* und der *Presse* gaben dabei auch der GAGA gegenüber solidarischen Perspektiven Raum,⁷³⁶ wie beispielsweise durch ein Zitat der Alternative Liste Wien (ALW)⁷³⁷ in der *Presse*.⁷³⁸ Die ALW rief am 30. Juni 1983 zu einer Demonstration gegen Polizeigewalt auf, die trotz Anweisung des Innenministers Blecha (SPÖ) von der Polizei nicht genehmigt wurde.⁷³⁹ Von dieser Demonstration berichtete die *Kronen Zeitung* in einer Kurzmeldung vom 1. Juli 1983. Demnach hätten bei einer Demo über die Mariahilfer Straße am Donnerstag von rund 1000 „Gaga“-Sympathisanten für die Freilassung der „GAGAisten“ teilgenommen, einige davon hätten dann noch den Verkehr in der Währinger Straße bis am Abend blockiert.⁷⁴⁰

Legitimierung der Schließung der GAGA

Schon aus der Beschreibung der Räumung lässt sich eine Diffamierung der GAGA in den Zeitungen erkennen, die sich auch in der Bewertung der Schließung selbst niederschlug. Mit dem Verweis auf bestehende Probleme begründeten die Zeitungen die Schließung, wobei sie durchaus verschiedene Schwerpunkte setzten.

Im Kontext der Schließung schrieb die *Kronen Zeitung*, dass es bereits zuvor „zahlreiche Krawalle“ und eine „Reihe skandalöser Vorfälle“ gegeben hätte. So wurde der Volksschule in der GAGA unterstellt, dass die Wände der Klassenzimmer mit obszönen Zeichnungen „verziert“ gewesen seien und Volksschüler „Aufsätze über Prostitution“ geschrieben hätten.⁷⁴¹ Die *Kronen Zeitung* gab zudem die Begründung für die Schließung von Bürgermeister Gratz (SPÖ) wieder, wonach die GAGA „zur Keimzelle für Ausschreitungen“ geworden sei und es auch gut funktionierende Jugendzentren gäbe.⁷⁴² Die Kommentatoren der *Kronen Zeitung*

⁷³⁵ Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8; o.V., "Gaga"-Demo. In: *Kronen Zeitung* vom 1.7.1983 S. 14; Kunze, "Haß und Resignation". In: *Kronen Zeitung* vom 7.7.1983 S. 14; o.V., Weiter Aufregung um "Gaga"-Schließung. In: *Die Presse* vom 30.6.1983 S. 10; o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8; o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 30.6.1983 S. 9; o.V., Alternativschule - wohin? In: *Arbeiter-Zeitung* vom 9.7.1983 S. 4.

⁷³⁶ o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8; o.V., Zur Räumung der "Gassergasse". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.7.1983 S. 4; o.V., Zu Wort gemeldet: Das Aus für die GAGA und die Folgen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.7.1983.

⁷³⁷ Die Alternativen Liste Wien entstand 1982 aus der Ökologiebewegung heraus und war klar im alternativen und antiautoritären Spektrum zu verorten. Suttner, "Beton brennt", S. 252, S. 253.

⁷³⁸ o.V., Weiter Aufregung um "Gaga"-Schließung. In: *Die Presse* vom 30.6.1983 S. 10.

⁷³⁹ Suttner, "Beton brennt", S. 303, S. 304.

⁷⁴⁰ o.V., "Gaga"-Demo. In: *Kronen Zeitung* vom 1.7.1983 S. 14.

⁷⁴¹ Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8.

⁷⁴² Pulletz, Strasser, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9.

bewerteten die Schließung der GAGA positiv, da diese gemäß Reinald Hübl schon immer unbeliebt gewesen und nun das „Experiment mit diesem sonderbaren Haus“ missglückt sei.⁷⁴³

In der Bewertung der Schließung rahmte die *Presse* das Ende der GAGA als unvermeidlich. Der Fortbestand des „völlig verwahrlosten Haus“ durch Zuwarten der Gemeinde hätte Sprengstoff produziert und mithilfe der Subventionen sei Nichtstun finanziert worden.⁷⁴⁴ Ein Artikel zitierte einen höheren Polizeisprecher, wonach die angeordnete Zurückhaltung der Polizei zum Eklat geführt hätte.⁷⁴⁵

Die *AZ* stützte zunächst die Schließung der GAGA mit einem Zitat von Bürgermeister Gratz (SPÖ): „Die Freiheit des Einzelnen, mit den Händen herumzufuchteln endet dort, wo er den Nächsten auf die Nase trifft.“ Die GAGA sollte keine „Keimzelle für Ausschreitungen“ werden und die Nachsicht der Anrainer:innen könne nicht grenzenlos sein.⁷⁴⁶ Im Unterschied zu den anderen Zeitungen stellt die *AZ* anschließend die Räumung zwar als notwendig dar, aber keineswegs als Patentrezept. Demnach seien weitere Gespräche mit der Jugend wichtig und auch die Idee von autonomen Jugendzentren weiterhin zu begrüßen.⁷⁴⁷

Auch die *Presse* zitierte Bürgermeister Gratz (SPÖ), wonach die GAGA schon länger eine „Belästigung und Beunruhigung“ für die Wohnumgebung dargestellt hätten.⁷⁴⁸ Zusätzlich betonten die *AZ* und die *Kronen Zeitung* die mangelnde Toleranz für die GAGA in der Bevölkerung.⁷⁴⁹ Einzig die *AZ* erwähnte auch feindlich eingestellte Anrainer:innen, die eine gewaltvolle Bürgerwehr gegen die GAGA gebildet hätten.⁷⁵⁰ Der Fund von Waffen und Cannabis bei der Schließung der GAGA wurde als weiterer Beweis für die Kriminalität der GAGA herangezogen.⁷⁵¹ Zudem bekam die angebliche Verwendung von Subventionen für

⁷⁴³ Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 2; Hübl, Es lag was in der Luft... In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 11.

⁷⁴⁴ Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: *Die Presse* vom 28.6.1983 S. 1.

⁷⁴⁵ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: *Die Presse* vom 28.6.1983 S. 10.

⁷⁴⁶ o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9.

⁷⁴⁷ o.V., Das Ende? In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9; o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 30.6.1983 S. 9.

⁷⁴⁸ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: *Die Presse* vom 28.6.1983 S. 10.

⁷⁴⁹ o.V., Das Ende? In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9; o.V., Zur Räumung der "Gassergasse". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.7.1983 S. 4; Hübl, Es lag was in der Luft... In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 11.

⁷⁵⁰ o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9.

⁷⁵¹ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: *Die Presse* vom 28.6.1983 S. 10; o.V., Planierdraht in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: *Die Presse* vom 29.6.1983 S. 14; o.V., Weiter Aufregung um "Gaga"-Schließung. In: *Die Presse* vom 30.6.1983 S. 10; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9; Puletz, Strasser, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 8, 9.

Polizeistrafen und selbstgebastelte Waffen in der *Kronen Zeitung* und der *Presse* Aufmerksamkeit,⁷⁵² wohingegen die *AZ* das Thema ausspart.

Die Schließung der GAGA wurde von allen Zeitungen als unvermeidlich dargestellt und von *Presse* und *Kronen Zeitung* klar begrüßt, während die *AZ* diese nicht als Patentrezept sah und den weiterhin notwendigen Dialog mit der Jugend betonte.

Kritik an der Räumung

Zugleich kamen in der Berichterstattung zur Schließung auch kritische Stimmen zu Wort, die vor allem die Beteiligung von Rechtsextremen und Polizeigewalt bei der Räumung kritisierten. Die Kritik kam vor allem von Seiten der Aktivist:innen der Gassergasse sowie deren Sympathisant:innen und fand in allen Zeitungen mehr oder weniger Raum.

So wurde in der *Presse* eine Pressekonferenz von GAGA-Funktionär:innen und -sympathisant:innen referenziert, wonach „Ausschreitungen [...] von Rechtsradikalen provoziert worden“ seien und man sich aus Angst vor „Neonazis und den Prügelpolizisten“ verbarrikadiert hätte. Die ALW kritisierte in der *Presse* die „brutale Vorgangsweise der Polizei“, beklagte „Verletzungen der Festgenommenen“ und forderte den Rücktritt der Verantwortlichen bei Polizei und Politik. Den Einsatz der Polizei kritisierte in einem Artikel der *Presse* auch die Junge Generation (JG) der Wiener SPÖ, die darin keine Lösung für Jugendfragen sahen, und mehr Unterstützung für autonomen Jugendzentren und die Fortführung des Projekts Gassergasse forderten. Zudem wurde über mindestens zwei Solidaritätsdemonstrationen mit der GAGA berichtet, eine davon wurde von der ALW angemeldet.⁷⁵³ Trotz der Vorwürfe der Polizeigewalt berichtete die *Presse* über einen Plan Innenminister Blechas (SPÖ), zur Sicherheit der Bevölkerung „mehr Polizisten auf die Straßen [zu] schicken“, was in direkten Zusammenhang mit dem völlig gerechtfertigt erscheinendem Polizeieinsatz bei der Schließung der GAGA gebracht wurde.⁷⁵⁴

Nach der Hochphase der Berichterstattung bekam am 7. Juli 1983 in der *Kronen Zeitung* ebenso eine solidarische Perspektive Raum. Der ehemals in der GAGA tätige Sozialarbeiter Manfred Rudolf forderte in einem Interview Verständnis für die Hintergründe der GAGAisten und insbesondere der Punks, die in schwierigen sozialen Lagen seien und denen es oft an

⁷⁵² Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 2; Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8; o.V., Planieräupen in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: *Die Presse* vom 29.6.1983 S. 14; o.V., Polizeistrafen mit Subventionen aus Steuergeld bezahlt! In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983.

⁷⁵³ o.V., Planieräupen in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: *Die Presse* vom 29.6.1983 S. 14.

⁷⁵⁴ o.V., Blecha will mehr Polizisten auf die Straße schicken. In: *Die Presse* vom 1.7.1983 S. 4.

Hoffnungs- und Zugehörigkeitsgefühl fehle. Es bräuchte eine andere Jugendpolitik, beispielsweise mehr Jugendzentren. Außerdem berichtete Manfred Rudolf auch von Polizeigewalt bei der Räumung der GAGA: "I bin wia alle anderen durch die Watschenstraßen der Polizei gängen. Ein Bursch mußte sogar mit einer Nierenprellung ins Krankenhaus eingeliefert werden." Er selbst hätte noch blaue Flecken.⁷⁵⁵ Kritik an der Stadt Wien wird im Herbst in der *Kronen Zeitung* zudem von WUK-Organisator Hnat laut, der forderte, dass sich diese besser um die Punks der GAGA kümmern solle.⁷⁵⁶

Parallel bekamen in der *Arbeiter-Zeitung* kritische Perspektiven zur Schließung der GAGA viel Raum zugestanden. Bereits am 29. Juni 1983 berichtete die *AZ* in kritischem Ton von Solidaritätsdemonstrationen und Abbruchsarbeiten, während die GAGAisten noch „machtlos hinter Gittern“ gesessen seien. Im Artikel kamen kritische Stimmen gegenüber der Vorgangsweise der (SPÖ-)Politik und Polizei zu Wort. Die Junge SP Wien sprach von der „Eskalation der Gewalt“ als einen „schweren Rückschlag“ für den Dialog mit sozial deklassierten Jugendlichen. Sprecher der GAGA gaben „organisierten faschistischen Gruppen“ die Schuld an den Ausschreitungen. Die ALW kritisierte die Provokation durch nicht ausgezahlte Subventionen und die harte Vorgangsweise der Polizei.⁷⁵⁷ Besonders hervorzuheben ist der Brief eines Lesers der willkürlich auf dem Heimweg von der gegenüberliegenden Straßenseite der GAGA zusammen mit seinem „türkischen Begleiter“ gewaltvoll gemeinsam mit anderen von der Polizei abgeführt wurde.⁷⁵⁸ Auch Christian Berger, Lehrer in der Alternativschule in der Gassergasse, kritisierte die Polizeigewalt und die Berichterstattung der Zeitungen, einschließlich der *AZ* selbst. Er berichtete von beliebiger Polizeigewalt bei den Solidaritätsdemos: „Leute, die von der Arbeit nach Hause gingen, wurden auf Grund ihres Aussehens verhaftet, geschlagen, gedemütigt.“⁷⁵⁹ In einem weiteren Leserbrief wurde kritisiert, dass vernommene Aussagen von Polizisten auf den Solidaritätsdemo wie „Unter dem Hitler hätt es des net geben“, von Generalinspektor Bögl im Nachhinein als Lüge bezeichnet wurden. Er solle Fehler nicht vertuschen und Schulungen gegen Faschismus für Polizisten organisieren.⁷⁶⁰ In Anfang und Mitte Juli veröffentlichten Leser:innenbriefen kritisierten Leser:innen den kolportierten Grund für die Schließung, Lärmbelästigung, da diese beispielsweise bei Verkehr, Fußballstadien oder Diskotheken einfach hingenommen werde. Die

⁷⁵⁵ Kunze, "Haß und Resignation". In: *Kronen Zeitung* vom 7.7.1983 S. 14.

⁷⁵⁶ Erwin Melchart, Rocker, aber nicht locker. Kulturzentrum "WUK" wird unterwandert. In: *Kronen Zeitung* vom 21.10.1983; Erwin Melchart, Wem "gehört" ein Punker? In: *Kronen Zeitung* vom 24.10.1983.

⁷⁵⁷ o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8.

⁷⁵⁸ o.V., Zur Räumung der "Gassergasse". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.7.1983 S. 4.

⁷⁵⁹ o.V., Alternativschule - wohin? In: *Arbeiter-Zeitung* vom 9.7.1983 S. 4.

⁷⁶⁰ o.V., Zum Club 2 über "Gaga". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 9.7.1983.

Zurückhaltung der Subventionen wurde dabei als bewusste Provokation mit dem Ziel der Schließung der GAGA interpretiert.⁷⁶¹

In einem Kommentar von SJ-Obmann Faymann in der *AZ* kritisierte dieser zudem, dass die Schließung keine Lösung für soziale und politische Probleme der Jugendlichen seien und dass es auch funktionierende Gruppen gegeben hätte.⁷⁶² „Obdachlose Jugendliche“ seien von anderen Einrichtungen in die GAGA „abgeschoben“ worden und die GAGA von dieser immer umfangreicheren Sozialarbeit mangels fehlender Sozialarbeiter:innen und finanzieller Mittel überfordert gewesen. Faymann kritisierte die „einseitige Berichterstattung in machen Medien“, die „ausschließlich damit beschäftigt [war], die Gewalteskalation zu beschreiben. Interviews mit betroffenen Jugendlichen fehlen gänzlich. Es gibt (gab) funktionierende Gruppen in der GAGA: für Schulen, Photographieren und Musik. Diese Projekte müssten fortgeführt werden.“ Gewalt und Kriminalisierung seien keine Lösung. es brauche stattdessen eigenständige und autonome Jugendarbeit und Jugendprojekte in Wien, mehr Unterstützung für selbstverwaltete Zentren, wie Arena, Amerlinghaus und WUK und echte Partizipation für die Jugendlichen. Er verwies auch auf die Ausarbeitung eines jugendpolitischen Programms gemeinsam mit autonomen Gruppen durch die SJ. Man müsse „all jenen entgegentreten, die auf dem Feuer einer Hetzjagd gegen die Jugendbewegung ihr autoritäres Süppchen vom Polizeistaat und einem Abbau demokratischer Rechte kochen wollen.“⁷⁶³

Obwohl die Räumung und Schließung der GAGA von den Zeitungen als legitim erachtet wurden, gaben diese auch kritische Stimmen zur Gewalt durch Rechtsextreme und Polizei bei der Räumung wieder. Darüber hinaus erhielten auch grundsätzlich der GAGA gegenüber solidarische Perspektiven Raum in den Zeitungen, wobei hier vor allem die *Arbeiter-Zeitung* zu nennen ist.

Subventionen

Ein weiteres zentrales Thema der Berichterstattung in der *Presse* und der *Kronen Zeitung* rund um die Räumung bildete die Frage der Subventionen der Stadt für die GAGA, wobei deren Summe und ein angeblicher Missbrauch im Vordergrund standen.

⁷⁶¹ o.V., Zur Räumung der "Gassergasse". In: Arbeiter-Zeitung vom 2.7.1983 S. 4; o.V., Alternativschule - wohin? In: Arbeiter-Zeitung vom 9.7.1983 S. 4.

⁷⁶² o.V., Zu Wort gemeldet: Das Aus für die GAGA und die Folgen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.7.1983 S. 4.

⁷⁶³ Ebenda.

Die Angaben über die Höhe der gesamten Subventionen von 1981 bis 1983 schwankten in den Zeitungen zwischen 4,2 und 4,5 Millionen Schilling,⁷⁶⁴ wobei laut einem Artikel in der *Presse* nur die Hälfte tatsächlich ausbezahlt worden sei.⁷⁶⁵ Demgegenüber relativierte Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) in der *Arbeiter-Zeitung* die Kosten, wonach die jährlichen Kosten von 1,2 Millionen Schilling so viel seien wie ein Tag Opernbetrieb.⁷⁶⁶ Der Historiker Andreas Suttner kam in seiner Forschung hingegen auf eine Summe von insgesamt 7,6 Millionen Schilling an von der Gemeinde ausbezahlten Subventionen, die hauptsächlich für die Renovierung der Heizung sowie Müllabfuhr und Wasserversorgung aufgewandt worden seien. Von Fröhlich-Sandner wurde bei den Subventionsverhandlungen öffentlich geworben, dass sich die Gemeinde durch die Subventionen einige Millionen an Sozialausgaben sparen würde.⁷⁶⁷

Nach einer Kontrollamtsprüfung im Frühjahr 1983 wurden Mängel in der GAGA-Buchführung festgestellt.⁷⁶⁸ Sowohl die *Presse* als auch die *Kronen Zeitung* betonten bei der Schließung den „Mißbrauch von Gemeindesubventionen“ und die mangelnde Rechnungslegung.⁷⁶⁹ So skandalisierte die *Kronen Zeitung* die angebliche Verwendung von Subventionen für Polizeistrafen⁷⁷⁰ und selbstgebastelte Waffen,⁷⁷¹ beispielsweise am Titelblatt vom 29. März 1983: „Skandal um gesperrtes Jugendzentrum in Wien – Polizeistrafen mit Subventionen aus Steuergeld bezahlt!“⁷⁷² Der dazugehörige Bericht von Helga Longin listete auf, dass Steuergeld für Polizeistrafen für Verkehrsdelikte, Geld für Autos, KFZ-Versicherung, „Exekutivräte“ sowie die Teilnahme an „Friedensdemos“ verwendet worden sei. Es wird angedeutet, dass auch Geld für Waffen ausgegeben worden sei.⁷⁷³ Andererseits kritisierte die *Presse* grundsätzlich die Subventionen der Gemeinde für autonome Jugendzentren, die nur ein Alibi für eine vermeintlich erfolgreiche Jugendpolitik seien.⁷⁷⁴

⁷⁶⁴ Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 1; Pulletz, Strasser, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 8, 9.

⁷⁶⁵ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10.

⁷⁶⁶ o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: Arbeiter-Zeitung vom 30.6.1983 S. 9.

⁷⁶⁷ Suttner, "Beton brennt", S. 279, S. 280.

⁷⁶⁸ Ebenda, S. 280.

⁷⁶⁹ Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 8; o.V., Planierdraht in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: Die Presse vom 29.6.1983 S. 14; o.V., Polizeistrafen mit Subventionen aus Steuergeld bezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 1.

⁷⁷⁰ Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 2; Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 8; o.V., Polizeistrafen mit Subventionen aus Steuergeld bezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 1.

⁷⁷¹ Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 2.

⁷⁷² o.V., Polizeistrafen mit Subventionen aus Steuergeld bezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 1.

⁷⁷³ Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 8.

⁷⁷⁴ Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 1.

Anders als in der *Presse* und *Kronen Zeitung* war die Subventionspolitik in der *AZ* kaum Thema. Angebliche Ausgaben der Subventionen für Polizeistrafen und Waffen thematisierte die *AZ* nicht.

Charakterisierung der Aktivist:innen der GAGA

Anschließend an die Einschätzungen zur GAGA und zur Verwendung der Subventionen zeichnete die Berichterstattung rund um das Ende der GAGA mehrheitlich ein negatives und abwertendes Bild der Aktivist:innen der GAGA, das sich stark auf die Subkultur der Punks fokussierte. Die Darstellung der Jugendlichen als hilfsbedürftige sozial marginalisierte Menschen in der *AZ* bildete dazu einen Gegenpunkt.

Die Subkultur der „Jugendszene“ in der GAGA beschrieb Hans Werner Scheidl in der *Presse* als eine apolitische Randgruppe, für die das Wort Antifaschismus lediglich eine Modeparole sei. Durch die Subventionen hätte diese „Minorität“ „eine obskure Geldquelle zur Finanzierung eigenen Nichtstuns.“ Sie solle sich bewusstwerden, dass auch Leistung einen Sinn haben könne.⁷⁷⁵ Daran anschließend skizzierte die *Presse* die Aktivist:innen der GAGA fast durchwegs negativ als marginalisierte Randgruppe. Sie beschrieb diese in einer abwertenden Form: die Punks seien „Randgruppen, Arbeitslose, Wohnungslose, Hoffnungslose“,⁷⁷⁶ „sozial wie psychisch gestört“,⁷⁷⁷ sie seien nur eine Minderheit und hätten keine politischen Ziele.⁷⁷⁸ In einem Artikel schrieb die *Presse* zudem von zwischen 30 und 40 Jahren alten „Gewohnheitsaktivisten“.⁷⁷⁹

Die *Kronen Zeitung* charakterisierte die Aktivist:innen der GAGA im Zuge ihres Endes fast durchwegs negativ. In der Kolumne „Menschlich betrachtet“ bezeichnete Ombudsmann Reinald Hübl beispielsweise die Beteiligten als „Gewohnheitsrandalierer, Gewohnheitsprotestierer, ungute Störenfriede, letztlich Feinde der Gesellschaft, die sich von ihr aushalten lassen wollten.“⁷⁸⁰ Staberl spöttelte in seiner Kolumne, dass die „autonomen Jugendlichen“, die österreichische „Revolutionäre um das Ideal einer Subvention aus öffentlichen Mitteln kämpfen“ würden. Außerdem unterstellte er den Einsatz von Subventionen „für die Herstellung selbstgebastelter Waffen und [...] die Bezahlung von Polizeistrafen“.⁷⁸¹

⁷⁷⁵ Ebenda.

⁷⁷⁶ o.V., Wien: WUK-Projekt nach Sperre der Gassergasse gefährdet. In: Die Presse vom 19.10.1983.

⁷⁷⁷ Anneliese Rohrer, Wo ist eigentlich die "Szene"? Österreichs Jugend - ohne politische Anliegen und umgeben von Gummiwänden. In: Die Presse vom 22.10.1983.

⁷⁷⁸ Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 1.

⁷⁷⁹ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10.

⁷⁸⁰ Hübl, Es lag was in der Luft... In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 11.

⁷⁸¹ Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 2.

Eine solche in der *Presse* und der *Kronen Zeitung* gezeigte Verachtung schwacher Gruppen im Rahmen einer ökonomistischen Logik bezeichnete der Soziologe Wilhelm Heitmeyer als spezifische „rohe Bürgerlichkeit“, die auf Härte statt Solidarität setzt.⁷⁸²

Eine weniger abwertende Ansicht vertrat ein ehemaliger Sozialarbeiter der GAGA in der *Kronen Zeitung*. Die Punks dort seien oft sozial schlechter gestellt, hätten keine Hoffnungs- und Zugehörigkeitsgefühle mehr und bräuchten Hilfe.⁷⁸³ Als hilfsbedürftige, „arbeits-, wohnungs- und hoffnungsloser“ Jugendlicher charakterisierte auch der WUK-Organisator Hnat die GAGA-Punks im Herbst in der *Kronen Zeitung*.⁷⁸⁴

Im Kontrast zur *Kronen Zeitung* und der *Presse* gab die *AZ* ein weniger negatives Bild der Aktivist:innen der GAGA wieder. Diese wurden paternalistisch als sozial gefährdete Jugendliche charakterisiert,⁷⁸⁵ die nicht in konventionelle Kultur- und Lebensformen eingebunden seien und Unterstützung bräuchten.⁷⁸⁶ Ebenso argumentierte Werner Faymann als Obmann der SJ Wien, dass seit Monaten obdachlose Jugendliche in die GAGA abgeschoben worden seien und es dort nicht genug Mittel für ausreichende Sozialarbeit gegeben hätte.⁷⁸⁷

Durch die Beschreibung von inneren Konflikten in der GAGA – den Rücktritt des Obmanns und der Uneinigkeit über die Notwendigkeit der Auszahlung der letzten Subventionen – erfolgte in der *AZ* eine Differenzierung zwischen verschiedenen Gruppen und Personen der GAGA.⁷⁸⁸ Neben „GAGA-Chaoten“⁷⁸⁹ und „Radaubrüdern“⁷⁹⁰ hätte es auch Menschen gegeben, die positive Arbeit geleistet hätten. Sehr negative Beschreibungen der Jugendlichen, beispielsweise als „Parasiten, Schmarotzer, arbeitsfaule Extremisten“ bekamen in der *AZ* nur in einem Leserbrief Raum.⁷⁹¹

Die Fokussierung in der Berichterstattung auf sozial marginalisierte und kriminelle Jugendliche ignorierte die tatsächliche Vielfalt an Aktivist:innen und Gruppen in der GAGA. Zwar gab es durchaus Jugendliche mit sozialen Problemen und auch eine relevante Drogenszene in der GAGA. Diesen Problemen widmete sich sogar eine eigene sozialarbeiterische Gruppe in der

⁷⁸² Wilhelm Heitmeyer, *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I* (Berlin 2018), 297-310. Zitiert nach: *Strobl*, *Radikalisierter Konservatismus: eine Analyse*, S. 27–30.

⁷⁸³ *Kunze*, „Haß und Resignation“. In: *Kronen Zeitung* vom 7.7.1983 S. 14.

⁷⁸⁴ *Melchart*, *Rocker, aber nicht locker*. In: *Kronen Zeitung* vom 21.10.1983 S. 17.

⁷⁸⁵ o.V., „Gaga“ -Wirbel geht weiter. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 30.6.1983 S. 9.

⁷⁸⁶ o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8.

⁷⁸⁷ o.V., Zu Wort gemeldet: Das Aus für die GAGA und die Folgen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.7.1983 S. 4.

⁷⁸⁸ o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8.

⁷⁸⁹ o.V., Straßenschlacht in Wien - Jugendzentrum wird nun abgerissen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 1; o.V., „Gaga“ wird nach Krawall geschleift. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9.

⁷⁹⁰ o.V., Das Ende? In: *Arbeiter-Zeitung* vom 28.6.1983 S. 9.

⁷⁹¹ o.V., Zur Räumung der „Gassergasse“. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.7.1983 S. 4.

GAGA namens „Bernhardiner“, die jedoch einen Mangel an Personal aufwies. Neben dieser Szene gab es aber in diversen Gruppen aktive Jugendliche sowie eine lebendige Szene von Musiker:innen und Bands in der GAGA⁷⁹², die in der Berichterstattung nicht vorkamen.

Weitere Wege der Aktivist:innen und Gruppen der GAGA

Die weiteren Wege der ehemaligen Aktivist:innen und Gruppen der GAGA und der Umgang der Stadt mit diesen nach der Schließung fanden in den Zeitungen zunächst in Berichten über direkte Anschlusslösungen und später im Kontext von Problemen im WUK Beachtung. Nach der Schließung der GAGA wollte die Gemeinde Wien kein neues Gebäude für die Jugendlichen zur Verfügung stellen und die diversen Gruppen der Alternativszene organisierten sich an verschiedenen Orten neu.⁷⁹³

Als unmittelbare Anschlusslösung thematisierten die Zeitungen vor allem die Suche und schließlich den Fund einer neuen Heimstätte für die Alternative Schule der GAGA.⁷⁹⁴ Zudem berichtete die *Kronen Zeitung* über mögliche Beschäftigungen für die in der GAGA tätigen Personen: Jobangebote beim Stadtgartenamt, der Friedhofsverwaltung, Straßenreinigung sowie als Tagesaushelfer bei der Stadt Wien durch Bürgermeister Gratz (SPÖ) persönlich.⁷⁹⁵ Eine positive kulturelle Nachwirkung der GAGA wurde mit einem Bericht zu einem Konzert einer aus der GAGA hervorgegangenen Musikinitiative „Tonau“, unter anderem mit der Band „Harry-Stojka-Express“, in der *AZ* im Oktober 1983 erwähnt.⁷⁹⁶

Während der wichtigste neue Treffpunkt der Alternativ- und Autonomenszene der GAGA die Hausgemeinschaft Aegidigasse/Spalowskygasse (s. Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien) wurde,⁷⁹⁷ versuchte eine Gruppe Punks aus der GAGA ins WUK zu ziehen und löste dadurch eine Krise im WUK aus.⁷⁹⁸ Schon im Juli 1983 hatte Werner Faymann in der *AZ* angemerkt, dass die Selbstverwaltungseinrichtungen wie WUK, Amerlinghaus oder Arena

⁷⁹² Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 168.

⁷⁹³ Ebenda, S. 169; Suttner, "Beton brennt", S. 302–304.

⁷⁹⁴ Peter Strasser, Helga Longin, "Gaga"-Leute als Stadtgärtner. Hilfe für vertriebene Jugendliche, Bürgermeister Gratz bietet Jobs bei der Gemeinde an. In: Kronen Zeitung vom 8.7.1983; o.V., Kurzmeldung: Gaga-Schule. In: Kronen Zeitung vom 14.10.1983; o.V., In Kürze: Alternativschule. In: Die Presse vom 13.7.1983; o.V., So geht es mit den "Gaga"-Gruppen weiter. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983; o.V., Alternativschule - wohin? In: Arbeiter-Zeitung vom 9.7.1983 S. 4; o.V., Schwierige Herbergssuche für Alternativschule erfolgreich. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.7.1983.

⁷⁹⁵ Strasser, Longin, "Gaga"-Leute als Stadtgärtner. In: Kronen Zeitung vom 8.7.1983 S. 13.

⁷⁹⁶ o.V., Die Rock-Szene lebt... Neun Wiener Bands "geigen" in der Hauffgasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 6.10.1983.

⁷⁹⁷ Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 169.

⁷⁹⁸ Suttner, "Beton brennt", S. 310.

gegen eine Aufteilung der GAGA-Gruppen auf ihre Häuser protestiert hätten und dies keine Lösung für die Probleme sein könne.⁷⁹⁹

Im Oktober kamen die entstandenen Probleme durch die Punks im WUK nach einer Pressekonferenz eines Vorstandsmitglieds des WUKs, Hnat, in die mediale Aufmerksamkeit der drei Zeitungen.⁸⁰⁰ „Das gut funktionierende Kulturzentrum wird von den Gassergasse-Punkern unterwandert“, so titelte die *Kronen Zeitung* einen Bericht.⁸⁰¹ Gemäß dem Vorstandsmitglied Hnat sei aufgrund der Punks ein geregelter Betrieb im WUK nur noch sehr beschränkt möglich, viele Gruppen hätten die Flucht ergriffen und das WUK hoffe auf Hilfe aus dem Rathaus. Die Stadt Wien wolle diesen Punks laut *AZ* und *Presse* mittels sozialarbeiterischer Initiativen helfen, aber kein neues Jugendzentrum gründen. Sie verweise auf den privaten Verein „Starthilfe“ und einen in Gründung befindlichen Dachverband, die sich für „Quartiere für die Arbeitslosen, Wohnungslosen, Hoffnungslosen“ einsetzen würden.⁸⁰² Das WUK erschien bei Anneliese Rohrer in der *Presse* als das „Symbol der Szene“, wohin die GAGA-Gruppen nach der Räumung übersiedelt seien. „Übrig blieb eine Gruppe von Punks, sozial wie psychisch gestörten Jugendfällen. Das Resultat: Zerstörungen, Schlägereien, der Rückzug diverser Gruppen aus dem bis dahin soweit funktionierenden WUK“.⁸⁰³

Laut dem Bericht in der *Kronen Zeitung* betonte Hnat, dass er die jungen Leute nicht kriminalisieren wolle und dass jemand sich um diese kümmern müsse. „Denn bei der derzeit steigenden Jugendarbeitslosigkeit wird das Problem arbeits-, wohnungs- und hoffnungsloser Jugendlichen eher größer als kleiner!“⁸⁰⁴ In einem weiteren Bericht der *Kronen Zeitung* wurde Hnat von einer Pressekonferenz zitiert, wo er auf die Probleme der Gemeinde mit den Jugendlichen einging.

„Auch die Gemeinde tut sich schwer mit den Punkern: ist ein Punker unter 19 Jahren gehört er verwaltungstechnisch zum Jugendamt der Frau Fröhlich-Sandner, ist er über 19, gehört er ins Soziale von Stadtrat Stacher. Lässt er sich aber das bunt gefärbte Haupthaar bis auf, einen langen stacheligen Streifen auf dem Scheitel scheren, so weist ihn diese Irokesen-Frisur eindeutig als Mitglied einer ‚Subkultur‘ aus und damit gehört er in den Verwaltungsbereich von Kulturstadtrat Franz Mrkvicka. Vielleicht sollte man

⁷⁹⁹ o.V., Zu Wort gemeldet: Das Aus für die GAGA und die Folgen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.7.1983 S. 4.

⁸⁰⁰ o.V., Wien: WUK-Projekt nach Sperre der Gassergasse gefährdet. In: Die Presse vom 19.10.1983 S. 15; Melchart, Rocker, aber nicht locker. In: Kronen Zeitung vom 21.10.1983 S. 17; o.V., Das WUK leidet unter jugendlichen Punkern. In: Arbeiter-Zeitung vom 21.10.1983.

⁸⁰¹ Melchart, Rocker, aber nicht locker. In: Kronen Zeitung vom 21.10.1983 S. 17.

⁸⁰² o.V., Wien: WUK-Projekt nach Sperre der Gassergasse gefährdet. In: Die Presse vom 19.10.1983 S. 15; o.V., Das WUK leidet unter jugendlichen Punkern. In: Arbeiter-Zeitung vom 21.10.1983 S. 9.

⁸⁰³ Rohrer, Wo ist eigentlich die "Szene"? In: Die Presse vom 22.10.1983 S. 5.

⁸⁰⁴ Melchart, Rocker, aber nicht locker. In: Kronen Zeitung vom 21.10.1983 S. 17.

stattdessen gleich eine eigene MA Punks & Rocker gründen. Jedenfalls: Nichts ist einfach - zumal bei der Gemeinde Wien.“⁸⁰⁵

Die Stadt Wien reagierte auf die Probleme, indem sie eine Sozialarbeiterin für das WUK zur Verfügung stellte und im gleichen Monat eine Enquete für „schwierige Jugendliche“ organisierte.⁸⁰⁶ Eine mögliche Reaktion auf die Punks im WUK könnte eventuell auch die Einrichtung der Krisenhilfe „Notschlafstelle“ durch die Stadt Wien gewesen sein, von der die *AZ* später im Oktober 1983 berichtete. Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) gab dazu bekannt, dass Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten seien und nicht bei ihren Eltern unterkommen könnten, dort Unterkunft gewährt werden könne und sich zwei Sozialarbeiter um sie kümmern würden.⁸⁰⁷

Den weiteren Verbleib der GAGA-Gruppen und Aktivist:innen thematisierten die Zeitungen also zunächst nur im Fall einer neuen Heimstätte für die Alternativschule sowie in der *Kronen Zeitung* mit Jobangeboten an Jugendliche der GAGA durch den Bürgermeister Gratz (SPÖ). Erst im Herbst 1983 bekamen ehemalige Punks der Gassergasse durch Probleme im WUK wieder Aufmerksamkeit, wobei sie oftmals als Problemfälle dargestellt wurden.

Abschließende Bewertung des Projekts GAGA

Die verschiedenen Sichtweisen auf das Ende der GAGA schlugen sich auch in den abschließenden Bewertungen des Gesamtprojekts GAGA nieder, die das Thema des folgenden Abschnitts sein werden. Auch wenn alle Zeitungen der Räumung der GAGA grundsätzlich Legitimität zugestanden, unterschieden sich die jeweilige Gesamtresümees zur GAGA.

Als zumindest zuvor legitimes Projekt wurde die GAGA lediglich in der *AZ* und *Kronen Zeitung* dargestellt. In der *Kronen Zeitung* wurde die GAGA gemäß Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner (SPÖ) als Garant für das Ausbleiben von (Jugend)krawallen wie in anderen Großstädten dargestellt.⁸⁰⁸ Außerdem hoben die *Kronen Zeitung* und die *AZ* die Integration von sozial gefährdeten Jugendlichen in der Gesellschaft als Leistung der GAGA hervor.⁸⁰⁹ In einem Bericht der *AZ* zu einer Debatte im Gemeinderat Anfang Juli kamen die SPÖ-Gemeinderäte Michael Häupl und Günther Sallaberger zu Wort. Sie verteidigten die GAGA und die Idee „eines autonomen Kommunikationszentrums als Forum für

⁸⁰⁵ Melchart, Wem "gehört" ein Punker? In: *Kronen Zeitung* vom 24.10.1983 S. 13.

⁸⁰⁶ Suttner, "Beton brennt", S. 310.

⁸⁰⁷ o.V., Sandner: "Notschlafstelle" Krisenhilfe für Jugendliche. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 20.10.1981.

⁸⁰⁸ Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8; Pulletz, Strasser, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: *Kronen Zeitung* vom 28.6.1983 S. 8, S. 9.

⁸⁰⁹ Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: *Kronen Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8; o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 29.6.1983 S. 8; o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 30.6.1983 S. 9.

nonkonformistische Jugendliche“ gegen Vorwürfe der ÖVP, wonach sie sich von Problemen der Jugendlichen mit Steuergeld loskaufen wollen würden. Fröhlich-Sandner (SPÖ) relativierte demgegenüber die Kosten.⁸¹⁰ In einem Kommentar wurde eingeräumt, dass es „eine schmerzliche Erfahrung“ sei, „daß sich jene, die hier in unkonventioneller Art positive Arbeit geleistet haben, gegen eine Gruppe von Radaubrüdern nicht durchsetzen konnten.“ Die Schließung der GAGA sei notwendig gewesen, aber kein „Patentrezept“.⁸¹¹

Im Leitartikel der *Presse* vom 28. Juni 1983 führte Hans Werner Scheidl spöttisch an, das einzige „gute“ Argument der Stadtverwaltung für die lange Erhaltung der GAGA sei, dass es keine Alternative für die Jugendlichen gäbe. Er kritisierte das „Zuwarten“ der Gemeinde Wien, wodurch man „Sprengstoff“ produziert habe und die Subventionen nur eine reine Alibihandlung für Jugendpolitik seien.⁸¹² Wie im Jahr 1981 erhielten die GAGA und der Umgang der Stadt Wien damit auch im Jahr 1983 von Anneliese Rohrer in der *Presse* ein vernichtendes Urteil:

Man stelle der Jugend

„einen aufgelassenen Komplex zur Verfügung, dessen gigantische Desolatheit Instandsetzung durch die jungen Menschen selbst von vornherein ausschließt. Und man berührt sich, doch so viel zu tun. Im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten stimmt das auch, doch alles zusammen ergibt in Wahrheit ein öffentliches Klima der Gleichgültigkeit und nicht der Sorge, des Ruhighaltens, des Vereinnahmens. Von Führung und Orientierung für die jungen Menschen kann nicht die Rede sein.“⁸¹³

Von den vielfältigen Gruppen und Tätigkeiten in der GAGA war in den Zeitungsberichten rund um die Schließung sonst nicht viel zu lesen. Die *Presse* schrieb diesbezüglich, dass viele Projekte in der GAGA geplant, aber kaum durchgesetzt worden wären.⁸¹⁴ Eine Ausnahme bildete ein Kommentar von Werner Faymann in der *AZ*, in dem er die einseitige Berichterstattung der Medien zur GAGA kritisierte und funktionierende Gruppen im Bereich Schulen, Fotografieren und Musik erwähnte.⁸¹⁵

Das Gesamtfazit zum Projekt GAGA fiel in den Zeitungen geteilt aus und schloss im Falle der *Presse* und der *AZ* an die Einschätzungen aus dem Jahr 1981 an. So strich die *AZ* vor allem das positive Grundkonzept von autonomen Jugendzentren hervor, während die *Presse* das Projekt als Ganzes scharf kritisierte. Die *Kronen Zeitung* skandalisierte und kriminalisierte die GAGA

⁸¹⁰ o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: Arbeiter-Zeitung vom 30.6.1983 S. 9.

⁸¹¹ o.V., Das Ende? In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9.

⁸¹² Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 1.

⁸¹³ Rohrer, Wo ist eigentlich die "Szene"? In: Die Presse vom 22.10.1983 S. 5.

⁸¹⁴ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10.

⁸¹⁵ o.V., Zu Wort gemeldet: Das Aus für die GAGA und die Folgen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.7.1983 S. 4.

zwar vorwiegend, aber ließ vereinzelt auch legitimierende Stimmen wie Fröhlich-Sandner zu Wort kommen.

c) Vergleich 1981 und 1983

Die *Presse* fokussierte sich im Jahr der Gründung der GAGA auf eine Kriminalisierung und Abwertung dieser, wobei Spannungen mit Anrainer:innen und Polizei sowie der schlechte Zustand des Gebäudes betont wurden. Die Gassergasse sei ein Zeichen der Hilfslosigkeit der zuständigen Politiker:innen der SPÖ. Diese Grundannahmen bestimmten auch die Berichterstattung der *Presse* im Jahr 1983, wo das Projekt und Subventionszahlungen sowie deren Missbrauch scharf kritisiert wurden. Bei der als legitim und notwendig dargestellten Räumung wurde die Gewalt seitens der Aktivist:innen hervorgehoben. Diesen als Punks dargestellten Aktivist:innen gegenüber war generell eine abwertende und kriminalisierende Haltung zu erkennen.

Im Kontrast dazu erhielt die GAGA in der *AZ* 1981 eine sehr positive Charakterisierung und eine Beschreibung als Ort mit Möglichkeit zur Selbstverwirklichung und Gestaltung diverser Projekte. Auch im Jahr 1983 hielt die *AZ* grundsätzlich noch am Konzept des autonomen Jugendzentrums fest, wobei auch hier die Räumung unumgänglich erschien. Bei dieser wurde in der Berichterstattung zwar ebenfalls ein Fokus auf die Gewalt der Aktivist:innen gelegt, allerdings erhielten vergleichsweise viele solidarische und kritische Perspektiven eine Stimme. Die Jugendlichen der GAGA wurden ebenso wie in der *Presse* als marginalisierte Punks dargestellt, allerdings nicht in abwertender Form.

Nach einer positiven Darstellung der GAGA im Jahr 1981 setzte die *Kronen Zeitung* im Zuge der Berichterstattung zur Räumung 1983 auf Skandalisierung und Kriminalisierung. Dabei stand die Abwertung der Aktivist:innen und der Missbrauch der Subventionen im Zentrum. Dennoch erschien die Berichterstattung im Gesamtbild als nicht so negativ wie die der *Presse*, vereinzelt wurden auch positive Aspekte der GAGA und solidarische Perspektiven auf diese wiedergegeben.

6.7. Stimmen im Diskurs

Zeitungen haben die Macht Themen auf eine bestimmte Art und Weise darzustellen, die durch die Auswahl, Strukturierung und Fokussierung der Berichterstattung ermöglicht wird⁸¹⁶ (s. a. Kapitel 4.1. Relevanz der medialen Berichterstattung) Dazu zählen hierbei die Auswahl der

⁸¹⁶ Ertl, Protest als Ereignis, S. 86.

Wiedergabe von Zitaten beziehungsweise Einordnungen von relevanten Konfliktakteur:innen. Die Häufigkeit und die inhaltlichen Positionen der zitierten Subjekte sollen im Folgenden beleuchtet zu werden, um daraus Schlüsse auf den Verlauf des Diskurses ziehen zu können.⁸¹⁷ Die meisten Zitate stammten von Politiker:innen, allen voran von der SPÖ, aber auch der Opposition. Zusätzlich kamen auch andere Perspektiven, wie von der Polizei oder aus der Wissenschaft zum Tragen. Die Perspektiven der Aktivist:innen wurden weitgehend marginalisiert.

Über alle Zeitungen hinweg lässt sich erkennen, dass die sowohl im Bund als auch in der Gemeinde regierende SPÖ (s.a. Kapitel 2.2. Stadt Wien - Politischer Kontext) und deren Einschätzungen mit Abstand am meisten Platz in der Berichterstattung erhielten. Im Kontrast zur *AZ* war in der *Presse* und in der *Kronen Zeitung* allerdings eine kritische Distanz zu diesen festzustellen. Die meistzitierten Politiker:innen waren Innenminister Erwin Lanc, der Bürgermeister der Stadt Wien Leopold Gratz, die Wiener Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Bildung, Jugend und Familie Gertrude Fröhlich-Sandner, Bundeskanzler Bruno Kreisky, und der Wiener Stadtrat für Wohnen und Stadterneuerung Johann Hatzl sowie Jugendvertreter:innen der SPÖ.

In der *Presse* waren neben den SPÖ-Positionen von Lanc,⁸¹⁸ SPÖ-Zentralsekretär bzw. späterem Innenminister Blecha,⁸¹⁹ Wohnstadtrat Hatzl,⁸²⁰ Gratz⁸²¹, Fröhlich-Sandner⁸²² und Jugendvertreter:innen der SPÖ⁸²³ auch ÖVP-Positionen stark abgebildet, beispielsweise durch ÖVP-Gemeinderäte.⁸²⁴ Im Zuge der Berichterstattung zur 1. März-Demo war jedoch klare Kritik an der SPÖ beziehungsweise Innenminister Lanc zu erkennen. Der Natur der *Arbeiter-Zeitung* entsprechend dominierten dort Stimmen aus der SPÖ in den Artikeln, insbesondere jene

⁸¹⁷ Ebenda, S. 178.

⁸¹⁸ o.V., Lanc vor Wiener SP: "Müssen Gespräche suchen". In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 4; o.V., Unter Eindruck der Krawalle Ratlosigkeit bei SP-Pressekonferenz. In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 4; o.V., Lanc: Jugendprobleme nicht durch Polizeieinsatz. In: Die Presse vom 13.8.1981 S. 4.

⁸¹⁹ o.V., Blecha will mehr Polizisten auf die Straße schicken. In: Die Presse vom 1.7.1983 S. 4.

⁸²⁰ o.V., "Ein wirksames Mittel ist das nicht". In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 13; o.V., Altgemeindehäuser für "Instandbesetzer". In: Die Presse vom 4.11.1981 S. 9.

⁸²¹ Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁸²² o.V., Jugendzentren: Fröhlich vermisst die Toleranz. In: Die Presse vom 13.6.1981 S. 13; o.V., Kurzmeldung: Jugendzentrum. In: Die Presse vom 3.7.1981 S. 7; o.V., In Wiens Jugendzentren ist zwangsweise Anpassung tabu. In: Die Presse vom 17.11.1981 S. 11.

⁸²³ Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". In: Die Presse vom 4.7.1981 S. 1.

⁸²⁴ o.V., Selbsthilfe statt Krawalle. In: Die Presse vom 17.2.1981 S. 11.

von Gratz⁸²⁵, Fröhlich-Sandner⁸²⁶, Hatzl⁸²⁷, Lanc⁸²⁸, Kreisky⁸²⁹ und Blecha.⁸³⁰ Die Perspektive der SPÖ erhielt in der *AZ* unkritisch breiten Raum, wobei sich unterschiedliche Positionen innerhalb der SPÖ erkennen ließen. Vorrangig die Stimmen der SPÖ kamen auch in der *Kronen Zeitung* vor, darunter Kreisky⁸³¹, Lanc,⁸³² Gratz⁸³³ und Fröhlich-Sandner⁸³⁴. Die Zeitung druckte diese Einschätzungen in den Berichten ohne kritische Einordnungen ab, erst in den dazu gehörigen Kommentaren von Staberl und Reinald Hübl wurde die SPÖ scharf kritisiert.⁸³⁵ Sowohl in der *AZ* als auch der *Kronen Zeitung* wurden oppositionelle Stimmen nur vereinzelt abgebildet.

Im folgenden Kapitel werden die verschiedenen Positionen der Politiker:innen und relevanter Akteur:innen wiedergegeben. Zunächst stehen dabei die Perspektiven, Stellungnahmen und

⁸²⁵ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9.

⁸²⁶ o.V., "Weg von der Politik der Sachzwänge". In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981 S. 4; o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 9; o.V., Fröhlich-Sandner: Dialog mit der Jugend mobilisieren. In: Arbeiter-Zeitung vom 20.5.1981 S. 10; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9; o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: Arbeiter-Zeitung vom 30.6.1983 S. 9; o.V., Schwierige Herbergssuche für Alternativschule erfolgreich. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.7.1983 S. 7.

⁸²⁷ o.V., "Probleme können nicht durch Polizeieinsatz gelöst werden". In: Arbeiter-Zeitung vom 13.6.1981 o.A. (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien); o.V., Hatzl: O.K. zu 3 Häusern. In: Arbeiter-Zeitung vom 24.10.1981 S. 9.

⁸²⁸ o.V., Jugendbewegung als Hefe der Gesellschaft sehen. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.02./01.03.1981 S. 3; o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1; o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 1; o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 2; o.V., "Im Gespräch nach Lösungen suchen". In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3; o.V., Antwort auf Jugendkrawalle: Lanc plant Jugendforen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.4.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien); o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 9; o.V., "Probleme können nicht durch Polizeieinsatz gelöst werden". In: Arbeiter-Zeitung vom 13.6.1981 o.A. (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁸²⁹ o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 1; o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 2; o.V., Sanierung statt Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 27.5.1981 S. 2.

⁸³⁰ Blecha, Die Ängste dieser Jugend. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 4.

⁸³¹ o.V., Kreisky: Hysterie wäre ganz falsch. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 4.

⁸³² Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981 S. 2; Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 6.

⁸³³ o.V., Kreisky: Hysterie wäre ganz falsch. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 4; Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 6; Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981 S. 2; o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981 S. 12, S. 13; o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8, S. 9.

⁸³⁴ o.V., Gemeinde Wien gibt die "Arena" für die Jugendlichen frei. In: Kronen Zeitung vom 25.3.1981 S. 13; Longin, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 8; Strasser, Longin, "Gaga"-Leute als Stadtgärtner. In: Kronen Zeitung vom 8.7.1983 S. 13.

⁸³⁵ Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 6; Reinald Hübl, Filzstiftparolen. In: Kronen Zeitung vom 6.3.1981; Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981 S. 2; Leserbrief, Die Krawalle. In: Kronen Zeitung vom 17.3.1981 S. 8; Leserbrief, Die Krawalle. In: Kronen Zeitung vom 24.3.1981 S. 14; Staberl, Wir sind ein bisserl hinten. In: Kronen Zeitung vom 22.4.1981 S. 8; Hübl, Abführen. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 10.

Einschätzungen der SPÖ-Politiker:innen, der Opposition, der Aktivist:innen und schließlich noch der weiteren einbezogenen Akteur:innen im Fokus.

a) SPÖ

Zunächst erfolgt in diesem Kapitel die Darlegung der Einschätzungen der Bundespolitiker:innen und anschließend der Lokalpolitiker:innen sowie weiterer Stimmen der SPÖ. Innenminister Lanc war der mit Abstand am häufigsten wiedergegebene Politiker in den Zeitungen. Nachdem er zunächst unter Bundeskanzler Kreisky Verkehrsminister gewesen war (1973–1977), agierte er danach als Innenminister (1977–1983) und anschließend bis 1984 als Außenminister.⁸³⁶ Er galt als sehr aufgeschlossener Politiker, der eher dem linken Flügel der SPÖ zuzuordnen war,⁸³⁷ was sich auch nach einer abweichenden ersten Reaktion in einer den städtischen Bewegungen gegenüber offenen Haltung zeigte. Seine erste Reaktion der Einordnung der Proteste als „faschistoid“⁸³⁸ und der Ankündigung einer härteren Linie wurden in *Presse* und *AZ* zentral wiedergegeben.⁸³⁹ In der *AZ* betonte er zudem, dass die Bestrafung der Protestierenden die Sache der Behörden sei.⁸⁴⁰ Innenminister Lanc nannte Zürich als Vorbild der Proteste,⁸⁴¹ seiner Einschätzung nach stammten die Krawallszenen von einer Randgruppe von Jugendlichen.⁸⁴² Diese ersten Reaktionen und sein Vorgehen bei der Demonstration vom 1. März 1981 wurden von *Presse* und *Kronen Zeitung* mehrfach kritisiert. Es wurde der Vorwurf laut, dass er zu lasch vorgegangen sei.⁸⁴³ Ein Artikel bezeichnete ihn gar als „roten Lord“, weswegen er die Polizei zu Zurückhaltung gemahnt habe.⁸⁴⁴ In weiterer Folge

⁸³⁶ Wien Geschichte WIKI, Erwin Lanc (2025). https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Erwin_Lanc (19. Oktober 2025).

⁸³⁷ Christian Schreibmüller, Erwin Lanc über seine Erfahrungen mit der Gassergasse (GAGA). In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern* (Wien 2012) S. 174–176, hier S. 174.

⁸³⁸ o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.3.1981 S. 1; o.V., Lanc bezeichnet Randalierer als "faschistoid". In: *Die Presse* vom 2.3.1981 S. 10; o.V., Faschistoid? In: *Die Presse* vom 4.3.1981.

⁸³⁹ o.V., Unter Eindruck der Krawalle Ratlosigkeit bei SP-Pressekonferenz. In: *Die Presse* vom 6.3.1981 S. 4; Zehrer, Warnung vor heißem Wochenende: Illegale "Demos" werden aufgelöst. In: *Die Presse* vom 6.3.1981 S. 10; o.V., Lanc vor Wiener SP: "Müssen Gespräche suchen". In: *Die Presse* vom 6.3.1981 S. 4.

⁸⁴⁰ o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.3.1981 S. 1; o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. In: *Arbeiter-Zeitung* vom 4.3.1981 S. 2.

⁸⁴¹ Zehrer, Warnung vor heißem Wochenende: Illegale "Demos" werden aufgelöst. In: *Die Presse* vom 6.3.1981 S. 10.

⁸⁴² o.V., Lanc vor Wiener SP: "Müssen Gespräche suchen". In: *Die Presse* vom 6.3.1981 S. 4; o.V., Unter Eindruck der Krawalle Ratlosigkeit bei SP-Pressekonferenz. In: *Die Presse* vom 6.3.1981 S. 4.

⁸⁴³ o.V., Faschistoid? In: *Die Presse* vom 4.3.1981 S. 4; o.V., Viele Diagnosen zu den Jugendkrawallen. In: *Die Presse* vom 14.3.1981 S. II; Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: *Kronen Zeitung* vom 4.3.1981 S. 6; Hübl, Filzstiftparolen. In: *Kronen Zeitung* vom 6.3.1981 S. 11; Staberl, Reklame für Faschisten! In: *Kronen Zeitung* vom 13.3.1981 S. 2; Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 17.3.1981 S. 8; o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. In: *Die Presse* vom 21.3.1981 S. II; Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 24.3.1981 S. 14; Staberl, Wir sind ein bisserl hinten. In: *Kronen Zeitung* vom 22.4.1981 S. 8; Hübl, Abführen. In: *Kronen Zeitung* vom 3.3.1981 S. 10.

⁸⁴⁴ p.m., "Klein-Zürich". In: *Die Presse* vom 2.3.1981 S. 1.

gab sich Innenminister Lanc in *Presse* und *AZ* verständnisvoller und setzte auf Dialog mit der Jugend, deren Zukunftsängste ernst genommen werden sollten.⁸⁴⁵ Zu diesem Zweck kündigte Lanc unter anderem Jugendforen an.⁸⁴⁶ Bei der Eröffnung der GAGA warnte Lanc in der *AZ* davor, Jugendliche durch Vorurteile in ein „Ghetto“ zu drängen.⁸⁴⁷

In der Berichterstattung zu den Hausbesetzungen kam Lanc in der *AZ* und der *Presse* ebenfalls häufig zu Wort. Politische und gesellschaftliche Probleme manifestierten sich laut Lanc in Hausbesetzungen und Jugendunruhen.⁸⁴⁸ Wenn Hausbesetzungen nicht aufgelöst werden könnten, müsse die Polizei räumen,⁸⁴⁹ allerdings sei dies keine generelle Lösung.⁸⁵⁰ Lanc verwies auch auf wohnpolitische Lösungsvorschläge, wie eine Wohnbauförderung für niedrigere Mieten oder die Beseitigung von Leerstand durch das Mietengesetz.⁸⁵¹ In einem Interview 20 Jahre später auf seinen Zugang angesprochen, erklärte Lanc:

„Ich glaube, es hat der damaligen generellen Linie entsprochen, Konflikte nicht in Richtung gewalttätiger Auseinandersetzungen zu treiben, sondern Versuche zu unternehmen, Konflikte zu lösen, indem man dem Partner in dem Rahmen, der es gesetzlich erlaubt, entgegenkommt.“

Er führte außerdem an, dass man nicht „mit Kanonen auf Spatzen schießen soll.“⁸⁵²

Weitere Bundespolitiker, die zu Wort kamen, waren Bundeskanzler Kreisky und der SPÖ-Zentralsekretär beziehungsweise spätere Innenminister Blecha. Beide bekamen aber weitaus weniger Raum als Innenminister Lanc. Bundeskanzler Kreisky kam in den Zeitungen zum Thema ausschließlich mit einer ersten Reaktion auf die Demonstration vom 1. März zu Wort. Dabei interpretierte er diese in der *AZ* als Aktion apolitischer Randgruppen mit „individualpsychologischen Gründen“, die nicht den Linken zugerechnet werden könnten. Er

⁸⁴⁵ o.V., "Im Gespräch nach Lösungen suchen". In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3; o.V., Lanc vor Wiener SP: "Müssen Gespräche suchen". In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 4; o.V., Unter Eindruck der Krawalle Ratlosigkeit bei SP-Pressekonferenz. In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 4.

⁸⁴⁶ Margl, Lanc: "Aggressionsabbau durch Diskussion". In: Die Presse vom 3.4.1981 S. 8; o.V., Antwort auf Jugendkrawalle: Lanc plant Jugendforen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.4.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁸⁴⁷ o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 9.

⁸⁴⁸ o.V., "Probleme können nicht durch Polizeieinsatz gelöst werden". In: Arbeiter-Zeitung vom 13.6.1981 o.A (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁸⁴⁹ o.V., Erste Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck. In: Die Presse vom 2.5.1981 S. 14; o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: Die Presse vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁸⁵⁰ o.V., Lanc: Jugendprobleme nicht durch Polizeieinsatz. In: Die Presse vom 13.8.1981 S. 4; o.V., "Probleme können nicht durch Polizeieinsatz gelöst werden" In: Arbeiter-Zeitung vom 13.6.1981 o.A (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁸⁵¹ o.V., Lanc: Jugendprobleme nicht durch Polizeieinsatz. In: Die Presse vom 13.8.1981 S. 4.

⁸⁵² Schreibmüller, Erwin Lanc über seine Erfahrungen mit der Gassergasse (GAGA). In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 174.

sprach sich für eine „leidenschaftslose Untersuchung“ der Ereignisse aus⁸⁵³ und warnte in der *Presse* vor Hysterie.⁸⁵⁴ Der in der Öffentlichkeit als linker Parteistrategie wahrgenommene SPÖ-Zentralsekretär Blecha⁸⁵⁵ äußerte sich nicht unmittelbar zur 1. März-Demonstration, interpretierte die Jugendbewegung aber in der *AZ* anschließend aber als Ausdruck einer Krise des Werte- und Wirtschaftssystems. Die Jugend weise trotz politischen Desinteresses ein starkes Problembewusstsein auf, weswegen sie eine sozialistische Mobilisierung brauche. Konservative Jugendliche seien im Vergleich zu diesen für die SPÖ zugänglicheren Jugendlichen gefährlicher.⁸⁵⁶ Anfang Juli 1983 verteidigte Blecha, zu diesem Zeitpunkt in seiner Funktion als Innenminister, den umstrittenen Einsatz der Polizei bei der Schließung der GAGA.⁸⁵⁷

Neben den Bundespolitiker:innen waren vor allem Gemeindepolitiker:innen als zentrale Akteur:innen präsent. Als Bürgermeister der Stadt Wien war die Meinung von Bürgermeister Gratz zu Jugendunruhen in den Zeitungen stark vertreten. Neben vielen umgesetzten Projekten in Wien, wie der Donauinsel, U-Bahnausbau und UNO-Konferenzzentrum, waren vor allem Skandale, wie beispielsweise der Bau des AKH mit dem Namen des Politikers assoziiert (s. Stadt Wien - Politischer Kontext).⁸⁵⁸ In der SPÖ gehörte er zu den innerparteilichen Gegner:innen von Bundeskanzler Kreisky.⁸⁵⁹ Im Gegensatz zu Innenminister Lanc äußerte sich Bürgermeister Gratz nur negativ zu Erscheinungen der Jugendbewegung. Bereits zum angeblichen Versuch einer Hausbesetzung im Jänner 1981 zitierte die *Kronen Zeitung* Bürgermeister Gratz mit seiner Kritik am „nordischen Exportartikel“ Hausbesetzung,⁸⁶⁰ wobei sich eine frühe Externalisierungsstrategie zeigte. Diese setzte sich in seinen Stellungnahmen zum 1. März Demonstration fort. Es handle sich dabei nicht um eine Demonstration, sondern um einen „Wirbel“, ein Randphänomen einer kleinen Gruppe,⁸⁶¹ beziehungsweise um importierten „Demolierungstourismus“ und Gewalt aus dem Ausland. Zudem gebe es in Wien

⁸⁵³ o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 1; o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 2.

⁸⁵⁴ o.V., Wiener Krawall war hausgemacht. In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 1.

⁸⁵⁵ Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 207.

⁸⁵⁶ Pelinka, "Jugend und Partei", AZ-Serie von Peter Pelinka - neue AZ-Serie "Vier Typen in der Jugend 81". In: Arbeiter-Zeitung vom 20.3.1981 S. 3; Pelinka, Nicht nur besserer "Verkauf" der Politik an Jugendliche. In: Arbeiter-Zeitung vom 23.3.1981; Blecha, Die Ängste dieser Jugend. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 4.

⁸⁵⁷ o.V., Blecha will mehr Polizisten auf die Straße schicken. In: Die Presse vom 1.7.1983 S. 4.

⁸⁵⁸ Matthias Bernold, Poldi, wer warst du? In: Falter, 08.03.2006. Online unter: <https://www.falter.at/zeitung/20060308/poldi-wer-warst-du> (19. Oktober 2025).

⁸⁵⁹ Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 207.

⁸⁶⁰ Strasser, 30 Demonstranten probten 1. Wiener Hausbesetzung. In: Kronen Zeitung vom 25.2.1981 S. 14, S. 15.

⁸⁶¹ o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; Zehrer, Jeder vierte Rowdy festgenommen. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 8.

keine Probleme wie in Zürich oder Berlin.⁸⁶² In weiteren Artikeln wiederholte er die Einschätzung, dass es sich nicht um eine Demonstration gehandelt habe, da keine konkreten Ziele verfolgt worden seien.⁸⁶³ An der weiteren Diskussion um die Jugendbewegung beteiligte sich Gratz nicht. Zur Schließung der GAGA im Jahr 1983 zitierten alle Zeitungen Gratz mit Aussagen zur Legitimierung dieser, beispielsweise weil die GAGA eine „Keimzelle für Ausschreitungen“ geworden sei⁸⁶⁴ oder außerhalb der rechtsstaatlichen Ordnung liege.⁸⁶⁵ Es gebe auch andere gut funktionierende Jugendzentren in der Stadt.⁸⁶⁶ Anschließend erschien Gratz einmal in der *Kronen Zeitung* mit einem Angebot für freie Stellen bei der Stadt für GAGA-Jugendliche.⁸⁶⁷

Eine der wichtigsten und stets um Vermittlung mit der Jugend bemühte Akteurin war die Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Bildung, Jugend und Familie, Fröhlich-Sandner (s. Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien),⁸⁶⁸ deren Einschätzungen ebenfalls viel Raum in den Zeitungen fand. Nach der Eröffnung der GAGA nach dem Vorbild des Amerlinghauses,⁸⁶⁹ setzte sie sich öffentlich für Jugendzentren und Partizipation von Jugendlichen aus. Überdies sprach sie Apelle für mehr Toleranz für die GAGA aus. In Wien gäbe es nicht mehr Jugendkriminalität als anderswo, nur mehr Anzeigen. Jugendzentren würden verhindern, dass manche Jugendliche zu völligen Außenseitern würden.⁸⁷⁰

Selbst nach der Schließung 1983 versuchte Fröhlich-Sandner (SPÖ) in den Zeitungen, die GAGA positiv darzustellen. Diese sei ein Garant für das Ausbleiben von (Jugend)krawallen wie in anderen Großstädten gewesen und hätte gefährdeten Jugendlichen wieder zurück in die Gesellschaft geholfen.⁸⁷¹ In einem Artikel in erkannte sie die lange Toleranz der Anrainer:innen an.⁸⁷² Um die Subventionen in Relation zu setzen, verglich sie diese mit den viel höheren

⁸⁶² o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.

⁸⁶³ o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.

⁸⁶⁴ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10; o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9; *Pulletz, Strasser*, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 8, S. 9.

⁸⁶⁵ *Scheidl*, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 1.

⁸⁶⁶ *Pulletz, Strasser*, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 8, 9.

⁸⁶⁷ *Strasser, Longin*, "Gaga"-Leute als Stadtgärtner. In: Kronen Zeitung vom 8.7.1983 S. 13.

⁸⁶⁸ *Suttner*, "Beton brennt", S. 246–249.

⁸⁶⁹ o.V., Gemeinde Wien gibt die "Arena" für die Jugendlichen frei. In: Kronen Zeitung vom 25.3.1981 S. 13.

⁸⁷⁰ o.V., Jugendzentren: Fröhlich vermisst die Toleranz. In: Die Presse vom 13.6.1981 S. 13; o.V., Kurzmeldung: Jugendzentrum. In: Die Presse vom 3.7.1981 S. 7; o.V., "Weg von der Politik der Sachzwänge". In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981 S. 4; o.V., Fröhlich-Sandner: Dialog mit der Jugend mobilisieren. In: Arbeiter-Zeitung vom 20.5.1981 S. 10.

⁸⁷¹ *Longin*, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 8; o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: Arbeiter-Zeitung vom 30.6.1983 S. 9.

⁸⁷² o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9.

Kosten für die Oper.⁸⁷³ Lediglich in einem Artikel in der *Presse* sprach Fröhlich-Sandner nach der Schließung der GAGA von wiederholten Schwierigkeiten mit dem Projekt und von der Notwendigkeit der Schließung.⁸⁷⁴ Nach der Schließung kam Fröhlich-Sandner rund um die neuen Räumlichkeiten für die Schule und Kindergruppe der GAGA in den Zeitungen zu Wort.⁸⁷⁵

In Zusammenhang mit der Hausbesetzungsszene, der Wohnproblematiken in Wien und wohnpolitischen Maßnahmen spielte zudem Wohnstadtrat Hatzl (SPÖ) eine wichtige Rolle und erfuhr in diesem Kontext in der *AZ* und der *Presse* Aufmerksamkeit. Er erkannte zunächst keine dringende Wohnungsnot in Wien an⁸⁷⁶ und sah in Hausbesetzungen kein wirksames Mittel dagegen.⁸⁷⁷ Dennoch betonte er, dass Leerstand ein Problem sei und neue Wohnungen gebaut werden würden.⁸⁷⁸ Im Herbst 1981 wurde von ihm die Maßnahme der Übergabe von Häusern zur „Instandbesetzung“ präsentiert.⁸⁷⁹

Zum Thema passend kamen auch Jugendvertreter:innen der SPÖ in den Zeitungen zu Wort. Der *AZ*-Redakteur Pelinka schrieb der SPÖ-Jugend zu, stets eine kritische Rolle gegenüber der Partei eingenommen zu haben,⁸⁸⁰ was sich auch in der Berichterstattung zeigte. In der *AZ* versuchten Vertreter:innen der SP-Jugend, Josef Cap, Werner Faymann und der Obmann der Jungen Generation Wien Andreas Schwarcz sowie der Ottakringer „Juso“ Ferdinand Kovarik, die Ursachen der Jugendbewegung zu eruieren und riefen zur sozialistischen Mobilisierung der Jugendbewegung auf.⁸⁸¹ In Bezug auf die Hausbesetzungen gab die *Kronen Zeitung* einmal den Vorsitzenden der Jungen Generation im Bund, Fritz Edlinger, wieder, wonach man Hausbesetzungen tolerieren solle.⁸⁸² Die GAGA wurde von der Wiener Jugendkommission in der *AZ* 1981 als guter Lösungsansatz für Probleme dargestellt.⁸⁸³ Bei der Schließung der GAGA 1983 reagierte die Junge SP-Wien in der *Presse* und der *Kronen Zeitung* mit scharfer Kritik. Die Junge SP-Wien interpretierte in der *AZ* die „Eskalation der Gewalt“ bei der Räumung als

⁸⁷³ o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: Arbeiter-Zeitung vom 30.6.1983 S. 9.

⁸⁷⁴ o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10.

⁸⁷⁵ Strasser, Longin, "Gaga"-Leute als Stadtgärtner. In: Kronen Zeitung vom 8.7.1983 S. 13; o.V., In Kürze: Alternativschule. In: Die Presse vom 13.7.1983 S. 14; o.V., Schwierige Herbergssuche für Alternativschule erfolgreich. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.7.1983 S. 7.

⁸⁷⁶ o.V., In Kürze: Hatzl an Hausbesetzer. In: Die Presse vom 11.5.1981 S. 9.

⁸⁷⁷ o.V., "Ein wirksames Mittel ist das nicht". In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 13.

⁸⁷⁸ Ebenda; o.V., In Kürze: Hatzl an Hausbesetzer. In: Die Presse vom 11.5.1981 S. 9.

⁸⁷⁹ o.V., Hatzl: O.K. zu 3 Häusern. In: Arbeiter-Zeitung vom 24.10.1981 S. 9.

⁸⁸⁰ Pelinka, Jugend und Partei, AZ-Serie von Peter Pelinka: "SPÖ-Jugend: Die schwierige Gratwanderung. In: Arbeiter-Zeitung vom 19.3.1981 S. 3.

⁸⁸¹ o.V., "Weg von der Politik der Sachzwänge". In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981 S. 4.

⁸⁸² o.V., Gegen Hausbesetzer. In: Kronen Zeitung vom 10.6.1981 S. 4.

⁸⁸³ o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 9.

schweren Rückschlag für Bemühungen um Dialog mit der Jugend.⁸⁸⁴ Sie forderte in der *Presse* auch die Fortführung der GAGA sowie mehr materielle Unterstützung für andere autonome Jugendzentren.⁸⁸⁵ Darüber hinaus veröffentlichte die *AZ* nach der Schließung einen Kommentar vom Obmann der SJ Wien, Werner Faymann, der die Schließung scharf kritisierte und die Perspektive von Jugendlichen in der Berichterstattung vermisste.⁸⁸⁶

Abseits von diesen Stimmen kamen auch andere SPÖ-Vertreter:innen zum Thema GAGA vereinzelt zu Wort. Im Kontext der Lärmbeschwerden kündigte auch Umweltstadtrat Peter Schieder (SPÖ) Lösungen gegen diese an⁸⁸⁷ und der Stadtrat für Kultur und Bürgerdienst Helmut Zilk (SPÖ) empfahl Anrainer:innen, sich mit Lärmbeschwerden direkt bei der Leitung der GAGA zu melden.⁸⁸⁸ Im Zuge der Schließung der GAGA wurden diesbezügliche Positionen verschiedener SP-Stadträte in der *AZ* wiedergegeben, wie beispielsweise die grundsätzliche Befürwortung von autonomen Jugendzentren durch Michael Häupl.⁸⁸⁹

In der Analyse der Meinungen der SPÖ-Politiker:innen lassen sich also deutlich unterschiedliche Positionen innerhalb der SPÖ zu Jugend- und Hausbesetzungsbewegung erkennen. Während Hauptakteure wie Innenminister Lanc, Vizebürgermeisterin und Jugendstadträtin Fröhlich-Sandner und Wohnstadtrat Hatzl sich aufgeschlossen und lösungsorientiert zeigten, äußerte sich Bürgermeister Gratz sehr negativ zur Jugendbewegung und war für die Entscheidung zur Schließung der GAGA verantwortlich. Ansonsten kamen noch Bundeskanzler Kreisky mit einer ersten Reaktion der Entpolitisierung der Demonstration vom 1. März sowie Blecha zu Wort, der sich zunächst als SPÖ-Zentralsekretär für eine sozialistische Mobilisierung der Bewegung aussprach, später aber als Innenminister die Schließung der GAGA befürwortete.

b) Opposition

Ogbleich Stimmen von der SPÖ den breitesten Raum in der Berichterstattung einnahmen, kamen auch Politiker:innen der Oppositionsparteien zu Wort. Die Perspektive der ÖVP und der FPÖ fanden in der *Presse* vergleichsweise viel Raum, während sie hingegen in der *AZ* und *Kronen Zeitung* kaum vorkamen. Als weitere Oppositionspartei spielte die ALW Wien im Jahr 1983 eine Rolle.

⁸⁸⁴ o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.6.1983 S. 8.

⁸⁸⁵ o.V., Planiertrauben in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: Die Presse vom 29.6.1983 S. 14.

⁸⁸⁶ o.V., Zur Räumung der "Gassergasse". In: Arbeiter-Zeitung vom 2.7.1983 S. 4.

⁸⁸⁷ o.V., Kurzmeldung: Jugendzentrum. In: Die Presse vom 3.7.1981 S. 7.

⁸⁸⁸ o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 9.

⁸⁸⁹ o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. In: Arbeiter-Zeitung vom 30.6.1983 S. 9.

Die *Presse* gab der Opposition im Vergleich mit den anderen Zeitungen mehr Raum. Zweimal kam die Perspektive der FPÖ im Zusammenhang mit der 1. März-Demonstration vor, welche die Ereignisse für Angriffe auf Innenminister Lanc nützte. Die Proteste seien die „Früchte[...] seines Augenzwinkerns nach links“.⁸⁹⁰ Angesichts der Hausbesetzungen betonte der FP-Sicherheitssprecher Harald Ofner in der *Presse*, dass es ein Problem sei, dass man mit Leerstand am meisten Gewinn mache.⁸⁹¹

Die Perspektive der ÖVP fand sich in der Berichterstattung der *Presse* ebenso mehrfach wieder. Der ÖVP-Landesparteiobmann und nichtamtsführender Stadtrat in Wien, Erhard Busek (s. Kapitel 2.2. Stadt Wien - Politischer Kontext) äußerte sich in Reaktion auf die 1. März Demonstration in der *Presse*, wobei er Kritik an Innenminister Lanc‘ Vorgehen mit Dank an die Polizei verband und auf strukturelle Ursachen wie die Wohnungsnot in Wien hinwies.⁸⁹² Anlässlich der Hausbesetzung in Innsbruck im Mai 1981 gab die *Presse* den Wohnungsreferenten und Vizebürgermeister Innsbrucks Romuald Niescher mit der Forderung an die Besetzer:innen wieder, das Haus zu räumen. Jedoch seien deren Anliegen durchaus berechtigt.⁸⁹³ Zur Jugendbewegung zitierte die Zeitung später auch den damaligen Obmann der JVP Othmar Karas, der dafür plädierte die Sorgen der Jugendlichen ernst zu nehmen und Gespräche mit den Jugendlichen zu suchen.⁸⁹⁴ Zusätzlich kamen auch der Nationalratsabgeordnete und Sicherheitssprecher der ÖVP Robert Lichal⁸⁹⁵ und der Generalsekretär der ÖVP Sixtus Lanner zu Wort, der eine unruhige Jugend grundsätzlich befürwortete, als Ursachen für die Jugendprobleme unter anderem eine „bürokratische Zwangsjacke“ und „Wohnungsnot“ sah und für Herbst 1981 ÖVP-Jugendarbeit ankündigte.⁸⁹⁶ Nach der Eröffnung der GAGA 1981 kamen in der *Presse* dieser gegenüber sehr kritische Margaretener Bezirkspolitiker von der ÖVP zu Wort, die in der GAGA „unhaltbare Zustände“ sahen.⁸⁹⁷

⁸⁹⁰ o.V., Schwere Tumulte in Wiens City: FP-Kritik an Lanc. In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 1; o.V., Lanc bezeichnet Randalierer als "faschistoid". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 10; o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁸⁹¹ Glattauer, Schwarz, Leere Häuser, besetzte Häuser. In: Die Presse vom 18.5.1981 S. 3.

⁸⁹² o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1; Zehrer, Warnung vor heißem Wochenende: Illegale "Demos" werden aufgelöst. In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 10.

⁸⁹³ o.V., Erste Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck. In: Die Presse vom 2.5.1981 S. 14; o.V., Polizei räumt besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: Die Presse vom 2.5.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

⁸⁹⁴ o.V., Suche nach Rezepten für die Jugendpolitik. In: Die Presse vom 22.8.1981 S. 4.

⁸⁹⁵ o.V., Krawall von links betraf die drei Sicherheitssprecher. In: Die Presse vom 21.2.1981 S. 4.

⁸⁹⁶ o.V., Lanner umwirbt nun die Jugend. In: Die Presse vom 16.6.1981 S. 4; o.V., Suche nach Rezepten für die Jugendpolitik. In: Die Presse vom 22.8.1981 S. 4; o.V., In Kürze: Unruhige Jugend. In: Die Presse vom 20.8.1981 S. 4.

⁸⁹⁷ o.V., Riesenwirbel um zu lautes Jugendzentrum. In: Die Presse vom 11.6.1981 S. 13.

Anders als die *Presse*, ließ die *AZ* die Opposition nur äußerst selten zu Wort kommen, meist in Abwehrhaltung gegen Vorwürfe der Opposition gegen die SPÖ.⁸⁹⁸ So sei nach der 1. März Demonstration eine „demagogische Kampagne gegen Innenminister Lanc“ geführt worden; ÖVP, FPÖ und Nationaldemokratische Partei (NP) hätten ihn „mehr oder weniger indirekt“ für die Ausschreitungen verantwortlich gemacht.⁸⁹⁹ Zudem kritisierte die FPÖ, dass Innenminister Lanc die Demonstration bagatellisiere und verniedliche.⁹⁰⁰ Der Obmann der Jungen Volkspartei (JVP), Höchtl, verwies schließlich darauf, dass 94 Prozent der Jugendlichen Gewalt und Ausschreitungen ablehnten.⁹⁰¹

In der *Kronen Zeitung* spielte die Opposition in der Berichterstattung ebenfalls eine geringe Rolle. Sie konzentrierte sich vorrangig auf die SPÖ und die Kritik an dieser. Der Sicherheitssprecher der ÖVP, Lichal, kam nur in einem Artikel zu Hausbesetzungen zu Wort, wo er die ganze „Härte des Gesetzes“ gegen diese forderte. In einer Kurzmeldung Anfang Jänner 1983 forderte der FP-Gemeinderat Fritz Kulchar in der *Kronen Zeitung* die Streichung von Subventionen an die GAGA.⁹⁰²

Die Opposition der ALW kam sowohl in der *AZ* und der *Presse* mit scharfer Kritik an der Zurückhaltung der Subventionen durch die Stadt und an der Polizeigewalt bei der Schließung GAGA zu Wort.⁹⁰³

Zusammenfassend lassen sich in der Opposition im Vergleich zur SPÖ keine klar zu unterscheidenden innerparteilichen Divergenzen erkennen. Die FPÖ beschwor eine Gefahr von links herauf und kritisierte im Zusammenhang damit Innenminister Lanc, übte aber auch Kritik an Leerstand im Kontext der Hausbesetzungsbewegungen. Demgegenüber gab sich die ÖVP offen gegenüber Anliegen der Jugend und kritisierte den Umgang der SPÖ mit dieser. Sie setzte eigene politische Vorschläge gegen die Wohnungsnot, war aber sehr kritisch gegenüber der GAGA und konkreten Hausbesetzungen. Im Jahr 1983 kam auch die ALW mit ihrer Kritik an der Räumung der GAGA zu Wort.

⁸⁹⁸ Wie beispielsweise hier: Gluthammer, Betrifft: Busek und die Jugendkrawalle. In: Arbeiter-Zeitung vom 5.3.1981 S. 7.

⁸⁹⁹ o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.

⁹⁰⁰ o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 2.

⁹⁰¹ Ebenda.

⁹⁰² o.V., Subventionen streichen. In: Kronen Zeitung vom 18.1.1983 S. 13.

⁹⁰³ o.V., Planiertrauben in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: Die Presse vom 29.6.1983 S. 14; o.V., Weiter Aufregung um "Gaga"-Schließung. In: Die Presse vom 30.6.1983 S. 10; o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.6.1983 S. 8.

c) Perspektiven von Aktivist:innen

Im Vergleich zu politischen Stimmen bekamen die Aktivist:innen der 1. März-Demonstration, der Hausbesetzungen und der GAGA nur wenig Möglichkeit, ihre Perspektive in den Zeitungen darzulegen. Am sichtbarsten wurden deren Perspektiven in der *Arbeiter-Zeitung*, während sie in der *Kronen Zeitung* und der *Presse* nur vereinzelt vorkamen.

In der *Presse* kamen Aktivist:innen bei den Hausbesetzungen und der Schließung der GAGA 1983 zu Wort, bei der 1. März-Demo blieben die Demonstrierenden hingegen ohne Stimme. Dort wurden ihre Positionen nur indirekt über Flugblätter wiedergegeben.⁹⁰⁴ Im Kontext der Hausbesetzungen bekamen die Perspektive der Besetzer:innen in einem Artikel Raum, wonach sie sich nicht als Enteigner:innen sähen, da sie Wiens Altbauten nicht als Ware, sondern als Lebensraum nützten.⁹⁰⁵ Im Anschluss an die Schließung der GAGA 1983 wurde die Pressekonferenz von GAGA-Funktionär:innen und -sympathisant:innen in der *Presse* wiedergegeben, wonach die Behörden nur einen Vorwand für die Schließung der GAGA gesucht hätten und die Ausschreitungen von Rechtsradikalen provoziert worden seien.⁹⁰⁶

Im Kontrast zur Berichterstattung der *Presse* bekommen Aktivist:innen in der *AZ* in allen untersuchten Bereichen Raum. Eine Perspektive der Protestierenden zur 1. März-Demonstration fand sich in der *AZ* ausschließlich im Leserbrief eines Teilnehmers, der die Ereignisse in den Kontext gesellschaftlicher Probleme stellte.⁹⁰⁷ Zur Eröffnung der GAGA zitierte die *AZ* deren Kassier Herbert Loitsch, der die Prinzipien von Selbstverwaltung, die Gemeinschaft und Vielfalt der Angebote betonte, die von Werkstätten über Proberäume bis hin zu Kinder- und Seniorengruppen reichten.⁹⁰⁸ Im Kontext der Schließung 1983 kamen in einem Artikel der *AZ* Sprecher:innen der GAGA zu Wort, die „organisierte faschistische Gruppen“ für die Ausschreitungen verantwortlich machten.⁹⁰⁹ Außerdem wurden die Akteur:innen der Hausbesetzungen mit ihrer Kritik am Leerstand und der generellen schlechten Wohnsituation in Wien zitiert.⁹¹⁰

⁹⁰⁴ p.m., "Klein-Zürich". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 1; Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁹⁰⁵ Glattauer, Schwarz, Leere Häuser, besetzte Häuser. In: Die Presse vom 18.5.1981 S. 3.

⁹⁰⁶ o.V., Planiertrauben in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. In: Die Presse vom 29.6.1983 S. 14.

⁹⁰⁷ o.V., Wurzeln der Jugend-Unzufriedenheit. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.4.1981 S. 4.

⁹⁰⁸ o.V., Jugendclub: Freiheit und Verantwortung. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.4.1981.

⁹⁰⁹ o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.6.1983 S. 8.

⁹¹⁰ o.V., Erste Hausbesetzung in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 1; o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 7; o.V., Hausbesetzer kündigen weitere Aktionen an. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1981 S. 7; o.V., Hausbesetzung währte nur 12 Stunden. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 o.A (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

Demgegenüber erschien in der *Kronen Zeitung* die Perspektive der Teilnehmer:innen nur am Rande. Ihre Perspektiven ließen sich höchstens indirekt aus Flugblättern und Parolen ableiten.⁹¹¹ Nach der Schließung der GAGA 1983 gab die *Kronen Zeitung* dem GAGA-Sozialarbeiter Manfred Rudolf in einem Artikel viel Platz, um seine Sicht der Dinge zu schildern. Er forderte mehr Verständnis für sozial schlechter gestellte Punks und eine bessere Jugendpolitik, beispielsweise durch mehr autonome Jugendzentren.⁹¹²

Im Vergleich zu der breiten Repräsentanz der Stimmen der Politiker:innen sowie anderer Perspektiven marginalisierten die Zeitungen die Stimmen der Aktivist:innen, obgleich diese einen besonders relevanten Konfliktakteur darstellten.⁹¹³ Angesichts der häufigsten medialen Strategie des Ignorierens von Protesten, kann diese marginalisierte Darstellung der Positionen von Aktivist:innen dennoch schon als relativ erfolgreiche Öffentlichkeit für diese gedeutet werden⁹¹⁴ (s. Kapitel 4.2. Bedeutung der Öffentlichkeit für soziale Bewegungen).

d) Andere Perspektiven

Abseits von Politiker:innen und Aktivist:innen spielten auch andere Stimmen in der Berichterstattung eine Rolle. Dazu zählten Stimmen aus der Bevölkerung, von einem Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler:innen sowie im Falle der *Presse* die ÖH, die Kirche und die Sportunion. Weiters nahmen Perspektiven der Polizei in der *Kronen Zeitung* und *Presse* breiten Raum ein.

Immer wieder kamen auch nichtjournalistische Einschätzungen in den Zeitungen zu Wort. In Reaktionen zu Staberls Kolumne in Form von Leser:innenbriefen herrscht beispielsweise weitestgehende Übereinstimmung mit dessen Bewertung der Proteste.⁹¹⁵ Zur Unterstreichung der eigenen Linie gab die *Arbeiter-Zeitung* nach dem ersten März Jugendliche wieder, die sich ablehnend zu den Protesten äußerten: „So etwas hat keine Aussicht“⁹¹⁶. Nach der Schließung der GAGA 1983 kamen in der *AZ* in Leserbriefen Anrainer:innen mit Kritik an der GAGA, aber auch solidarische Einwohner:innen Wiens zu Wort.⁹¹⁷

⁹¹¹ o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. In: *Kronen Zeitung* vom 2.3.1981 S. 12, S. 13.

⁹¹² Kunze, "Haß und Resignation". In: *Kronen Zeitung* vom 7.7.1983 S. 14.

⁹¹³ Ertl, Protest als Ereignis, 182, 183.

⁹¹⁴ Ebenda, S. 289–291.

⁹¹⁵ Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 17.3.1981 S. 8; Leserbrief, Die Krawalle. In: *Kronen Zeitung* vom 24.3.1981 S. 14.

⁹¹⁶ o.V., *AZ* befragte Jugendliche: "So etwas hat keine Aussicht". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 3.3.1981 S. 3.

⁹¹⁷ o.V., Zur Räumung der "Gassergasse". In: *Arbeiter-Zeitung* vom 2.7.1983 S. 4.

Im Anschluss an die 1. März-Demonstration zitierten sowohl die *Presse* als auch die *AZ* Handelskammerpräsident Dittrich, der die Polizei für ihren Einsatz lobte.⁹¹⁸ Des Weiteren bekamen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen in der *Presse* Raum für ihre Einschätzungen und Ideen zur Jugendbewegung. Ein Beispiel dafür ist ein Zitat des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, wonach ein großer Wertewandel und Orientierungslosigkeit Grund für die Proteste seien.⁹¹⁹ Einmal zitierte die Zeitung sogar die Sportunion, mit der ungewöhnlichen Forderung nach autonomen, unbeamteten Sportjugendzentren, Sport solle gegen Drogen und Krawalle helfen.⁹²⁰ Im Zusammenhang mit der Wohnungsproblematik und den Hausbesetzungen erhielt der ehemalige ÖH-Vorsitzende Georg Schneider eine Stimme, wonach Hausbesetzungen keine Lösungen für Probleme seien, aber Studierende keine Wohnung bekämen.⁹²¹ Demgegenüber zitierte die Zeitung auch den Cartellverband mit der Forderung, dass „disziplinierende Maßnahmen“ gegen „studierende Terroristen und ‚Vandalen‘“ gesetzt werden sollten.⁹²²

In der *Kronen Zeitung* und der *Presse* fanden sich auch häufig Perspektiven der Polizei wieder. Schon im Jänner zitierte die *Kronen Zeitung* angesichts der versuchten Besetzung einen Polizisten, wonach die „gelenkte Demonstration“ kein „Faschingsscherz“ gewesen sei und einige Teilnehmer eindeutig Deutsche gewesen seien.⁹²³ Eine breite Wiedergabe erhielt nach der 1. März Demonstration ein Fernsehinterview mit Polizist:innen, in dem sich diese kritisch zur Vorgangsweise äußerten: „Wir lassen uns beschimpfen und anspucken, aber wenn Schaufenster zertrümmert werden, müssen wir einschreiten“. Sie hätten sich die Kappe herunterreißen und sich mit Steinen bewerfen lassen müssen.⁹²⁴ In der *Kronen Zeitung* sorgte dies für große Empörung, die Polizei hätte sich laut Staberl „ordnungsgemäß anspucken lassen“. ⁹²⁵ Sowohl die *Presse* als auch die *Kronen Zeitung* publizierten eine Warnung der Polizei vor unangemeldeten Demonstrationen nach der am 1. März.⁹²⁶ Ein „hoher Beamter“ sagte dazu in der *Presse*: „Wir lassen uns nicht endlos provozieren“. ⁹²⁷ In einem Artikel zur

⁹¹⁸ o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1; o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

⁹¹⁹ o.V., Bibel, Brokdorf, Brutalität. In: Die Presse vom 2.7.1981 S. 3.

⁹²⁰ Nikolas Glattauer, "Aktivität statt Konsumation". Sport gegen Drogen, Krawalle. In: Die Presse vom 12.3.1981.

⁹²¹ Enigl, "Hausbesetzungen lösen keine Probleme". In: Die Presse vom 10.8.1981 S. 8.

⁹²² o.V., CV gegen studierende Terroristen und "Vandalen". In: Die Presse vom 9.10.1981 S. 4.

⁹²³ Strasser, 30 Demonstranten probten 1. Wiener Hausbesetzung. In: Kronen Zeitung vom 25.2.1981 S. 14, S. 15.

⁹²⁴ "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8; Hübl, Abführen. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 10.

⁹²⁵ Hübl, Filzstiftparolen. In: Kronen Zeitung vom 6.3.1981 S. 11.

⁹²⁶ Zehrer, Polizei ist auf neue Krawalle vorbereitet. In: Die Presse vom 5.3.1981 S. 14; Hübl, Filzstiftparolen. In: Kronen Zeitung vom 6.3.1981 S. 11.

⁹²⁷ Zehrer, Polizei ist auf neue Krawalle vorbereitet. In: Die Presse vom 5.3.1981 S. 14.

Eröffnung der GAGA wurde die vermeintliche Erniedrigung und Machtlosigkeit der Polizei betont (s. Kapitel 6.6. Gassergasse). Dabei zitierte die Zeitung bei der Berichterstattung zur Eröffnung der GAGA einen „hohen Polizeibeamten“, nachdem es bereits kurze Zeit nach der Eröffnung wie in einem „Stall“ aussehe.⁹²⁸ Die allgemeine Polizeistrategie setzte jedoch laut der Berichterstattung in der *Presse* auf Verhinderung von Eskalation, wie der Polizeipräsident Karl Reidinger bei einem Seminar in Züri betonte. Die Polizei gehe bewusst kontaktbetont und nachsichtig vor, dennoch gebe es keinen gesetzesfreien Raum.⁹²⁹ Diese Strategie vertrat auch der Frankfurter Polizeichef Karlheinz Gemmer in einem Artikel der *Presse*. Laut ihm seien die meisten jugendlichen Demonstranten friedlich und die Politik und Wissenschaft solle sich mehr auf Jugendliche einlassen.⁹³⁰ Im Vorfeld des „Hausbesetzermarsches“ im Oktober 1981 vermeldete die Wiener Polizeidirektion dementsprechend auch, alles zu tun, „um Konfrontation zu vermeiden“.⁹³¹

Abseits von den Perspektiven von Politiker:innen und Aktivist:innen fanden sich in geringerer Anzahl also auch andere Stimmen in den Zeitungen wieder. Unter anderem durch Leser:innenbriefe kamen beispielsweise nicht journalistische Stimmen mit unterschiedlichen Einschätzungen zur Jugendbewegung in den Zeitungen vor. Entsprechend der konservativen Blattlinie der *Presse* und ihrer ÖVP-Nähe kamen in dieser Wirtschaftsvertreter, liberale und konservative Stimmen von Studierendenvertreter:innen, die Kirche, und die ÖVP-nahe Sportunion mit ihren Positionen zu Wort. Die *Kronen Zeitung* und die *Presse* räumten auch der Perspektive der Polizei breiten Raum ein, deren vermeintlich angeordnete machtlose Position bei der Demonstration vom 1. März und bei der Eröffnung der GAGA wiedergegeben wurde. Als allgemeine Polizeistrategie wurde jedoch in der *Presse* die Vermeidung von Konfrontation betont.

Zusammenfassend lässt sich allerdings feststellen, dass Vertreter:innen der Politik, vor allem der Regierungspartei SPÖ die größte Repräsentanz in den Zeitungen zugestanden wurde. Während die *Kronen Zeitung* und die *Presse* deren Positionen kritisierten, gab die *AZ* diese affirmativ wieder. Dennoch fanden in der *AZ* unterschiedliche Meinungen von SPÖ-Politiker:innen Raum. Konträr dazu wurden Positionen der Opposition in der *AZ* und der *Kronen Zeitung* kaum wiedergegeben, etwas mehr Raum erhielten sie in der *Presse*. Eine allgemeine Marginalisierung erfuhren die Stimmen der Aktivist:innen selbst, wobei sie in der

⁹²⁸ Zehrer, Und die (Polizei-)Musi spielt dazu... In: Die Presse vom 5.5.1981 S. 8.

⁹²⁹ Margl, Lanc: "Aggressionsabbau durch Diskussion". In: Die Presse vom 3.4.1981 S. 8.

⁹³⁰ Margl, Frankfurts Polizeichef übt Krawall-Kritik. In: Die Presse vom 4.4.1981 S. 14.

⁹³¹ o.V., Kurzmeldung: Vor Häuserdemonstration: Polizei vorbereitet. In: Die Presse vom 17.10.1981 S. 14.

AZ im Vergleich zu den anderen Zeitungen am meisten Aufmerksamkeit erhielten. Durch die Häufigkeit relevant waren weiters Perspektiven der Polizei, die von *Presse* und *Kronen Zeitung* immer wieder zitiert werden.

7. Conclusio

Das Ziel der vorliegenden Arbeit war die Untersuchung der Berichterstattung und damit einhergehende Rahmung und Bewertung der österreichischen Jugend- und Hausbesetzungsszene im Jahr 1981 durch die österreichischen Zeitungen. Mithilfe qualitativer Inhaltsanalyse wurden dafür 220 Artikel der Zeitungen *Die Presse*, *Arbeiter-Zeitung* und *Kronen Zeitung* ausgewertet. Im Kapitel 6 wurden die Ergebnisse der Untersuchung dargelegt. Im folgenden Kapitel erfolgt eine Zusammenfassung dieser Ergebnisse und eine abschließende Beantwortung der Fragen, welche politischen und gesellschaftlichen Narrative zu städtischen Protesten in der Berichterstattung erkennbar sind, inwiefern diese eine Legitimität der Proteste zu- bzw. aberkennt und inwiefern sie zur vorherrschenden Hegemonie beiträgt.

Anfang der 1980er-Jahre zeigten sich in Österreich Ansätze einer städtischen sozialen Bewegung. Als städtische soziale Bewegung kann die Jugend- und Hausbesetzungsbewegung einerseits aufgrund ihres Mobilisierungs- und Austragungsortes, aber auch aufgrund ihrer spezifischen städtischen Anliegen und Forderungen nach mehr Recht auf Teilhabe an der Stadt angesehen werden.⁹³² Gemäß Lefebvre und Castells ergeben sich spezifische städtische Problemlagen durch Widersprüche zwischen ihrer Funktion der Produktionssteigerung im Wirtschaftssystem und den Bedürfnissen der Menschen.⁹³³ Laut Castells zeigen sich diese Widersprüche, weil zentrale Wohlfahrtsversprechen nicht eingelöst werden können,⁹³⁴ und nach Lefebvre in der Homogenisierung, Konditionierung und Kolonisierung des Lebens⁹³⁵. Ausgehend davon fordern städtische soziale Bewegungen Selbstbestimmung, dezentrale partizipative Demokratie und Selbstverwaltung⁹³⁶ sowie ein Recht auf Stadt, also Mitbestimmung und Teilhabe an Qualitäten und Ressourcen des Städtischen⁹³⁷ (s. Kapitel 3.1.

⁹³² Mayer, Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In: *Gestring, Ruhne, Wehrheim* (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 25.

⁹³³ Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. In: *Gestring, Ruhne, Wehrheim* (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 54–58.

⁹³⁴ Holm, Vorwort. In: *Castells* (Hg.), Kampf in den Städten, S. 14.

⁹³⁵ Schmid, Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: *Holm, Gebhardt* (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt, S. 26.

⁹³⁶ Castells, The City and the Grassroots, 319, 320.

⁹³⁷ Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. In: *Gestring, Ruhne, Wehrheim* (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen, S. 49–51.

Städtische soziale Bewegungen) Genau diese Probleme und Anliegen können auch bei der Jugend- und Hausbesetzungsbewegung in Österreich ausgemacht werden. Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre ergaben sich Probleme für Jugendliche aufgrund nicht ausreichend vorhandenen leistbaren Wohnraums, Treffpunkten, städtischer Mobilität und Kulturangeboten. Diese Probleme wurden in der Kritik an funktionalistischer Stadtplanung und Wohlfahrtspolitik sowie in Forderungen nach Freiheit, Selbstbestimmung und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten laut.⁹³⁸ Eine deutliche Äußerung dieser Anliegen artikuliert sich in der Großdemonstration vom 1. März 1981, bei der neben der Wohnpolitik auch autonome Freiräume, Kritik an Autoritäten und eine nachhaltige Umweltpolitik adressiert wurden sowie in Hausbesetzungen.⁹³⁹ Eine Reaktion auf die 1. März-Demonstration war die Eröffnung der Gassergasse (GAGA) als autonomes Jugend-, Kultur- und Kommunikationszentrum, an dem viele Akteur:innen der Jugend- und Hausbesetzungsszene zentral beteiligt waren⁹⁴⁰ (s. Kapitel 2.3. Neue soziale Bewegungen in Wien). Auch wenn die Bewegung in Wien im internationalen Vergleich eher klein war und keine übergeordneten Ziele oder hohen Organisationsgrad aufwies, kann sie laut Prujit dennoch aufgrund ihrer Forderungen als städtische soziale Bewegung bezeichnet werden.⁹⁴¹

Für soziale Bewegungen ist es essentiell, in der Öffentlichkeit präsent zu sein, da sie erst dadurch gesellschaftliche Bedeutung erhalten und politischen Druck ausüben können.⁹⁴² Wenn sie genügend mediale Präsenz aufweisen, muss die Politik auf sie reagieren⁹⁴³ (s. Kapitel 4.2. Bedeutung der Öffentlichkeit für soziale Bewegungen). Allerdings spiegeln die Medien häufig die Sichtweisen der politischen Eliten und vorherrschender gesellschaftlicher Normen wider und stellen soziale Bewegungen oftmals negativ dar, wie sich auch in der hier analysierten Berichterstattung zur österreichischen Jugendbewegung zeigt. Dennoch unterscheiden sich die Darstellungen der Jugend- und Hausbesetzungsszene je nach Zeitung deutlich.

In der *Presse* erfolgte eine konservative Rahmung der Protestereignisse, welche diese durch vermeintliche Zerstörungen der traditionellen Ordnung erklärte. Während die *Presse* die Großdemonstration vom 1. März und deren als links und anarchistisch eingeordneten

⁹³⁸ Mattl, Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 22.

⁹³⁹ Suttner, "Beton brennt", S. 258–265.

⁹⁴⁰ Suttner, Gassergasse. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 166.

⁹⁴¹ Andretta, Piazza, Subirats, Urban Dynamics and Social Movements. In: Della Porta, Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements, S. 202.

⁹⁴² Schade, Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft, S. 104, S. 235, S. 236, S. 244.

⁹⁴³ Schmitt-Beck, Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. In: Bentele, Liebert, Vogt (Hg.), PR für Verbände und Organisationen, S. 15–21.

Aktivist:innen kriminalisiert, skandalisiert und diffamiert, berichtet sie über die Hausbesetzungen deutlich neutraler. Die Berichterstattung in der *Presse* zeichnete sich zudem durch scharfe Kritik an der Regierungspartei SPÖ und die Einbeziehung oppositioneller Positionen von ÖVP und FPÖ aus. Sowohl der Umgang der SPÖ mit der 1. März-Demonstration, ihre allgemeinen politischen Maßnahmen zur Jugendbewegung und Wohn- und Stadtentwicklungspolitik sowie insbesondere ihr Projekt des Jugendzentrums Gassergasse wurden in der *Presse* scharf angegriffen. Angesichts der „bürgerlich-liberalen Blattlinie“ und der ÖVP-Nähe der *Presse* überraschen diese Ergebnisse nur aufgrund der vergleichsweisen neutralen Berichterstattung zum Thema Hausbesetzungen.⁹⁴⁴ Diese diente in der *Presse* als Vorlage für Kritik an der SPÖ Politik in der Stadt Wien (s. Kapitel 6 Auswertung).

Entsprechend ihrer Funktion als „Sprachrohr der Partei“⁹⁴⁵ SPÖ lassen sich demgegenüber aus der *Arbeiter-Zeitung* (AZ) vorrangig affirmativ die politischen Reaktionen, Einschätzungen und Maßnahmen von SPÖ-Politiker:innen ablesen. Nach ersten Abgrenzungs- und Externalisierungsstrategien in Anbetracht der kriminalisierten und diffamierten 1. März-Demonstration, wurde über die Hausbesetzungen deutlich neutraler berichtet. Es folgten marxistische Einordnungsversuche und eine breite Berichterstattung zu verschiedenen politischen Maßnahmen. Das Unbehagen der Jugend beruhe auf realen Problemen im Zuge einer Werte- und Wirtschaftskrise, die diese allerdings aufgrund mangelnden politischen (sozialistischen) Bewusstseins weder konkret erkennen noch formulieren könnten. Die SPÖ setzte in Folge auf Dialog mit der Jugend, Diskussion von Jugendanliegen auf vielen verschiedenen Veranstaltungen, dem Ermöglichen von Freiräumen wie beispielsweise der GAGA sowie wohnpolitischen Verbesserungen. Über die GAGA berichtete die AZ dementsprechend im Jahr 1981 positiv und befürwortete auch im Jahr 1983 noch grundsätzlich die Idee eines autonomen Jugendzentrums, auch wenn die konkreten Zustände in der GAGA problematisiert wurden. Vergleichsweise viel Platz erhielten Stimmen von Aktivist:innen in AZ. Bemerkenswert in der Berichterstattung der AZ ist, dass innerparteiliche Differenzen abgebildet wurden und sowohl der Jugend- und Hausbesetzungsszene gegenüber positiv als auch ablehnend eingestellte Politiker:innen zu Wort kamen (s. Kapitel 6 Auswertung).

⁹⁴⁴ Chorherr, "Die Presse". In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), 200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983, S. 258, S. 259, S. 265; Hummel, Einfach statt Vielfalt. In: Duchkowitsch, Hausjell, Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los, S. 53.

⁹⁴⁵ Scheuch, "AZ" - Arbeiter Zeitung. In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), 200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983, S. 135, S. 136.

Als Boulevardmedium und kommerziell orientiertes Unternehmen fokussierte sich die *Kronen Zeitung* stark auf „Pseudoereignisse“, um ein breites Publikum zu unterhalten.⁹⁴⁶ Dementsprechend fanden punktuelle Protestereignisse wie die 1. März-Demonstration, einzelne Hausbesetzungen sowie die Schließung der GAGA 1983 breiten Niederschlag in der *Kronen Zeitung*. Die Berichterstattung folgte dabei Charakteristika des Boulevardjournalismus wie Sensationalismus, schockierende Stories, Dramatisierung und teils Fiktionalisierung.⁹⁴⁷ Im Kontrast dazu behandelte die Zeitung klassische Nachrichten eher knapp und oberflächlich.⁹⁴⁸ Die tieferen Ursachen für die Proteste sowie die politischen Maßnahmen im Umgang damit erhielten kaum Raum. Während in kurzen Nachrichten hauptsächlich SPÖ-Stimmen zu Wort kamen, wurden diese von Kommentatoren wie Staberl oder Hübl scharf kritisiert. Vereinzelt wurden auch Stimmen der Opposition und der Polizei abgedruckt, die von Aktivist:innen wurden hingegen marginalisiert. Als auflagenstärkstes Printmedium, mit einem Anteil von 37,5 Prozent aller Druckauflagen im Jahr 1980, hatte die *Kronen Zeitung* im Vergleich mit *AZ* und *Presse*, mit einem jeweiligen Anteil von unter vier Prozent, die größte Reichweite aller Zeitungen.⁹⁴⁹

Es zeigten sich auch Unterschiede in der Berichterstattung je nach Bereich der Jugend- und Hausbesetzungsszene. Auf die Großdemonstration am 1. März reagierte die Berichterstattung zeitungübergreifend mit Kriminalisierung, Skandalisierung und Diffamierung dieser, ohne auf deren spezifischen Anliegen und Motivationen tiefer einzugehen. Häufig erfolgte eine Externalisierungsstrategie, wonach sowohl Aktivist:innen als auch Vorbilder aus dem Ausland zur Demonstration geführt hätten. Einzig in *Presse* und *Kronen Zeitung* erfolgte eine Einordnung der als Randgruppe charakterisierten Jugendlichen ins linke und anarchistische Spektrum. Bei der GAGA unterschied sich die Berichterstattung: in der *Arbeiter-Zeitung* 1981 als positives Vorzeigeprojekt eines autonomen Jugend-, beziehungsweise Kunst- und Kulturzentrums gefeiert, wurde sie in der *Presse* ausschließlich negativ gerahmt. Im Jahr 1983 wurden rund um die Auseinandersetzungen um die GAGA diese und deren Aktivist:innen von allen Zeitungen negativ dargestellt. Von der *AZ* wurden allerdings auch solidarische Perspektiven und eine grundsätzliche Befürwortung von autonomen Jugendzentren vorgebracht. Bei der Vielzahl der Berichte zur 1. März-Demonstration und der Schließung der

⁹⁴⁶ Schmitt-Beck, Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. In: Bentele, Liebert, Vogt (Hg.), PR für Verbände und Organisationen, S. 26.

⁹⁴⁷ Ohliger, Kennzeichen und Wandel der Politikberichterstattung im Boulevardjournalismus, S. 8, S. 9.

⁹⁴⁸ Ebenda, S. 54, S. 55.

⁹⁴⁹ Trappel, Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: Karmasin, Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2, S. 212.

GAGA zeigte sich, dass Akteur:innen von sozialen Bewegungen vor allem dann mediale Präsenz erhielten, wenn sie zur Befriedigung von Nachrichtenwerten beitrugen. Im Falle der Demonstration vom 1. März wurde durch das Zeigen von Aufregendem, Ungewöhnlichem und Konflikt Nachrichtenwert gewonnen, allerdings wurden die Motive und die Inhalte des Protests ausgespart.⁹⁵⁰ Da der Fokus der Berichterstattung auf Kriminalisierung, Marginalisierung und Diskreditierung lag, kann die Berichterstattung dazu aus Sicht der Protestakteur:innen nicht als erfolgreich erachtet werden.⁹⁵¹

Demgegenüber wählten die Zeitungen in der Berichterstattung zu Hausbesetzungen deutlich neutralere Beschreibungen und die Protestereignisse wurden klar im Kontext von Problemen im Wohnbereich in Wien verortet. Die Einbettung der Hausbesetzungen in den Kontext der Wohn- und Stadtentwicklung Wiens zeigte ein dementsprechendes Problembewusstsein der Zeitungen für die Probleme im Wohn- und Stadtentwicklungsbereich. Da der Protest und seine Inhalte ernstgenommen wurden, konnte die Protestberichterstattung für die Hausbesetzungsszene als relativ erfolgreich eingestuft werden.⁹⁵² Durch die Wiedergabe zentraler Positionen der Akteur:innen konnte ein Einfluss auf die Öffentlichkeit festgestellt werden.⁹⁵³

Insgesamt lassen sich also klare Differenzen in der Berichterstattung feststellen. Die meisten Motive und Anliegen der Demonstration am 1. März wurden in den untersuchten Medien nur marginal beziehungsweise verzerrt abgebildet. Der disruptive Protest wurde nicht als legitime demokratische Handlungsweise interpretiert, sondern als gegen die herrschenden Normen verstoßende kriminelle Handlungsweise. Demgegenüber erfolgte in der weiteren Darstellung zumindest seitens der *AZ* als Vertreterin der SPÖ Versuche der Integration der Anliegen der Jugendbewegung, die sich auch in der Übergabe von Häusern wie der GAGA zeigte. In Bezug auf die Hausbesetzungen ist in allen Zeitungen eine neutrale beziehungsweise erfolgreiche Berichterstattung festzustellen. Diese Form des Protests erscheint größtenteils als legitime Kritik an Zuständen, die einer Änderung bedürfen. Auch wenn schon vorher parteiübergreifender Konsens über Handlungsbedarf in diesem Bereich herrschte, boten die Hausbesetzungen willkommene Anlässe für die Diskussion dieser Probleme und wirkten sich auch auf konkrete Maßnahmen der Stadt ein. Im Sinne der Herrschaftsstabilisierung nach Gramsci wurden die

⁹⁵⁰ *Schmitt-Beck*, Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. In: *Bentele, Liebert, Vogt* (Hg.), PR für Verbände und Organisationen, 24, 25; *Neidhardt*, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, S. 34.

⁹⁵¹ *Ertl*, Protest als Ereignis, S. 289–291.

⁹⁵² Ebenda.

⁹⁵³ *Neidhardt*, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, S. 34, S. 35.

Interessen der Protestbewegungen teilweise integriert oder symbolisch anerkannt und damit in den bestehenden gesellschaftlichen Konsens eingebaut, wodurch die eigene Hegemonie gesichert wurde.⁹⁵⁴

Da diese Arbeit aufgrund des begrenzten Untersuchungszeitraums sowie der Auswahl der Zeitungen nur einen Teilaspekt der medialen Berichterstattung zur Jugend- und Hausbesetzungsbewegung beleuchten konnte, wäre es für zukünftige Untersuchungen ergiebig, noch weitere Aspekte einzubeziehen. Neben der Untersuchung der Berichterstattung in weiteren etablierten Medien, wäre hier vor allem eine Untersuchung von sich seit Mitte der 1970er-Jahren etablierenden Medien der Alternativszene, wie beispielsweise der *Arena-Stadtzeitung* oder des *Falters*, lohnend.⁹⁵⁵ Eine weitere Bereicherung für den Gegenstand wäre die Ausweitung des Untersuchungszeitraums, beispielsweise ab der Zäsur der Arena-Besetzung 1976 bis zum Ende der GAGA im Jahr 1983. Bisher ist in der Forschung zur Jugend- und Hausbesetzungsszene Österreichs außerdem eine Lücke in Bezug auf die Rolle von Geschlecht festzustellen, die auch in Bezug auf Berichterstattung lohnende Forschungsmöglichkeiten bieten würde.⁹⁵⁶

⁹⁵⁴ Antonio Gramsci, Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden (Hamburg 1991) 7, S.1584, zitiert nach: Candeias, Gramscianische Konstellationen. In: Merkens, Diaz (Hg.), Mit Gramsci arbeiten, S. 20.

⁹⁵⁵ Praschl, Die "Falter Verlags Ges.m.b.H.". In: Fabris, Hausjell (Hg.), Die vierte Macht, S. 307, S. 308.

⁹⁵⁶ Mesner, "Rooms of one's own." Räume, Geschlecht und Autonomie. In: Nußbaumer, Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt!, S. 60, S. 61.

8. Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bedeutung
AK	Arbeiterkammer
AKH	Allgemeines Krankenhaus (Wien)
AKW	Atomkraftwerk
ALW	Alternative Liste Wien
ANR	Aktion Neue Rechte
AZ	Arbeiter-Zeitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CSP	Christlichsoziale Partei (Vorgängerin der ÖVP)
CV	Cartellverband
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GAGA	Gassergasse
IFES	Institut für Empirische Sozialforschung
JES	Junge Europäische Studenteninitiative
JG	Junge Generation
JVP	Junge Volkspartei
NP	Nationaldemokratische Partei Österreichs (1967–1988)
NS	Nationalsozialismus
NSB	Neue soziale Bewegungen
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖH	Österreichische Hochschüler*innenschaft

ÖSU	Österreichische Studentenunion
ÖVP	Österreichische Volkspartei
RAF	Rote Armee Fraktion
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Vorgängerin der SPÖ)
SJ	Sozialistische Jugend
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs

9. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl der Artikel pro Monat. Quellen: siehe Quellen- und Literaturverzeichnis.	63
Abbildung 2: Anzahl der Artikel pro Thema. Quellen: siehe Quellen- und Literaturverzeichnis.	64

Literaturverzeichnis

Quellen

Arbeiter-Zeitung

- Karl *Blecha*, Die Ängste dieser Jugend. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 4.
- Gluthammer, Betrifft: Busek und die Jugendkrawalle. In: Arbeiter-Zeitung vom 5.3.1981 S. 7.
- Christa *Karas*, Jugendkrawalle: Offene Gespräche statt Watschen. Nur wenige sind radikalisiert, aber viele unzufrieden. In: Arbeiter-Zeitung vom 8.4.1981 S. 3.
- o.V., Jugendbewegung als Hefe der Gesellschaft sehen. Lanc vor der Wiener SPÖ-Konferenz zu Jugendfragen am Donnerstag. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.02./01.03.1981 S. 3.
- o.V., Randalierer probten "Zürich" in Wien. Gratz scharf gegen "Demolierungstourismus". In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.
- o.V., 4 Randalierer in Schubhaft. Nach den Jugend-Krawallen in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1.
- o.V., AZ befragte Jugendliche: "So etwas hat keine Aussicht". In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.
- o.V., Gratz: Krawall, keine Demonstration. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.
- o.V., Nicht harmlos. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 1.
- o.V., Vandalen müssen Schaden gut machen. Fazit der Demolierungsaktion "Zürich in Wien". In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.
- o.V., Krawalle werden untersucht - Kreisky: Apolitische Aktion. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 1.
- o.V., Kreisky: Analyse ohne Hysterie. Politische Reaktionen auf Krawalle vom Sonntag. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 2.
- o.V., Viele Kinder aus "gutem Haus". Die Festgenommenen des Sonntag-Wirbels. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.3.1981 S. 4.
- o.V., Heute Wiener Konferenz - Thema: "Jugend in der Gesellschaft". In: Arbeiter-Zeitung vom 5.3.1981 S. 2.
- o.V., "Im Gespräch nach Lösungen suchen". Innenminister Lanc vor Wiener Konferenz der SPÖ über das Thema "Jugend in der Gesellschaft". In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3.
- o.V., Konkrete Lösungen für die Wünsche der Wiener Jugend. Resolution der Wiener Jugendkommission. In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3.

- o.V., "Schulen sind immer noch Hort des Konservativismus". In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3.
- o.V., Warum Berlin, warum Zürich? JG-Diskussion "Jugend in Großstädten". In: Arbeiter-Zeitung vom 6.3.1981 S. 3.
- o.V., Kurzmeldung: Jugendkrawalle in BRD. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981 S. 6.
- o.V., "Weg von der Politik der Sachzwänge". In: Arbeiter-Zeitung vom 7.3.1981 S. 4.
- o.V., Jugend: Ohne Forderungen? In: Arbeiter-Zeitung vom 12.3.1981 S. 4.
- o.V., "Mehr Junge in die Stadtzentren". Das Startwohnungs-Projekt wird konkret - Eypeltauer. In: Arbeiter-Zeitung vom 23.3.1981 S. 3.
- o.V., Züricher Jugendzentrum gewaltsam geräumt. In: Arbeiter-Zeitung vom 24.3.1981 S. 5.
- o.V., Antwort auf Jugendkrawalle: Lanc plant Jugendforen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.4.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).
- o.V., Kurzmeldung: Jugendprobleme nicht mit Gewalt zu lösen. In: Arbeiter-Zeitung vom 6.4.1981 S. 2.
- o.V., Nürnberg: Hausbesetzer drohten, vom Dach herunterzuspringen. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 5.
- o.V., Werben um mehr Verständnis für Jugendzentrum Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 7.4.1981 S. 9.
- o.V., London: Schwere Rassenunruhen. Weit über hundert Verletzte. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.4.1981 S. 2.
- o.V., Wurzeln der Jugend-Unzufriedenheit. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.4.1981 S. 4.
- o.V., Rassenkrawalle in Brixton: "Sieg Heil" für Innenminister. In: Arbeiter-Zeitung vom 14.4.1981.
- o.V., Neue Unruhen im Londoner Brixton. In: Arbeiter-Zeitung vom 15.4.1981 S. 5.
- o.V., Wien aktuell: Gegen Spekulation mit Eigentumswohnungen. In: Arbeiter-Zeitung vom 16.4.1981 S. 9.
- o.V., Streiks und Krawalle - nur im Operettenstil. Gehmacher über Österreichbewußtsein in Baden. In: Arbeiter-Zeitung vom 25.4.1981 S. 6.
- o.V., Jugendclub: Freiheit und Verantwortung. Das selbstverwaltete Kulturzentrum Gassergasse bietet jedem. In: Arbeiter-Zeitung vom 29.4.1981.
- o.V., Erste Hausbesetzung in Wien. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 1.
- o.V., Hausbesetzung währte nur 12 Stunden. Polizei und Feuerwehr räumten besetztes Haus in Mariahilf. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 o.A. (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).

- o.V., "Instandbesetzung" auch in Wien. Jugendliche besetzten leerstehendes Abbruchshaus in Mariahilf. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.5.1981 S. 7.
- o.V., Hausbesetzer kündigen weitere Aktionen an. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.5.1981 S. 7.
- o.V., Kurzmeldung: Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 5.5.1981 S. 7.
- o.V., Kurzmeldung: "Züri brännt". In: Arbeiter-Zeitung vom 16.5.1981 S. 5.
- o.V., Fröhlich-Sandner: Dialog mit der Jugend mobilisieren. In: Arbeiter-Zeitung vom 20.5.1981 S. 10.
- o.V., Sanierung statt Hausbesetzung. In: Arbeiter-Zeitung vom 27.5.1981 S. 2.
- o.V., "Probleme können nicht durch Polizeieinsatz gelöst werden". Lanc bei Diskussion über Hausbesetzungen. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.6.1981 o.A. (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).
- o.V., Zürich: neue Krawalle. In: Arbeiter-Zeitung vom 3.10.1981 S. 5.
- o.V., Hausbesetzung auch in China. In: Arbeiter-Zeitung vom 9.10.1981 S. 5.
- o.V., Sandner: "Notschlafstelle" Krisenhilfe für Jugendliche. In: Arbeiter-Zeitung vom 20.10.1981 S. 10.
- o.V., Hatzl: O.K. zu 3 Häusern. Chance für junge Haussanierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 24.10.1981 S. 9.
- o.V., Kurzmeldung: Jugendsdiskussion im Renner-Institut. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.10.1981 S. 2.
- o.V., Das Ende? In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9.
- o.V., "Gaga" wird nach Krawall geschleift. Nächtliche Straßenschlacht um Jugendzentrum Gassergasse - Haus wird jetzt abgerissen. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9.
- o.V., So geht es mit den "Gaga"-Gruppen weiter. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 9.
- o.V., Straßenschlacht in Wien - Jugendzentrum wird nun abgerissen. Molotowcocktails und drei Verletzte. In: Arbeiter-Zeitung vom 28.6.1983 S. 1.
- o.V., Gassergasse: Abbruch hat begonnen. "Gaga"-Sympathisanten: "Selbsthilfe nach Naziprovokation". In: Arbeiter-Zeitung vom 29.6.1983 S. 8.
- o.V., "Gaga" -Wirbel geht weiter. Nun befaßte sich auch der Gemeinderat mit der Gassergasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 30.6.1983 S. 9.
- o.V., Zur Räumung der "Gassergasse". In: Arbeiter-Zeitung vom 2.7.1983 S. 4.
- o.V., Zu Wort gemeldet: Das Aus für die GAGA und die Folgen. In: Arbeiter-Zeitung vom 4.7.1983 S. 4.
- o.V., Alternativschule - wohin? In: Arbeiter-Zeitung vom 9.7.1983 S. 4.
- o.V., Zum Club 2 über "Gaga". In: Arbeiter-Zeitung vom 9.7.1983 S. 4.

- o.V., Schwierige Herbergssuche für Alternativschule erfolgreich. In: Arbeiter-Zeitung vom 13.7.1983 S. 7.
- o.V., Die Rock-Szene lebt... Neun Wiener Bands "geigen" in der Hauffgasse. In: Arbeiter-Zeitung vom 6.10.1983 S. 10.
- o.V., Das WUK leidet unter jugendlichen Punkern. In: Arbeiter-Zeitung vom 21.10.1983 S. 9.
- Peter *Pelinka*, Zürich-Berlin-Wien? In: Arbeiter-Zeitung vom 3.3.1981 S. 3.
- Peter *Pelinka*, Jugend und Partei, AZ-Serie von Peter Pelinka: "Jugend 81- Eine Jugend voller Widersprüche". In: Arbeiter-Zeitung vom 18.3.1981 S. 3.
- Peter *Pelinka*, Jugend und Partei, AZ-Serie von Peter Pelinka: "SPÖ-Jugend: Die schwierige Gratwanderung. In: Arbeiter-Zeitung vom 19.3.1981 S. 3.
- Peter *Pelinka*, "Jugend und Partei", AZ-Serie von Peter Pelinka - neue AZ-Serie "Vier Typen in der Jugend 81". In: Arbeiter-Zeitung vom 20.3.1981 S. 3.
- Peter *Pelinka*, Nicht nur besserer "Verkauf" der Politik an Jugendliche. SP-Jugendenquete im Renner-Institut. In: Arbeiter-Zeitung vom 23.3.1981 (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien).
- Manfred *Scheuch*, Die Randalierer. In: Arbeiter-Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.

Kronen Zeitung

- "Ein Leser", Spuk mit Spucke. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 8.
- Reinald *Hübl*, Abführen. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 S. 10.
- Reinald *Hübl*, Filzstiftparolen. In: Kronen Zeitung vom 6.3.1981 S. 11.
- Reinald *Hübl*, Es lag was in der Luft... In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 11.
- Peter *Kunze*, "Haß und Resignation". Demonstration im Wiener Stadtpark gegen die Schließung des Kulturzentrums Gassergasse! Hier ein Exklusiv-Interview mit dem Drahtzieher Manfred Rudolf! In: Kronen Zeitung vom 7.7.1983 S. 14.
- Leserbriefe, Die Krawalle. In: Kronen Zeitung vom 17.3.1981 S. 8.
- Leserbriefe, Die Krawalle. In: Kronen Zeitung vom 24.3.1981 S. 14.
- Helga *Longin*, Neue Steuer und Reform der Beihilfe soll Wohnprobleme in Wien lösen. Hatzl für Zwangsmaßnahmen gegen die "Scheinmieter". In: Kronen Zeitung vom 26.6.1981 10,11.
- Helga *Longin*, Mit Steuergeld Strafen gezahlt! Skandalöser Mißbrauch von Gemeindesubventionen im jetzt aufgelösten Gaga-Zentrum. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 8.

Erwin *Melchart*, Rocker, aber nicht locker. Kulturzentrum "WUK" wird unterwandert. In: Kronen Zeitung vom 21.10.1983 S. 17.

Erwin *Melchart*, Wem "gehört" ein Punker? In: Kronen Zeitung vom 24.10.1983 S. 13.

o.V., ÖVP-Tipps gegen Jugendkrawalle. In: Kronen Zeitung vom 17.2.1981 S. 15.

o.V., 300 Randalierer lösten in Wiens City Wirbel aus. Sie demolierten Auslagescheiben und beschädigten Autos und warfen Feuerwerkskörper auf die Polizeibeamten. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981 12, 13.

o.V., Wirbel in Wiener City: 300 Randalierer ruinierten Autos und Geschäfte! Deutsche Anstifter festgenommen. In: Kronen Zeitung vom 2.3.1981 S. 1.

o.V., Schubhaft, Ausweisung für die vier deutschen Anstifter! Unter den Randalierern in der Wiener Innenstadt waren auch etliche Rauschgiftsüchtige - Schadenersatzklagen gegen Demolierer. In: Kronen Zeitung vom 3.3.1981 8, 9.

o.V., Kreisky: Hysterie wäre ganz falsch. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 4.

o.V., Jugendkrawalle: Schreckensnacht in Berlin, Freiburg und Nürnberg. In: Kronen Zeitung vom 7.3.1981 S. 1.

o.V., Keine Krawalle. In: Kronen Zeitung vom 22.3.1981 S. 13.

o.V., Gemeinde Wien gibt die "Arena" für die Jugendlichen frei. In: Kronen Zeitung vom 25.3.1981 S. 13.

o.V., Kurzmeldung: Bei Jugendkrawallen. In: Kronen Zeitung vom 26.3.1981 S. 3.

o.V., Deutschlands "Ostern 81": Bomben, Terror, Krawalle! Protestwelle nach Hungerselbstmord von Sigurd Debus. In: Kronen Zeitung vom 18.4.1981 S. 1.

o.V., Jugendkrawalle auch in China. In: Kronen Zeitung vom 21.4.1981 S. 2.

o.V., Hausbesetzung endete mit der Festnahme der Demonstranten. In: Kronen Zeitung vom 2.5.1981 S. 15.

o.V., Hausbesetzung in Wien endete mit Geldstrafen. Keine Zwischenfälle. In: Kronen Zeitung vom 3.5.1981 S. 10.

o.V., Hausbesetzer festgenommen. In: Kronen Zeitung vom 24.5.1981 S. 12.

o.V., Startwohnungen. In: Kronen Zeitung vom 5.6.1981 S. 13.

o.V., Gegen Hausbesetzer. In: Kronen Zeitung vom 10.6.1981 S. 4.

o.V., Die Rassenkrawalle. In: Kronen Zeitung vom 12.7.1981 S. 2.

o.V., Nutzungsverträge für Hausbesetzer. In: Kronen Zeitung vom 12.7.1981 S. 2.

o.V., Motto: Politik? Nein, danke! In: Kronen Zeitung vom 17.7.1981 S. 14.

o.V., Die andere Jugend... In: Kronen Zeitung vom 5.8.1981.

o.V., "Besetzt". In: Kronen Zeitung vom 3.9.1981 S. 13.

- o.V., Blutige Krawalle in Berlin bei Besuch des US-Außenministers. In: Kronen Zeitung vom 14.9.1981 S. 1.
- o.V., Demonstration. In: Kronen Zeitung vom 14.9.1981 S. 13.
- o.V., Demonstration. In: Kronen Zeitung vom 18.10.1981 S. 12.
- o.V., Ein Buch über Jugend: Ihre Krise, Ihre Chance. "Die unberechenbare Generation". In: Kronen Zeitung vom 21.10.1981 S. 22.
- o.V., Jetzt billige Altwohnungen für junge Menschen in Wien. In: Kronen Zeitung vom 4.11.1981 S. 14.
- o.V., Rauschgifttrazzia im Jugendzentrum. In: Kronen Zeitung vom 15.1.1983 S. 10.
- o.V., Subventionen streichen. In: Kronen Zeitung vom 18.1.1983 S. 13.
- o.V., Riesenkrawall um Jugendzentrum. In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 S. 1.
- o.V., Polizeistrafen mit Subventionen aus Steuergeld bezahlt! In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 1.
- o.V., "Gaga"-Demo. In: Kronen Zeitung vom 1.7.1983 S. 14.
- o.V., Kurzmeldung: Gaga-Schule. In: Kronen Zeitung vom 14.10.1983 S. 13.
- Alfred *Pulletz*, Peter *Strasser*, Nach Riesenkrawallen wird Jugendzentrum abgerissen! Nach nächtlicher Schlacht in Wien ist jetzt Schluß: 63 Rowdys verhaftet. In: Kronen Zeitung vom 28.6.1983 8, 9.
- Staberl, Das Werk von Faschistoiden. In: Kronen Zeitung vom 4.3.1981 S. 6.
- Staberl, Reklame für Faschisten! In: Kronen Zeitung vom 13.3.1981 S. 2.
- Staberl, Wir sind ein bisserl hinten. In: Kronen Zeitung vom 22.4.1981 S. 8.
- Staberl, Aufruhr für Subventionen. In: Kronen Zeitung vom 29.6.1983 S. 2.
- Peter *Strasser*, 30 Demonstranten probten 1. Wiener Hausbesetzung. Abbruch des desolaten Hotels "Zum Weinstock" sollte verhindert werden - Polizei schickte Einsatzkommando. In: Kronen Zeitung vom 25.2.1981 14, 15.
- Peter *Strasser*, Führt Bürokratie zu einem "Wohnbauinfarkt" in Wien. Bauverzögerungen, Mieten zu hoch, viele Delogierungen. In: Kronen Zeitung vom 26.5.1981 12, 13.
- Peter *Strasser*, Supersteuer für Tausende leere Wohnungen in Wien! Hilfe für Stadterneuerung - Kampf gegen Spekulation. In: Kronen Zeitung vom 28.10.1981 12, 13.
- Peter *Strasser*, Helga *Longin*, "Gaga"-Leute als Stadtgärtner. Hilfe für vertriebene Jugendliche, Bürgermeister Gratz bietet Jobs bei der Gemeinde an. In: Kronen Zeitung vom 8.7.1983 S. 13.
- Ernst *Trost*, Krieg in den Städten. In: Kronen Zeitung vom 16.7.1981 S. 2.
- Ernst *Trost*, Die dagegen sind. In: Kronen Zeitung vom 17.11.1981 S. 2.

Die Presse

Peter *Amstutz*, Trotz Krawallen mehr Tourismus. Zürichs Stadtpräsident ist zufrieden. In: Die Presse vom 18.2.1981 S. 12.

Thomas *Chorherr*, Im Interesse der Jugend. In: Die Presse vom 07./8.3.1981 S. 1.

Marianne *Enigl*, "Hausbesetzungen lösen keine Probleme". Aber für Studentenwohnungen fehlt das Geld. In: Die Presse vom 10.8.1981 S. 8.

Nikolas *Glattauer*, "Aktivität statt Konsumation". Sport gegen Drogen, Krawalle. In: Die Presse vom 12.3.1981 S. 10.

Nikolaus *Glattauer*, Walter *Schwarz*, Leere Häuser, besetzte Häuser. Wohnungsnot und Rechtsbruch. In: Die Presse vom 18.5.1981 S. 3.

Roland *Hill*, London: Straßenschlacht im Farbigenviertel. In: Die Presse vom 13.4.1981 S. 2.

Roland *Hill*, Londons Polizeichef: Krawalle waren von außen gesteuert. In: Die Presse vom 14.4.1981 S. 2.

Gerhard *Jelinek*, Startwohnungen jetzt ganz anders. Blitzgesetz noch im Dezember? In: Die Presse vom 12.11.1981 S. 4.

Hans Ulrich *Kersten*, Wenn schon Neubauten besetzt werden. Berlins Misere ist die Wohnbaupolitik. In: Die Presse vom 4.5.1981 S. 2.

Salcia *Landmann*, Zürcher Jugendkrawalle - Bilanz, Fazit Folgen. Das Schweizer Beispiel ist nur eines von vielen. In: Die Presse vom 14.2.1981 S. 1.

Dieter *Lenhardt*, Ratlosigkeit und Zorn. In: Die Presse vom 17.2.1981 S. 1.

Hubert *Margl*, Lanc: "Aggressionsabbau durch Diskussion". TV-Forum soll Krawallmacher isolieren. In: Die Presse vom 3.4.1981 S. 8.

Hubert *Margl*, Frankfurts Polizeichef übt Krawall-Kritik. "Politik und Wissenschaft lassen uns im Stich". In: Die Presse vom 4.4.1981 S. 14.

o.V., "Die Jugend von heute" - vom Protest zur totalen Anpassung. In: Die Presse vom 19.1.1981 S. 2.

o.V., Weitere Hausbesetzungen und Demonstration in Berlin. In: Die Presse vom 9.2.1981 S. 12.

o.V., Selbsthilfe statt Krawalle. Programm der Wiener VP. In: Die Presse vom 17.2.1981 S. 11.

o.V., Krawall von links betraf die drei Sicherheitssprecher. In: Die Presse vom 21.2.1981 S. 4.

o.V., Lanc bezeichnet Randalierer als "faschistoid". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 10.

o.V., Schwere Tumulte in Wiens City: FP-Kritik an Lanc. In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 1.

o.V., Krawall: Dank an die Polizei und Kritik gegenüber Lanc. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.

- o.V., "Ein wirksames Mittel ist das nicht". In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 13.
- o.V., Faschistoid? In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 4.
- o.V., Wiener Krawall war hausgemacht. In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 1.
- o.V., Wiener Rowdys lernten in der BRD. Anarcho-Terror war "hausgemacht". In: Die Presse vom 4.3.1981 S. 14.
- o.V., Lanc vor Wiener SP: "Müssen Gespräche suchen". In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 4.
- o.V., Lanc: Polizei löst Versammlungen auf. In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 1.
- o.V., Unter Eindruck der Krawalle Ratlosigkeit bei SP-Pressekonferenz. In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 4.
- o.V., Legale Demonstration in der Wiener City. In: Die Presse vom 07./8.3.1981 S. 16.
- o.V., Ursachen liegen bei der Jugendpolitik. In: Die Presse vom 07./8.3.1981 S. II.
- o.V., So geht es auch: 900 demonstrierten ohne Zwischenfall. In: Die Presse vom 9.3.1981 S. 10.
- o.V., Linzer Umfrage: Stadtjugend ist unzufriedener. In: Die Presse vom 10.3.1981 S. 4.
- o.V., Viele Diagnosen zu den Jugendkrawallen. Waren die Ausschreitungen "faschistoid"? In: Die Presse vom 14.3.1981 S. II.
- o.V., Polizeiverhalten bei Jugendkrawallen. Es sind Berufsdemonstranten. In: Die Presse vom 21.3.1981 S. II.
- o.V., Besetzungswelle in der BRD, schwerer Krawall in Zürich. In: Die Presse vom 23.3.1981 S. 10.
- o.V., Berlin: Bei Krawallen 51 Polizisten verletzt. In: Die Presse vom 26.3.1981 S. 8.
- o.V., Letzte Meldungen: Besetzung. In: Die Presse vom 27.3.1981 S. 8.
- o.V., Letzte Meldungen: Krawalle. In: Die Presse vom 1.4.1981 S. 14.
- o.V., Hausbesetzer drohen mit Selbstmord. In: Die Presse vom 7.4.1981 S. 8.
- o.V., Letzte Meldungen: Hausdurchsuchungen. In: Die Presse vom 8.4.1981 S. 12.
- o.V., Jugenddemonstration und Strafmandat. In: Die Presse vom 18.4.1981 S. II.
- o.V., Erste Hausbesetzungen in Wien und Innsbruck. In: Die Presse vom 2.5.1981 S. 14.
- o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Wien-Mariahilf. In: Die Presse vom 2.5.1981. (Archiv der sozialen Bewegungen – Wien)
- o.V., In Kürze: Hatzl an Hausbesetzer. In: Die Presse vom 11.5.1981 S. 9.
- o.V., Wiener Randfestspiele. Aufwärmen am Eis. In: Die Presse vom 14.5.1981 S. 3.
- o.V., Letzte Meldungen: Strassenschlachten. In: Die Presse vom 15.5.1981 S. 10.
- o.V., Letzte Meldungen: Krawalle. In: Die Presse vom 20.5.1981 S. 8.

- o.V., Nun offiziell: Gemeinde Wien besitzt über 600 Althäuser. In: Die Presse vom 22.5.1981 S. 9.
- o.V., Riesenwirbel um zu lautes Jugendzentrum. In: Die Presse vom 11.6.1981 S. 13.
- o.V., Jugendzentren: Fröhlich vermisst die Toleranz. In: Die Presse vom 13.6.1981 S. 13.
- o.V., Lanner umwirbt nun die Jugend. In: Die Presse vom 16.6.1981 S. 4.
- o.V., Bibel, Brokdorf, Brutalität. Die Vielfalt der jungen Deutschen. Jugend in Europa - zwischen Resignation und Rebellion (VII). In: Die Presse vom 2.7.1981 S. 3.
- o.V., Kurzmeldung: Jugendzentrum. In: Die Presse vom 3.7.1981 S. 7.
- o.V., Lanc: Jugendprobleme nicht durch Polizeieinsatz. In: Die Presse vom 13.8.1981 S. 4.
- o.V., Studentengruppen planen Besetzung. In: Die Presse vom 13.8.1981 S. 4.
- o.V., Steht die Hochschülerschaft auf Seite der Hausbesetzer? In: Die Presse vom 14.8.1981 S. 4.
- o.V., In Kürze: Unruhige Jugend. In: Die Presse vom 20.8.1981 S. 4.
- o.V., Suche nach Rezepten für die Jugendpolitik. "Zuerst mit den Hausbesetzern reden". In: Die Presse vom 22.8.1981 S. 4.
- o.V., Sieben wollten sieben Zimmer: Wiener Wohnungsamt besetzt. In: Die Presse vom 3.9.1981 S. 14.
- o.V., Studentenwohnkonzept als Vorwurf an die Politiker. In: Die Presse vom 3.9.1981 S. 4.
- o.V., "Herr Hatzl ist ein Hampelmann". Wiener Besetzer diesmal im Rathauspark. In: Die Presse vom 5.9.1981 S. 16.
- o.V., Kurzmeldung: Wohnungssuche. In: Die Presse vom 14.9.1981 S. 10.
- o.V., Die Linzer Hausbesetzung mündete in eine Idylle. In: Die Presse vom 7.10.1981 S. 8.
- o.V., Polizei räumte besetztes Haus in Linz. Zukunft des Stadtviertels weiterhin ungewiß. In: Die Presse vom 8.10.1981 S. 12.
- o.V., CV gegen studierende Terroristen und "Vandalen". In: Die Presse vom 9.10.1981 S. 4.
- o.V., Kurzmeldung: Vor Häuserdemonstration: Polizei vorbereitet. In: Die Presse vom 17.10.1981 S. 14.
- o.V., In Kürze: Demonstration. In: Die Presse vom 19.10.1981 S. 10.
- o.V., Altgemeindehäuser für "Instandbesetzer". In: Die Presse vom 4.11.1981 S. 9.
- o.V., In Wiens Jugendzentren ist zwangsweise Anpassung tabu. In: Die Presse vom 17.11.1981 S. 11.
- o.V., "Jung sein in Wien" ist trostlos. AK-Studie zerzaust Gemeindepolitik. In: Die Presse vom 23.11.1981 8, 9.
- o.V., Leerstehende Häuser für junge Familien. In: Die Presse vom 23.11.1981 S. 2.

- o.V., Jugend ist "Frühwarnsystem unserer Gesellschaft". In: Die Presse vom 28.11.1981 S. 4.
- o.V., Wilde Schlacht in der Gassergasse. Jugendzentrum wird nun abgerissen. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 10.
- o.V., Planiertrauben in der Gassergasse. Sieben Randalierer vor Gericht. Junges SP-Wien fordert jetzt mehr Geld für Jugendzentren. In: Die Presse vom 29.6.1983 S. 14.
- o.V., Weiter Aufregung um "Gaga"-Schließung. In: Die Presse vom 30.6.1983 S. 10.
- o.V., Blecha will mehr Polizisten auf die Straße schicken. In: Die Presse vom 1.7.1983 S. 4.
- o.V., In Kürze: Alternativschule. In: Die Presse vom 13.7.1983 S. 14.
- o.V., Wien: WUK-Projekt nach Sperre der Gassergasse gefährdet. In: Die Presse vom 19.10.1983 S. 15.
- p.m., "Klein-Zürich". In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 1.
- Anneliese Rohrer, "Man muß innerlich schon ein Fanatiker sein...". Utopien, Visionen und Ängste der Jungpolitiker in den etablierten Parteien. In: Die Presse vom 4.7.1981 S. 1.
- Anneliese Rohrer, Wo ist eigentlich die "Szene"? Österreichs Jugend - ohne politische Anliegen und umgeben von Gummiwänden. In: Die Presse vom 22.10.1983 S. 5.
- Karl Georg Rosenstingl, Die Unruhe der Jugend ist "Grundlagenfrage". In: Die Presse vom 11.7.1981 S. II.
- Hans Werner Scheidl, Scherben im Jugendzentrum. In: Die Presse vom 28.6.1983 S. 1.
- Walter Schwarz, Wir Kinder vom Stephansplatz. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 1.
- Engelbert Washietl, Peitschenhiebe für Berlin. Störaktionen stellen den herkömmlichen Wahlkampf in Frage. In: Die Presse vom 7.5.1981 S. 3.
- Engelbert Washietl, Keine Rede mehr von den Skandalen Berlin und seine Hausbesetzer. Zwischen dem fälligen Wechsel und der "anderen Politik": am Sonntag wählen die Westberliner und die Franzosen. In: Die Presse vom 8.5.1981 S. 3.
- Engelbert Washietl, Berlin: Erfolge für CDU und Alternative. In: Die Presse vom 11.5.1981 S. 1.
- Robert Washtiel, Deutsche Jugendkrawalle entfachten Polemik Strauß SPD. In: Die Presse vom 12.3.1981 S. 1.
- Helga Maria Wolf, Judenplatz: "Zehn Jahre Instandbeschwätzung". Der Konflikt zwischen dem Hausherrn und den Mietern im Herzen Wiens geht weiter. In: Die Presse vom 6.11.1981 S. 7.
- Peter Zehrer, "Klein-Zürich" in Wiens Innenstadt. 93 Festnahmen nach Krawallen. In: Die Presse vom 2.3.1981 S. 10.

Peter *Zehrer*, Jeder vierte Rowdy festgenommen. Deutsche Rädelsführer in Schubhaft. In: Die Presse vom 3.3.1981 S. 8.

Peter *Zehrer*, Polizei ist auf neue Krawalle vorbereitet. In: Die Presse vom 5.3.1981 S. 14.

Peter *Zehrer*, Warnung vor heißem Wochenende: Illegale "Demos" werden aufgelöst. In: Die Presse vom 6.3.1981 S. 10.

Peter *Zehrer*, Taktikwechsel in der Krawallszene. Jetzt legale Demonstration. In: Die Presse vom 07./8.3.1981 S. 16.

Peter *Zehrer*, Und die (Polizei-)Musi spielt dazu... In: Die Presse vom 5.5.1981 S. 8.

Literatur

Leila *Akremiti*, Stichprobenziehung in der qualitativen Sozialforschung. In: Nina *Baur*, Jörg *Blasius* (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 313–332.

Marcel *Amoser*, Innsbruck im Aufbruch : studentische Proteste und soziale Bewegungen in den verlängerten 1960er-Jahren (Innsbruck Wien 2024).

Knud *Andresen*, Bart *van der Steen*, Introduction: The Last Insurrection? Youth, Revolts and Social Movements in the 1980s. In: Knud *Andresen*, Bart *van der Steen* (Hg.), A European Youth Revolt: European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s (London 2016) S. 1–24.

Massimiliano *Andretta*, Gianni *Piazza*, Anna *Subirats*, Urban Dynamics and Social Movements. In: Donatella *Della Porta*, Mario *Diani* (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements (Oxford 2015) S. 200–215.

Peter *Atteslander*, Georges-Simon *Ulrich*, Andreas *Hadjar*, Manuela *Lenk*, Frank *Schubert*, Methoden der empirischen Sozialforschung (Berlin 2023).

Brigitte *Bailer-Galanda*, Wolfgang *Neugebauer*, Die FPÖ. Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Brigitte *Bailer-Galanda*, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (Wien 1993) S. 327–428.

Nina *Baur*, Jörg *Blasius* (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022).

Nina *Baur*, Jörg *Blasius*, Methoden der empirischen Sozialforschung. Ein Überblick. In: Nina *Baur*, Jörg *Blasius* (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 1–30.

- W. Lance *Bennet*, Alexandra *Segeberberg*, Communication in Movements. In: Donatella *Della Porta*, Mario *Diani* (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements (Oxford 2015) S. 367–382.
- Matthias *Bernold*, Poldi, wer warst du? In: Falter, 08.03.2006. Online unter: <https://www.falter.at/zeitung/20060308/poldi-wer-warst-du> (19. Oktober 2025).
- Heiko *Beyer*, Anette *Schnabel*, Theorien Sozialer Bewegungen. Eine Einführung (Frankfurt am Main 2017).
- Gustav *Bihl*, Wien 1945-2005. Eine politische Geschichte. In: Peter *Csendes*, Ferdinand *Oppl* (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3. Von 1790 bis zur Gegenwart (545-650) (Wien u.a. 2006).
- Kurt *Blaukopf*, Irmgard *Bontick*, Harald *Gardos*, Desmond *Mark*, Kultur von unten. Innovationen und Barrieren in Österreich (Wien 1983).
- Leopold *Bonengl*, Roman *Horak*, Lasek Wilhelm, Bewusstseinswandel in der Jugend. Sub-, Gegenkulturen, Alternativbewegung und Rechtsextremismus in Österreich. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, H. 4 (1985) S. 381–400.
- Gerhard *Botz*, Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39. In: Historical Social Research, Supplement, H. 28 (2017) S. 241–315.
- Susanne *Breuss*, Gegen die herrschenden Verhältnisse. Zur Geschichte alternativer Wohn- und Lebensformen in Wien. In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 38–43.
- Lina *Brink*, Anerkannter Protest?: Mediale Repräsentationen von Frauen in Ägypten in der deutschsprachigen Presse (Bielefeld 2020).
- Mario *Candeias*, Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Andreas *Merkens*, Victor Rego *Diaz* (Hg.), Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis (Hamburg 2007) S. 15–32.
- Manuel *Castells*, The City and the Grassroots (Berkeley/Los Angeles 1983).
- Manuel *Castells* (Hg.), Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht (Hamburg 2012 (Original 1973)).
- Thomas *Chorherr*, "Die Presse". In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), 200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983. Festschrift und Ausstellungskatalog (Wien 1983) S. 257–268.

- Ondřej Císař, Social Movements in Political Science. In: Donatella Della Porta, Mario Diani (Hg.), The Oxford Handbook of Social Movements (Oxford 2015) S. 50–67.
- Peter Csendes, Ferdinand Opll (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3. Von 1790 bis zur Gegenwart (Wien u.a. 2006).
- Helmut Dahmer, "1968" und die Folgen. In: Bärbel Danneberg, Fritz Keller, Aly Machalicky, Julius Mende (Hg.), Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe (Wien 1998) S. 23–34.
- Dragana Damjanovic, Michael Getzner, Anna F. Kalhorn, Dominik Wagner, Ökonomische Instrumente in der Stadtentwicklung 2024).
- Friedrich Dragon, Die "Krone". Eine Zeitung mit Herz. In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), 200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983. Festschrift und Ausstellungskatalog (Wien 1983) S. 175–184.
- Wolfgang Duchkowitsch, Österreichische Mediengeschichte im 20. Jahrhundert. Ein Überblick in zehn Abschnitten. In: Questions of Journalism 66 (2023) S. 14–19.
- Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell, Peter Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los. Essays zu Pressepolitik und -konzentration in Österreich (Salzburg 1992).
- Duden, Krawall, der (2025). <https://www.duden.de/rechtschreibung/Krawall> (19. Oktober 2025).
- Duden, randalieren (2025). <https://www.duden.de/rechtschreibung/randalieren> (19. Oktober 2025).
- Duden, Terror (2025). <https://www.duden.de/rechtschreibung/Terror> (19. Oktober 2025).
- Duden, Vandale (2025). <https://www.duden.de/rechtschreibung/Vandale> (19. Oktober 2025).
- Franz X. Eder, Privater Konsum und Haushaltseinkommen im 20. Jahrhundert. In: Franz X. Eder, Peter Eigner, Andreas Resch, Andreas Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum (Wien u.a. 2003) S. 201–285.
- Peter Eigner, Herbert Matis, Andreas Resch, Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme. In: Verein für Geschichte der Stadt Wien (Hg.), Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien (Wien 1999).
- Peter Eigner, Andreas Resch, Die wirtschaftliche Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Franz X. Eder, Peter Eigner, Andreas Resch, Andreas Weigl (Hg.), Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum (Wien u.a. 2003) S. 8–142.
- Sarah Ertl, Protest als Ereignis. Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation (Bielefeld 2015).
- Sarah. Ertl, Framing und Reproduktion von Hegemonie. Öffentlichkeit bei den britischen Protesten 2011. In: Wiener Linguistische Gazette, H. 77 (2013) S. 25–43.

- Hans Heinz *Fabris*, Der verspätete Aufstieg des Journalismus in der Zweiten Republik. In: Hans Heinz *Fabris*, Fritz *Hausjell* (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 11–28.
- Hans Heinz *Fabris*, Journalismus im "neuen" Österreich. In: Hans Heinz *Fabris*, Fritz *Hausjell* (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 1–10.
- Hans Heinz *Fabris*, Fritz *Hausjell* (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991).
- Harald *Fidler*, Im Vorhof der Schlacht. Österreichs alte Medienmonopole und neue Zeitungskriege (Wien 2004).
- Robert *Foltin*, Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich (Wien 2004).
- Robert *Foltin*, Squatting and Autonomous Action in Vienna 1976-2012. In: Bart *van der Steen*, Ask *Katzeff*, Leendert *van Hoogenhuijze* (Hg.), The city is ours. Squatting and autonomous movements in Europe from the 1970s to the present (Oakland 2014) S. 255–277.
- Robert *Foltin*, Vienna in March 1981. A ‘Puzzling Demonstration’ and Its Consequences. In: Knud *Andresen*, Bart *van der Steen* (Hg.), A European Youth Revolt: European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s (London 2016) S. 41–52.
- Nancy *Fraser*, Rethinking the Public Sphere. In: Social text 8 (1990).
- Dirk *Gebhardt*, Andrej *Holm*, Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: Andrej *Holm*, Dirk *Gebhardt* (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung (Hamburg 2011) S. 7–23.
- Norbert *Gestring*, Renate *Ruhne*, Jan *Wehrheim*, Einleitung. In: Norbert *Gestring*, Renate *Ruhne*, Jan *Wehrheim* (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen (Wiesbaden 2014) S. 7–21.
- Herbert *Gottweis*, Neue soziale Bewegungen in Österreich. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Helmut *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992) S. 309–324.
- Herbert *Grabner*, Studie einer Gruppe von Punks in der Wiener Gassergasse (Wien 1984).
- Jürgen *Habermas*, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft (Frankfurt am Main 1990).
- Jürgen *Habermas*, Ach, Europa (Frankfurt am Main 2008).
- Jürgen *Habermas*, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und der deliberative Politik (Frankfurt am Main 2022).

- Jan Hansen, Defining Political Dissidence. The Swiss Debate on the Riots of 1980-81. In: Knud Andresen, Bart van der Steen (Hg.), A European Youth Revolt: European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s (London 2016) S. 243–357.
- Fritz Hausjell, Zur Entnazifizierung und Umgang von Journalistinnen und Journalisten mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach 1945. In: Hans Heinz Fabris, Fritz Hausjell (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 29–50.
- Andrej Holm, Vorwort. In: Manuel Castells (Hg.), Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht (Hamburg 2012 (Original 1973)) S. 7–27.
- Andrej Holm, Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. Zur gesellschaftlichen Reichweite lokaler Proteste. In: Norbert Gestring, Renate Ruhne, Jan Wehrheim (Hg.), Stadt und soziale Bewegungen (Wiesbaden 2014) S. 43–62.
- Roman Hummel, Einfalt statt Vielfalt. Pressesituation und -politik der 70er und 80er Jahre in Österreich. In: Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell, Peter Pelinka (Hg.), Zeitungs-Los. Essays zu Pressepolitik und -konzentration in Österreich (Salzburg 1992) S. 43–54.
- Constanze. Jeitler, Autoritär? Rechtsextrem? Populistisch? Die sozialwissenschaftliche und zeithistorische Forschung zum Rechtsextremismus in Österreich von den 1970er bis zu den 1990er Jahren. In: Margit. Reiter (Hg.), Transformationen des Rechtsextremismus in Österreich (Göttingen 2023) S. 541–562.
- Daniela Jentzsch, Gaby Schilcher, Ein Leben ohne Lobby? Journalistinnen in Österreich. In: Hans Heinz Fabris, Fritz Hausjell (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 217–240.
- Andy Kaltenbrunner, Geschichte der Tagespresse und Magazine nach 1945. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 175–197.
- Thomas Kern, Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen (Wiesbaden 2008).
- Marion Knapp, Österreichische Kulturpolitik und das Bild der Kulturnation. Kontinuität und Diskontinuität in der Kulturpolitik des Bundes seit 1945 (Frankfurt am Main 2005).
- Hanspeter Kriesi, Die politische Kommunikation sozialer Bewegungen. In: Otfried Jarren, Lachenmeier, Dominik, Steiner, Adrian (Hg.), Entgrenzte Demokratie? Herausforderungen für die politische Interessensvermittlung (2007) S. 145–163.
- Udo Kuckartz, Stefan Rädiker, Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz (Weinheim/Basel 2024).

- Armin *Kuhn*, Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona (Münster 2014).
- Herbert *Kühr*, Ideologietheorie und Ideologiekritik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 2 (1977).
- Peter *Lachnit*, Zwischen Geldhahn und Gummiknüppel. Die Wiener Gemeindeverwaltung und die Jugend- und Alternativszene. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften* (1985) S. 467–480.
- Christian *Lahusen*, Soziale Bewegungen. In: Steffen. *Mau*, Nadine M. *Schöneck* (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands* (Wiesbaden 2013) S. 717–729.
- Manfred *Lechner*, "...Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag.". Der "Fall Olah" - Ein Megaskandal der Zweiten Republik? In: Michael *Gehler*, Hubert *Sickinger* (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich : von Mayerling bis Waldheim* (Innsbruck/Wien u.a. 2007) S. 419–436.
- Henri *Lefebvre*, *Das Recht auf Stadt* (Hamburg 2016).
- Miguel A. Martinez *López*, The Squatters' Movement in Europa. A Durable Struggle for Social Autonomy in Urban Politics. In: *Antipode* 45, H. 4 (2012) S. 866–887.
- Tanja *Maier*, Martina *Thiele*, Theoretische Perspektiven auf mediale Geschlechterbilder. In: Katharina. *Lobinger* (Hg.), *Handbuch Visuelle Kommunikationsforschung* (Wiesbaden 2020) S. 403–420.
- Siegfried *Mattl*, *Wien im 20. Jahrhundert* (Wien 2000).
- Siegfried *Mattl*, Der Mehrwert der urbanen Revolte. Die Erneuerung Wiens aus dem Geist der Hausbesetzer. In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, *Wien Museum Karlsplatz* (Hg.), *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern* (Wien 2012) S. 22–28.
- Margit *Mayer*, Manuel Castells' The City and the Grassroots. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 30, H. 1 (2006) S. 202–206.
- Margit *Mayer*, Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive. In: Andrej *Holm*, Dirk *Gebhardt* (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung* (Hamburg 2011) S. 53–77.
- Margit *Mayer*, Hausbesetzungen als politische Aktionsform seit den 1970er-Jahren. In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, *Wien Museum Karlsplatz* (Hg.), *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern* (44-51) (Wien 2012).
- Margit *Mayer*, Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen. In: Norbert *Gestring*, Renate *Ruhne*, Jan *Wehrheim* (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen* (Wiesbaden 2014) S. 25–42.

- Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (Weinheim/Basel 2015).
- Philipp Mayring, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Lothar Mikos, Claudia Wegener (Hg.), Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch (Konstanz München 2017) S. 494–503.
- Philipp Mayring, Thomas Fenzl, Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur, Jörg Blasius (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 691–706.
- Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918). In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 1. Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918) (Wiesbaden 2016) S. 167–192.
- Gabriele Melischek, Josef Seethaler, Die österreichische Tagespresse der Ersten Republik. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 7–36.
- Maria Mesner, "Rooms of one's own." Räume, Geschlecht und Autonomie. Das Fallbeispiel Wien. In: Martina Nußbaumer, Werner Michael Schwarz, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 60–63.
- Keir Milburn, Bertie Russel, Public-common partnerships, autogestion, and the right to the city. In: Stephan Hochleithner, Andreas Exner, Sarah Kumnig (Hg.), Capitalism and the Commons. Just Commons in the Era of Multiple Crises (2020) S. 135–150.
- Ursula Mindler-Steiner, 1979/1981: Anschlag auf den Stadttempel und Ermordung von Heinz Nittel. Antisemitischer Terror in Wien (2025). <https://hdgoe.at/ermordung-nittel-anschlag-stadttempel> (18. Oktober 2025).
- Jürgen Mittag, Helke Stadtland (Hg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft (Essen 2014).
- Karin Moser, „Mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten des Staates ...". Autoritäre Propaganda und mediale Repression im austrofaschistischen „Ständestaat“. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 37–60.
- Wolfgang Mueller, Informationsmedien in der „Besatzungszeit“. Tagespresse, Rundfunk, Wochenschau 1945-1955. In: Matthias Karmasin, Christian Oggolder (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 75–99.

- Lutz *Musner*, Ist Wien anders? Zur Kulturgeschichte der Stadt nach 1945. In: Peter *Csendes*, Ferdinand *Oppl* (Hg.), Wien: Geschichte einer Stadt. Bd. 3. Von 1790 bis zur Gegenwart (Wien u.a. 2006) S. 739–820.
- Friedhelm *Neidhardt*, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft, H. 34 (1994) S. 7–41.
- Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, "Für alle". Eigenarten von Hausbesetzungen und Kämpfen um selbstverwaltete Kulturzentren in Wien. In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 16–21.
- Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012).
- Christian *Oggolder*, Anschluss, Ausschluss, Kontrolle. Medien im Nationalsozialismus. In: Matthias *Karmasin*, Christian *Oggolder* (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 61–74.
- Ursula Alexandra *Ohliger*, Kennzeichen und Wandel der Politikberichterstattung im Boulevardjournalismus (Wiesbaden 2019).
- Christian *Peer*, Postmoderne und neoliberale Strukturen im Stadtteil. In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 33–37.
- Gottfried *Pirhofer*, Kurt *Stimmer*, Pläne für Wien. Theorie und Praxis der Wiener Stadtplanung von 1945 bis 2005 (2007).
- Barbara *Prammer*, "Wer das Ziel nicht kennt, wird den Weg nicht finde". Neue Antworten auf alte Fragen (Wien/Graz/Klagenfurt 2011).
- Bernhard *Praschl*, Die "Falter Verlags Ges.m.b.H.". Vom alternativen Experiment zum expandierenden Mittelbetrieb. In: Hans Heinz *Fabris*, Fritz *Hausjell* (Hg.), Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945 (Wien 1991) S. 307–330.
- Agłaja *Przyborski*, Monika *Wohlrab-Sahr*, Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In: Nina *Baur*, Jörg *Blasius* (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 105–124.
- Heinz *Pürer*, Presse in Österreich (Wien 1990).
- Stefan *Rädiker*, Udo *Kuckartz*, Analyse qualitativer Daten mit MAXQDA. Text, Audio und Video (Wiesbaden 2019).
- Oliver *Rathkolb*, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (Wien 2015).

- Christoph *Reinprecht*, Kulturzentrum Spittelberg (Amerlinghaus). In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern* (Wien 2012) S. 80–83.
- Christoph *Reinprecht*, Kommunale Strategien für bezahlbaren Wohnraum: Das Wiener Modell oder die Entzauberung einer Legende. In: Barbara *Schönig*, Justin *Kadi*, Sebastian *Schipper* (Hg.), *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur* (Bielefeld 2017) S. 213–230.
- Ulrike *Repnik*, *Die Geschichte der Lesben- und Schwulenbewegung in Österreich* (Wien 2006).
- Roland *Roth*, Urbane soziale Bewegungen, Protest- und Alternativbewegung. In: Ingrid *Breckner*, Albrecht *Göschel*, Ulf *Matthiesen* (Hg.), *Stadtsoziologie und Stadtentwicklung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis* (Baden-Baden 2020) S. 85–96.
- Dieter *Rucht*, Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Jürgen *Mittag*, Helke *Stadtland* (Hg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft* (Essen 2014) S. 61–88.
- Dieter *Rucht*, *Kollektive Proteste und soziale Bewegungen. Eine Grundlegung* (Weinheim Basel/Grünwald 2023).
- Johannes *Sachslehner*, *Wien. Geschichte einer Stadt* (Wien Graz Klagenfurt 2016).
- Henriette *Schade*, *Soziale Bewegungen in der Mediengesellschaft. Kommunikation als Schlüsselkonzept einer Rahmentheorie sozialer Bewegungen* (Wiesbaden 2018).
- David *Scheller*, *Demokratisierung der Postdemokratie. Städtische soziale Bewegungen in Berlin und New York City* (Bielefeld 2019).
- Manfred *Scheuch*, "AZ" - Arbeiter Zeitung. In: Österreichische Nationalbibliothek (Hg.), *200 Jahre Tageszeitung in Österreich: 1783 - 1983. Festschrift und Ausstellungskatalog* (Wien 1983) S. 129–140.
- Christian *Schmid*, Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt. In: Andrej *Holm*, Dirk *Gebhardt* (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung* (Hamburg 2011) S. 25–52.
- Rüdiger *Schmitt-Beck*, *Soziale Bewegungen und Öffentlichkeit. Theoretische Anmerkungen zu Bedeutung, Formen und Problemen der Öffentlichkeitsarbeit nichtetablierter Kollektivakteure*. In: Günter *Bentele*, Tobias *Liebert*, Michael *Vogt* (Hg.), *PR für Verbände und Organisationen. Fallbeispiele aus der Praxis* (Neuwied/Kriftel 2001) S. 15–35.
- Christian *Schreibmüller*, Erwin Lanc über seine Erfahrungen mit der Gassergasse (GAGA). In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), *Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern* (Wien 2012) S. 174–176.

- Rolf *Schwendter*, Das Jahr 1968. War es eine kulturelle Zäsur? In: Bärbel *Danneberg*, Fritz *Keller*, Aly *Machalicky*, Julius *Mende* (Hg.), Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe (Wien 1998) S. 198–211.
- Thomas *Steinmaurer*, Elfriede *Scheipl*, Andreas *Ungerböck*, Konzentriert und verflochten. Österreichs Mediensystem im Überblick (Innsbruck/Wien u.a. 2002).
- Natascha *Strobl*, Radikalisierter Konservatismus: eine Analyse (Berlin 2021).
- Andreas *Suttner*, "Beton brennt". Hausbesetzer und Selbstverwaltung im Berlin, Wien und Zürich der 80er Jahre (Wien/Berlin 2011).
- Andreas *Suttner*, Burggarten-Bewegung und Wiener Hausbesetzungsszene der frühen 1980er-Jahre. In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 140–145.
- Andreas *Suttner*, Gassergasse. Das autonome Kultur- und Kommunikationszentrum Gassergasse. In: Martina *Nußbaumer*, Werner Michael *Schwarz*, Wien Museum Karlsplatz (Hg.), Besetzt! Kampf um Freiräume seit den 70ern (Wien 2012) S. 166–170.
- Monika *Taddicken*, Analyse von Zeitungsartikeln und Online-Nachrichten. In: Nina *Baur*, Jörg *Blasius* (Hg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (Germany 2022) S. 1547–1553.
- Alfred *Tanczos*, Mietrecht kompakt (Wien 2019).
- Sarah *Thomsen*, Bildung in Protestbewegungen. Empirische Phasentypiken und normativitäts- und bildungstheoretische Reflexionen (Wiesbaden 2019).
- Josef *Trappel*, Medienkonzentration – trotz Internet kein Ende in Sicht. In: Matthias *Karmasin*, Christian *Oggolder* (Hg.), Österreichische Mediengeschichte: Band 2. Von Massenmedien zu sozialen Medien (1918 bis heute) (Wiesbaden 2019) S. 199–226.
- Bart *van der Steen*, Ask *Katzeff*, Leendert *van Hoogenhuijze*, Introduction. Squatting and autonomous action in Europe, 1980-2012. In: Bart *van der Steen*, Ask *Katzeff*, Leendert *van Hoogenhuijze* (Hg.), The city is ours. Squatting and autonomous movements in Europe from the 1970s to the present (Oakland 2014) S. 1–19.
- Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur - Gesellschaft - Politik (Graz/Wien/Köln 2000).
- Bernhard *Weidinger*, 1968 und die Reaktion(en). Neuer akademischer Kulturkampf und rechter Richtungsstreit an österreichischen Universitäten um 1970. In: Massimiliano *Livi* (Hg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter (Frankfurt am Main u.a. 2010) S. 147–170.
- Andreas *Weigl*, "Unbegrenzte Großstadt" oder "Stadt ohne Nachwuchs"? Zur demographischen Entwicklung Wiens im 20. Jahrhundert. In: Franz X. *Eder*, Peter *Eigner*, Andreas *Resch*,

Andreas *Weigl* (Hg.), *Wien im 20. Jahrhundert. Wirtschaft, Bevölkerung, Konsum* (Wien u.a. 2003) S. 141–200.

Andreas *Weigl*, Peter *Eigner*, Ernst Gerhard *Eder*, *Sozialgeschichte Wiens 1740-2010 : soziale und ökonomische Ungleichheiten, Wanderungsbewegungen, Hof, Bürokratie, Schule, Theater* (Innsbruck/Wien/Bozen 2015).

Wien Geschichte WIKI, Die Presse. https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Die_Presse (20. Oktober 2025).

Wien Geschichte WIKI, Erwin Lanc (Wien).
https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Erwin_Lanc (19. Oktober 2025).

Wien Geschichte WIKI, Arbeiterzeitung (2025).
<https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Arbeiterzeitung> (20. Oktober 2025).